

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft



SPW - 25



**Imperialismus und Befreiung
in der Dritten Welt**

Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Erhard Eichert (Herford), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Werner Loe-we (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin/West)

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Frankfurt), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Alfred G. Frei (Darmstadt), Herbert Grimberg (Bremen), Joachim Günther (Berlin-West), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Emden), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Redaktion: Jürgen Blume, Frank Heidenreich, Knut Krusewitz, Hans Raßmes, Christiane Rix, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Andreas B. Westphal

Redaktionssekretariat: Christiane Rix

Sekretäre: Dieter Klumpp und Joachim Pieczkowski

Redaktion und Auslieferung: Motzstraße 65, Postfach 1101, D-1000 Berlin 30

Tel.: (030) 2134057

Anzeigen (ohne Tausch): Andreas Runze, Jungfernstieg 20, D-1000 Berlin (West) 45,

Tel.: 030/7722443

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38

Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Dieter Scholz

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1984.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Foto: Rolf Braun (Bonn). Auflage: 1.-3. Tausend Dezember 1984

Die spw erscheint 1984 in 4 Hefen mit einem Jahresumfang von 500 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhalten einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Der Buchhandelspreis beträgt 9,80 DM, in der Republik Österreich 75,— ÖS, in der Schweiz 9,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,— DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 7,— DM (50,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 8300 (BLZ 100 101 11)

Postscheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält — in Teilaufgaben — eine Beilage des *Argument*-Verlages, Berlin/West, die Abonnentenrechnung 1985 und eine Klappkarte des spw-Verlags, Berlin/West.

Inhalt

Editorial	387
Verlagsmitteilungen	388

Aktuelle Kommentare

Axel Horstmann

Nach den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen: mehr Fragen als Antworten	389
--	-----

Jürgen Egert

Politik als Ware oder Das Elend der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	391
--	-----

Mechtild Jansen

Friedensherbst '84 — Ein langer Atem ist notwendig	393
--	-----

Analysen

Jürgen Blume und Andreas Westphal

Die Beweglichkeit des Tankwarts — Zu Peter Glotz' »Arbeit der Zuspitzung«	396
---	-----

Olaf Scholz und Wolfgang Zellner

Die Friedensbewegung braucht eine langfristige Strategie	406
--	-----

Christian Schmidt

»Rot-grünes Chaos« und staatsmonopolistische Regulierung	413
--	-----

Oliver Brosch

Der Wende eine Zukunft Zur Hochschul- und Bildungspolitik der Bundesregierung	419
--	-----

Uli Schöler

60 Jahre Hannoveraner Kreis der Jungsozialisten (I)	423
---	-----

Franz Walter

Schloß Tinz: eine Schule der Jungsozialisten	430
--	-----

Diskussionsschwerpunkt:

Imperialismus und Befreiung in der Dritten Welt

Michael Lucas

Die Verantwortlichkeit der Vereinigten Staaten in der gegenwärtigen Krise der Dritten und Ersten Welt	435
--	-----

Stephan Krüger

Die internationale Finanzkrise — Ausdruck der strukturellen Überakkumulation von Kapital in den kapitalistischen Metropolen	445
--	-----

Dieter Muth-Kerth

- Probleme der Agrarrevolution in Nicaragua
Beobachtungen eines Arbeitsbrigadisten 455

Roman Röhrig

- Reagans »Hinterhof«-Politik und das Streben nach Übermacht 459

Bettina Gransow

- Ist die chinesische Revolution am Ende?
Sozialistische Kooperation und Privatinitiative in der chinesischen Landwirtschaft 463

Berichte*Adalbert Krims*

- UNIDO IV: »Freie Marktwirtschaft« als Problemlösung.
Industrialisierung der Dritten Welt und Weltwirtschaftsordnung 474

Rolf Winkler

- »Konservatismus in der Strukturkrise« — oder hilfloser Antikonservatismus?
Kongreß der Frankfurter Juso-Hochschulgruppe vom 29.5.-2.6.1984 in Frankfurt/Main 477

Günter Beling und Kai Fieguth

- Hamburg eröffnet breite Programmarbeit
Konferenz »Strategien der SPD-Linken« am 26./27.10.1984 in Hamburg 483

Andreas Ludwig und Michael Wildt

- Öffnung der Geschichtswissenschaft?
35. Historikertag vom 3.-7.10.1984 in Berlin/West 489

Briefe an Redaktion und Autoren

- Gerwin Möller*: Betrifft: Austromarxismus-Debatte 494
Helga Karl: Betrifft: Neue Technik — alte Politik?
Replik zum Schwerpunkt in *spw* 24 496

Besprechungen

- »Angriff als Verteidigung« — Air Land Battle, Air Land Battle 2000, Rogers Plan (hrsg. von den Grünen im Bundestag) (*Christiane Rix*) 497
Pringle, Peter, und William Arkin: SIOP, Nuclear War from the Inside (*Michael Lucas*) 501
Über die Autorinnen und Autoren 503

* * *

- Jahresinhaltsverzeichnis 7. Jahrgang, *spw* 22 bis 25** III

Editorial

Die Artikel dieses Themenschwerpunkts waren schon geschrieben, als Anfang November die Wahlen in den USA und in Nicaragua stattfanden. Beide Ereignisse haben für die künftige Politik der USA und für die Entwicklung in Mittelamerika, mithin für die in diesem Heft aufgeworfenen Fragen eine erhebliche Bedeutung.

Die klare Wiederwahl Ronald Reagans (auch wenn von *den Wahlberechtigten* nur knapp jeder Dritte ihn wählte im Vergleich zu mehr als 52 Prozent für die Sandinistas) bildet den vorherrschenden Unsicherheitsfaktor sowohl für die Region als auch weltweit. Die Meldungen der letzten Tage belegen dies. Wenn der CIA die dreiste Behauptung, die Sowjetunion liefere »moderne(?) Kampfflugzeuge« vom Typ MIG 21 an Nicaragua, inzwischen dementierte, so heißt das nicht, daß ein militärischer Eingriff der USA in Nicaragua über das bereits praktizierte Maß hinaus nicht mehr drohe. Denn Waffenlieferungen werden allenfalls den *Vorwand* abgeben — auch der sogenannte »Tonking-Zwischenfall« wurde erfunden, um die Bombardierung Nordvietnams zu rechtfertigen. Die wirklichen Gründe einer möglichen Invasion nannte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) in ihrem Kommentar zum Ausgang der Wahlen in Nicaragua. Unter dem Weinberger-Zitat »Ein zweites Kuba« als Titel schreibt sie, was die US-Administration, die nationalen Bourgeoisien und das internationale Kapital fürchten, nämlich die Ausstrahlungsfähigkeit des sandinistischen Projekts:

»Es ist gelungen, an einem der heikelsten Punkte der Welt ein revolutionäres Regime zu etablieren, das sich zumindest auch eine gewisse populäre Basis geschaffen hat.« (FAZ Nr. 251 vom 6.11.1984)

Die Opposition in Nicaragua ist der *FAZ* keine Erwähnung mehr wert, die relative Stabilität der Revolution im Innern steht außer Zweifel. Was es von außen weiterhin — und vielleicht massiver als in Grenada — zu bekämpfen gilt, ist

»... die eigentliche Funktion des roten Nicaragua: nach Kuba, und nun auf dem Festland, ein weiteres Beispiel zu geben.« (Ebd.)

Das Eingeständnis, daß nicht die militärische Bedrohung der Nachbarn durch Nicaragua die tatsächliche »Gefahr« darstellt, könnte nicht deutlicher ausfallen. Die sozialen Widersprüche in El Salvador, in Honduras und Guatemala selber lassen auch ohne Revolutionsexport die sandinistische Revolution zu einer Ermutigung für die Befreiungsbewegungen der angrenzenden Länder werden. Die *FAZ* ist weitsichtig genug, das zu erkennen; sie warnt die Bundesregierung vor demokratischen Illusionen:

»Manche glauben noch, ein Ring von mustergültigen Demokratien um Nicaragua herum könnte als friedliche Enddämmung wirken.« (Ebd.)

Und eben das ist in den Augen auch der deutschen Rechten eine Illusion. Frieden und Demokratie in Mittelamerika würden nationale Selbstbestimmung und Freiheit von Ausbeutung durch das ausländische Kapital bedeuten. Die meisten Länder der Region würden am Anfang eines sozialistischen Entwicklungswegs stehen, und der Einfluß der USA wäre — wenn nicht völlig gebrochen, so doch — sehr reduziert. Deshalb droht die Invasion. Ihr *militärischer* Erfolg wäre nicht zu verhindern. Kuba und der Sowjetunion blieben nur demonstrative Mittel. Die geostrategische Lage unterscheidet Nicaragua von Vietnam. Aber eine US-amerikanische Besetzung Nicaraguas könnte die Probleme, welche den Sandinismus entstehen ließen, nicht lösen, sondern nur verschärfen.

* * *

Nach einem ersten Kommentar (vgl. *spw* 23, 135ff.) veröffentlichen wir jetzt eine ausführlichere Kritik an Peter Glotz' jüngstem Buch. Die Überlegungen sowohl von Glotz als auch von Peter von Oertzen werden in der Programmdiskussion eine gewisse Rolle spielen. *Jürgen Blume* und *Andreas Westphal* beschränken sich auf Bündniskonzeption und Wirtschaftspolitik bei Glotz. *Olaf Scholz* und *Wolfgang Zellner* fragen, welche Strategie die Friedensbewegung angesichts der Wiederwahl Reagans und über die nächste Bundestagswahl 1987 hinaus benötigt, um ihre Ziele zu erreichen. Im Zusammenhang von bisherigen Veröffentlichungen zum »rot-grünen Bündnis« (vgl. *spw* 18; Andreas Wehr in *spw* 24, 263ff.) steht in diesem Heft der Beitrag eines führenden Repräsentanten der GAL Hamburg. *Christian Schmidt* beurteilt skeptisch die Aussicht, ob SPD und Grüne politisch tragfähige und wirklich problemlösende Kompromisse werden schließen können. Die Diskussion über »rot-grüne Bündnisse« werden wir bereits im nächsten Heft mit Erfahrungsberichten bisheriger rot-grüner Zusammenarbeit in Ländern und Kommunen weiterführen.

Frank Heidenreich

Verlagsmitteilungen

Werdet Vertriebsagenten!

Das Vertriebssystem unserer Zeitschrift steht von Beginn an auf zwei Säulen. Neben den Abonnenten sind es vor allem die Vertriebsagenten, die die Zeitschrift abnehmen. Gegenwärtig sind es etwa ein Drittel aller Exemplare, die auf diesem Wege zum Leser gelangen. Mit diesem Vertriebssystem unterscheiden wir uns von der Masse der linken Zeitschriften, denn nur eine starke organisationspolitische Verflechtung kann dies möglich machen.

Allerdings sind seit der Gründung der Zeitschrift so einige Löcher in dem früher engen Netz der Vertriebsagenten entstanden. Gründe dafür gibt es viele: Aus gelegentlichen Lesern wurden Abonnenten, mangelnde Resonanz im Juso-, SPD- oder Gewerkschaftsumfeld, Verdruss über mangelnde Betreuung durch Redaktion und Geschäftsführung. Zur weiteren Verbreitung der Zeitschrift sind wir aber — wie bisher auch — auf die Arbeit vieler Weiterverkäufer angewiesen. Dies um so mehr, da uns für Werbung nur wenig Mittel zur Verfügung stehen. Prüf daher bitte, ob Du diese Arbeit übernehmen kannst! Wir suchen sowohl Genossinnen und Genossen, die 5 oder 10 Exemplare abnehmen als auch solche, die *spw*- Büchertische auf Parteitag, Jusokonferenzen oder Gewerkschaftstagen organisieren. Redaktion und Geschäftsführung werden die gegenwärtig unzureichende Kommunikation mit den Vertriebsagenten wieder verstärken. Darum: *Werde Vertriebsagent/in!* (unser Telefon: 030/213 40 57)

Achtung: Abo-Rechnung '85 bezahlen

Die Abonnenten finden in diesem Heft die Rechnung für den Bezug der *spw* im kommenden Jahr (Hefte 26 bis 29). *Trotz weiterer Kostensteigerungen bleiben die Preise (auch im Buchhandel) die alten!* Abonnements sind im voraus zu bezahlen; wir bitten daher dringend um baldige Überweisung. Die Zahlungsmoral ist zwar etwas besser geworden durch die Bürokratie unseres Mahnwesens, aber sie ist noch immer zu »kommunistisch«: Eine(r) unter sechs Abonnenten hat bis heute noch nicht für 1984 überwiesen. Bitte daran denken: Mahnungen und Mahnbescheide kosten uns viel Arbeit und kommen die Betroffenen teuer zu stehen. Schnelle Überweisung erspart uns viel unnötigen Ärger.

Aktuelle Kommentare

Axel Horstmann

Nach den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen: mehr Fragen als Antworten

»SPD wieder stärkste Kraft in NRW«, so lautet — gleichermaßen verständlich wie sachlich zutreffend — die Sprachregelung der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten nach den Kommunalwahlen am 30. September. In der Tat läßt sich das herausragende positive Element des Wahlergebnisses in dieser Formel zusammenfassen: Die letztmals bei den Landtagswahlen 1980 mit einem 5-Prozent-Vorsprung vor der CDU errungene Position als stärkste Partei, die sowohl bei der Bundestagswahl 1983 als auch noch bei der diesjährigen Europawahl verfehlt wurde, konnte nun wieder erreicht werden.

Die nunmehr geäußerte Hoffnung auf eine erneute absolute Mehrheit der SPD bei der Landtagswahl im Mai 1985 stützt sich dabei allerdings nicht auf das jetzt errungene zahlenmäßige Ergebnis von 42,5 Prozent der Stimmen (bei dem — recht wahrscheinlichen, aber nicht sicheren — Scheitern der FDP wären ca. 48 Prozent erforderlich), sondern darauf, daß es bei einer selbst für Kommunalwahlen extrem niedrigen Beteiligung von weniger als zwei Dritteln der Wähler zustandekam: trotz vormals deutlich höherer Wahlbeteiligung vermochte es die SPD bei Kommunalwahlen in den letzten 20 Jahren nie, die CDU zu überflügeln. Diese Diskrepanz zu überregionalen Wahlgängen wurde immer aus der niedrigeren Beteiligung heraus erklärt.

Diese — zuallererst natürlich auf Mobilisierung abgestellte — Interpretation kann hier nicht sorgfältig geprüft werden. Erwähnt sei aber, daß das Hoffnungen für 1985 stützende Phänomen durchaus auch anderen Erklärungen zugänglich ist. Es könnte beispielsweise sein, daß die Wahlenthaltung auf seiten der CDU-Klientel (noch) stärker ausfiel als in der sozialdemokratischen Wählerschaft; immerhin fiel der CDU der zweite Platz dadurch zu, daß sie mehr Prozentpunkte gegenüber der letzten Kommunalwahl (minus 4,1 Prozent) und auch gegenüber der Bundestagswahl (minus 3 Prozent) verlor als die SPD (minus 2,4 bzw. minus 0,3 Prozent). Desweiteren, und dem nicht widersprechend, muß zusätzlich in Betracht gezogen werden, daß die hohe Wahlenthaltung zu einem Trend gehört, der sich auch bei kommenden überregionalen Wahlgängen bemerkbar macht und Anzeichen einer allmählichen »Amerikanisierung« des Wählerverhaltens in der Bundesrepublik verstärkt. Hierfür kann der deutliche Rückgang der Wahlbeteiligung gegenüber der Kommunalwahl 1979 (minus 4,1 Prozent) als Indiz angeführt werden.

In jedem Fall ist eines klar: Auf eine Automatik, die der nordrhein-westfälischen SPD — ausgehend von dem jetzt erzielten Ergebnis — rein arithmetisch eine hinreichende Aufstockung bei der nächsten Landtagswahl beschert, kann nicht gesetzt werden. Und in der Zusammenschau mit jüngeren Wahlausgängen andernorts sollte weiter klar ein, daß auch keine politische Automatik existiert, die das bei der Wende in Bonn falsch ausgeschlagene Pendel im Zuge einer selbstverschuldeten Diskreditierung der Rechtskoalition wieder zurückschlagen läßt. Der von der Parteilinken weithin beklagte Mangel an mobilisierungsfähigen Orientierungspunkten in der Auseinandersetzung mit der Union in NRW läßt die vornehmlich von der Parteiführung verbreitete Hoffnung deshalb wenig fundiert erscheinen.

Das Interesse an der Partei an möglichen Schlußfolgerungen aus der Kommunalwahl

für die anstehende Landtagswahl ist leicht erklärbar: Man versucht im Hinblick auf die künftige Kräftekonstellation im Düsseldorfer Landtag die Wahrscheinlichkeit für eine zur hessischen Situation analoge Bündnisfrage zu taxieren. Aber einen entsprechenden Diskussions- und Entscheidungsprozeß will die SPD-Landesspitze mit der Parole der möglichen absoluten Mehrheit hinauschieben. Die Möglichkeit, daß sich eine solche Frage nicht stellen wird, kann man zwar nicht in den Bereich der Fabel verweisen, aber mit Fug und Recht bestreiten; eine Suche nach der wahrscheinlichen Antwort müßte sich jedoch heute in den Bereich der Spekulation vorwagen — im übrigen nicht nur wegen der unentwickelten Diskussion in der Sozialdemokratischen Partei in NRW, sondern auch wegen der neuerdings sehr entwickelten Bündnisdiskussion bei den Grünen, die — soviel scheint sicher — im nächsten Landtag vertreten sein werden, wenn auch nicht unbedingt mit dem jetzt erzielten Ergebnis von 8,6 Prozent.

Obwohl auf kommunaler Ebene nun teilweise »hessische Verhältnisse« entstanden sind, — beschleunigt durch die Bestimmung, daß Bürgermeister und Landräte innerhalb von drei Wochen nach der Kommunalwahl gewählt werden müssen — berechtigen auch die dadurch »erzwungenen« ersten Erfahrungen nicht nur einer Prognose. Erstens sind es zu wenige: Unter den 54 Kreisen und kreisfreien Städten sind nur 14, in denen keine der beiden großen Parteien über eine absolute Mehrheit verfügt und rechnerisch eine »rot-grüne Mehrheit« existiert. Da die jüngst geänderte Gemeindeordnung die Bürgermeister- bzw. Landratswahl schon im ersten Wahlgang bei einfacher Mehrheit ermöglicht, es mithin unter der Mindestvoraussetzung der Stimmenthaltung der Grünen für die SPD ausreichte, über mehr Mandate als die CDU — gegebenenfalls einschließlich der FDP — zu verfügen, wurde die Bündnisfrage aber nur in acht dieser Fälle virulent. Hierbei kam es erstaunlich schnell zu Vereinbarungen zwischen Sozialdemokraten und Grünen (Wuppertal, Minden-Lübbecke), zum Teil jedoch auch zum Scheitern entsprechender Verhandlungen (Bielefeld, wo eindeutig die Grünen ein von der SPD mit durchaus erheblichen Zugeständnissen verbundenes Kooperationsangebot ablehnten). In einer Vielzahl kreisangehöriger Gemeinden gibt es sowohl Beispiele rot-grüner als auch rot-blau/gelber und rot-schwarzer Vereinbarungen.

Außerdem muß jedoch berücksichtigt werden, daß die bisher allein akute Wahl der Bürgermeister und Landräte formal weniger einer »Regierungsbildung«, denn einer Wahl von Parlamentspräsidenten gleicht. Objektive Entscheidungszwänge in kommunalpolitisch-inhaltlichen Fragen sind deshalb bisher nicht in den Vordergrund getreten; wo solche Fragen mit Wahlabsprachen verbunden wurden, ließen Vereinbarungen deshalb noch relativ abstrakte Formulierungen und ein Offenhalten detaillierter Festlegungen zu (so etwa »Absichtserklärungen«, den Ausstieg kommunaler Energieversorgungsunternehmen aus KKW-Gesellschaften zu betreiben). Ins Konkrete wird es auf breiterer Ebene erstmalig bei den Beratungen zu den Kommunalhaushalten für 1985 gehen.

Die Haltung der SPD in Nordrhein-Westfalen gegenüber der nun lokal teilweise auftretenden Bündnisfrage läßt sich in salopper Form und mit der unvermeidlichen Vergrößerung bisher am ehesten so beschreiben, daß sie sich mit der durch den gewohnten Speisezetteln bedingten Widerwilligkeit, aber auch mit der dem Hungrigen eigenen Bereitwilligkeit an den Tisch setzt, um festzustellen, welche Mahlzeit und wie heiß sie tatsächlich aufgetragen wird.

Um im Bild zu bleiben: Es fehlt noch weitestgehend an eigenen Menu-Vorschlägen; vielerorts erwecken rot-grüne Verhandlungen den Eindruck sozialdemokratischer Abwehrkämpfe unter weitgehendem Verzicht auf eigene kommunalpolitische Programmanschlä-

ge gerade auf Feldern, auf denen sozialdemokratische Interessenvertretungspolitik in besonderem Maße gefordert ist, wie etwa in der kommunalen Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Die Linke in der SPD sollte erkennen, daß für die Spielpläne der kommenden Saison nicht nur die Rollenbesetzung noch zu klären ist, sondern auch noch wichtige Drehbücher geschrieben werden müssen.

Jürgen Egert

Politik als Ware

oder

Das Elend der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mit stauenden Kinderaugen erlebt der deutsche Michel zur Zeit die Vielzahl politischer Premieren, die auf der Bühne des Flick-Untersuchungsausschusses aufgeführt werden. Der die geteilte Nation empörende Verfall der »guten Sitten« ist aber weniger sensationell, als manch spektakuläre Enthüllung glauben macht. Wer Augen und Ohren vor dem Niedergang der politischen Kultur in diesem Land nicht verschließt, dem müßte längst aufgefallen sein: Politik ist zur Ware geworden. Dies zeigt sich nicht nur an der Käuflichkeit von Politikern, sondern im gesellschaftlichen Umgang mit Politik allgemein. Unwidersprochen betreiben Politiker ihr »Geschäft« und »verkaufen« Parteien ihre Politik. Werbe- und Marketingstrategen »verkaufen« Politik nach dem gleichen Muster wie Camel, Omo oder Audi, um sie an den Mann bzw. die Frau zu bringen. Eine vorherrschende Politikkultur, die den bürgerlichen Medien keines kritischen Kommentares wert war. Wie auch? Leben wir doch in einer Gesellschaft, die gekennzeichnet ist von der Käuflichkeit von jedem und allem. Dies ist der fruchtbare Boden, auf dem unter anderem Beraterverträge beliebig wuchern können.

Offensichtlich soll dieses Verständnis von und dieser Umgang mit Politik künftig kein Vorrecht von Konservativen und Liberalen bleiben. Der vorschnelle politische Friede der Sozialdemokratie mit der kapitalistischen Industriegesellschaft reicht wohl inzwischen so weit, daß uns die politische Kultur auch zur Ware verkommt. Dabei geht es weniger um D-Mark-Scheffler des Herrn Flick in unseren Reihen, als vielmehr um das widerspruchslose Abfeiern angeblich demoskopischer Wissenschaftlichkeit. Die Rede ist von einer Studie »Planungsdaten für die Mehrheitsfähigkeit der SPD«. Eine Untersuchung, die der Parteivorstand in Auftrag gegeben hat und deren Ergebnisse jüngst vorgelegt wurden, um das Parteivolk zu erhellen. Die Studie geht der zentralen Frage nach: »Welches sind die Bedingungen in der Wählerschaft für eine mehrheitsfähige SPD?« Anders ausgedrückt, wie reden wir dem Volk am besten nach dem Maul, um gewählt zu werden? Der Anspruch, diese Republik entsprechend unseren Einsichten und Grundwerten zu gestalten, wird vorsorglich schon in der Fragestellung ausgeklammert. Um die Macht im Staat zu erringen, erweist sich dieser Anspruch offensichtlich als hinderlich. Verweisen wir ihn dorthin, wo er hingehört: in das theoretische Jenseits der Programmdiskussion.

Nicht weniger beeindruckend ist der für zentrale Bereiche verwendete Forschungsansatz der Studie, der »nicht — wie man vielleicht vermuten könnte — für den politischen Bereich konzipiert worden ist, sondern aufgrund langjähriger Forschungsarbeit für die

Marktforschung in der Privatwirtschaft.« Mit einem derart methodisch überzeugenden und unwiderlegbaren Ansatz liegt nun endlich nach 120jähriger Parteigeschichte ein wissenschaftlich fundiertes Untersuchungsergebnis vor, daß zukünftig »den Schutt manch überflüssiger innerparteilicher Kontroverse (z.B. Löwenthal-Thesen) beiseite räumen und eine Konzentration auf die wirklichen politischen Probleme ermöglichen« wird. Das hochkarätige Ergebnis der Studie summiert sich dann auch beispielhaft in so überraschenden Erkenntnissen wie:

— »Egal, welche Koalitionsneigung die SPD signalisiert, sie wird mit beträchtlichen Teilen ihrer Anhängerschaft Schwierigkeiten bekommen.«

— »Verbessert die SPD ihre Position im Wählermarkt (sic!) allein auf Kosten der Partei die Grünen ..., dann reicht das nicht aus, um stärkste Partei zu werden.«

— »Der Wählerbereich zwischen SPD und CDU/CSU hat seinen Schwerpunkt eher bei den älteren Wählern ... Der Wählerbereich zwischen SPD und der Partei 'Die Grünen' hat seinen Schwerpunkt eher bei den jüngeren Altersgruppen ...«

— »Der Partei 'Die Grünen' hat eine Position im Wählermarkt besetzt, die früher die Domäne der SPD und ihrer Jugendorganisationen war.« Usw.

Zugegeben, der eigentliche Kern der Studie kommt erst in den Abschnitten zum Vorschein, die diesen Zitaten folgen. Um die Bedingungen für die Mehrheitsfähigkeit der SPD zu klären, wird das bundesdeutsche Wahlvolk auf acht Schubkästen verteilt. Die verschiedenen »sozialen Milieus« reichen vom konservativ gehobenen über das traditionelle und traditionslose Arbeitermilieu bis zu den lustbetonten Hedonisten und werden hinsichtlich ihrer Parteiengunst quantifiziert. Vollkommen frei von den Widersprüchen historischer und sozialer Entwicklungen und ihrer entsprechenden Verarbeitung in den Köpfen der Menschen — geradezu softwaregerecht zur Computerverarbeitung — sind die einzelnen »sozialen Milieus« mit »Wertorientierungen« behaftet, die, mikroelektronisch verarbeitet, das Rechnerhirn zu dem überraschenden Schluß gelangen lassen: Anhängerschaft und potentielles Wahlvolk der SPD haben im Unterschied zum konservativen Wählerprototyp sehr unterschiedliche bis gegensätzliche Ansichten, das heißt, sie sind sehr heterogen. Wer es bis dato nicht glauben wollte: »Den typischen SPD-Wähler gibt es nicht.« Folglich: Die Chance der SPD für 1987 liegt darin, »daß sie auf dem Markt (sic!) konkurrierender Problemlösungsansätze von Gruppen mit sonst unterschiedlichen Wertorientierungen als attraktivere Partei angesehen wird«. Zwar geht es dabei auch darum, »aus den vielfältigen Strömungen einen gesellschaftlichen Konsens zu formen«, doch nur deshalb, weil dieses Kunststück aus dem Zylinder »für viele Wählergruppen attraktiv ist und auch honoriert wird« — mit Wählerstimmen. Dazu sei angemerkt: Entweder die Wähler tragen einen politischen Konsens inhaltlich, dann ist die Wahl der entsprechenden Partei keine besondere Honorierung, oder sie tragen den Konsens nicht inhaltlich, dann werden sie auch eine Partei nicht wählen, nur weil sie sich in Übereinstimmung mit breiten Wählerschichten befindet.

Bleibt die bange Frage, wie man mit konkurrierenden Problemlösungsansätzen konkrete Politik macht, wenn uns der Wähler die Verinnerlichung des marktwirtschaftlichen Allheilmittels »Konkurrenz« auf dem Feld der politischen Problemlösungen mit seiner Wählerstimme honoriert hat? Auf den Punkt gebracht: Hier versucht man, statistisch und wissenschaftlich verbrämt, aus der gegenwärtigen Not sozialdemokratischer Politik eine Tugend zu machen. Der Zerfall ehemals sozialliberaler Mehrheiten in teilweise gegensätzliche politische Lager, der uns wohl aus demoskopischer Sicht entgangen sein muß, wird konstatiert und soll überwunden werden, indem man aus dem reichhaltigen Warenangebot so-

zialdemokratischer Politik »jedem das Seine« anbietet. Speziell für das technokratische und liberale »Milieu«, dem »statistisch abgesichert« eine zentrale Rolle bei der Rückkehr zur Macht zukommt und natürlich — eine weitere Überraschung — auf dem Feld der Umweltpolitik, da hier die »Betroffenheit« des Volkes nach eigener Aussage am größten ist.

Mechtild Jansen

Friedensherbst '84 — Ein langer Atem ist notwendig

Im Dezember 1979 hat sich der NATO-Rat zur Stationierung neuer US-Atomraketen in Europa entschieden. Die Friedensbewegung nahm seitdem einen gewaltigen Aufschwung bis hin zu ihrem vorläufigen Höhepunkt im Herbst 1983. Sie hoffte, auf den Beschluß des Bundestags einwirken und die Bundesregierung veranlassen zu können, ihre Zustimmung zur Raketenstationierung zurückzunehmen.

Das Ziel konnte nicht erreicht werden. Erreicht werden konnte eine für die Bundesrepublik bislang einmalige Politisierung der außenpolitischen Diskussion, ein Zerfall des bisherigen sicherheitspolitischen Konsenses — der einen großen Teil auch der innenpolitischen Stabilität der Bundesrepublik ausmachte — und eine für dieses Land ungewöhnlich starke demokratische Bürgertätigkeit.

Nachdem mit der Stationierung der Pershing II begonnen wurde, war für die Friedensbewegung eine neue Situation gegeben. Gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung hatte die Bundesregierung mit ihrer Herrschaftsmacht Fakten gesetzt. Erstmals konnte eine Integration der *Mehrheit* der Bevölkerung in die herrschende Politik — bis dahin ein Spezifikum des »Modells Deutschland« — nicht gelingen. Das hat bei vielen, die sich in der Friedensbewegung engagierten, in doppelter Weise Fragen ausgelöst. Zweifel an der Wirksamkeit des bisherigen Engagements und Zweifel am Gehalt »unserer freiheitlichen parlamentarischen Demokratie«, verstärktes Mißtrauen gegenüber den Regierenden, aber auch Fragen an die eigenen Handlungsmöglichkeiten waren die Folge.

Die Bundesregierung war — nachdem sie die Friedensbewegung mit ihrem Vorgehen verprellt und zunächst einmal irritiert hatte — des unmittelbaren, akuten und zugespitzten Drucks entoben. Sie nutzte die Situation, um mit der »deutsch-deutschen Schadensbegrenzung ihren Entspannungswillen vorzugaukeln und die Ernsthaftigkeit der entstandenen Lage zu verwischen. Substanz konnte dieses Vorgehen nach soeben vollzogener Stationierung nie haben, und es entpuppte sich dann auch bald allzu offensichtlich als selbstgewisse und durch die Stationierung geradezu beflügelte neue deutsche Großmannssucht. Verstärkte Fürsprache für revanchistische Kräfte waren ebensowenig zufällig wie das gezielte Zusteuern auf die personelle Stärkung der Bundeswehr, die konventionelle Aufrüstung, der Griff nach den Weltraumwaffen, die Wiederbelebung der westeuropäischen Union und die gemeinsamen atomaren Planspiele zwischen Frankreich und der Bundesrepublik.

Das sind die Umriss des Konzepts, mit dem angeblich ein »Ausweg« aus der Abhängigkeit von den Großmächten gegeben sein sollte und das noch im Nachhinein jene bestä-

tigt, die hinter der Befürwortung von Pershing II und Cruise Missiles schon immer den deutschen Griff nach eigener Atommacht vermutet und analysiert hatten.

In dieser Situation hatte sich die Friedensbewegung sowohl mit den objektiven als auch mit subjektiven Problemen auseinandersetzen. Die Menschen hätten sich in der Friedensbewegung nicht engagiert, hätten sie nicht eine Hoffnung gehabt, die Stationierung verhindern oder »irgend etwas« verändern zu können. Sehr viele hatten sich zum ersten Mal in ihrem Leben politisch engagiert. Wer sich selbst ernst nimmt, empfand das Ergebnis des Kampfes als schmerzlich; viele waren enttäuscht. Die nicht unmittelbaren, unter dem Strich abrechenbaren Erfolge wurden nicht immer gleich gesehen. Bei einigen mochten Zweifel an den eigenen Prognosen über die Gefährdung der Weltlage aufgekommen sein, ging doch äußerlich die Normalität weiter und läßt sich erst langsam auch im Leben der einzelnen die große Last und einschränkende Wirkung gewachsener Kriegsgefahr spüren.

Alle Kräfte waren auf den Herbst '83 hin mobilisiert worden. Es blieb kaum Kraft, über diese Zeit hinauszudenken. Das die Friedensbewegung einigende Anliegen wurde von den Ereignissen eingeholt und bekam einen neuen Stellenwert. Es gab Unsicherheit, was sich die Friedensbewegung in dieser Lage und für die Zukunft zutrauen konnte. Entsprechend ihrer Vielfältigkeit kamen die außerhalb der Stationierungsfrage liegenden Meinungsverschiedenheiten über Ziele und Vorgehen stärker zum Vorschein und machten es schwierig, ein neues gemeinsames Konzept zu finden.

Schwächen auch der bisherigen Arbeit der Friedensbewegung machten sich stärker bemerkbar: eine teilweise Emotionalisierung der Rüstungsproblematik, eine den klaren Blick für gesellschaftliche Ursachen verstellende Vorstellung von »den Supermächten« und Ideen vom »gesamtdeutschen Aussteigen« aus weltpolitischen Gegebenheiten und anderes mehr.

Die Friedensbewegung selbst ist eine junge Bewegung, der Rückgriff auf Erfahrungen und Traditionen ist kaum möglich. Die Zeit gemeinsamer Arbeit der verschiedensten Menschen, Gruppierungen und Strömungen war erst relativ kurz. Und schließlich kratzten schnell jene an der Tür, die um die entstandenen Schwierigkeiten wissen und hoffen, die eigene Partei könne davon profitieren — was nicht per se verwerflich ist, aber doch Gefahren parteipolitischer Instrumentalisierung in sich birgt, die nicht unbedingt mit den Zielen der Friedensbewegung kongruent sind. Diese komplizierte Situation führte beispielsweise im Koordinationsausschuß der Friedensbewegung zu manchen Verunsicherungen und Fehlern, die Nervosität, Kurzatmigkeit und Gefahren des Aktionismus erkennen ließen.

Die Ergebnisse der Friedensarbeit dieses Jahres sind nur vor diesem Hintergrund angemessen zu bewerten. Ostermärsche, Volksbefragung, Fulda-GAP, die Menschenketten am 20. Oktober, die Mittelamerika-Solidaritätsaktion am 3. November in Bonn und die noch bevorstehenden Friedenswochen und Verweigerungstage sind eine beachtliche Dokumentation dessen, daß die Friedensbewegung weitermachen und nicht in Resignation verfallen wird. Insbesondere das Ergebnis der Volksbefragung muß als ein Indiz für die Veränderung des Durchschnittsbewußtseins in der Bevölkerung gesehen werden. Die — vergleichsweise geringe — Beteiligung an den Aktionen ist vor allem ein Indiz für die Zahl jener, die sich jetzt schon der notwendigen Längerfristigkeit ihres Engagements bewußt sind. In diesem Lichte können nur Böswillige die Zahlen geringerschätzen. Damit hat die Friedensbewegung — trotz eines spürbaren »Schlages« gegen ihr Anliegen — eine beachtliche Stabilität erwiesen. Sie ist eine Erscheinung, die nicht wieder verschwinden wird, wie

sie gekommen ist, sondern ein politischer Faktor, mit dem auf längere Sicht gerechnet werden darf. Es ist eine Friedensbewegung, die ihre nachhaltigen Erfahrungen gemacht hat und die wesentlich einer neuen Oppositionspartei Auftrieb gegeben hat, die das Oppositionsmonopol der SPD und das Drei-Parteien-System gebrochen hat.

Hier liegt der Grund, weshalb es auch der SPD nicht ohne weiteres gelingen wird, die Bewegung zu vereinnahmen, um ihr die Spitze zu brechen. Eine andere Politik ist gefordert, darauf hat die Friedensbewegung mit den Aktionen des Jahres 1984 hingewiesen: sie hält fest am neuralgischen Punkt der »Stationierungsfrage«. Sie hat den Blick auf die neuen Militärstrategien, das Air-land-battle-Konzept, Bestrebungen zur Errichtung einer westeuropäischen Großmacht und die damit verbundenen Aufrüstungsplanungen eröffnet.

Bei ihrer zukünftigen Arbeit muß die Friedensbewegung wissen, daß sie sich am Anfang einer neuen Etappe befindet. Sie muß in der Überzeugungsarbeit, in den Aktionsformen und in ihrer inneren Zusammenarbeit und Konzeptionsfindung neu ansetzen, um unter sehr langfristigem Blickwinkel gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu verändern. Es geht um eine Außen- und Sicherheitspolitik der Kooperation und Partnerschaft zwischen Gesellschaften und Staaten unterschiedlicher, ja sogar gegensätzlicher Ordnungen, die gleichwohl keinen Status quo gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse bedeutet, sondern innergesellschaftliche Weiterentwicklung ermöglicht.

Würde die Friedensbewegung abwarten und ihre Hoffnung einfach auf neue Regierungskonstellationen im Jahr 1987 verlagern, so würde das allein schon eine solche Aussicht fraglich werden lassen und den unerläßlichen Politisierungsprozeß und fortgesetzten Druck von unten abstoppen. Weder Grüne noch die SPD werden von alleine, selbst wenn sie es wollten, Abrüstung durchsetzen.

Deshalb bleibt die Aufgabe, die gesellschaftliche Veränderung der Friedensbewegung noch stärker auszuweiten und noch bessere Aufklärungsarbeit zu leisten. Wo über bald 40 Jahre — nach einem antikommunistischen kriegerischen Kreuzzug des Hitlerfaschismus — Irrationalität und Antikommunismus in die Köpfe der Menschen eingetrichtert worden sind, bleibt viel an Aufklärungsarbeit zu tun und an selbstbewußtem demokratischen Handeln der Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln.

Die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Kirchen und Parteien steht voran. Die Friedensbewegung sollte dabei die Parteien in die Pflicht nehmen, aber deren Zugriff auf die Friedensbewegung nicht zulassen. Der Wahrung einer strikten Eigenständigkeit und Unabhängigkeit wird großes Gewicht beizumessen sein. Das kann nur gelingen, wenn Auseinandersetzung und Zusammenarbeit innerhalb der Friedensbewegung in einem dialektischen Verhältnis zueinander stehen, und wenn Zusammenarbeit und Einheit einschließt, daß man und frau sich darum kümmert, daß alle, die dabei waren, auch dabei bleiben und noch neue hinzukommen. Das gilt auch für die Unbequemen und nicht im großen Stil Organisierten.

Analysen

Jürgen Blume und Andreas Westphal

Die Beweglichkeit des Tankwarts

Zu Peter Glotz' »Arbeit der Zuspitzung«*

Bei vielen Linken ist das Glotzsche Buch mit einiger Verwunderung aufgenommen worden. Insbesondere das Vokabular (von *Hegemonie* bis *Stellungskrieg*) und seine Literaturempfehlungen (von den *Grundrissen* bis zu Poulantzas, von Publikationen des *Argument* bis zu denen des *spw*-Verlags) ließen einen grundsätzlichen Gesinnungswandel vermuten. Ist Glotz *Marxist* geworden?

Ein Beitrag zur Programmdebatte?

Noch ein anderer Grund schien die Lektüre unvermeidlich zu machen. Glotz' Buch ist neben Peter von Oertzens Versuch der Wiederauffrischung des Reformismus wohl der einzige Versuch der letzten Zeit, sich den *programmatischen* Anforderungen der SPD mit einem größeren Beitrag zu stellen. Die Programmdebatte wirft ihre Schatten und gibt unsere Fragen an das Buch vor. Welchen Beitrag kann es zur Formulierung eines sozialdemokratischen Konzepts liefern?

Erwarten sollte man folgenden Aufbau: Analyse — Ziele und inhaltliche Strategie — hegemoniale Strategie. Nicht so bei Peter Glotz: Den ersten Teil seines Buches bildet die Analyse der hegemonialen Zustände (»Notizen zum Stand der Dinge nach der Wende«), daraus folgt dann die Auflistung der Hauptprobleme unserer Zeit (»Die großen Brüche«). Im zweiten und dritten Teil werden dann für zwei Bereiche (Friedens- und Technologiepolitik) Glotzsche Vorschläge präsentiert. Dieser Aufbau ist nicht zufällig: »Dies sind die Arbeitsnotizen eines Parteisekretärs.« (12)

Und worum geht es einem solchen? »... die Chance zur Mehrheitsfähigkeit ist da. Ist sie es wirklich?« (38) Da diese Frage den Ausgangspunkt der Untersuchung bildet, strukturiert sie auch die ersten Beobachtungen: Glotz fallen zunächst nicht die Ausplünderung der Natur, die Aufrüstung oder die Veränderungen im Arbeitsprozeß auf. Was ihm auffällt, sind die »geistigen« Veränderungen, das sichtbare »Abbröckeln der Verteidigungsbe-reitschaft« (9), die radikale »Veränderung der *Arbeitsethik* des Industrialismus« (9) und einen »*Einstellungswechsel* gegenüber der Natur« (9, Hervorh. d. Verf.).

Es ist dies eine das Buch durchziehende »Meinungsforschermentalität« (seine *medienswissenschaftliche* Vergangenheit hat hier wohl ihre Spuren hinterlassen), die zum Teil den Blick für die Analyse der Probleme verbaut, die Analyse der Meinungen über die Probleme zum zentralen Erkenntnisobjekt macht.

Mit dieser Meinungsforschermentalität verbunden ist eine ständige Vermischung von Psychologie und Politik bei der Analyse der Verhältnisse. Glotz fordert als Voraussetzung einer hegemonialen Politik, und hier ist ihm zuzustimmen, die Untersuchung der nationalen Spezifik: »Wer sich im halbierten Deutschland durchsetzen will, muß aufpassen, wo er hintritt: Kenntnis der Örtlichkeit ist die Seele des Dienstes (Freiherr von Stein)« (29). Wie sieht nun diese Analyse aus?

* Peter Glotz: Die Arbeit der Zuspitzung, Berlin/West 1984. Die im Text angegebenen Seitenzahlen beziehen sich, wenn nicht anders angegeben, auf diesen Text.

»Zu berücksichtigen wäre: Deutschland ist geteilt und Grenzland zwischen den Systemen; der erste Kriegsschauplatz eines europäischen Konflikts ... In diesem halbierten Deutschland gibt es zwei Ängste: die vor explodierenden Raketen und die vor den Russen hinter Helmsstedt« (29/30, Hervorh. d. Verf.)

Und weiter: »Zu berücksichtigen wäre: Wenn die Deutschen 'Sozialismus' hören, denken sie an die DDR.« (30) Wie auch oben strukturiert das spezifische Erkenntnisinteresse den besonderen Blick: Nebeneinander stehen Fakten und Ängste. Die Frage nach dem Gehalt der Ängste (Realangst oder neurotische) fällt durch das Raster. Die Frage nach den realen Deformationen in der DDR und die danach, wie an diesen anknüpfend die antikommunistische Ideologie gezimmert wurde, werden von Glotz nicht auseinandergehalten, nicht einmal vorgestellt. Das, was den »Meinungsforscher« einzig interessiert, ist dies: Die Ängste sind vorhanden. Daß Ängste nicht unveränderbar und also auch abbaubar sind, ist für Glotz kein Problem.

So ist es auch nicht zufällig, daß er Versuche einer differenzierten Analyse der sozialistischen Länder mit Kurzzitaten abfertigt:

»Im geteilten Deutschland gibt es keine Chance für eine Politik, die den 'fortschrittlichen Grundcharakter der in der Sowjetunion verwirklichten Produktionsverhältnisse' (Herforder Thesen) betont — in keiner Fassung.« (24)

Der Zweck der Diffamierung heiligt das Mittel der intellektuellen Unredlichkeit. Als wenn Glotz nicht genau wüßte, daß die Herforder Thesen nicht die sozialen Verhältnisse der Sowjetunion als Modell für uns preisen, sondern einen eigenständigen und demokratischen Weg zum Sozialismus skizzieren. Die sich über weite Teile des Buches andeutende Dialogfähigkeit scheint hier auf ihre Grenzen zu stoßen. Bei Marxisten in der eigenen Partei fällt Glotz wieder in den Stil der Diffamierung zurück.

Auch auf einer anderen Ebene läßt die Glotzsche Analysefähigkeit zu wünschen übrig: wenn es um die sozialdemokratische Vergangenheitsbewältigung geht. Im Zusammenhang mit der Analyse der Ablösung des sozialliberalen Blocks notiert Glotz: »Daß wir aber zugelassen haben, daß die Themen Ökologie, Rüstungskontrolle und Gleichstellung der Frau zu »partei erzeugenden« Problemen wurden, ist ein politischer *Kunstfehler*, der vermeidbar gewesen wäre ...« (22, Hervorh. d. Verf.). Daß es die SPD als Regierungspartei war, die den Bau von Atomkraftwerken in den 70er Jahren betrieb, daß es der Sozialdemokrat Schmidt war, der mit seiner »Lückenentdeckung« die Nachrüstung provozierte — ein politischer Kunstfehler? — Hier hätte ein Wort der Selbstkritik gut angestanden: Die SPD-Regierung hat durch eine ganz bestimmte Politik den Widerstand hervorgerufen. — Und die SPD war in den 70er Jahren durch die sozialdemokratische Form des Korporatismus so eng mit dem Staat verschmolzen, daß es einen »materiellen« und nicht nur einen »ideellen« Grund, quasi der Vermittlung (wie Glotz suggeriert), für die Entstehung der Grünen gab.

»Sozial gesteuerte Innovation« — das Glotzsche wirtschaftspolitische Konzept

Wir beschränken uns bei der Analyse des inhaltlichen Konzepts auf den dritten Teil, die Glotzschen Vorschläge für eine sozialdemokratische Technologiepolitik. Der Friedensteil bleibt unberücksichtigt, da er uns nicht viel Neues zu bieten scheint: eine Aneinanderreihung von alten und neuen, innerhalb und außerhalb der SPD ausgearbeiteten Forderungen, die zum Beispiel bei Egon Bahr und Erhard Eppler besser studiert werden können (siehe die Rezension zu Epplers »Tödliche Utopie der Sicherheit« in *spw* 21). Glotz malt

das Bild einer kapitalistischen Gesellschaft, in der die harmonische Entwicklung der Produktivkräfte sowohl dem Kapital als auch der Arbeit nützen soll. Eine »antagonistische Kooperation« (159) dieser beiden kann die gegenwärtigen Blockaden der bundesrepublikanischen Gesellschaft beseitigen, die dem zur Eroberung einer Spitzenstellung der bundesdeutschen Ökonomie auf dem Weltmarkt notwendigen technologischen Entwicklungsschub im Wege stehen.

»Die Losung muß lauten: *Marktwirtschaft, Mitbestimmung und Mitbesitz* statt Stellungskrieg. Dabei darf die Linke keine Zweifel darüber aufkommen lassen, daß die Besitz- und vor allem die Machtverhältnisse in Deutschland, so wie sie sind, nicht bleiben können. Und wieder das schwierige einerseits/andererseits, das die neuen Eindeutigkeitsfanatiker von rechts und links nicht ertragen: Es muß klipp und klar sein, daß die Linke vernünftige Bedingungen der Kapitalverwertung in Deutschland garantiert und daß sie eine marktwirtschaftlich orientierte Politik betreibt. Genauso unzweifelhaft aber muß feststehen, daß die Hinnahme hoher Arbeitslosigkeit, die Reprivatisierung des sozialen Risikos und die Auslieferung der wirtschaftlichen Entscheidungen an einen Herrenclub von 300 Vertretern von Industriekapital und Banken zu einem brutalen (und im Endergebnis ausblutenden) Stellungskrieg führen werden« (33).

Diese Probe Glotzcher Denkungsart läßt folgende Beobachtungen zu:

1. Es geht nicht um Überwindung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, sondern um das Beschneiden ihrer als nicht notwendig betrachteten Auswüchse. Dieser Verzicht auf Systemtranszendenz ist jedoch nicht nur an eine strategische Etappe gebunden, sondern auf die Ewigkeit hin angelegt: »Der Versuch einer Entmachtung kapitalistischer Eliten in einem vollentwickelten kapitalistischen Staat scheitert an der unbezweifelbaren Bereitschaft dieser Gruppe, sich mit allen Mitteln zu wehren und ihrer Fähigkeit, auch außerhalb der eigenen Klasse Anhänger zu finden. Wer die chilenische Lektion nicht lernen will, sollte seinen Mut außerhalb der Politik erproben« (Glotz 1984c, 44). Die »chilenische Lektion« der PCI, die eine *bestimmte Form* des Kampfes zur Überwindung des Kapitalismus impliziert, wird von Glotz in einen Transformationsdefätismus umgewandelt.

2. Marktwirtschaftskonforme Reformen, wie zum Beispiel Mitbestimmung und Arbeitszeitverkürzung, sollen die Besitz- und Machtverhältnisse soweit ändern, daß die Gefährdung des »deutschen Korporatismus« (109) durch eine offene Konfrontation von Arbeit und Kapital, die Glotz als »Stellungskrieg« bezeichnet, verhindert wird.

Da Glotz die gegenwärtige Wirtschaftskrise nicht aus den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise ableitet, muß er sich um andere Erklärungsmuster bemühen: Neben Andeutungen über die demographische Entwicklung, das hohe amerikanische Zinsniveau, die ökologischen Grenzen der Industriegesellschaft und den gängigen Argumenten über die Grenzen der Staatsverschuldung führt Glotz vor allem folgende Krisenursachen ins Feld:

1. Die Weltmarktkonkurrenz verschärft sich durch die Konkurrenz der Schwellenländer, die eine wachsende Anzahl industrieller Produkte zu niedrigeren Kosten herstellen können.

2. Der bevorstehende technologische Entwicklungsschub kann mehr Arbeitsplätze vernichten, als er schafft. Hier mangelt es der Bundesrepublik vor allem an einem wirksamen industrie- und strukturpolitischem Instrumentarium.

3. Die bisher erfolgreiche Exportorientierung der Bundesrepublik gerät durch zunehmende protektionistische Forderungen der in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geratenen europäischen Partner unter den Druck, entweder einen größeren Außenprotektionismus der EG oder eine Einschränkung des freien EG-Binnenmarktes zu akzeptieren (vgl. 126).

Das Glotzsche Krisenszenario mündet also in die Behauptung einer Zwickmühle, in die die Bundesrepublik von der einen Seite durch die Kostenkonkurrenz der Schwellenländer bei bestimmten industriellen Massenproduktionen und von der anderen Seite durch die höhere technologische Kraft anderer Industriestaaten in den High-Technology-Bereichen geraten ist. Damit bleibt Glotz in der Ideenwelt seiner wirtschaftspolitischen Vorarbeiter Volker Hauff und Fritz W. Scharpf befangen, die diese in ihrem Werk »Die Modernisierung der Volkswirtschaft« (Hauff/Scharpf 1975) errichtet haben. Danach sind die Krisenerscheinungen in den entwickelten Industrieländern auf eine Verschiebung innerhalb der internationalen Arbeitsteilung zurückzuführen, wonach immer mehr standardisierte Industrieprodukte kostengünstiger in Schwellenländern produziert werden können. Zur Untermuerung dieser These wird die zunächst für den betriebswirtschaftlichen Bereich entwickelte Produktlebenszyklustheorie (vgl. Vernon 1966) herangezogen. Danach durchläuft jedes Produkt eine Entwicklungsphase, eine Markteinführungsphase, eine Wachstumsphase, eine Reifephase und eine Stagnationsphase. Ein Unternehmen muß darauf achten, daß es niemals nur Produkte herstellt, die in der Reife- oder Stagnationsphase sind, da es dann höchstens kurzfristig noch profitabel produzieren kann, mittelfristig aber mit einem erheblichen Nachfrageausfall zu rechnen hat.

Hauff und Scharpf, die dieses theoretische Konzept auf die makroökonomische Ebene übertragen, behaupten, daß die während der Wachstums- und der Reifephase zunehmend standardisierte Massenproduktion die Verlagerung in die Schwellenländer möglich machen:

»Das Charakteristische unserer Situation liegt nun darin, daß heute die Verlagerungsphase des Produktzyklus einen großen Teil der Industrieproduktion der entwickelten Länder erfaßt hat. Die industrielle Produktion in den Industriegesellschaften basiert fast durchweg auf Technologien und Verfahrensweisen, die keineswegs neu sind.« (Hauff/Scharpf 1975, 19)

Eine aktive Strukturpolitik aber kann sich auch heute »gegenüber den Veränderungen im Weltwirtschaftssystem strategisch verhalten, wenn sie darauf verzichtet, den Wandel verhindern zu wollen und zugleich ihre besonderen Chancen in der internationalen Konstellation vorausschauend und entschlossen nutzt« (ebd., 13). Die Krisenlösungsstrategie von Hauff und Scharpf, die auch dem sozialdemokratischen Technologiepolitikkonzept der siebziger Jahre zugrunde gelegen hat, resümiert sich also in drei Punkten: 1. Akzeptierung der vom Weltmarkt vorgegebenen Entwicklungen der Technologie und Produktlinien; 2. jede nationale Ökonomie muß sich ihre Marktlücken bzw. »besondere Chancen in der internationalen Konstellation« (ebd.) suchen; 3. die Bundesrepublik muß versuchen, im Bereich der Produktentwicklung und Produkteinführung der neuen, ein hohes Weltmarktanteilswachstum versprechenden Produkte an die Weltspitze zu gelangen.

Glotz reproduziert nun in feuilletonistischer Weise die Thesen von Hauff und Scharpf: Auf der Grundlage des Verzichts auf jede zentrale Planung muß der Staat industriepolitisch intervenieren:

»Ohne den Mut aber, sich von den Wachstumsfeldern der Zukunft ein — wenn auch jederzeit korrigierbares — Bild zu machen, die Lebenszyklen der Produkte zu analysieren und dort, wo man ins Hintertreffen geraten ist, entschlossen auf die übernächste Produktgeneration zu setzen, müßte die Bundesrepublik aus dem Kreis der großen Industrienationen herausfallen.« (127)

Glotz' Strategieempfehlung bleibt alsdann vollständig im sozialdemokratischen Zwei-Stufen-Schema der Technologiepolitik befangen: »Die flächendeckende Modernisierung kann nicht der Staat zuwebringen, sondern nur der Markt. Die frühen Formen des

Strukturwandels aber kann man nicht dem Laissez-faire überlassen — schon gar nicht, wenn man mit Staaten in Konkurrenz steht, die ihre Industrien gezielt und mit viel Geld fördern« (ebd.). Der gesamte Bereich der Verbreitung der Produkt- und Prozeßinnovationen in den einzelnen Unternehmen soll also dem Markt überlassen werden und damit im Wesentlichen der gesamtgesellschaftlichen Einflußnahme entzogen bleiben. Die Glotzsche Modernisierung der Volkswirtschaft erweist sich im Kern als Strategie, mit staatlich initiierten Forschungsprozessen, langfristig abgesicherten Forschungsinvestitionen und steuerlichen Anreizen zur marktwirtschaftlichen Verbreitung der Innovationen der Bundesrepublik zu einem besseren Platz auf dem Weltmarkt bei der Konkurrenz um die Beherrschung der Zukunftstechnologien und den damit verbundenen Extraprofiten zu verhelfen.

Eine Kritik der Glotzschen Strategie muß an folgenden Punkten ansetzen:

1. Es handelt sich um eine ausschließlich nationale Krisenlösungsstrategie, die dann, wenn sie Erfolg hat, zu Lasten anderer Staaten geht. Ein derartiges, allein vom nationalen Standpunkt aus formuliertes Konzept kann nicht Grundlage einer zwischenstaatlichen industriepolitischen Zusammenarbeit gegen die amerikanische und japanische Vorherrschaft auf technologischem Gebiet sein.

2. Glotz verzichtet vollständig auf eine Analyse der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung. Da gegenwärtig fast alle entwickelten Industrieländer an einer Verstärkung der Exportorientierung bei gleichzeitig staatlich geförderter Technologieentwicklung arbeiten, ist eine Aussage über die Effekte der Glotzschen Strategie nur möglich, wenn die spezifische Position der Bundesrepublik in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung berücksichtigt wird. Die Abwesenheit einer derartigen Analyse ist ein wesentlicher Grund des Scheiterns der französischen Wirtschaftspolitik nach dem Mai 1981, mit dem sich Glotz leider nicht auseinandersetzt.

3. Glotz verzichtet ebenfalls auf eine Analyse der sozialen Auswirkungen der Einführung der neuen Technologien innerhalb der Bundesrepublik. Wenn er von den »gewaltigen Marktchancen eines vollintegrierten digitalen Fernmeldenetzes« (130) spricht, werden die Einkommens- und Beschäftigungseffekte mit keinem Wort erwähnt. Das Problem der Aufrechnung der Beschäftigungsreduktion infolge der betrieblichen Einführung bestimmter Technologien und der potentiellen Beschäftigungserweiterungen infolge von Nachfrageausweitungen nach Investitionsgütern im High-Technology-Bereich wird nicht gestellt.

4. Die marktwirtschaftliche Verbreitung des technischen Fortschritts im Glotzschen Technologieentwicklungsmodell widerspricht Glotz' eigenem Anspruch, eine »sozial gesteuerte Innovation« (123) zu betreiben, da weder eine gesellschaftliche Steuerung der Innovation an den am meisten betroffenen Orten, den Unternehmen, noch ein wirkliches Interventions- oder Entscheidungsrecht der Beschäftigten hinsichtlich der Formen der Einführung neuer Technologien von Glotz angestrebt werden. Im Gegenteil spricht sich Glotz sogar gegen die von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Strukturrate zugunsten von mehr »informelle(n) Verfahren« (132) aus. Die Fragen »Was soll wachsen?« (116) und »Wer soll was zu bestimmen haben?« (117) verschwinden damit, wenn es sich um die konkrete Durchsetzung der technologischen Entwicklung handelt, vollständig von der Tagesordnung. Hier beschwichtigt uns Glotz jedoch mit der bitteren Erkenntnis, »das ein großer Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit 'entfremdet' ist und 'entfremdet' bleiben wird« (138). So gesehen, muß *an die Stelle* der Perspektive der Bestimmung der Produzenten über die Produkte und über das Produzieren ein anderes Ziel treten: »Wir werden uns von Späth und Biedenkopf, von der geschickten, Konflikte abpuffernden modernistischen Fraktion der Rechten nur unterscheiden, wenn wir der Innovation eine Perspektive geben:

dem Menschen 'disponible Zeit' (André Gorz) zu verschaffen und ihn in den Stand zu setzen, sich so auszubilden, daß er bewußt über diese disponible Zeit verfügen kann« (137). Dank eines vollkommen marktwirtschaftskonform gemachten Gorz kann so die Perspektive der Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit durch Selbstvergesellschaftung allein auf die Nicht-Arbeitszeit verschoben werden.

Glotz muß sich die Frage stellen lassen, was gerade ihn dazu prädestiniert, mit der »sozial gesteuerten Innovation ein Bündnis zwischen traditioneller Linken, den technischen Eliten und den nachdenklichen Minderheiten der Wachstumskapitale zustande zu bringen« (123). Doch seine Antworten sind schon vorbereitet: 1. Der »deutsche Korporatismus« (109) wird durch den »kalten Schmiß der Modernisierung« (119), so wie sie die Rechte betreibt, zerstört, die »Eliten von morgen« (ebd.) können nicht mehr gewonnen werden. 2. Es besteht die Gefahr, daß die »neoklassische Angst vor der [industriepolitischen] Verantwortung die mittlere Macht Bundesrepublik auf den Platz ..., der ihr sozusagen der Größe nach zusteht« (131), drückt. Gerade im Bereich der Wachstumskapitale gibt es viele Unternehmer, »die den Neokonservativen nicht zutrauen, daß sie die nächste Wirtschaftskrise überstehen« (Glotz 1984c, 41).

Doch so sehr sich Glotz auch bemüht, Prophet der sozialdemokratischen Mission zur Erarbeitung einer von den »nachdenklichen Minderheiten der Wachstumskapitale« (123) mitgetragenen Industriepolitik zu sein, so wenig ist er in der Lage, die konkrete Leistungsfähigkeit seiner Modernisierungsstrategie hinsichtlich der verschiedenen Interessen der Lohnabhängigen aufzuzeigen. »Die von Arbeitslosigkeit Betroffenen oder Bedrohten können von der 'positiven Utopie' zu wenig abbeißen, um sich dafür begeistern zu können« (Wendl 1984, 40). Auch in diesem Zusammenhang ist ein Mangel der Analyse der französischen Industriepolitik der letzten Jahre zu konstatieren, die zumindest seit dem Frühjahr 1983 dem Glotzschen Konzept eng verwandt ist und die französischen Sozialisten in wachsende Legitimationsschwierigkeiten bei ihrer eigenen sozialen Basis bringt.

Glotz sieht zu Recht ein bedeutendes Problem darin, »daß ein Großteil des anlagefähigen Kapitals in falsche Kanäle geleitet wird« (134). Zur Korrektur des falschen Verhältnisses von Finanz- und Realinvestitionen schlägt er eine »Strategie der kleinen Form« (132) vor: durch einen zweiten Aktienmarkt für Risikokapital, Investmentfonds, Beteiligungsgesellschaften und steuerliche Besserstellung von Klein- und Mittelunternehmen soll eine Renaissance von Unternehmensgründungen und Realkapitalinvestitionen besonders in den High-Technology-Bereichen mit hohen Wachstumsschancen erreicht werden. Glotz formuliert ein Konzept der Revitalisierung der Marktkräfte, die sich auf das kleine Kapital und den risikofreudigen und kreativen Unternehmer stützen soll. »In der Tat bin ich ein Anhänger von Joseph Schumpeter« (Glotz 1984c, 41), der die Entwicklungsphasen des Kapitalismus als in entscheidendem Maße von der Innovations- und Risikobereitschaft der Unternehmer abhängig angesehen hat (vgl. Schumpeter 1975). Doch Glotz beschränkt sich leider darauf, das hohe, aus der Modellwelt der makroökonomischen Lehrbücher bekannte Marktwirtschaftsideal solchen Phänomenen wie der Macht der Banken und dem Finanzinvestitionsboom entgegenzuhalten. Ein Versuch der Analyse des Zusammenhangs von Realkapital- und Geldkapitalakkumulation sowie die Ableitung einer relativen Verelbständigung der Zweiteren aus den Bedingungen der Ersteren wird gar nicht erst unternommen. Und das, obwohl Glotz für sich in Anspruch nimmt, nicht naiv genug zu sein, um »hinter Hilferding zurückgehen zu wollen. Er hat in seinem 'Finanzkapital' von 1910 zu Recht klargemacht, daß längst eine 'Vereinheitlichung des Kapitals' vorliegt« (Glotz 1984c, 41).

Seiner Strategie der Renaissance der Schumpeterschen Unternehmer versetzt der zwar nicht naive, aber scheinbar vergebliche Glotz nur wenige Monate nach Erscheinen der »Arbeit der Zuspitzung« einen empfindlichen Schlag. In einem Kommentar zum Streik um die 35-Stunden-Woche in der *Neuen Gesellschaft* schreibt er: »Auf der Arbeitgeberseite haben altmittelständische Gruppierungen mit einer Ideologie des aggressiven Traditionalismus die Großindustrie in die Zange genommen. Die Demütigung der modernistischen Rechten in der Gestalt Kurt Biedenkopfs zeigt schlaglichtartig die Situation« (Glotz 1984b, 668). Jetzt sind es nicht mehr die innovativen, Realkapitalinvestitionen vorantreibenden Klein- und Mittelunternehmen, die gegen das Groß-, vor allem das Bankkapital unterstützt werden müssen, sondern das kompromißfreundige Großkapital, das gegen das an verkrusteten Strukturen festhaltende traditionalistische Unternehmertum gestützt werden muß. Deutlicher kann die durch die fast vollständige Abwesenheit einer Analyse der verschiedenen ökonomischen Entwicklungen in der Bundesrepublik entstehenden Konfusion nicht zu Tage treten. Es kommt der Verdacht auf, daß die Glotzsche Bündnisformel (traditionelle Linke, technische Eliten und nachdenkliche Minderheiten der Wachstumskapitale) eine beliebige Schablone ist, die gemäß den jeweiligen *politischen* Notwendigkeiten verschiedensten Konstellationen übergestülpt werden kann.

»Rechts einen großen und links einen kleinen Block gegen sich«

Nun fragt sich natürlich, mit wem ein solches Konzept durchgesetzt werden soll, wer sind die Bündnispartner? Wolfgang Zellner hat Glotz in *spw* 23 vorgeworfen, er unterstütze eine große Koalition: »Glotz' »Arbeit der Zuspitzung« ist eine Werbeschrift für die Zustimmung der SPD zur Zusammenarbeit mit dem Kapital und in der Konsequenz auch mit der CDU.« (Zellner 1984, S.137) Dem ersten Teil des Satzes ist zuzustimmen, dem zweiten so nicht.

Wie sieht Glotz' Bündnisstrategie aus? Zunächst sind zwei Ebenen auseinanderzuhalten: die Klassen/Schichten-Ebene und die Ebene der Parteien-Politik. Auf der ersten Ebene soll Glotz' Konzeption der »sozial gesteuerten Innovation« durch »ein Bündnis zwischen traditioneller Linker, den technischen Eliten und den nachdenklichen Minderheiten der Wachstumskapitale« (123) zustande gebracht werden. Bei diesem Bündnis wird in Kauf genommen, daß es »rechts einen großen und links einen kleinen Block gegen sich behält.« (123)

Diese Politik soll mit »Toleranz, aber mit unbeirrbarer Festigkeit gegenüber den gegenkulturellen Bewegungen« (123) verbunden sein. Das, was auf der Titelseite als »Organisation einer regierungsfähigen Linken« daherkommt, entpuppt sich also mehr als »Nicht-Rechte«. Wie Späth und anderen in der CDU geht es Glotz um die »Modernisierung« der Volkswirtschaft. Wie sie sieht er den strategischen Bündnispartner in den »nachdenklichen Minderheiten der Wachstumskapitale«. Jeder will sie für *sein* Projekt gewinnen. Die Differenz liegt wohl in der sozialen Steuerung bei Glotz (»Mitbestimmung, Mitbesitz« s.a.o.). Um dieses Konzept eines »großen sozialen Blocks« mit Glotz zu streiten, schien uns sinnvoll. Dieses Konzept zwingt nicht zur Großen Koalition, schließt sie aber auch nicht aus. So bezeichnete er in letzter Zeit die *Grünen* als »bürgerliche Partei« (Tagesspiegel vom 28.10.84) und schlägt vor, zu »schauen, was man mit ihr durchsetzen kann. Man muß aber auch schauen, was man mit anderen, beispielsweise mit der CDU, durchsetzen kann« (Tagesspiegel vom 28.10.84).

Noch ein Wort zu den neuen sozialen Bewegungen. Hier schwimmt der Glotzsche Diskurs. Auf der einen Seite sind Stellen, an denen sich eine positive Weiterentwicklung so-

zialdemokratischen Politikverständnisses zeigt. So sieht er in den Frauen ein großes Potential der Veränderung: »Vorausgesetzt ..., daß man nicht stellvertretend für die Frauen handeln will, sondern sie selbst handeln läßt« (36).

Auf der anderen Seite steht der »Mehrheitsfanatiker«: »Die Frage ist: *Integriert* die Arbeiterbewegung die ökologische Frage oder stößt sie sie ab und riskiert sie damit, daß die Organisationsansätze der Bürgerinitiativbewegung und der Grünen wirklich zu einer Organisation führen?« (37) Das sind die Grünen nämlich bisher noch nicht: »Sie [die grüne Parteiformation] wird eher durch eine 'Lebensgebärde' (Robert Musil), eine politisch-philosophische Attitüde, zusammengehalten als durch ein Programm und ein Netzwerk von Interessen.« (25/26) Ob die Grünen auf der Linken bleiben, ist für Glotz offen. Doch eins ist klar: Organisierendes Zentrum eines alternativen Blocks muß die Sozialdemokratie werden.

Eins ist deutlich geworden: Glotz drückt sich um die auf der parteipolitischen Ebene in den nächsten Monaten für die SPD entscheidende Frage »Zusammenarbeit mit den Grünen?« herum. Hier fehlt eine klare Aussage. Aber kurzfristig bleibt wohl nur die Alternative »Rotgrünes Bündnis« oder »Große Koalition«. Ob allerdings auch langfristig Glotz' Konzeption einer so starken SPD aufgeht, die diese Frage nicht mehr beantworten mußte, scheint fraglich. Im Gegensatz zu Glotz halten wir die Grünen für recht lebensfähig, eine Politik ohne oder gegen sie mithin für unrealistisch.

Welche Art von »Zuspitzung« oder ist Glotz Marxist geworden?

Nach alledem scheint uns die Frage nach der »marxistischen Wende« beantwortet zu sein. Dennoch bleibt die Frage nach dem Stellenwert der marxistischen Begriffe. Denn anders als beim Reformismus, von dem Glotz offensichtlich nicht mehr viel erwartet (»Bernsteinianer« wie Heimann und Meyer finden sich nicht einmal im Literaturverzeichnis), macht er jede Menge Anleihen bei marxistischen Theoretikern. Zu untersuchen wäre, wie Glotz mit marxistischer Terminologie umgeht, wie er bestimmte Begriffe umformt, um sie in seine Strategie einzubauen. Am Beispiel des *Stellungskriegs* wollen wir dies versuchen.

Antonio Gramsci (Mitbegründer und führender Theoretiker und Politiker der KPI vor dem Zweiten Weltkrieg) führte den Begriff *Stellungskrieg* ein, um die notwendige Strategie des *Klassenkampfes* in den westlichen Industrienationen zu beschreiben. Stellt der Bewegungskrieg, das heißt die Eroberung des Staatsapparates (bei Gramsci »società politica«) mittels eines Frontalangriffs in einem relativ kurzen Zeitabschnitt, die angemessene Strategie für Länder wie Rußland dar, mußte im Westen eine andere Strategie her. Gramsci analysierte die westlichen Länder als Gesellschaften, in denen das Ensemble der kulturellen und ideologischen Institutionen (die »società civile«), mit denen die Hegemonie des herrschenden Blocks organisiert wird, ausgebildeter ist als im Osten. Hier sei ein langfristig angelegter Kampf, in dem die Arbeiterklasse ihre Führungsfähigkeit auf *allen* Ebenen des gesellschaftlichen Lebens schon *vor* der Revolution herstellt, notwendig. Voraussetzung wäre mithin ein einheitliches Bündnis zwischen Führungsklasse und Zwischenschichten, das auf Überzeugung beruht, wobei sich die Arbeiterklasse als *nationale* Klasse schlechthin legitimieren müsse.

Was macht nun ein Parteisekretär, dem es gerade um die Vermeidung von Konflikten zwischen Kapital und Arbeit, um »antagonistische Kooperation« zwischen den beiden geht, mit solchen Begriffen? »Die Losung muß lauten: Marktwirtschaft, Mitbestimmung statt Stellungskrieg« (33).

Es sind andere Inhalte, für die Glotz *seine* »Hegemonie« herstellen will. Da Glotz gegen

Klassenkampf ist, muß die Gramscische Form desselben, der Stellungskrieg, vermieden werden. Die »Arbeit der Zuspitzung« erweist sich somit als *begriffliche*: »Zuspitzung — will ich Ihnen sagen — heißt für mich nicht Hetze und blinde Konfliktverschärfung, sondern meint 'Klärung der Gegensätze' ... Die Frage lautet: Wie bringst du es auf den Punkt?« (8) Danach wird Hegel zitiert: »Die denkende Vernunft aber spitzt sozusagen den abgestumpften Unterschied des Verschiedenen, die bloße Mannigfaltigkeit der Vorstellungen zum wesentlichen Unterschied, zum Gegensatz zu.« (8) Und dann wieder Glotz: »Um diese Art der Zuspitzung geht es, nicht um Aufwiegelung.« (8)

So konnte ihm auch das *Handelsblatt* »sozialdemokratische Lernfähigkeit« (Handelsblatt vom 2.5.84) bescheinigen; wir könnten dem Hegelianer mit Marx zurufen: »Die Phrasen vom Bewußtsein müssen verschwinden, wirkliches Wissen an ihre Stelle treten.«

Was leistet nun diese begriffliche Zuspitzung? Unter der Überschrift »Die großen Brüche« reiht Glotz die Schlüsselfragen des nächsten Jahrzehnts auf: Arbeitslosigkeit, Soziale Frage bei geringem Wachstum und Rationalisierung, Frauenfrage, Rüstung, Bürokratismus. Auch diese Fragen werden durch den Glotzchen »Blick von oben« gesehen: Nicht zunehmende *Verstaatlichung* der Gesellschaft ist das Problem, sondern der sich immer stärker ausprägende »*Widerstand* gegen die *Überlebensgröße* der technisierten Staatsapparate« (31, 1. Hervorhebung d. Verf.). Neben der Artikulationsweise fällt zweierlei auf: das Fehlen der *Dritten Welt* und des Zusammenhangs der Probleme.

Das Fehlen der *Dritten Welt* ist nicht zufällig: Sein Vorschlag im Bereich der Wirtschaftspolitik (s.o.) bleibt borniert. Die Wettbewerbsfähigkeit der BRD auf dem Weltmarkt soll wiederhergestellt werden. Dies kollidiert mit den Interessen der Dritten Welt. So determiniert die Glotzche Interessenlage die Artikulation von Problemen: Bei der Dritten Welt klafft eine *symptomatische Lücke*. Trotzdem kann man von Glotz lernen: Außer der beschriebenen Lücke formuliert er *die* großen Probleme der nächsten Zeit, denen sich eine Linke zu stellen hat. Detlev Albers hat dies 1982 auf einer Bauer-Tagung in Wien versucht. Anders als Glotz, bei dem Probleme unvermittelt aneinandergereiht werden und die Bereiche, an denen er seine Politikkonzeption (Friedens- und Wirtschafts-/Technologiepolitik vorführt, *unverbunden* nebeneinander stehen, versucht Albers den Zusammenhang dieser Fragen zu denken, als alte und neue Krisenerscheinungen des Kapitalismus. »Gerade hierin steckt aber auch die unentrinnbare Herausforderung für alle Teile der fortschrittlichen Kräfte in der kapitalistischen Welt ..., sich von den Fesseln der Profitlogik zu befreien.« (Albers 1982, 61)

Was bleibt? — Versuch eines Fazits

In seinem Vokabular, aber nicht nur dort, bietet Glotz Dialogbereitschaft an, die sich auch in anderen Teilen der Partei (siehe den Bericht von der Bauer-Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in *spw* 24) auszubreiten scheint. Diese Chance ist zu nutzen, gleichzeitig aber auf ihre praktischen Konsequenzen zu überprüfen. Bei Glotz' jüngsten Angriffen auf die Bündnispolitik des Juso-Bundesvorstands war von der Dialogfähigkeit seines Buches noch wenig zu spüren! Bei der Analyse der Rechten kann mancher Linke von Glotz lernen. Eine ähnlich differenzierte Untersuchung, wie sie Glotz leistet (18-21) sucht man in linken Publikationen bisher vergeblich. Allerdings scheint die Prognose (Abwirtschaften der »Entsolidarisierungs«-Rechten und zunehmender Einfluß der »Modernisten« Biedenkopf und Späth) die Stabilität von Konzepten, wie sie in Amerika von Reagan und in England von Thatcher vertreten werden, zu unterschätzen.

Was leistet, so ist abschließend zu fragen, Glotz' Buch zur Programmdebatte? Glotz benennt die wichtigen Probleme der nächsten Zeit, denen sich ein solches Programm stellen muß. Was allerdings noch aussteht, ist die grundsätzliche Analyse dieser Probleme und daraus entwickelte positive sozialdemokratische Antworten und Vorschläge.

Literaturverzeichnis

- Albers, Detlev, 1982: Zentrale strategische Probleme des Bruchs mit der Profitlogik in den kapitalistischen Metropolen, in: Albers u.a.: Kapitalistische Krise und Strategien der Eurolinken, Berlin/West 1982, S.59-72
- Blume, Jürgen, 1983: Rezension zu Erhard Eppler: Tödliche Utopie der Sicherheit, in *spw* 21, Berlin/West, S.517-519
- Blume, Jürgen, und Frank Heidenreich 1984: »Marxismus ist halt schöner als Reformismus« — Otto Bauer-Seminar der Friedrich-Ebertstiftung, in: *spw* 24, Berlin/West, S. 367-71
- Glotz, Peter, 1984b: Jammern hilft nichts, Cassandra, in: Neue Gesellschaft 7/84, S. 668
- Glotz, Peter, 1984c: ... und abgebrochen? Michael Wendl und das Unausgesprochene, in: Sozialismus 10/84
- Hauff, Volker, und Fritz W. Scharpf 1975: Modernisierung der Volkswirtschaft, Köln, Frankfurt/M.
- Schumpeter, Joseph A., 1975: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. München
- Vernon, R., 1966: International Investment and international Trade in the Product Cycle, in: The Quarterly Journal of Economics, 80-1966
- Wendl, Michael, 1984: Angespitzt ..., Peter Glotz' Arbeit der Zuspitzung, in: Sozialismus 10/84
- Zellner, Wolfgang, 1984: Die Organisation einer regierungsfähigen SPD für die große Koalition, in *spw* 23, Berlin/West 1984, S. 135-37

NEUERSCHEINUNGEN IM HERBST 1984

Georg Fülberth
Konzeption und Praxis
sozialdemokratischer Kommunalpolitik
1918 - 1933.
Ein Anfang.
 Schriftenreihe ... Bd. 47
 208 S., broschiert, DM 20,-
 ISBN 3-921630-47-9

Stefan Bajohr
Die Hälfte der Fabrik
Geschichte der Frauenarbeit
in Deutschland 1914 - 1945
Mit einem Vorwort von
Herta Däubler-Gmelin (MdB)
 Schriftenreihe ... Bd. 17
 2. verb. Auflage
 340 Seiten, broschiert, DM 32,-
 ISBN 3-921630-16-9

Ein Gespräch mit
Jürgen Kuczynski über
Arbeiterklasse, Alltag, Geschichte, Kultur
und vor allem über Krieg und Frieden.
 Schriftenreihe ... Bd. 48
 141 S., broschiert, DM 14,80
 ISBN 3-921630-49-5

Arbeitskampf um Arbeitszeit
Perspektiven gewerkschaftlicher Zukunft
in flexibler Arbeitswelt
 Mit Beiträgen von U.Achten, M.Bobke,
 G.Bosch, U.Briefs, F.Deppe, E.Ferlemann,
 K.Hummel, G.Jeske, G.Kessler, E.Ott, W.Pfen-
 nig, K.Pickshaus, W.Riester, W.Roßmann,
 R.Sorg, S.Stamm, Gruppe Contrapunkt, u.a.
 ca. 180 S., broschiert, ca. DM 18,-
 ISBN 3-921630-52-5
 Erscheint im Dezember

Im Buchhandel oder direkt beim Verlag. Kostenlose Prospekte anfordern!

Postfach 510
 Rosenstraße 12/13
 3550 Marburg
 Telefon (0 64 21) 6 36 66

Verlag
 Arbeiterbewegung und
 Gesellschaftswissenschaft



Die Friedensbewegung braucht eine langfristige Strategie

Die Friedensbewegung ist die erste große außerparlamentarische Bewegung in der Geschichte der Bundesrepublik, die nicht zerbrach, als sie ein großes Ziel — die Verhinderung des Beginns der Stationierung neuer US-Raketen — nicht erreichte. Sie hat diese Situation als Herausforderung sowohl zu neuen perspektivischen Überlegungen als auch zu weiterer und noch gesteigerter Aktionsentfaltung verstanden. Dies beweist Kraft und politische Reife der Friedensbewegung. Im Mittelpunkt ihres Kampfes steht die Forderung nach der Rücknahme der Stationierung und dem Stopp der Aufstellung weiterer nuklearer Erstschlagwaffen in der Bundesrepublik. Die Suche nach einer längerfristigen Strategie erfordert es, neue politische Bedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten einzuschätzen.

Vier weitere Jahre Reagan-Regierung

Nach der Wiederwahl Reagans wird sich die Politik der USA in den kommenden Jahren wahrscheinlich nicht wesentlich ändern. Es ist möglich, daß sie noch aggressiver und abenteuerlicher wird als bisher. Es wäre leichtfertig, auf eine rasche Veränderbarkeit dieser Politik durch die US-Friedensbewegung, internationalen Druck, die Demokraten, den Kongreß oder wen auch immer zu bauen.

- Die Zuspitzung der internationalen Lage kann noch weitaus gefährlicher werden, als sie es heute schon ist. Dies betrifft sowohl die Fortsetzung der Vorbereitungen an der Herstellung einer US-Erstschlagsoption als auch das Vom-Zaun-Brechen regionaler Kriege, etwa in Nicaragua.
- Es gibt heute keine direkten Rüstungskontroll-, geschweige Abrüstungsverhandlungen mehr zwischen den USA und der UdSSR. Es kann sein, daß dieser Zustand Jahre dauert. Darüber hinaus gefährdet die Politik der US-Regierung die letzten noch geltenden Rüstungskontrollverträge.
- SALT II zur Begrenzung der strategischen Angriffswaffen läuft zum Ende des Jahres 1985 aus. Die Reagan-Regierung hat bisher nicht erklärt, sich daran weiter halten zu wollen.
- Die Pläne und Arbeiten der US-Regierung an einer strategischen Raketenabwehr gefährden hochgradig den ABM (Anti Ballistic Missile)-Vertrag von 1972, der den Aufbau solcher Systeme auf jeweils eines um die jeweilige Hauptstadt beschränkt. US-Offizielle reden offen davon, wann und wie der ABM-Vertrag gebrochen werden soll.

Der Bruch von SALT II und ABM-Vertrag führt zu weitreichenden Konsequenzen. Die USA werden auf allen Sektoren ihre strategische Aufrüstung mit dem Ziel fortführen, »Kriegsführungsfähigkeit« zu erlangen:

- Programm der strategischen Angriffswaffen (MX, Trident, B 1),
- Weltraumrüstung und strategische Defensivwaffen,
- Air-Land-Battle-Vorbereitung mit atomaren Mittelstreckenwaffen und konventioneller Aufrüstung in Europa und Asien,
- Flottenrüstung und Interventionstruppen.

Was Europa betrifft, so sind im Air-Land-Battle-Konzept sowohl nukleare als auch mehr konventionelle Waffen erforderlich. So sicher es ist, daß es ohne Pershing II und Marschflugkörper keine Air Land Battle in Europa gibt, so bedeutend ist andererseits der konventionelle Sektor. Es geht im Air-Land-Battle-Konzept nicht nur um nukleare Erst-

schlagsfähigkeit, sondern auch um konventionelle Erstschlagsfähigkeit unter nuklearer Enthauptungserschreckung. Nukleare und konventionelle Waffen ergänzen und bedingen sich in Air Land Battle auf verschiedenste Weise.

Weil es auch bei der konventionellen Rüstung der NATO um Kriegsführungsfähigkeit geht, muß sich die Friedensbewegung zusätzlich mit ihr befassen. Dabei bleibt die Forderung nach dem Abzug von Pershing II und Marschflugkörpern an erster Stelle, schon deswegen, weil die nukleare Enthauptungsdrohung die »Deckung« für konventionelle Erstschlagskonzeptionen ist.

Die Nuklearrüstung von Frankreich/Großbritannien wird ein eigenständiger Faktor

Die Nuklearrüstung Großbritanniens und Frankreichs wird als eigenständiger Faktor häufig übersehen. Frankreich/Großbritannien verfügen heute über 300 weitreichende Atomsprenköpfe geringer Treffsicherheit. Nach den atomaren Aufrüstungsplänen Frankreichs und Großbritanniens soll diese Situation in etwa 10 Jahren völlig anders sein.

- Frankreich und Großbritannien planen, in den kommenden zehn Jahren etwa 1200 Sprengköpfe höchster Treffsicherheit auf Raketenträgern anzuschaffen.
- Die bei Nicht-Weitergeltung von SALT II auslaufende Sperrklausel für luftgestützte Cruise Missiles würde es Frankreich und Großbritannien ab 1986 erlauben, auf bereits vorhandenen Flugzeugen (z.B. Tornado) solche Waffen zu installieren.

Damit wäre in Europa und weltweit in kurzer Zeit eine völlig neue Situation gegeben, wie es sie im Zeitalter der Nuklearbewaffnung überhaupt noch nie gegeben hat. Es gäbe nicht mehr nur zwei, sondern drei oder vier Nuklearmächte mit einer Bewaffnung strategischen Ausmaßes. Die UdSSR wäre einer strategischen Bedrohung ausgesetzt, nicht mehr wie bisher durch eine Macht, sondern durch zwei oder drei Nuklearmächte. *Das Resultat einer solchen Entwicklung wäre eine weitere Destabilisierung der Gesamtlage in höchst gefährlichem Ausmaß.* Eine weitere Folge wäre, daß der Entwicklung hin zu einer atomwaffenfreien Zone in Europa ein höchst wirkungsvoller Riegel vorgeschoben wäre. Europäische und/oder britische und französische Nuklearbewaffnung strategischen Ausmaßes ist unvereinbar mit dem Weg zu einer atomwaffenfreien Zone in Europa. Diese mögliche Entwicklung hin zu strategischen europäischen Nuklearstreitkräften ist so ernst, daß sie auch in den USA schon Anlaß zur Besorgnis geworden ist. In neuen Ausgaben der offiziellen außenpolitischen US-Zeitschriften »Foreign affairs« und »Foreign Policy« finden sich Artikel prominenter Autoren, die die Einbeziehung der britischen und französischen Atomwaffen in Rüstungskontrollverhandlungen fordern.

Die Pläne der USA zum Aufbau einer Anti-Raketen-Verteidigung und die westeuropäischen Vorhaben zum Ausbau ihrer Nuklearstreitkräfte sind nicht unabhängig voneinander. Mit fortschreitender Arbeit der USA an der Weltraumrüstung und an einer strategischen Raketenabwehr wird es darüber zu einer härter werdenden Auseinandersetzung zwischen NATO-Europa und den USA kommen. NATO-Europa wird den USA vorwerfen, sich selbst zu schützen, während Westeuropa nicht zu schützen ist. Wörner spricht von »Zonen ungleicher Sicherheit«. Diese kommende Auseinandersetzung geht nicht automatisch zugunsten der Friedensbewegung, zugunsten eines Stationierungsstopps und von Schritten hin zu einer atomwaffenfreien Zone in Europa aus. Sie kann von den westeuropäischen NATO-Regierungen auch zum Anlaß genommen werden, unter Hinweis auf den nachlassenden »amerikanischen Atomschirm« den Aufbau eigener westeuropäischer Nuklearstreitkräfte zu forcieren. Es kann der Versuch gemacht werden, die Sorge der Friedensbewegung vor der unberechenbaren, aggressiven US-Politik zu funktionalisieren zu-

gunsten des Aufbaus europäischer Nuklearstreitkräfte. Vieles in den jüngsten Bemühungen der Bundesregierung, aber auch die Rede von Helmut Schmidt vom 28.6.84 vor dem Bundestag deuten in diese Richtung. Die Friedensbewegung muß sich also darauf einrichten, daß es zusätzlich zum Kampf gegen die US-Mittelstreckenraketen zu einer langen und harten Auseinandersetzung um die Frage kommt: europäische Nuklearstreitmacht oder Schritte hin zu einer atomwaffenfreien Zone in Europa?

Deswegen ist es notwendig, den Stopp der Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern sowie die Rücknahme der bereits stationierten Systeme zu fordern. Es ist aber zusätzlich notwendig, zu fordern, daß die Nuklearrüstung weltweit auch in Europa auf dem heutigen Stand eingefroren wird als Ausgangspunkt zu Verhandlungen über ihre Reduzierung. Es ist notwendig zu fordern, daß Atomwaffen aus Ländern abgezogen werden, die nicht über sie verfügen. Dies wäre ein wirkungsvoller Schritt zu einer atomwaffenfreien Zone.

Die Schwierigkeiten der Bundesregierung — Politik gegen die Mehrheit

Die Bundesregierung hat im November 1983 den Beginn der Stationierung gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt. Die Bundesregierung steht auch heute fortdauernd in der Situation, wo sie jede weitere Stationierung gegen die Mehrheit der Bevölkerung betreiben muß. Vor allem mit drei Methoden versucht die Bundesregierung, mit diesem Dilemma fertigzuwerden: der DDR-Politik, der »Europäisierung« und der »Konventionalisierung«.

Die DDR-Politik der Bundesregierung — ein Dilemma

Seitdem die CDU die Bundesregierung führt, hat sie ihre DDR-Politik diametral geändert. Dies kann nur im Zusammenhang mit der Stationierung verstanden werden, die die Bundesregierung fortsetzen will. Eine erfolgreiche Politik mit der DDR soll der Bevölkerung zeigen, daß alles »normal« ist, es »keine neue Eiszeit« gibt, Entspannungspolitik möglich ist trotz Raketen. Die Bundesregierung redet von Verantwortungsgemeinschaft zur Schadensbegrenzung, als ob sie nicht selbst verantwortlich für den Schaden wäre. Der Widerspruch, die Stationierung weitertreiben zu wollen und andererseits auf erfolgreiche DDR-Politik angewiesen zu sein, führt die Bundesregierung immer tiefer in ein Dilemma.

- Die DDR-Politik selbst wird notwendigerweise zunehmend politischer. Sie läßt sich nicht mehr begrenzen auf Umweltschutz und Kredite, sondern nähert sich zunehmend abrüstungspolitischen Fragen an, etwa der des Gewaltverzichts. Der Spielraum der Bundesregierung wird enger.
- Das grundlegende Dilemma liegt aber darin, mit der Stationierung selbst fortfahren zu wollen. Wie will die Bundesregierung die nächste Charge Pershings und Marschflugkörper begründen, während sie doch gleichzeitig bemüht erscheinen will, »den Schaden zu begrenzen«?

Auch die DDR-Politik bewahrt die Bundesregierung nicht vor der grundlegenden Alternative, entweder zu stationieren oder Entspannungspolitik zu betreiben. Zunehmend wird deutlicher, daß derjenige nicht den Schaden begrenzen kann, der ihn vermehrt. Verantwortungsgemeinschaft kann nur bedeuten, den Schaden zu beseitigen. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Lageeinschätzung, die in einem »Staff Report« für den außenpolitischen Ausschuß des US-Senats enthalten ist (Februar 1984). Dort heißt es:

»Die Regierung Kohl hat zur Beruhigung der deutschen Öffentlichkeit eine völlige Umkehr in der Ostpolitik vollzogen, die sie früher bekämpfte ... Die antimilitaristische und speziell anti-

nukleare Stimmung in Europa ist zu einem permanenten Faktor geworden, der die Rüstungskontrolle und Streitkräftenmodernisierungen der Allianzregierungen beeinflusst ... Zusätzliche Stationierungen in der BRD werden das Thema am Laufen halten. Solange es keine Rüstungskontrollverhandlungen gibt, werden die trennenden Wirkungen auf die Grundlagen deutscher Politik tiefer werden, mit langfristigen Auswirkungen auf das Bündnis. Die SPD könnte der Katalysator für eine erneute nationale Debatte über atomaren No-First-Use, atomwaffenfreie Zonen und einen Stopp der Stationierung von Mittelstreckenwaffen werden. ... Die deutsche Regierung könnte steigende Schwierigkeiten haben, Forderungen nach einem Moratorium zurückzuweisen.«

Auf dem Hintergrund solcher Entwicklungen wird deutlich: *Wir brauchen eine nationale Initiative zu einem Stationierungsstopp und zur Rücknahme der bereits stationierten Raketen!* Gerade jetzt, wo es in der CDU/CSU zu erkennbaren Differenzen über den weiteren Kurs der DDR-Politik gekommen ist, kann eine solche Initiative von SPD und Grünen die Differenzierungen in der CDU/CSU über die Kernfrage der Stationierung weiter vorantreiben.

»Europäisierung« — zu welchem Ziel?

Was steckt hinter der allerorten beschworenen »Europäisierung«? Zunächst bietet diese Formel für die Bundesregierung Möglichkeiten, ihre eigene Verantwortung hinter europäischer Fassade zu verstecken. Aber es geht um mehr.

- Mit der Aufhebung der WEU-Sanktionen hat die BRD das »Recht« erhalten, Langstreckenraketen und strategische Bomber zu bauen; dies sind Atomwaffenträger.
- Spezialisten aus der Bundesrepublik sind an Atomprojekten in Argentinien und Brasilien beteiligt, ungeachtet der Tatsache, daß Brasilien offen erklärt hat, den Bau von Atomwaffen anzustreben.
- Schon im Herbst 1983 hat Strauß ein »Vetorecht« über die Pershing II und Marschflugkörper gefordert, für ihn erklärterweise ein Schritt zur eigenen Verfügung über Atomwaffen. Im Zusammenhang mit der Intensivierung der Zusammenarbeit mit Frankreich ist die Frage »atomarer Mitbestimmung« sowohl von Dregger wie von Helmut Schmidt angesprochen worden.
- In der renommierten Militärzeitschrift »Europäische Wehrkunde« erschien im Januar 1984 ein Aufsatz, in dem direkt gefordert wurde: »Einfach ausgedrückt, Cruise Missile und Pershing II einschließlich Sprengkopf in deutscher Hand.«

Es ist nicht zu verkennen: Je mehr Pershing II in der BRD stationiert sind und je enger die europäische Rüstungszusammenarbeit wird, desto drängender wird das Streben bestimmter Kräfte nach atomarem Einfluß, atomarer Mitbestimmung und atomarer Selbstbestimmung. Die Zugangswege sind vielfältig. Noch gibt es gegen diese Tendenzen wesentliche Sperren. Aber es ist an der Zeit, daß die Friedensbewegung ihren Blick auch auf den möglichen Zugriff des BRD-Militarismus auf die Atomwaffe legt. Abzulehnen ist auch jeder Schritt hin zu einem »Verhinderungs-Veto« bei Atomwaffen, auch dann, wenn er nicht das Ziel verfolgt, selbst über Atomwaffen zu verfügen. Denn damit würde ein Weg beschritten, dessen gefährliche Eigendynamik nicht mehr gebremst werden kann. Ein atomares Veto arbeitet jenen in die Hände, die die Atomwaffe selbst in die Hand bekommen wollen. Ein atomares »Veto« — das es in Wirklichkeit nicht gibt und nicht geben kann, denn die Entscheidung über Atomwaffen ist unteilbar — würde den Weg zu einer atomwaffenfreien Zone in Europa für die Bundesrepublik verschließen. Die Bundesrepublik würde dann mehr mit Atomwaffen zu tun haben statt weniger. Deswegen ist es richtig, zu

fordern, als wesentlichen Schritt zu einer atomwaffenfreien Zone in Europa, alle Atomwaffen aus Ländern abzuziehen, die nicht selbst darüber verfügen. Auch deswegen, weil es in der BRD immer Tendenzen des Zugriffs auf Atomwaffen gab und es sie heute — unter neuen und gefährlichen Vorzeichen — weiter gibt, ist es richtig, daß die Friedensbewegung ihre Forderungen noch intensiver an die Bundesregierung richtet als schon bisher.

»Konventionalisierung« — ein Trick gegen die Friedensbewegung

Die NATO, ihr Oberbefehlshaber Rogers und die Bundesregierung reden viel von der »Erhöhung der atomaren Schwelle« durch stärkere »Konventionalisierung«. In Wirklichkeit sollen aber nicht Atomwaffen durch konventionelle Waffen ersetzt werden, sondern zusätzlich zur nuklearen Aufrüstung konventionelle Aufrüstung betrieben werden.

- Der Rogers-Plan betont ausdrücklich die Notwendigkeit des Festhaltens an atomaren Mittelstreckenwaffen. »Konventionalisierung« mit Pershing II?
- Gefordert werden im Rogers-Plan Tausende konventionell bestückter Raketen *zusätzlich* zu Atomraketen.
- Durch konventionelle Waffen ersetzt werden sollen lediglich atomare Kurzstreckenwaffen, weil moderne konventionelle Waffen heute fast dieselbe Zerstörungskraft aufweisen wie taktische nukleare Waffen.
- Konventionell ist nicht gleich defensiv; ein konventioneller Krieg würde Mitteleuropa in wenigen Tagen unbewohnbar machen. Konventionelle Rüstung ist unentbehrlich für das Air-Land-Battle-Konzept zur Herstellung konventioneller Erstschlags- und Kriegführungsfähigkeit.

Allein aus diesen Gründen muß die Friedensbewegung sich stärker mit der geplanten konventionellen Aufrüstung in der Bundesrepublik auseinandersetzen. Zusätzlich ist konventionelle Rüstung teuer. Die Bundesregierung plant, in den kommenden zwölf Jahren mindestens 300 Milliarden DM für konventionelle Aufrüstungsmaßnahmen auszugeben. Das bedeutet eine Explosion der Rüstungskosten und die Vorabverweigerung aller Mittel für soziale, entwicklungspolitische, umweltpolitische Zwecke und zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Wenn es zur Realisierung dieses gigantischen Aufrüstungsprogramms — über das in den kommenden Monaten und Jahren entschieden wird — kommt, hat dies folgende Konsequenzen:

- Der Anteil des Rüstungshaushalts am Gesamthaushalt wird steigen, auf längere Sicht auch der Anteil der Rüstungsausgaben am Bruttosozialprodukt.
- Die Arbeitslosigkeit wird verschärft, weil erstens keine Gelder mehr vorhanden sind für beschäftigungswirksame Programme und weil zweitens im Zuge dieses Prozesses die Rüstungsindustrie zu Lasten arbeitsplatzreicherer Industrien wächst.
- Sozial- und Bildungsausgaben werden immer drastischer eingeschränkt, wie am Haushaltsentwurf 1985 der Bundesregierung abgelesen werden kann.
- Für den Umweltschutz und die Entwicklungshilfe wird schlicht kein zusätzliches Geld mehr zur Verfügung stehen.

Statt dessen wird es zu einer schnellen Aufblähung der Rüstungsindustrie und des Rüstungsexports kommen mit allen ökologischen, sozialen und politischen Folgewirkungen:

- Bundesregierung und Rüstungsbetriebe arbeiten schon lebhaft an Fusionierungsprozessen, um einen großen BRD-Rüstungskonzern zu schaffen.
- Der Rüstungsexport der BRD hatte in den letzten zehn Jahren weltweit die mit Abstand größte Zuwachsrate.

— Verstärkter Rüstungsexport fördert die Einbeziehung der BRD in Zonen politischer Krisen, zum Beispiel die Golfregion. Der Export von 40 Tornados gibt einen Vorge-schmack.

Ob Arbeitslosigkeit, Sozialleistungen, Renten oder Bildung, ob wirksamer Umweltschutz und Entwicklungshilfe oder Aufbau eines neuen Systems der globalen Ökonomie: Nichts ist möglich, wenn es nicht gelingt, die Rüstungskosten zu stoppen. Ein Einfrieren der Rüstungskosten ist ein wirksames Hindernis gegen den Aufbau konventioneller Kriegsführungsfähigkeit.

Deshalb ist es notwendig, das Einfrieren der Rüstungskosten zu fordern als Schritt zu ihrem Abbau. Ein allererster Schritt kann und muß eine Initiative sein im Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt 1985. Die verstärkte Forderung nach einem Einfrieren der Rüstungskosten kann ein wichtiger Beitrag sein zur Verbindung der sozialen Frage mit der Friedensfrage, der Verbindung von Gewerkschafts- und Friedensbewegung.

Zusammenfassung: Alternativen und Forderungen

Auf nuklearem Gebiet geht es um die grundsätzliche Alternative: Gleichgewicht und Reduzierung des Gleichgewichts oder Fortsetzung des Versuchs der USA, die nuklearstrategische Überlegenheit zu gewinnen. Damit verknüpft, geht es in Europa um die Alternative: europäische Atomstreitmacht oder Schritte hin zu einer europäischen atomwaffenfreien Zone. Darin eingeschlossen ist das Ja oder Nein zu einem möglichen deutschen Zugriff auf Atomwaffen.

Die dringendste Forderung ist die nach dem Stopp der Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern und der Rücknahme der bereits stationierten Systeme. Sonst kann es keinen Fortschritt in der Abrüstungspolitik geben. Dies muß verbunden werden mit dem Einfrieren der sonstigen atomaren Bestände weltweit und auch in Europa.

Ein substantieller Schritt, eine Weichenstellung hin zu einer atomwaffenfreien Zone in Europa, ist die Forderung nach dem Abzug aller Atomwaffen aus jenen Ländern, die nicht über solche verfügen. Ein erster Schritt in diese Richtung kann eine jeweils 150 km breite atomwaffenfreie Zone sein, wie sie die Palme-Kommission vorschlägt. Was wir jetzt brauchen, ist eine wirksame politische Initiative zu einem Stationierungsstopp und zur Rücknahme der Raketen!

Auf konventionellem Gebiet geht es um die Alternative: konventionelle Erstschlagsfähigkeit und Explosion der Rüstungskosten *oder* Stopp der Rüstungskosten als Ausgangspunkt für ihren Abbau. Deshalb fordern wir das Einfrieren der Rüstungskosten. Was wir jetzt brauchen, ist eine Initiative zum Haushaltsvorschlag der Bundesregierung. Stopp der Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern und Rücknahme der stationierten Raketen sowie Einfrieren der Rüstungskosten können die beiden Hauptforderungen sein, auf die sich die Friedensbewegung konzentriert.

Diese Forderungen sind einfach, grundsätzlich, decken die wichtigsten Felder ab, sind beziehbar auf komplizierte und detailliertere Forderungen und vor allem: Die Einlösung dieser Forderungen ist für jede(n) kontrollierbar. Deshalb können beide Forderungen massenwirksame Forderungen der Friedensbewegung sein.

Es ist notwendig, daß sich die Friedensbewegung noch stärker auf die Bundesregierung und den politischen Prozeß in der Bundesrepublik ausrichtet als bisher. Damit soll keineswegs von den US-Plänen der Erlangung von Erstschlagsfähigkeit und Enthauptungsfähigkeit abgelenkt werden; aber die politische Verantwortung hier trägt die Bundesregierung, und der politische Druck hier wirkt besser und direkter. Auch eine Beeinflussung der US-

Pläne wird am ehesten erreicht, wenn die Bundesregierung zu Änderungen ihrer Politik — zu einem Stationierungsstopp und der Rücknahme der Raketen — gezwungen werden kann.

Die Friedensbewegung kann ihre Ziele nur erreichen, wenn sie ihre gesellschaftliche Verankerung noch stärker als bisher ausweitet. Die Friedensbewegung kann ihre zentralen Ziele nur mit der Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen. Sie wird auch nur dann erfolgreich sein können, wenn es zu noch engerer Verzahnung mit der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung kommt. Nach diesen strategischen Zielen bemessen sich denn auch Aktionen und Aktionsformen der Friedensbewegung. Die Bundesregierung konnte den Beginn der Stationierung gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen; etwas ganz anderes ist es, diesen Kurs gegen die Mehrheit über Jahre durchhalten zu wollen. Deshalb ist es notwendig, auch mehr Anhänger und Mitglieder der CDU/CSU zur Zustimmung zu den zentralen Forderungen der Friedensbewegung zu gewinnen.

Die Friedensbewegung muß sich auf eine langjährige Auseinandersetzung einrichten. Sie darf sich in ihren Planungen nicht abhängig machen vom Ausgang der Bundestagswahlen 1987. Der Ausgang dieser Wahlen ist ungewiß. Sicher ist, daß es vor und nach diesen Wahlen einer starken Friedensbewegung bedarf. Worauf es ankommt, ist, politische Bedingungen zu schaffen, an denen keine Bundesregierung — auch keine Rechtsregierung — vorbeikommt. Deshalb braucht die Friedensbewegung eine Perspektive und einen Aktionsplan, der über 1987 hinausreicht.

Lamuv Verlag

Martinstraße 7 · 5303 Bornheim-Merten



272 Seiten, Abbildungen, Broschur
DM 24,00

Die Sicherheit der Bundesrepublik hat ihren Preis. Über 200 Milliarden Mark im Jahr kostet das Militär hierzulande. In den nächsten zwölf Jahren wird *jeder* Steuerzahler bei uns wohl im Schnitt 95 000 Mark für die Verteidigung aufbringen. Und auch unsere Verbündeten wollen diesbezüglich kräftig investieren. Doch darüber gibt der Einzelplan 14, der Etat des Bonner Verteidigungsministeriums, keine Auskunft.

Dieses Buch liefert Informationen, die von der Hardthöhe wie *Staatsgeheimnisse* behandelt werden. Es zeigt auf, was für die Sicherheit der Bundesbürger getan wird: Von der Beschaffung von »Klappdrachen« bis hin zu 38 Millionen Kaugummis für den Ernstfall. Nicht nur Cruise Missiles müssen stationiert, sondern auch Kapellen vergrößert werden, um die Einsatzbereitschaft nicht zu gefährden. »Rote Banditen« üben mit »grünen Porsches« den Luftkampf. Ein Bundestagsabgeordneter bietet Marmelade für die Boeings mit dem Pfannkuchen. Soldaten sagen sich: »Ohne Mampf kein Kampf«. Es wird empfohlen, die *Baldriantropfen* nicht zu vergessen. Und die Innenminister sorgen sich: Ein Achtel Ei pro Kopf im »V-Fall«.

Christian Schmidt

»Rot-grünes Chaos« und staatsmonopolistische Regulierung

1985 wird die Doppelfrage, ob die Bonner Rechtskoalitionäre geschlagen und das sogenannte rot-grüne Bündnis besiegelt werden kann, gleich dreimal beantwortet: im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Westberlin. Glaubt man den politischen Kommentatoren und nimmt man die Einlassungen bestimmter Verfechter des neuen »Reformbündnisses« ernst, so hat sich die Konstellation, die 1982 in Hamburg und Hessen noch als pikantes Intermezzo erschien, zum normalen Frontverlauf im parteipolitischen Stellungskrieg eingegraben: Koalitionsblock versus Oppositionsblock, Schwarz-Gelb gegen Rot-Grün.

1985: Wende zum Guten?

Dabei ist es kein Zufall, daß unter den öffentlichen Meinungsmachern diejenigen Hochkonjunktur haben, die das politische Geschäft bar jeder Inhalte allein unter dem Blickwinkel parlamentarischer Arithmetik und machtpolitischer Winkelzüge kommentieren. Die Koalitions- oder Tolerierungsfragen des Jahres 1985 werden von ihnen in Form familiärer Beziehungskisten abgehandelt, und das Publikumsinteresse wird vor der nächsten Folge von Wahlen in Soap-Opera-Manier angestachelt:

- Wird Oskar Lafontaine seine Grüne Liebe heiraten dürfen, und wird sie wollen?
- Wird Bruder Johannes mit den Grünen zur Sonne, zur Freiheit — oder mit den Schwarzen Seit an Seite schreiten und deren alte Lieder singen?
- Wird der vom Pferd getretene Apel auch noch vom Bären gebissen, oder darf er als Senator unter Diephen dienen?

Das alles erfahren Sie 1985!

Das Schlimme nun ist, daß sich auch Teile der Linken diese Mischung aus Dallas und Ohnsorgtheater reinziehen, ja sogar als Staatsschauspieler dabei mitmischen. Für die SPD-Linken ist das normal; denn sie kann gar nicht anders: Ihre Alternative lautet nicht »entweder rot-grünes Bündnis oder linke Opposition«, sondern »regieren mit den Grünen oder mit den Schwarzen?« Deshalb muß sie der rot-grünen Option ohne Wenn und Aber, also auch ohne Rücksicht auf politische Inhalte, das Wort reden. So hat sie denn auch in Hamburg und Hessen gehandelt. Das Novum seit Hessen nun ist, daß sich diese Haltung auch bei einem Teil der Grünen breitmacht. Wie Andreas Wehr in *spw* 24 richtig schreibt, zeigt das hessische Verhandlungsergebnis, »wie widerspruchslos die Basis der Grünen mit kaum meßbaren Erfolgen zufriedengestellt werden kann«.

Vor diesem Hintergrund ist es dringend erforderlich, das Projekt »rot-grüne Politik« inhaltlich zu bestimmen und unter diesem Blickwinkel zu klären, welche Chancen für eine »Wende zum Guten« tatsächlich bestehen. Angesichts der hochgesteckten Erwartungen für das Wahljahr 1985 halte ich eine Aufklärung in folgender Hinsicht für zentral: Wie immer der Wahlausgang und die Mandatsverteilung in den drei Bundesländern, Westberlin mal eingerechnet, sein wird, fest steht schon jetzt, daß sich an den Grundlinien der dort bisher betriebenen Politik nichts ändern wird. Das gilt für alle möglichen Alleinregierungen, Koalitionen und auch für rot-grüne Toleranzen. Wenn ich zusätzlich unterstelle, daß die grüne Basis in NRW und an der Saar aus den kaum meßbaren Erfolgen in Hessen gelernt hat und anders als die dortige Basis (bis jetzt) entscheiden wird, so reduziert sich die Spannung auf die Farben Orange oder Schwarz oder Schwarz-Orange.

Warum muß das so brutal gesagt werden? Der erste Grund ist, daß, wer heute über rot-grüne Tolerierungspolitik redet, wissen kann, worüber er spricht. Er spricht über das, was seinerzeit Dohnanyi in Hamburg der GAL als sein »allerletztes Angebot« präsentiert und was Börner »seinen« Grünen zugemutet hat. Es hat also im Grunde nur propagandistischen Wert, wenn die Grünen in NRW erneut an einem Forderungskatalog basteln, in dem die Punkte Ausstieg aus der Kernenergie (oder auch nur: keine Genehmigung weiterer Reaktoren), Umstrukturierung von Krisenbranchen, kein Sozialabbau usw. vorkommen. Zwar ist es richtig, die SPD erneut mit diesen tatsächlich zentralen Forderungen zu konfrontieren (ebenso wie es die Parteilinke seit Jahrzehnten auf Parteitagungen tut); aber herauskommen wird dabei natürlich exakt Null. Dabei spielt sich das Unmögliche weit unterhalb von allgemeinen Systemgrenzen ab. Es geht nicht, schon gar nicht auf Länderebene, darum, das Privat- oder Finanzkapital in die Schranken zu weisen. Auch bei der Reduktion der Ansprüche auf Forderungen, die »üblicherweise« vom bürgerlichen Staat her beeinflusbar wären, bleiben kaum Gestaltungsspielräume. Eine derartige Bestandsaufnahme ergibt sich bei jeder ernsthaften, also wissenschaftlichen Herangehensweise; egal, ob ich mich dem Problem unter ökologischen Kriterien, wie wir Grünen, mit traditionell marxistischen, wie die Theoretiker des Staatsmonopolistischen Kapitalismus, oder mit simplen empirisch-sozialwissenschaftlichen Methoden nähere.

Gehe ich die Sache unter ökosozialistischen Gesichtspunkten an und registriere den stofflichen Entwicklungsgang der kapitalistischen Produktionsweise, so muß ich feststellen, daß die Handlungsspielräume einer staatlichen Gegensteuerung immer enger werden. Ohne direkte Eingriffe in den stofflichen Produktionsprozeß, zum Beispiel Produktionsumstellungen in den Bereichen Chemie oder Fahrzeugbau, bleibt staatliches Handeln auf den Sektor nachträglicher Korrekturen bzw. der Schadensbegrenzung beschränkt. Der Staat ist, etwas anders als Klose das damals gemeint hat, kapitalistischer Reparaturbetrieb, dessen Serviceleistungen im übrigen zunehmend weniger die entstehenden Schäden regulieren können, auch wenn er ihnen zunehmend mehr Beachtung schenkt und eine bessere Entsorgungspolitik in bezug auf Immissionen, Gewässerreinigung und Müllbeseitigung betreibt. Dazu einige Veranschaulichungen: Nach der Aufdeckung des Dioxin-Skandals in Hamburg haben Fachleute kalkuliert, daß die Beseitigung des Giftpotentials allein in der Deponie Georgswerder um die zehn Milliarden DM kosten würde; eine Summe, die annähernd so groß ist wie die Gesamteinnahmen der Freien und Hansestadt eines Jahres. Addiert man die notwendigen Ausgaben zur Beseitigung des giftigen Elbschlicks, jene für die überfällige Sanierung der Kohlekraftwerke, die Stilllegung der Müllverbrennungsanlagen und für eine sinnvollere Müllverwertung hinzu, so geriete die »einfache Reparaturarbeit« des Hamburger Staates in Dimensionen, die umverteilungspolitisch schlicht utopisch sind.

Vergleichbares gilt für Müllentsorgung und die Beseitigung von Immissionsschäden bundesweit. Wenn es richtig ist, daß ohne die bekannten Sofortmaßnahmen, also bei einer absehbaren Weiterentwicklung des Waldsterbens, in fünf bis zehn Jahren 70 bis 80 Prozent aller Bäume »notgeschlagen« werden müssen, so sind die dadurch entstehenden Reparaturkosten überhaupt nicht absehbar. Fachleute haben aber zum Beispiel darauf hingewiesen, daß allein in den Hanglagen der Alpen und der Mittelgebirge die erforderliche künstliche Hangsicherung etwa eine Million DM pro Hektar kosten würde, andere Folgekosten infolge von Grundwasserabsenkungen, Bodenerosion und weiterer Verschlechterung der Luftqualität sind einstweilen überhaupt nicht kalkulierbar.

Wenn es aber stimmt, daß die ökologischen Folgekosten der kapitalistisch-industriellen

Produktionsweise exponentiell ansteigen — und im übrigen bekanntlich die sozialen Folgekosten (Arbeitslose, Invalide, Gesundheitskosten) vergleichbar ansteigen — so müßte im Sinne eines echten »rot-grünen Reformbündnisses« schon erwartet werden, daß wirklich grundlegende Umschichtungen in der Infrastruktur- und Investitionspolitik der öffentlichen Hand politisch möglich sind. Da sind wir dann bei der Frage, welche Rolle die SPD innerhalb der staatsmonopolistischen Regulierung spielt und spielen kann. Wenn ich als außenstehender Laie einmal die Stamokaptheorie unter ökologischen Gesichtspunkten interpretieren darf, so läßt sich das Zusammenwirken von Staat und Monopolen exemplarisch an dem Zusammenhang zwischen Grundstoffindustrie und Energieversorgungsunternehmen, zwischen Fahrzeugbau und Verkehrspolitik, zwischen Chemieindustrie und staatlicher Entsorgungspolitik aufzeigen. Aus allen drei Beispielen lernen wir aber, daß die SPD nicht nur nicht bereit ist, in Zweifelsfällen gegen die Wachstumsinteressen der Großkonzerne zu entscheiden, sondern daß sie ihre systematische Aufgabe darin erblickt, diesen Interessen strukturpolitisch zu dienen. Die französischen Sozialisten haben uns im übrigen demonstriert, daß auch eine vorgeblich antimonopolistische Strategie, die Verstaatlichung von Schlüsselsektoren, durchaus die Fortführung staatsmonopolistischer Regulierung mit etwas anderen Mitteln bedeuten kann. Dort wie hier gilt als oberste Prämisse der Wirtschaftspolitik die Herstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, und es wird Strukturpolitik mit dem Ziel der Kostenminimierung privater Produktion betrieben. Es erübrigt sich, denke ich, bei diesem Leserkreis, meine Behauptungen anhand allgemein-programmatischer Aussagen der SPD, etwa des Beschlusses zur Wirtschaftspolitik auf dem letzten Parteitag, zu belegen. Für unser Thema, die Landtagswahlen '85, resultiert daraus aber, daß weder in NRW noch im Saarland eine Politik gegen die dortigen Energieversorgungsunternehmen, gegen die Interessen der Krisenbranchen Kohle und Stahl, gegen die von Fahrzeugbau und weiteren Industrien geforderte Verkehrserschließung (Straßenbau, Kanalisierung) betrieben werden wird. Um bei der SMK-Theorie zu verweilen: Auch Sozialdemokraten mit Sympathien für die Grünen werden deren Forderungskatalog gewichten müssen gegenüber dem (nicht-öffentlichen) Tabukatalog der großen Industrie, und sie werden — einschließlich Lafontaine und Schröder (der besonders!) — wissen, wo die stärkeren Bataillone stehen. Und damit sind wir bei der dritten Variante unserer analytischen Bestandsaufnahme, der sozialen Empirie.

Wenn ich unterstelle, daß das imaginäre »Reformbündnis« die notwendigerweise tiefen Eingriffe in die staatliche Investitionspolitik, alternative Energieversorgung, Priorität Schienenverkehr, Investitionsinvestitionen, Schaffung kommunaler und genossenschaftlicher Arbeitsplätze, in Aussicht nehmen würde, so ist zu deren Realisierung natürlich weit mehr an sozialem Rückhalt erforderlich als jene 51% auf parlamentarischer Ebene. Für die Realisierungschancen rot-grüner Politik in den beiden Montanstaaten an Saar und Ruhr ist insofern auch weniger interessant zu erfahren, was Rau und Oskar dazu sagen, als vielmehr, was deren Basis, die in IG Metall und IG Bergbau und Energie organisierten Arbeitnehmer fordern. Deren Optionen fallen nun aber eindeutig für die bisher betriebene Energiepolitik (Kohle + Atom + atomare Kohlevergasung und -hydrierung), sie votieren mehrheitlich für den Ausbau des Straßennetzes, für die derzeitige Subventionspolitik in Kohle und Stahl und, so die dortige IGM, für die Kanalisierung der Saar. Mit diesen Festlegungen sind aber in beiden Bundesländern die Finanzvolumina im investiven Bereich ausgeschöpft, und selbst wenn der Gewerkschaftsflügel aus eigenem Antrieb oder mit Rücksicht auf die Grünen auch für Rauchgasentschwefelung, Fernwärme oder eine andere Müllpolitik eintreten würde, wäre beides zusammen sicher nicht finanzierbar (mal abge-

sehen davon, daß zum Beispiel Atomkraftwerke und Fernwärme schlecht zusammenpassen). Sich aber vorzustellen, daß Rau oder Lafontaine eine neue Energie- und Infrastrukturpolitik gegen das Votum der genannten Gewerkschaften auch nur andeuten würden, ist reinster Spinnkram. Auch wenn sich die gewerkschaftlich Organisierten aus Solidarität mit »ihrer« SPD-Regierung zurückhalten würden, ließe sich doch keine wichtige Weichenstellung gegen die Energieversorgungsunternehmen usw. durchsetzen; wenn überhaupt, dann nur mit aktiver Unterstützung der betroffenen Kollegen. Tatsächlich ist aber das Gegenteil der Fall. Für NRW ist jedenfalls klar, daß jede Form der Kooperation von SPD und Grünen von diesem Teil der gewerkschaftlich organisierten SPD-Basis aktiv bekämpft würde. Dafür spricht ebenso die Tatsache, daß kurz nach den letzten Kommunalwahlen in NRW sowohl der ehemalige DGB-Vorsitzende von NRW, Bleicher, als auch Ernst Breit selbst erklärten, die DGB-Spitze werde auch in Zukunft keine Gespräche mit der Partei Die Grünen führen; und dafür sprechen auch die Erfahrungen im Kommunalwahlkampf selbst, wo gerade Teile des SPD-Gewerkschaftsflügels in einem Stil auf die Grünen eingedroschen haben (Kommunisten, Verfassungsfeinde), wie es schlimmer auch Strauß und Geißler nie getan haben.

Im Ergebnis führen diese Überlegungen also dazu, daß bei den Wahlen '85, und für Niedersachsen gilt dasselbe, nur in Frage steht, welche Variante staatsmonopolistischer Regulierung allein regieren kann bzw. wer als wessen Juniorpartner. Und wenn im übrigen auf grüner Seite über eine Tolerierung an der Saar begründeter nachgedacht werden kann, dann nicht, weil Oskar grundlegende positive Weichenstellungen vornehmen könnte, sondern gerade deshalb, weil er es wegen der ausweglosen Lage bei Arbed, bei den Saarbergwerken, bei der desolaten Haushaltslage in diesem ärmsten Bundesland auch bei bestem Willen gar nicht kann, weil es kein AKW gibt, das abzuschalten wäre (und wenn, dann würden die Rheinisch-Westfälischen E-Werke als 40-%-Gesellschafter der Saar-Energieversorgungsunternehmen das verhindern) und weil folglich nur noch über die restliche »Drecksarbeit« (so Lafontaine in einer Talkshow) zu verhandeln wäre.

Zur Überwindung des status quo:

Grüne »Doppelstrategie« oder Orientierung auf außerparlamentarische Veränderungen?

Wäre da nicht die emotional tragende Hoffnung auf eine irgendwie »anständige Republik«, die Ungeduld, die besonders unanständig regierende Kapitallobby abzulösen, und die formale Verlockung der 51 Prozent, so würde, vermute ich, kaum ein Linker an der Unmöglichkeit einer strukturell anderen Politik vorbeisehen. Etliche Befürworter des hessischen Weges leugnen im übrigen auch gar nicht, daß die dortige Tolerierung so gut wie gar nichts inhaltlich bringt. Nichts, was heute schon dabei rumkommt, ist ihr Begründung für diesen Weg; sie setzen vielmehr auf die Veränderungen, die auf der Basis des »neuen Reformbündnisses« mittelfristig bewirkt werden können und sollen. Sie gehen davon aus, daß mit einem Bündnis à la Hessen die SPD zu einer Öffnung in Richtung auf die grün-alternative Bewegung gebracht werden könnte; daß sich parallel dazu auch das Verhältnis von Gewerkschaftsbewegung und Ökopaxlern bessern würde und also eine Dynamik in Gang gesetzt würde, die uns den Zielen Abkopplung von der NATO, Ausstieg aus der Atomenergie usw. schrittweise näherbringt. Die Mängel der hessischen Vereinbarung werden also als eine Art politisches »deficite spending« angesichts der »politischen Flaute in der SPD« in Kauf genommen.

Dieser Gedankenansatz ist nicht völlig von der Hand zu weisen: Denn wenn es nicht um die Bewahrung fundamentaler Grundsätze und das Warten auf den großen Kladdera-

datsch geht, muß in der Tat überlegt werden, wie der oben beschriebene status quo überwunden werden kann. Die Frage ist nur, ob die Beteiligung an der derzeitigen Regierungspolitik der SPD irgendeine Dynamik schafft, und wenn ja, welche. Zu dieser Fragestellung müssen sich allerdings alle diejenigen, die schon vor fünfzehn Jahren als Jusos über Doppelstrategie diskutiert und seither vertiefte empirische Erfahrungen gemacht haben, keine prinzipiell neuen Gedanken machen. Doppelstrategie hieß ja, zugleich als Teil der SPD und über sie auf staatlicher Ebene zu agieren und gleichzeitig durch Basisaktivitäten gesellschaftlichen Widerstand und Bewußtseinsveränderungen zu bewirken. Ich denke, daß die Begründungen, jedenfalls für das prinzipielle Reformbündnis der Grünen mit der SPD, nicht sehr weit von diesem uralten Jusomodell entfernt sind. Hier wie dort wird auf einen evolutionären Entwicklungsprozeß gesetzt, bei dem kleine staatliche Reformen die größeren vorbereiten und wo staatliche Reformen auch der Basis Mut machen, mehr Demokratie zu wagen.

Es ist deshalb kein Zufall, daß die konsequenten Verfechter des hessischen Kurses auch so konsequent sind, sich zunehmend Gedanken darüber zu machen, wie der Reformdruck via staatliche Reformen über die bisherigen Tolerierungsansätze hinaus verstärkt werden könnte. Das führt zwangsläufig zu Überlegungen, stärkeren personellen Einfluß auf die gemeinsam mit der SPD betriebene Regierungspolitik zu nehmen, in letzter Konsequenz führt es zur Forderung nach ordentlichen Koalitionen und nach grünen Ministern. Denn wenn man in der Hauptsache auf eine Reformdynamik setzt, muß man die politischen Kräfte der Partei natürlich vorrangig darauf richten, daß der staatliche Reformmotor in Gang kommt, und sich also auch personell einmischen.

Was der Sache nach bei diesem »Experiment« herauskommt, haben wir in den fünf kurzen Jahren von 1969 bis 1974 miterlebt: Das »mehr Demokratie wagen« endete bei Helmut Schmidt. Die Protestbewegung erreichte durch ihre Quasi-Regierungsbeteiligung keine zusätzliche Stärke, sondern beugte sich schließlich widerstandslos dem kapitalistischen Krisenmanagement. Und es ist absehbar, daß eine Regierungsbeteiligung der Grünen in den nächsten Jahren zur Wiederholung der Farce führen würde. Sie, die Regierungsbeteiligung ebenso wie die Tolerierung zu hessischen Preisen, würde die Grünen nicht einmal parlamentarisch stärken, wie so oft angenommen. Denn gerade wenn es richtig ist, daß grüne Wahlerfolge nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen sind, daß eine breite Wählerklientel auf praktische Verbesserungen im Rahmen einer kooperationsfähigen rot-grünen Mehrheit setzten, würde eine Regierungspolitik, die die erhofften Veränderungen, zum Beispiel energie- oder friedenspolitischer Art, gar nicht bringt, zwangsläufig zum Abwandern enttäuschter Wähler führen. Ich will damit nicht behaupten, daß meine Gegenposition: zu sagen, daß die rot-grüne »Wunschpolitik« absehbar keine Regierungschancen besitzt, besonders förderlich für grüne Wahlerfolge sein wird. Vermutlich ist das Gegenteil der Fall, und sicher ist, daß in dieser Konstellation nicht nur die vereinigte Rechte in diesem Lande auf die grünen »Totalverweigerer« einprügeln werden, sondern auch die Parteilinke. Sie wird vermutlich sogar mit diesem Argument CDU-SPD-Kooperationen loyal tolerieren, vielleicht bis hin zu denkbaren Wahlrechtsänderungen, die das parlamentarische Aus für die Grünen bedeuten würden. Für beide Kalküle aber gilt, daß sie total immanent bleiben, innerhalb des Teufelskreises, der durch die derzeitigen Herrschaftsverhältnisse und »Wachstumsoptionen« im außerparlamentarischen Bereich, also auch mit der Schwäche der Linken in diesem Bereich gezogen ist.

Es lohnt mithin nicht, sich vorwiegend über die parlamentarisch-staatlichen Entwicklungschancen der Grünen Gedanken zu machen. Die vorrangige Frage ist, wie sich das

Widerstandspotential gegen die vorherrschende Ökonomie und Politik entfalten kann und läßt. Unter diesem Blickwinkel ergeben sich aber ganz andere Perspektiven als bei den parlamentarischen Kalkulationen. Denn die wirklich beachtlichen Veränderungen vollziehen sich unterhalb des institutionellen Rahmens in den sozialen Basisbereichen, im Denken der Leute selbst. Motor dieser Dynamik sind in allererster Linie die Entwicklungen im ökologischen Bereich, und dafür zu sorgen, daß Skandale wie Boehringer und Buschhaus, Indizien der zunehmenden Vergiftung wie Waldsterben und Artenausrottung, Pseudo-Krupp und Krebs sich im öffentlichen Bewußtsein festsetzen und verändernd wirken, war die wichtigste Aufgabe der Grünen, und sie muß es bleiben. In dieser Rolle wird sie vermutlich derzeit mehr bewirken als bei jeder Tolerierungspolitik, auch und sogar im Hinblick auf Veränderungen in den Regierungspolitiken. Dabei kann sie gleichzeitig darauf zählen, daß der Prozeß der Infragestellung des humanen Nutzens der industriekapitalistischen Produktionsweise gerade erst begonnen hat. Heute ergeben sich in diesem und jenem Fall schon Mehrheiten für grundlegende Reparaturmaßnahmen, bis hin zu Stilllegungen in bestimmten Bereichen. Dieser Werte- und Bewußtseinswandel ist zu entwickeln bis hin zu allgemeinen Konversionsforderungen in den Sektoren Energie, Landwirtschaft, Chemie und Fahrzeugbau. Dabei spielt naturgemäß die Diskussion innerhalb der Belegschaften und Gewerkschaften eine zentrale Rolle. Und darin sehe ich die gesellschaftspolitisch zentrale Auseinandersetzung der nächsten Jahre, die es voranzutreiben gilt: die Kontroverse mit und innerhalb der IG Chemie über die stofflichen Produktions- und Wachstumsziele dieser Branche, mit der IG Bergbau und den IGM-Organisierten in den Energieversorgungsunternehmen über künftige Energiepolitik, mit und innerhalb der IGM über verkehrspolitische Optionen im Fahrzeugbau. Wenn sich im Verlauf dieser Debatten Veränderungen ergeben, die — bildhaft gesprochen — zur Beendigung der Ära Rappe, Adolf Schmidt usw. führen, dann könnte es mittelfristig in der Tat auch zu einem politisch-parlamentarischen Umgruppierungsprozeß, zu einer erheblich anderen Politik auf dieser Ebene, kommen.

Oliver Brosch

Der Wende eine Zukunft

Zur Hochschul- und Bildungspolitik der Rechtsregierung

»Die Wende, zu der ich 1981 aufrief, für die 1982 durch den Regierungswechsel und 1983 durch die Bundestagswahl Voraussetzungen geschaffen wurden, beginnt sich durchzusetzen; aber sie ist längst nicht vollendet.« Was Vizekanzler Genscher den Repräsentanten der Arbeitgeberverbände in seiner Rede auf ihrer Jahresversammlung im Dezember 1983 als Bilanz der Wende vorstellte, fand Gehör. Genschers Rede avancierte zum programmatischen Dokument für die Politik der Rechtskräfte in den nächsten Jahren: Er sprach über zusammenhängende »Aufgaben der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, der Bildungs- und Europapolitik«.

Im Gesamtkontext der Politik der Wende erscheint die Bildungspolitik, vor allem die Hochschulpolitik, den Rechtskräften als ein Schlüssel zur Lösung der »Zukunftsaufgaben«. Die intensive Beschäftigung der Rechten mit den »Zukunftsaufgaben« hat zwei Seiten: Ideologisch dient sie — noch — ganz wesentlich zur Bemäntelung der für den Großteil ihrer Wähler halbherzigen Ergebnisse der bisherigen Politik der Rechtskräfte. Und für das organisierte Kapital geht es um die Einstellung auf einen neuen Entwicklungsabschnitt des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die politische Wende in Bonn markiert dabei nicht nur den tiefen Bruch zwischen sozialliberaler und rechter Regierungspraxis, sondern kennzeichnet die qualitativ neue und andere Politik, die aufgrund tiefgreifender Veränderungen an der ökonomischen Basis zur aktuellen Staatsräson werden mußte.

Da am Beginn dieses neuen Abschnittes eine weltweite rasante Entwicklung der Produktivkräfte und damit verbundene Umwälzungen in der Produktion in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten stehen, kann nicht überraschen, daß auch die Prozesse der wissenschaftlichen Erschließung des technischen Fortschritts und der Qualifikation für die Arbeit und das Leben in der »künftigen« hochtechnologischen Informationsgesellschaft neu geordnet werden sollen. Dies ist der materielle Grund, der die Bildungs- und Hochschulpolitik zu einem Hauptanliegen der Rechtskräfte macht.

Der doppelte Formierungsauftrag der Monopole

Vermittlung von Fähigkeiten und Fertigkeiten für die Arbeit im kapitalistischen Produktionsprozeß einerseits, Einübung in die »Verkehrsformen« des kapitalistischen Systems andererseits, so haben Jungsozialisten schon seit Jahren die beiden Hauptfunktionen des Bildungs- und Ausbildungssystems im staatsmonopolistischen Kapitalismus beschrieben. Aufgabe der Rechtsregierung ist es, die Bedingungen für das reibungslose Wirken der beiden Funktionen in den 80er und 90er Jahren, eben unter den neuen Bedingungen, herzustellen: sie hat einen doppelten Formierungsauftrag. Denn zum einen ändern sich, weil sich die Art und Weise, wie produziert wird, radikal ändert, auch die Anforderungen an die Qualifikation der abhängig Beschäftigten. Profilierung, Differenzierung, Hierarchisierung sind die Stichworte für die geplanten und teilweise bereits in Gang gesetzten Umstrukturierungen des Bildungs- und Ausbildungssystems, besonders des Systems der wissenschaftlichen Qualifizierung der Intelligenz an den Hochschulen.

Zum anderen hat die Rechtsregierung den »Kampf um die Köpfe« im Bildungsbereich zielstrebig aufgenommen. Die »Fahnenflucht der Eliten«, teilweise Ergebnis gewerkschaftlich orientierter Politik in der Studenten- und Schülerbewegung, soll gestoppt, das

beträchtliche Engagement von Schüler/inne/n und Student/inn/en in den demokratischen Bewegungen und in fortschrittlichen Organisationen soll zurückgedrängt werden. Daß es zum Beispiel an den Hochschulen seit der 68er Studentenrevolte ein stabiles nach links verschobenes Kräfteverhältnis im Unterschied zu nahezu allen anderen gesellschaftlichen Bereichen gibt, wollen die Rechtskräfte nicht länger hinnehmen. Ihnen geht es um mehr Akzeptanz für kapitalkonforme Ideologie im Bildungsbereich. Dabei werden auch Jugendorientierte und der »Bund Freiheit der Wissenschaft« eingesetzt.

Hochschulen für das Kapital und Hochschulen mit einer anderen Intelligenz — diesen beiden Anforderungen soll die Hochschulpolitik der Rechtsregierung gerecht werden. Damit steht auch die Studentenbewegung — strategisch wie taktisch — vor einer doppelten Aufgabe: Den Angriff von rechts abzuwehren heißt stets, die Instrumente rechter Bildungspolitik in ihrem Doppelcharakter zu bekämpfen. Schon der von der Rechtskoalition als erste große Rotstiftmaßnahme vollzogene Kahlschlag in der Ausbildungsförderung diente der geschilderten Strategie. Die Bundesregierung selbst nahm in der öffentlichen Diskussion das »Argument« von der »Haushaltskonsolidierung« durch Einsparungen beim BAFöG immer weiter zurück und hob ihre »ordnungspolitischen Ziele« hervor. Weniger und andere sollten eine qualifiziertere und folglich teurere Ausbildung bekommen. Dabei ist mit dem erneuten Bildungsprivileg für Reiche nicht nur die Zurückdrängung von Arbeiterkindern und Frauen als sozialer Gruppen verbunden. Mittel- bis langfristig soll auch eine weitreichende Eliminierung des aufgrund sozialer Herkunft und spezifischer Benachteiligung entstehenden kritischen Potentials an den Hochschulen erreicht werden. Der BAFöG-Kahlschlag zielt somit auch direkt auf die soziale Basis der Studentenbewegung. Noch offensichtlicher dient der doppelten Formierung an den Hochschulen der »Darlehensteilerlaß« zum BAFöG, der am 1.1.84 für zunächst zwei Jahre in Kraft getreten ist.

In das bis dahin allein vom Kriterium sozialer Bedürftigkeit bestimmte BAFöG wurde damit erstmals eine sogenannte »Leistungskomponente« eingeführt: Die 30 Prozent notenbesten BAFöG-Empfänger eines jeden Studiengangs sollen 25 Prozent ihrer Darlehensschuld erlassen bekommen. Zur Ermittlung dieser 30 Prozent werden Ranglisten gebildet, die anhand der jeweiligen Prüfungsnoten bis auf zwei Stellen hinter dem Komma (also Hundertstelnoten) differenziert werden können. Nicht genug damit also, daß die durch die existierenden Studienbedingungen ohnehin extrem belasteten BAFöG-Empfänger in einen gnadenlosen Konkurrenzkampf gepreßt werden, in dem nach wissenschaftlichen Kriterien nicht mehr meßbare Leistungsunterschiede über Schuldenkonten von mehreren Tausend DM entscheiden sollen. Da im Prinzip sämtliche Prüfungsordnungen, auch solche, die bisher ohne fragwürdige Notengebung auskamen, im Sinne des Darlehensteilerlasses handhabbar gemacht werden müssen, steht allen Student/inn/en die Durchsetzung eines pervertierten Leistungsbegriffs und eine qualitativ neue Welle von Prüfungs- und Notenterror bevor. Dieser »Notenterrorerlaß« dient so dazu, soziale Selektion und Entsolidarisierung gleichermaßen voranzutreiben.

Die Verbiegung des BAFöG von einem Instrument der Chancengleichheitspolitik zu einem Formierungshebel in den Händen der Konservativen zeigt inzwischen nachweisbar katastrophale Folgen: Die Zahl der Erstanträge auf Förderung nach dem BAFöG ist — nach Untersuchungen des Deutschen Studentenwerks — in den letzten Semestern rapide zurückgegangen. Erstmals seit Jahren wieder hat der Frauenanteil an den Studierenden in erheblichem Umfang abgenommen. Den durch die Rotstift- und Krisenverwaltungspolitik der sozialliberalen Ära und den BAFöG-Kahlschlag solcherart vorformierten Hochschu-

len steht nun im Wintersemester der bisher umfassendste Angriff von rechts bevor: Das Hochschulrahmengesetz (HRG) von 1976 soll novelliert werden.

Die Reformruine wird gestürmt

Die HRG-Novelle ist das Renommierprojekt der auch in den eigenen Reihen arg unter Beschuß stehenden Bundesbildungsministerin Wilms. Das Bundesbildungsministerium muß sich Sorgen um seine Existenz machen. Mit der HRG-Novelle wird Wilms ihren Beitrag zur Wende abliefern, um die nach noch mehr Spielraum zur reaktionären Formierung im Bildungsbereich drängenden CDU/CSU-Landesfürsten zu beschwichtigen. Eine ausschließlich von Professoren, Kanzlern und Ministerialbürokraten rechtster Couleur besetzte »Expertenkommission« hat dazu im Januar 1984 eine Fülle von Vorschlägen gemacht, die das Bundesbildungsministerium in den wesentlichen Punkten übernehmen wird.

Das Hauptaugenmerk gilt dabei der weiteren Erleichterung wissenschaftlicher Forschung im Kapitalinteresse. Die im bestehenden HRG noch vorhandenen, gewiß unzureichenden Kontrollbestimmungen für die Drittmittelforschung sollen ersatzlos gestrichen werden. Das Kapital will sich ungehinderten Zugang zum »zukunftsträchtigen« Bereich der Hochschulforschung verschaffen. Wo wirksame Kontroll- und Rechenschaftsmechanismen für Forscher ein Stück »Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung« schaffen könnten, soll noch mehr Wissenschaft für den Profit — vor allem der Rüstungsindustrie — betrieben werden. Rund 75 Prozent der Grundlagenforschung und 50 Prozent der angewandten Forschung werden in der BRD an den Hochschulen betrieben — Grund genug für das hartnäckige Verlangen der Industrieverbände, an den Hochschulen ein »forschungsfreundlicheres Klima« herzustellen, weitestgehende Integration der Hochschulforschung in das System staatsmonopolistischer Regulierung und Zukunftsplanung zu ermöglichen.

Im Bereich von Lehre und Studium sollen Rahmenbedingungen für das geschaffen werden, was spätestens seit Genschers Rede öffentlich unter den Stichworten Wettbewerb, Elitebildung und Leistung diskutiert wird. »Steilstudiengänge« für »besonders Begabte« während des regulären Studiums und Postgraduierten-Studien für eine kleine Minderheit sollen für mehr innere Differenzierung sorgen. Durch verbindliche Zwischenprüfungen in allen Studiengängen wird die Auslese verschärft. Auch die Einführung von Studiengebühren — zunächst nur als Strafgebühren bei Überschreitung der Regelstudienzeit — wird eifrig diskutiert. Mit dem weitgehenden Rückzug des Staates aus der Studienreform wird den Hochschulen ein breiter Spielraum zur Profilbildung eingeräumt. Die Gestaltung der Studienordnungen kann nun noch direkter an Kapitalinteressen angepaßt werden: Ein potenter Drittmittelgeber wird sich wohl kaum die Chance entgehen lassen, auf die »maßgeschneiderte« Produktion von akademischen Fachkräften in seiner unmittelbaren räumlichen Umgebung massiv Einfluß zu nehmen.

Hinter den Plänen zur Novellierung des HRG verbirgt sich so die Absicht, die Hochschulen für die ökonomisch-politische und die ideologische Offensive des Monopolkapitals in den neunziger Jahren sturmreif zu schießen. Aus Reformruinen sollen Bastionen des Kapitals werden. Damit es bei diesem Bauvorhaben keinen unerwünschten Steinschlag gibt, werden die Spurenelemente fortschrittlicher Bildungspolitik konsequent aus dem HRG getilgt. Die Gesamthochschule soll nicht einmal mehr für die ferne Zukunft als Integrationsziel für das Hochschulwesen erscheinen, in der Personalstruktur und der akademischen Selbstverwaltung soll die Professorenherrlichkeit der alten Ordinarienuiversität

wieder etabliert werden. Jeder demokratischen Alternative in der Hochschulpolitik wird konsequent der Weg verstellt.

Welches der vielen zur Zeit diskutierten Modelle konservativer Hochschulpolitik sich auf der Grundlage dieser HRG-Novellierung als letztlich für die Rechtskräfte tragfähig erweisen wird, ist fast schon gleichgültig. Denn ob nun vom CDU-Wirtschaftsrat, von den reaktionären Standesorganisationen der Professoren oder von den Mitgliedern der Bundesregierung wie Genscher und Wilms selbst vorgetragen, haben alle Modelle und Konzepte doch das eine gemeinsam: die Orientierung staatlicher Bildungs- und Hochschulpolitik in der BRD am amerikanischen Vorbild einer totalen Marktordnung statt gesellschaftlicher und staatlicher Verantwortung. Bildung ist in diesen Konzepten nicht Grundrecht, sondern Ware, Bildungspolitik fungiert als Unterabteilung der Wirtschafts- und Technologiepolitik mit dem Ziel, das Hochschul- und Bildungssystem in ein modernisiertes, »gewendetes« Herrschaftssystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus einzupassen.

Für eine bildungspolitische Offensive von links!

Bildungs- und Hochschulpolitik ist unter Linken derzeit noch kein beherrschendes Thema. Auch die ersten zarten Pflänzchen einer neuen »Intelligenzdebatte« sind noch kein Ersatz für eine mobilisierungsfähige Bewegung auf diesem Felde, in deren Entwicklung insbesondere die Sozialdemokratie und die Jungsozialisten derzeit zu wenig investieren. Gerade die Jungsozialisten, die bildungspolitisch besonders aktiv waren, als man sich noch Illusionen über die reformerischen Spielräume sozialliberaler Regierungen machte, haben sich weitgehend aus der Diskussion abgemeldet. Dem Essener SPD-Parteitag lag ein einziger, belangloser Antrag zur Hochschulpolitik vor. In der Parteipublizistik findet man einzig im »Vorwärts« dann und wann einen Rufer in der Wüste.

Dabei wäre die aktionsorientierte Auseinandersetzung mit der Ausbildungssituation Jugendlicher in der BRD nicht nur ein klassisches Betätigungsfeld für die Juso-Organisation, sondern auch ein wichtiger Zugang für die Verankerung konsequent sozialistischer Positionen in der Partei. Eine SPD, die einstweilen in ihrer offiziellen Politik und Programmatik über keinerlei wissenschaftliche Analyse der politischen Ökonomie und der Entwicklungsbedingungen des BRD-Imperialismus in den nächsten Jahren verfügt, ist auf vielen Politikfeldern handlungsunfähig — mit Sicherheit auch auf dem der Bildungsökonomie. Die Jungsozialisten sind gefordert, auch hier »Kompetenzverluste« der SPD in Theorie und Praxis auszugleichen. Dazu besteht schon im Dezember 1984 während der Aktionswoche der arbeitenden und lernenden Jugend eine Chance, wenn Schüler- und Studentebewegung gemeinsam für das Recht auf Arbeit und Bildung demonstrieren werden. Die SPD gehört auch in dieser Auseinandersetzung auf die Seite der demokratischen Bewegungen, in eine gemeinsame Front gegen rechts.

Uli Schöler

60 Jahre Hannoveraner Kreis der Jungsozialisten (I)*

Nicht allen unter denjenigen, die sich heute in unregelmäßigen Abständen bei den Treffen des Hannoveraner Kreises der Jungsozialist/inn/en einfinden, dürfte bekannt sein, daß es einen Kreis dieses Namens in der Weimarer Republik schon einmal gegeben hat. Am Pfingstwochenende, am 8./9. Juni 1924¹, trafen sich linksorientierte Jungsozialisten zum ersten (aber auch wohl zum letzten)² Mal, um sich gemeinsam über wesentliche politische Fragen zu verständigen. Zweck dieses Aufsatzes soll es nun nicht sein, neue Untersuchungsergebnisse über die Geschichte der Jungsozialisten in der Weimarer Republik zu vermitteln — hierzu liegen eine ganze Reihe umfangreicher neuerer Arbeiten vor³, sondern anhand der Ergebnisse dieser Untersuchungen soll herausgearbeitet werden, ob diejenigen, die sich heute im Hannoveraner Kreis treffen, sich auf dieses Ereignis als einen Teil ihrer eigenen Tradition beziehen können.⁴ Das bietet zugleich die Gelegenheit, sich erneut der Erfahrungen zu vergewissern, die junge Sozialist/inn/en in der sozialdemokratischen Partei in früheren Zeiten gemacht haben, also daraus zu lernen, auch wenn wir wissen, daß sich Geschichte niemals schematisch wiederholt.

Beginnen wir damit, wie die zu dieser Tagung Einladenden selbst den Sinn ihres Treffens begründen:

»Der Zweck des Treffens soll sein, Stellung zu nehmen gegen die Richtung in unserer Bewegung, die ihrer ideologischen Einstellung nach den Boden des marxistischen Klassenkampfes verlassen hat und sich heute, in einer Zeit der schärfsten Klassengegensätze, zur Volksgemeinschaft und zu einem Deutschtum bekennt, das von der Gefahr eines nationalistischen Gedankens nicht frei ist ...«⁵

Damit war der sogenannte »Hofgeismarkreis« bei den Jungsozialisten gemeint, dem ferner in dieser Einladung entgegengehalten wurde, daß die Herbeiführung einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht vom idealistischen Wollen der Jugend abhängt, sondern vom Klassenkampf des Proletariats auch gegen den Staat, der als Instrument der herrschenden Klasse zur Unterdrückung der anderen Klassen angesehen wurde. Die Einlader sprachen ihre Erwartung aus, daß sich insbesondere alle auf dem Boden des Marxismus stehenden »Jugendgenossen«⁶ zahlreich beteiligen würden. Etwa 150 Teilnehmer fanden sich in Hannoversch-Münden ein und diskutierten über zwei Referate zu den Themen »Die Vereinigten Staaten von Europa« (Hermann Kranold, Hannover) und »Volksgemeinschaft oder Klassenkampf? Die Aufgaben der proletarischen Jugend« (Georg Engelbert Graf, Stuttgart).

Die Entstehung der Jungsozialisten

Um nun genauer zu verstehen, warum es eine derartig »national-sozialistische«, romantisch-jugendorientierte dominierende Richtung bei den Jungsozialisten gab, muß man sich in knappen Zügen die Entstehungsgeschichte der Jungsozialisten vor Augen führen. Vor dem ersten Weltkrieg gab es noch keine Jungsozialistenorganisation. Die ersten Regungen zur Organisation von Arbeiterjugendlichen entwickelten sich zwar schon 1904, müssen aber als Vorläufer der sich auf die jüngeren Jahrgänge beziehenden Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) gesehen werden. Diese jeweils spontan entstehenden Zusammenschlüsse

* Den zweiten und letzten Teil veröffentlichen wir im nächsten Heft.

von Arbeiterjugendlichen hatten zudem mit erheblichen Schwierigkeiten seitens der Parteiführung zu kämpfen, die darin nur schädliche Sonderorganisationen sah, die dem Streben der Partei nach Zentralisation und größerer Einheitlichkeit widersprächen. Erst 1907 wurde — zumindest auf dem Papier — die Schaffung von Jugendorganisationen als sinnvoll erachtet. Die sich seit dieser Zeit stetig entwickelnden Arbeiterjugendvereine organisierten aber primär die 14-18jährigen in ihren Reihen. Noch vor dem Krieg kam es daher zu ebenfalls spontanen Versuchen der Älteren in den Städten München, Kiel, Berlin, Halle und Hamburg, eigene Organisationen zu bilden, wobei in München zum ersten Male die Forderung nach dem Namen »Jungsozialisten« auftauchte. Der Krieg aber machte all diesen Versuchen schnell ein Ende.

Nur wenig früher, um die Jahrhundertwende, erlebte die bürgerliche Jugendbewegung ihren Aufschwung. Organisationen wie der »Wandervogel« und die »Freideutsche Jugend« wurden in der Folgezeit gegründet. Franz Lepinski, nach 1925 Vorsitzender der Jungsozialisten, beschreibt diesen Prozeß so:

»Eine Bewegung lief durchs ganze Land und brachte große Teile der bürgerlichen Jugend in Aufruhr. Es war ein Aufruhr gegen die verlogenen Lebensanschauungen und Lebensformen der bürgerlichen Gesellschaft, eine Empörung gegen die Schule, eine Rebellion gegen das Elternhaus.«⁷

Wandern, ein neues Verhältnis zur Natur, Wiederanknüpfen an kulturelles Erbe, Volkstanz und ein neues Verhältnis zur Kunst waren Leitmotive dieser Bewegung, die bald auch eine erhebliche Ausstrahlung in die Reihen der Arbeiterjugendlichen hinein gewann. Und dies galt zunächst in gleichem Maße für den »Verband der Arbeiterjugendvereine Deutschlands« (ab 1922 SAJ), wie die Anfang 1919 wiederum spontan entstehenden Gruppen der Älteren, die sich seitdem »Jungsozialisten« nannten und durch den Kasseler Parteitag der SPD 1920 zum ersten Mal offiziell anerkannt wurden. Im Protokoll heißt es:

»Der Parteitag verpflichtet ... die Parteiorganisationen, die Bestrebungen der Jungsozialisten tatkräftig zu unterstützen.«⁸

Im Gegensatz zu heute, wo sich die Jungsozialisten nicht nur als Jugendorganisation, sondern auch als politischer Richtungsverband im Rahmen der Sozialdemokratie verstehen, der in allen politischen Bereichen tätig ist, waren die Aufgabenbereiche der Jungsozialisten der Weimarer Republik eng begrenzt. Sie waren im wesentlichen Erziehungs- und Bildungsorganisation und als solche an die jeweiligen Bildungsausschüsse der Partei angehängt. Nicht nur, aber auch deswegen wurden sie nie zu einer Massenorganisation (im Gegensatz z.B. zur SAJ mit zeitweilig über 100000 Mitgliedern) und hatten maximal 4000 Mitglieder in ihren Reihen — eine Tatsache, die wohl auch zu erklären vermag, warum sie in umfangreicheren neueren Publikationen über die Linke in der SPD der Weimarer Republik nicht einmal als eigenständiger Faktor Erwähnung finden.⁹

Die ganze Widersprüchlichkeit dieser ersten Entwicklungsphase drückt sich in den sogenannten »Kieler Leitsätzen« der norddeutschen Jungsozialisten von 1921 aus. Einerseits wird betont, sich die wissenschaftlichen Erkenntnisse des Sozialismus aneignen zu wollen, zum anderen die Notwendigkeit der eigenen Organisation mit der zu »einseitig verstandesmäßig und materialistisch« ausgerichteten Arbeiterbewegung erklärt, die die in der Jugend vorhandenen und durch den Krieg neu belebten »irrationalistischen Neigungen« nicht befriedigen könne.¹⁰ Den Einfluß der bürgerlichen Jugendbewegung drücken noch stärker die von Gustav Radbruch (1921/1922 Reichsjustizminister) formulierten »jungsozialistischen Leitsätze« aus:

»Die sozialistische Jugend erst hat die freideutsche Lebensform mit einem starken, einfachen, zukunftssicheren Inhalt erfüllt: Sozialismus auf jugendliche Weise zu leben, das ist der gemeinsame Sinn von Jungsozialismus und Arbeiterjugend. Dieser gelebte Sozialismus schließt in sich ein neues Gemeinschaftsgefühl, ein neues Kulturgefühl, ein neues Lebens- und Weltgefühl ...«¹¹

Die jugendbewegten Jungsozialisten setzen sich auch auf der 1. Reichskonferenz im Juli 1921 durch. Ihre Kritik an der Partei beschränkte sich weitgehend auf deren apparatmäßige Verknöcherung. Sie setzten der Parole: die Partei über alles, entgegen: die Idee über alles. Parteiarbeit stand nicht hoch im Kurs.

Der Hofgeismarkreis

Ihren — auch geistigen — Höhepunkt hatte diese an der bürgerlichen Jugendbewegung orientierte Richtung mit einer Tagung über Ostern 1923 in Hofgeismar. Sie stand unter dem Thema »Volk — Staat — Nation«. Auslöser war die sich ausbreitende nationale Hysterie, die anlässlich der Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen 1923 entstand. Nicht umsonst gehörten in dieser Zeit Bochum und Dortmund zu den Hochburgen der national orientierten Jungsozialisten. Nach Vorträgen der renommierten Referenten Paul Natorp, Gustav Radbruch, Eduard Heimann und Hugo Sinzheimer, die noch durchaus unterschiedliche Akzentuierungen vortrugen, kristallisierten sich in der Diskussion und späteren Publikationen¹² immer mehr nationalistische, staatsbejahende Positionen heraus. Am feierlichen Lagerfeuerabend ertönten die Rufe »Es lebe Deutschland«. Als tiefer Grund und eigentliche Identität des Sozialismus wurde nun die »Idee des deutschen Volkes« angesehen. Große Teile des Kreises identifizieren sich voll und ganz mit dem bestehenden Weimarer Staat. Von Klassenkampf war so gut wie nicht mehr die Rede, um so mehr aber von der Notwendigkeit der sogenannten »Volksgemeinschaft«.

Da nimmt es nicht wunder, daß sich gegen diesen ersten Versuch, unter solchen Vorzeichen eine Fraktion bei den Jungsozialisten aufzubauen, heftiger Widerstand regte. Derartige Positionen waren für jeden, der sich noch am internationalistischen Gedankengut des Marxismus orientierte, eine unerträgliche Herausforderung. Allerdings gab es auch weitere objektive Gesichtspunkte, die das Entstehen einer organisierten linken Opposition bei den Jungsozialisten förderten. Durch den 1922 erfolgten Zusammenschluß von USPD und MSPD und damit auch ihrer Jugendorganisationen stießen aus der Jugendorganisation der USPD, der Sozialistischen Proletarier-Jugend (SPJ) marxistisch orientierte Arbeiterjugendliche insbesondere im Raum Sachsen — eine Ausnahme machte Leipzig — zu den Jungsozialisten. Zudem machten die Jungsozialisten in Sachsen und Thüringen eine fundamental andere Erfahrung als ihre Genoss/inn/en im Ruhrgebiet. Sie erlebten unter einem Reichspräsidenten Ebert und einer Reichsregierung mit sozialdemokratischen Ministern die Absetzung der von Sozialdemokraten und Kommunisten gebildeten Landesregierungen durch Einsatz der Reichswehr. Der bürgerliche Klassencharakter des Weimarer Staates konnte plastischer kaum demonstriert werden.

Der Internationale Jugendbund (IJB)

In die Opposition gegen die dominierende Hofgeismarer Richtung reihten sich auch diejenigen Genoss/inn/en ein, die gleichzeitig dem Internationalen Jugendbund angehörten. Hierbei handelt es sich um einen kleinen, aber streng diszipliniert arbeitenden, kadermäßig organisierten Kreis, der sich an den philosophischen Ideen Leonard Nelsons orientierte.¹³ Erst über ethische Normsetzungen wie »Gerechtigkeit« gelangte man zu sozialistischen Positionsbestimmungen:

»Gerechtigkeit ist Recht. Gerechtigkeit ist die gesuchte Regel für die gegenseitige Beschränkung der Freiheit des Einzelnen in ihrer Wechselwirkung. Gerechtigkeit bedeutet aber nichts anderes als die persönliche Gleichheit, d.h. die Ausschließung jedes durch die numerische Bestimmtheit der einzelnen Person bedingten Vorzuges.«¹⁴

Daß diese ethischen Sozialisten sich in eine Kampfgemeinschaft mit den marxistischen Jungsozialisten begaben, mag zunächst verwundern. Daß es sich hierbei dennoch um mehr als eine bloße Negativkoalition handelte, ergibt sich aus folgenden Gesichtspunkten¹⁵:

1. Beide Strömungen lehnten die stark emotional geprägte Ideologie der jugendbewegten Hofgeismarer Jungsozialisten ab. Sie sahen darin eine »Verbürgerlichung« der Arbeiterjugend- und Arbeiterbewegung.
2. Beide lehnten eine nationale bzw. nationalistische Politik ab und traten für ein geeintes sozialistisches Europa ein (internationalistische Orientierung).
3. Sie stimmten in vielen Einzelforderungen für die Verbesserung der Kampfbedingungen der Arbeiterklasse überein, zum Beispiel der Demokratisierung der Betriebsstruktur, der Sicherung der Koalitionsfreiheit und der Auflösung von Monopolen.
4. Beide betonten die Wichtigkeit der Erziehungsarbeit, die für die marxistischen Jungsozialisten zur Stärkung des Klassenbewußtseins Teil des Klassenkampfes war und vom Internationalen Jugendbund als Voraussetzung der Elitenbildung begriffen wurde.

Die weitgehend solidarische Zusammenarbeit beider Gruppierungen fand allerdings bereits im November 1925 ein jähes Ende. Der Parteivorstand der SPD beschloß die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft zwischen SPD und Internationalem Jugendbund, was die sehr aktiven Genoss/inn/en zum Ausscheiden aus der Partei zwang.

Die marxistischen Jungsozialist/inn/en¹⁵

Für den marxistischen Teil der Jungsozialist/inn/en, der sich im Hannoveraner Kreis zusammenfand¹⁷, war der Klassenkampf das wesentliche Element in der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Entwicklung zum Sozialismus verlaufe so in einem widersprüchlichen Prozeß objektiver Bewegungsgesetze und subjektiver Bewußtwerdung der Arbeiterklasse. Auch im bestehenden Staat der Weimarer Republik sahen sie einen Klassenstaat. Nicht die Form des Staates, sondern sein sozialer Inhalt sei das Wesentliche.

»Das Wesen und die Funktion des Staates bestehen immer in der Festigung und Erhaltung jener Produktionsverhältnisse, welche dem Interesse der herrschenden Klasse entsprechen. Es ist darum falsch, im Staat ein Wesen zu sehen, welches über den Dingen steht, unparteiisch auftritt und nicht berührt wird vom wirtschaftlichen Interessenkampf der Klassen.«¹⁸

Die Eroberung der politischen Macht bedeutet die Vorbedingung der sozialen Revolution. Dabei wurde die republikanische Staatsform durchaus als Fortschritt angesehen, die die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse erheblich verbessere. Insoweit wurden von einem Teil der linken Jungsozialisten Positionen in enger Anlehnung an Otto Bauer vertreten, nämlich daß der Wert der politischen Demokratie darin bestehe, daß sie im Gegensatz zur diktatorischen Staatsform die geistige Auseinandersetzung ermögliche. Andere übernahmen dagegen Max Adlers kategoriale Unterscheidung von »politischer« und »sozialer« Demokratie. Danach bedeutete politische Demokratie eigentlich gar keine Demokratie, da die Gleichheit des Stimmzettels und parlamentarische Mehrheitsentscheide in Wahrheit die bloße Hülle für die Diktatur der besitzenden Klasse darstellten. Einig waren sich die marxistischen Jungsozialist/inn/en in ihrer Kritik an der Mutterpartei, der sie vorwarfen, den

Marxismus bloß noch als Alibi zu gebrauchen, das für die konkrete Arbeit nicht mehr maßgebend sei. Statt den bürgerlichen Staat zu überwinden, richte man sich in ihm ein, ersetze das Ziel der Überwindung der Klassen durch die Revolution durch die soziale und kulturelle Emanzipation der Individuen.

Die Jenaer Reichskonferenz von 1925

Die Entscheidung über den zukünftigen Kurs der Jungsozialist/inn/en fiel auf der Reichskonferenz in Jena am 13./14.4.1925. Die Konsolidierung der Jungsozialisten-Organisation in den einzelnen Bezirken und Landesverbänden war mit einer Stärkung des linken Flügels einhergegangen. Beide Flügel schickten zum Leitthema »Staat, Nation und Sozialdemokratie« prominente Referenten in die Schlacht: die linken Jungsozialisten den austromarxistischen Philosophen Max Adler, der Hofgeismarkreis den Staatsrechtler Hermann Heller. Das Leitthema spiegelte denn auch genau die Reizthemen wider, an denen sich die schroffe Trennung der Hofgeismarer und Hannoveraner Richtung ergab. Durchaus mit dem Versuch einer Bezugnahme auf Marx und Engels begründete Heller eine Position, die zu einer positiven Mitarbeit im Weimarer Staat aufrief. Staatsverneinung hieß für ihn auch Wirtschaftsverneinung.¹⁹ Er sah im Staat allgemein denjenigen Gebietsherrschftsverband, der das geordnete Zusammenwirken der gesellschaftlichen Handlungen auf einem bestimmten Gebiet sichere. Den konkreten Weimarer Staat bezeichnete auch er als Klassenstaat, diese deutsche Republik bedeute aber bereits einen »sehr bedeutsamen Schritt zur Verwirklichung der sozialistischen Ziele.«²⁰ Als charakteristisch für den Begriff der Nation nannte er Blutverfestigung und Boden, auf denen sich eine besondere Geistesart, ein eigenartiger Kulturbesitz aufbaue. Heller betonte: »Der Klassenkampf ist eine unbedingte Notwendigkeit, er darf aber nicht gegen, sondern er muß um Staat und Nation gekämpft werden.«²¹ Es muß hervorgehoben werden, daß sich Heller damit durchaus auf rationalerem Boden bewegte als ein Großteil des Hofgeismarer Kreises, deren nationale, antiklassenkämpferische Orientierung völlig andere Ausmaße annahm.

In seinem Koreferat kritisierte Adler den rein formalen Staatsbegriff Hellers, mit dem er als Marxist nichts anfangen könne. Wenn Marx von Staat spreche, meine er nicht den Staat als Idee, sondern die historische Gegebenheit des Staates, den Klassenstaat. Abschaffung des Staates im Sinne des Kommunistischen Manifests bedeute nicht Abschaffung jeder Zwangsordnung überhaupt, sondern Beseitigung des Klassenstaats, der unsolidarischen Zwangsordnung. Entsprechend sei auch der Begriff der Nation ein historischer. Die Idee der Nation dagegen sei ein solidarischer Gemeinschaftsbegriff, der in einer Klassengesellschaft überhaupt nicht verwirklicht werden könne. Es gehe auch nicht um Staatsverneinung oder -bejahung, sondern darum, ihn zu bekämpfen.²² Den Referaten folgte eine ausführliche Diskussion, die allerdings bei weitem deren Niveau nicht erreichen konnte. Auffallend dabei war, daß die Hofgeismarer Vertreter von vorneherein aus einer Defensivposition heraus argumentierten, sich fast hinter Heller »versteckten«, also ihre weitergehenden nationalistischen bzw. jugendlich-romantischen Vorstellungen nicht in die Debatte einbrachten. Dominiert wurde die Debatte von Vertretern des linken Flügels. Hier taten sich insbesondere die Mitglieder des Internationalen Jugendbundes hervor, was zugleich auf die noch schwache theoretische Verankerung der marxistischen Vorstellungen hindeutet. Die Vorwürfe kulminierten in dem Satz: »Die politischen Ideen des Hofgeismarkreises laufen auf Verrat an der Arbeiterschaft hinaus.«²³

Während sich deren Vertreter mit dem (für viele nicht zutreffenden) Hinweis verteidigten, sie stünden nicht für die Republik von heute, sondern die von morgen ein und stün-

den auf dem Boden des Klassenkampfes, schoß ein Vertreter des Hannoveraner Kreises mit der Bemerkung weit übers Ziel hinaus, die Weimarer Republik sei bereits die »unverhüllteste Diktatur des Kapitalismus«. ²⁴ Klar war eigentlich nur, daß eine Entscheidung darüber fallen mußte, welche theoretische Grundauffassung die weitere Arbeit des Verbandes dominieren würde. Wie dies in der politischen Praxis auszusehen hätte, blieb noch reichlich im Dunkeln. Mit vollem Recht bemerkte der Delegierte Fromm:

»Wenn ich mir das Referat des Genossen Adler betrachte, so finde ich, daß er nur die Zielfrage selbst erörtert hat, nicht aber die Mittel, durch die wir zum Ziel gelangen. Er hat nur immer wieder betont, daß wir Klassenkampf führen müssen. Ich frage aber: wie und mit welchen Mitteln?« ²⁵

Diese Frage sollte für die Jungsozialist/inn/en auch in den kommenden Jahren nie zu einer endgültig zufriedenstellenden Antwort führen. Auf der Jenaer Konferenz ging es darum auch noch nicht, wie die Resolution zeigt, die mit 71 gegen 39 Stimmen angenommen wurde:

»Die Jungsozialisten als politische Jugend lehnen die nationale Romantik in jeder Form entschieden ab. Von der bloßen Betonung der republikanischen Staatsnotwendigkeiten mit den daraus resultierenden Konzessionen an das bürgerliche Denken befürchtet die Reichskonferenz eine Verwässerung des revolutionären proletarischen Kampfes. Die heutige Demokratie stützt sich nur auf die Gleichwertigkeit des Stimmzettels, läßt jedoch die ökonomische Ungleichheit der Menschen bestehen, sie verschleiert also nur die Klassegegensätze. Die Reichskonferenz ist sich darüber klar, daß das sozialistische Proletariat dem bürgerlichen Staat gegenüber keine staatspolitische Verantwortung übernehmen darf, wenn dies den Interessen des internationalen Klassenkampfes widerspricht.« ²⁶

Nach dieser Niederlage schwand der Einfluß der Hofgeismarer Jungsozialisten schnell. Zwar waren sie entsprechend einer vorherigen Absprache zwischen den »Kreisen« und der alten Reichsleitung auch weiterhin in der Reichsleitung vertreten, führten noch eine reichsweite Tagung durch, lösten sich aber 1926 als eigenständige Fraktion auf. Ab diesem Zeitpunkt kann man davon sprechen, daß die Jungsozialisten als Organisation insgesamt bis zu ihrer Auflösung durch den Parteitag 1931 ihren theoretischen Bezugspunkt im Marxismus fanden, wenn dabei später auch eine ganze Reihe unterschiedlicher theoretischer Ansätze eine Rolle spielten.

Anmerkungen

- 1 In manchen Publikationen wird ohne ausdrückliche Berufung, aber wohl im Anschluß an Lepinski, Die junge sozialistische Bewegung, ihre Geschichte und ihre Aufgaben, Berlin 1927, S.21, der Monat August als Tagungstermin angegeben; vgl. Drechsler, die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Meisenheim 1965, S.25; von der Heydte, Die Geschichte der Auseinandersetzung der SPD mit ihrer Parteijugend, Diss., Würzburg 1978, S.107; Osterroth/Schuster, Chronik der deutschen Sozialdemokratie Bd.2, Berlin/Bonn 1975, S.147. Dies kann nicht zutreffend sein, da die Einladung, in Paul Levis Zeitschrift *spw*, Anfang Juni 1924 veröffentlicht, auf den 1. und 2. Pfingstfeiertag lautete und der erste Bericht über die Tagung bereits Ende Juni in der *spw* erfolgte; vgl. M. Hodann, Jugendbewegung, Pfingsttagung der Jungsozialisten in Hannoversch-Münden, in: *spw* 2. Jg., Juni 1924, Nr.40.
- 2 Vgl. Lüpke, Zwischen Marx und Wandervogel. Die Jungsozialisten in der Weimarer Republik 1919-1931, Marburg 1984, S.79. Zum einen erzielten die verschiedenen JS-Fraktionen nur wenige Monate später, im Januar 1925, eine Übereinkunft, zukünftig keinerlei reichsweite Tagungen der verschiedenen Kreise mehr durchzuführen (Lüpke 1984, S. 125/6), zum anderen war der Anlaß der »Fraktionierung« durch die klare Mehrheit für die »Hannoveraner« auf der Reichskonferenz im April 1925 und den baldigen Rückzug der »Hofgeismarer« aus der JS-Arbeit schnell überwunden. Näheres dazu unten.

- 3 Vgl. Lüpke 1984: Walter, Jungsozialisten in der Weimarer Republik. Zwischen sozialistischer Lebensreform und revolutionärer Kaderpolitik, Kassel 1983; Lüders, Gegen Krieg und Faschismus. Jungsozialisten in der Weimarer Republik 1925-1931, Hamburg o.J. (1982); Hägel, die Stellung der sozialdemokratischen Jugendorganisationen zu Staat und Partei in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, in: IWK, Jg. 1976, Nr.2, S.116ff. Die weitere Darstellung lehnt sich weitgehend an diese Untersuchungen an.
- 4 Diese manchem etwas abgelegen erscheinende Frage hat eine Zeitlang durchaus eine Rolle gespielt. In seiner Anfangsphase versuchte der »Göttinger Kreis« der damaligen »antirevisionistischen« JS den Namen Hannoveraner Kreis für sich zu reklamieren — man stellte schließlich auch die Mehrheit im Bezirk Hannover —, und wählte für den Hannoveraner Kreis die Bezeichnung »Münsteraner Kreis«. Mittlerweile hat man sich beschieden.
- 5 Hornung/Rosenthal/Bolte/Witthöft, An die Jungsozialisten, in: *spw* 2, Jg. Juni 1924, Nr.30.
- 6 Von den Genossinnen war damals schon wenig die Rede.
- 7 Lepinski 1927, S.7.
- 8 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Kassel vom 10. bis 16. Oktober 1920, Berlin 1920, S.318.
- 9 Vgl. Klenke, Die SPD-Linke in der Weimarer Republik, 2 Bde., Münster (1983). Daß sie bei Wolowicz, Linksopposition in der SPD von der Vereinigung mit der USPD 1922 bis zur Abspaltung der SAPD, Bonn, 2 Bde. (1983), aus Platzgründen weggelassen wurden, verdeutlicht nur die mangelnde Bedeutung, die er ihnen im Rahmen seiner Untersuchung einräumt; vgl. S.III.
- 10 In: Jungsozialismus, Festschrift zur Bielefelder Jungsozialistentagung. Herausgegeben vom Zentralausschuß der SPD, Berlin, Juli 1921, S.27/28.
- 11 Zit. nach Lepinski 1927, S.12.
- 12 Der Hofeismarkreis konstituierte sich offiziell und gab einen eigenen Rundbrief heraus.
- 13 Vgl. hierzu Link, Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK), Meisenheim 1964. Aus den Reihen dieser Organisation gingen eine ganze Reihe in der Nachkriegssozialdemokratie wichtiger Persönlichkeiten hervor: u.a. Willi Eichler, Susanne Miller, Fritz Eberhard, Alfred Kubel.
- 14 Zit. nach Link 1964, S.9.
- 15 Vgl. Lüpke 1984, S.113.
- 16 Ebd., S.98ff.
- 17 Der Kreis nannte sich auch »Marxistischer Arbeitskreis der Jungsozialisten«, vgl. Lüders 1982, S.60.
- 18 Sperling, Staat und Proletariat (Teil II), in: Der junge Parteigenosse, 30. Okt. 1924, S.2. Dieses Blatt erschien eine Zeitlang als Beilage zur *spw* und fungierte als »Organ« des Hannoveraner Kreises.
- 19 Heller, Staat, Nation und Sozialdemokratie, in: ders., Gesammelte Schriften, Leiden 1971, Bd.2, S.533.
- 20 Ebd., S.535.
- 21 Ebd., S.538.
- 22 Vgl. M. Adler, Staat, Nation und Sozialdemokratie, in: Heller 1971, S.542ff.
- 23 Alpers (Braunschweig), Diskussionsbeitrag, ebd., S.554.
- 24 Rosendahl (Schwelm), Diskussionsbeitrag, ebd.
- 25 Fromm (Leipzig), Diskussionsbeitrag, ebd., S.556/557.
- 26 Zit. nach Lüders 1982, S.8.

Franz Walter

Schloß Tinz: eine Schule der Jungsozialisten*

Auch das hatte die Sozialdemokratie einst: eine Heimvolkshochschule, in deren Kursen zweimal im Jahr rund 50 der geistig regsamsten und aktivsten Jungsozialisten aus dem ganzen Reich über eine Dauer von jeweils fünf Monaten eine umfassende weltanschauliche Bildung vermittelt bekamen. Eine rote Eliteschule gleichsam, in der allerdings nicht, wie in der gewerkschaftseigenen Frankfurter »Akademie der Arbeit«, auf die Herausbildung gediegener Spezialkenntnisse in Fragen des Arbeitsrechts und der Sozialpolitik zur Bewältigung künftiger Funktionärstätigkeit in der Arbeiterbewegung Wert gelegt, sondern eher eine universell angelegte historisch-philosophische Sicht der gesellschaftlichen Zusammenhänge gelehrt wurde. Geschichte, Soziologie, Wirtschaftslehre und Einführung in die Literatur, Kunstgeschichte, Pädagogik und Psychologie waren die Hauptfächer für die jungen sozialistischen Arbeiter, die allesamt nicht mehr als eine einfache Volksschulbildung hatten. Wer heute einen der leider nur noch wenigen »alten Tinzler trifft«, wird sich wundern, mit welchem ungeheuren Wissen und sicherer Interpretation dieser zumeist weit über 70 Jahre alte Parteiveteran die Komplexität unserer aktuellen politischen Probleme zu durchdringen und zu erklären versteht. Er habe das gründlich gelernt, wird der sozialdemokratische Rentner im Gespräch überzeugend versichern, und wahrscheinlich zeigt er dann zur Erläuterung ein bereits vergilbtes Foto: von Tinz.

Die »rote Kaderschmiede« war in einem alten Schloß untergebracht, das in der Nähe der thüringischen Stadt Gera lag und bis 1918 noch dem Duodezfürsten von Reuß gehörte. Der tatkräftige und initiativfreudige Soldatenrat in Thüringen enteignete in der Novemberrevolution 1918 mit einer damals seltenen Entschlossenheit den feudalen Besitz und die später regierende USPD richtete 1920 darin die sozialistische »Heimvolksschule Tinz« ein. Da die Heimvolkshochschule sich zwar grundsätzlich zur sozialistischen Betrachtungsweise bekannte, gleichwohl aber parteipolitisch neutral bleiben wollte und das durch ein anfängliches Lehrerkollegium aus Unabhängigen Sozialdemokraten, Mehrheitssozialisten und (zwischenzeitlich) einem Kommunisten auch ausreichend dokumentieren konnte, fiel es der linken Arbeiterregierung Thüringens nicht schwer, eine dauerhafte staatliche Bezuschussung für die marxistische Nachwuchsbildung gesetzlich abzusichern. Natürlich mißfiel dies den bürgerlichen Parteien, die nach 1923 bis zum Ende der Republik die Macht im Lande wieder innehatten und deshalb alles versuchten, den »Sozis auf dem Schloß« die Gelder zu sperren. Zu ihrem großen Ärger allerdings war die Rechtslage eindeutig gegen sie, und selbst der führende nationalsozialistische Politiker Hermann Frick, der 1929 als erster Faschist in das Ressort des Inneren einzog, scheiterte mit seinem Versuch, die materiellen Zuwendungen um zwei Drittel zu kürzen, am Einspruch des Staatsgerichtshofs. Erst die endgültige braune Machtübernahme im Reich brachte den Todesstoß für Tinz; ein Überfallkommando der Polizei jagte im März 1933 die Schüler aus dem Schloß, und statt demokratisch-sozialistischer Prinzipien wurde dort fortan der Kadavergehorsam nationalsozialistischer Arbeitslager eingeübt.

Es war für die in Fragen der marxistischen Schulung besonders ehrgeizigen Weimarer Jungsozialisten nicht leicht, den Traum von einer Teilnahme in Tinz erfüllt zu bekommen. Die Zahl der Bewerbungen überstieg die Kapazitäten der Aufnahme beträchtlich. Zwei

* Dieser Beitrag ist *Walter Pöppel* zum 80. Geburtstag gewidmet.

Möglichkeiten der Aufnahme gab es: Entweder man wurde von der Partei oder Gewerkschaftsorganisation des Bezirks vorgeschlagen, oder aber man hatte mit einer »freien Bewerbung« bei der Tinzler Schulleitung selbst Erfolg. Voraussetzungen für beides war der Nachweis der aktiven Betätigung in der Arbeiterbewegung und schon ein gewisser Fundus an theoretischem Wissen. Nun weiß man, daß die Jungsozialisten zumindest in ihrer eigenen Bewegung und im Kulturbereich der Partei äußerst rühmig mitarbeiteten und auch die Lektüre von Büchern, Zeitschriften und Broschüren mit Eifer betrieben, dennoch war die gesetzte Aufgabe nicht ganz so einfach zu lösen. Die Kandidaten bekamen nämlich vom Lehrerkollegium ein Aufsatzthema gestellt, das sie innerhalb kurzer Zeit bearbeiten und einsenden mußten. Zwar hatten diese jungen Arbeiter schon vergleichsweise viel gelesen, aber im Schreiben waren sie natürlich immer noch nicht sehr gewandt und zudem war die Arbeitszeit seit den Jahren der Inflation durch den kräftigen Machtzuwachs des Kapitals erheblich angestiegen, so daß ihnen nur der späte Abend oder der Sonntag zum Formulieren blieb. Wer auch diese Hürde zu überwinden imstande war und mit der schriftlichen Abfassung bei seinen künftigen Lehrern reüssierte, der konnte dann endlich die Koffer für die Fahrt nach Mitteldeutschland packen. Die Reise und das Geld für den Kursus bezahlten dann in der Regel die zuständige Partei oder Gewerkschaft. Ein gewaltiges soziales Problem für die meisten allerdings war, daß ihre Arbeitgeber von einem fünfmonatigen Bildungsurlaub zum Studium der »marxistischen Weltanschauung« natürlich nicht das geringste wissen wollten. Zahlreiche Tinzler waren mithin nach ihrer Schulzeit zunächst und häufig auch für sehr lange Zeit arbeitslos.

Die äußeren Bedingungen auf Schloß Tinz waren recht bescheiden. Allein die Größe der Zimmer brachte erhebliche Schwierigkeiten und zwischenmenschliche Spannungen mit sich. In der Anfangszeit mußten manchmal neun Schüler einen Schlafraum teilen, in dem weder Stühle noch Tische standen. Ab Mitte der zwanziger Jahre besserte sich das ein wenig: Zwischenwände wurden eingezogen und in die Fensterbänke Schreibtische zum Notieren und Lesen gestellt. Mehr als vier Personen brauchten nun auch nicht mehr die einst fürstlichen Schlafgemächer teilen. Einen ständigen Anlaß zur Unzufriedenheit bot zudem die tägliche Kost, deren außergewöhnliche Kargheit der Grund für den einzig bekannten Schülerstreik war: Die Teilnehmer des 9. Männerkurses 1926, keinesfalls von Hause aus verwöhnte Esser, waren es leid, immer nur Hering vorgesetzt zu bekommen.

Mit der geistigen Nahrung hingegen waren die Teilnehmer vollauf zufrieden. Als Alternative zu den herkömmlichen autoritären und frontalen Lernstrukturen des gewohnten Volksschulunterrichts unterrichteten die Lehrer häufig nach der arbeitgemeinschaftlichen Methode, um so die Selbständigkeit des Denkens zu fördern. Besonders beliebte Fächer waren »Nationalökonomie« und »Geschichte der Arbeiterbewegung«; dies schon deshalb, weil in den Ortsvereinen der SPD die Beschäftigung mit solchen eher grundsätzlichen Fragen der sozialistischen Theorie und Tradition längst dem Pragmatismus der Alltagspolitik hatte weichen müssen, und die Jungsozialisten waren nicht erst seit Tinz der Meinung, daß diese Abkehr von der Anstrengung globaler theoretischer Analyse zu der, wie sie meinten, zum Scheitern verurteilten Politik des »klassenversöhnlichen Reformismus« geführt habe. Im Vergleich zu diesen beiden Fächern blieb das Interesse für Psychologie, Kunst, Literatur eher gering, und die in den ersten Jahren angebotenen Naturwissenschaften strich das Lehrerkollegium schließlich mangels Wertschätzung bei den jungen Sozialisten ganz vom Lehrplan. Dennoch: Da es stets ein erklärtes Ziel der Arbeiterbewegung war, das in Unwissenheit gehaltene Proletariat durch die sozialistische Emanzipation an die ihr lange vorenthaltenen Kulturgenüsse der Geschichte heranzuführen, spielte

in Tinz die musische Erziehung eine gewichtige Rolle. Die jungen Arbeiter wohnten dabei zum ersten Mal in ihrem Leben Kammermusikabenden bei und betrachteten, an anderen Abenden, Lichtbilder von den Werken großer Meister sozialer Grafik und Malerei. Zusammen mit ihren Kunstlehrern wanderten die Schüler regelmäßig in das benachbarte Gera und besichtigten dort Museen oder besuchten Theateraufführungen. Trotz allen Bemühens, keine geschlechtsspezifischen Rollenmentalitäten aufkommen zu lassen, war die Lehrerschaft dennoch gezwungen, dem Wunsch der Männer nach Kenntnissen im Arbeitsrecht durch einen kurzen Gastlehrerkursus Rechnung zu tragen, während die Frauen sich demgegenüber, wegen des »trockenen Stoffs«, wie es hieß, völlig indifferent zeigten und statt dessen über Erziehungsfragen informiert werden wollten, was nun wiederum die Männer eher langweilig fanden.

Den besten Kontakt zu den Schülern hatte wohl nicht zuletzt aufgrund seiner politischen Einstellung der Lehrer für Soziologie und Geschichte *Otto Jenssen*, ein überzeugter Anhänger des Austromarxismus, Mitarbeiter am linkssozialdemokratischen Zeitschriftenorgan »Der Klassenkampf« und unermüdlicher Propagandist für einen »lebendigen Marxismus«. In seinen Kursen konnten die jungen Arbeiter ihre Kenntnisse über die theoretischen Überlegungen Otto Bauers und Max Adlers, die in Juso-Kreisen hochgeachtet waren, weiter vertiefen. Otto Jenssen erzog die »Tinzler« ganz im Sinne des »Linzer Programms« der österreichischen Bruderpartei: für eine sozialistische Transformation in den Formen der Demokratie und unter allen Bürgschaften der Demokratie, die nur im Falle einer faschistischen Gegenrevolution der Bourgeoisie einen zeitlich begrenzten Ausdruck einer Diktatur der proletarischen Mehrheit annehmen dürfe. Stets warnte Jenssen seine Schüler vor Buchstabengläubigkeit und scholastischer Auslegung des Marxismus; mit Recht, denn gerade die Jungsozialisten neigten vielfach zu einem etwas verbohrtens Dogmatismus. Otto Jenssen war blind und darauf angewiesen, daß ihm die Teilnehmer seiner Kurse vorlasen, trotzdem verfügte er über ein umfangreiches und breit gestreutes Wissen, wobei ihm sein ungewöhnlich gutes Gedächtnis von Hilfe war. Etwas distanzierter war das Verhältnis der Teilnehmer zum Leiter der Volkshochschule *Alfred Braunthal*, einem Anhänger Rudolf Hilferdings und Lehrer für Nationalökonomie. Er stand also politisch gesehen etwas »rechts« von Otto Jenssen und wirkte manchmal ein wenig zurückhaltend, fast schüchtern. Wenn er dozierte, schritt er immer mit gesenktem Kopf durch den Lehrsaal und trug seine Gedanken nur zögernd und zaghaft vor, dann aber von bestechender definitiver Prägnanz und Klarheit. Braunthal warnte in seinen Kursen häufig vor einer Mythologisierung der Revolution zu einem einmaligen Akt der vermeintlich alle Probleme lösenden Volkserhebung. In Wirklichkeit sei eine sozialistische Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft, wie er zu wiederholen nicht müde wurde, ein zeitlich langgestreckter und konstruktiv zu organisierender Umwälzungsprozeß, der bereits durch die regulierenden Einwirkungen der sozialdemokratisch beeinflussten Staatsorgane in die Belange der Wirtschaft begonnen habe und in der Konsequenz die Bourgeoisie Schritt für Schritt als herrschende Klasse verdrängen werde. Seine Schüler haben bei Braunthal, wie sie heute noch bestätigen, auch wenn sie damals in theoretischen Fragen mit ihm heftig disputierten, da die meisten von ihnen einen solchen optimistischen Reformismus nicht akzeptierten, viel gelernt. Nach einem tragischen Unfall, bei dem seine Frau ums Leben kam, verließ Braunthal das Schloß und ging nach Berlin zum neugegründeten Konjunktur-Forschungsinstitut.

Sein Nachfolger wurde *Erich Winkler*, der in enger Beziehung zu der Gruppe nationalpatriotischer Sozialisten um August Rathmann, Theo Haubach und Karl Mierendorff

stand und sowohl die apparathafte Erstarrung und phantasielose Politik des Parteivorstandes als auch die, wie er es nannte, steril-orthodoxe Gesinnungsethik und Phraseologie der linken Parteiopposition kritisierte. Er versuchte, seine Schüler für eine Politik der wehrhaften Verteidigung der republikanischen Ordnung und eine aktivistische Strategie zur Er kämpfung des Sozialismus zu begeistern. Am schwersten hatte es sicher *Oskar Greiner*, der dritte Lehrer in Tinz, da er, der in Literaturgeschichte, Psychologie, Logik und Methode unterrichtete, in politischen Fragen nicht ganz so beschlagen war wie seine Kollegen. Er bemühte sich sehr um ein gutes Verhältnis zu den Schülern, und ihm hatten sie zweifellos viel zu verdanken, denn er hatte sie mit Geduld und Einfühlungsvermögen durch den Kurs »Technik der geistigen Arbeit« geführt, der den akademisch ja nicht vorgebildeten jungen Sozialisten eine wertvolle Hilfe zum künftigen Selbststudium gab. Zusätzlich zu den drei festangestellten Lehrkräften kamen immer auch noch eine Reihe von Gastlehrern zu Vorträgen nach Tinz, darunter die linkssozialdemokratische Pädagogin und Reichstagsabgeordnete *Anna Siemsen*, der Redakteur der »Jungsozialistischen Blätter« *Engelbert Graf*, der linkskommunistische Theoretiker *Karl Korsch*, der bekannte Sexualreformer *Max Hodann*, der Gewerkschaftssyndikus *Ernst Fränkel* und der sozialistische Erzieher *Felix Kanitz* aus Wien.

Die Tinzler Schule aber verstand sich nicht nur als eine Anstalt zur Vermittlung von Wissen, sondern begriff sich zudem, wenn auch in moderater Form, als eine Lebensgemeinschaft und Produktionskooperative. Schließlich gehörte es zum Kernbestandteil jungsozialistischer Identität, die ersehnte Transformation der kapitalistischen Gesellschaft nicht allein von den »ökonomischen Gesetzmäßigkeiten« zu erwarten, sondern auch an die Reife und den Willen des »subjektiven Faktors« zu binden, woran zu arbeiten schon in der kapitalistischen Umwelt geboten schien, da sonst, wie man in Erinnerung an die Jahre 1918/19 befürchtete, vielleicht ein großer historischer Augenblick auf ein schwaches Geschlecht stoßen könnte. Zum starken Geschlecht »neuer Menschen« wollten die Jungsozialisten in jedem Fall gehören, und der lebensreformerische Ausdruck dafür war auch im Alltag auf dem Schloß präsent. Stets begann der Morgen mit einer halben Stunde gymnastischer Übungen, und die Erziehung des Körpers durfte auch vor Eis und Kälte nicht halt zu machen; splinternackt sprangen die »Tinzler« im Winter in den Schnee und machten ihre gewohnten Kniebeugen. Die Frauen vor allem pflegten an sonnigen Tagen im herrlichen Schloßpark, der von waldreichen Hügeln umgeben war, ihre freie Körperkultur, und an warmen Sommerabenden tanzten sie die alten Reigen. Soweit es ging, versorgte man sich mit einem Teil der Grundnahrungsmittel selbst, indem man im Park Getreide anbaute, Kartoffeln pflanzte und auch das Brot selber backte. Vor einer Überhöhung der lebensreformerischen Einstellungen indes warnten die Tinzler Pädagogen mit Nachdruck, da ihnen bei aller Sympathie und aktiven Unterstützung für das Gelingen einer alternativen Kultur an Schwarmgeisterei nicht gelegen war. Sie beschworen emphatisch die Gefahr, daß man bei dem Versuch, Gemeinschaftsinseln in einem gemeinschaftsfeindlichen Gesamtzusammenhang errichten zu wollen, zu einem weltabgewandten Sektierertum verkommen müsse.

Ein anderes Problem, dem sich die Lehrerschaft bewußt war und wo sie gegenzusteuern versuchte, lag darin, daß einige Schüler nach dem fünfmonatigen Aufenthalt in Tinz, stolz über das frisch angeeignete Weltanschauungswissen, mit einer gewissen Überheblichkeit in ihre Städte zurückkehrten und sich dort als Übertheoretiker produzierten. Nicht auszuhalten sei es dann, so klagten viele ältere Sozialdemokraten, mit den »Tinzern«, die am liebsten in wenigen Tagen den ganzen Ortsverein missioniert und umgekrempelt hätten. Na-

türlich wurde für manchen Parteibürokraten das Leben auch schwerer, denn ein in Tinz geschulter Sozialist war stets zu kritischen Kommentaren aufgelegt und bildete einen ungewohnten Unruheherd im sonst so harmonisch einträchtigen Parteibetrieb. Tinz hatte somit alsbald den Ruf weg, eine »geistige Treitmühle der Parteioopposition« zu sein, wo den jungen Leuten die radikalen Flausen des Austromarxismus in den Kopf gesetzt werden, was sicherlich, berücksichtigt man allein die Präsenz von Alfred Braunthal und Erich Winkler, nicht ganz der Wahrheit entsprach, wenn auch der Einfluß von Otto Jenssen wirklich überragend war und die Wahl der Gastdozenten einen nicht zu leugnenden linkssozialistischen Überhang zeigte. Später hatte dann, nebenbei bemerkt, auch eine andere Parteibürokratie Schwierigkeiten mit dem »Tinzismus«, wie man das dort nach 1945 in denunziatorischer Absicht nannte: die SED. Als sich 1948 bis 1951 die Partei »neuen Typus« von ihren kritischen Mitgliedern säuberte, da standen »Tinzisten« an oberster Stelle der Abschußliste, denn diese waren schon geistig den in der Tradition eines versteinerten »Marxismus-Leninismus« erzogenen Kommunisten auf gefährliche Weise überlegen.

Wie produktiv der Wert einer umfassenden »weltanschaulichen« Bildung sein kann, zeigte sich schon in den letzten Jahren der Republik von Weimar. In jener Phase, in der sich die Finanz- und Sozialkrise des Reiches auch in einer Krise der Ideen artikulierte, da Millionen von Jugendlichen in ihrer Verzweiflung und Ignoranz zu den irrationalen und inhumanen diesseitigen Erlösungsvisionen der Zeit griffen und die Sozialdemokratie in ihrer Mehrheit dem Treiben mit bestürzender Ratlosigkeit zusah, da konnten zahlreiche »Tinzer« mit Recht behaupten, daß sie genau diese Entwicklung durch die Schärfe ihrer theoretischen Analysen frühzeitig erkannt und eigentlich rechtzeitig Alarm geschlagen hatten. Tatsächlich kamen schon in den zwanziger Jahren viele der weitsichtigsten Artikel zum Problem des Faschismus aus den Federn ehemaliger »Tinzer«, die mit heute bedrückend wirkender Genauigkeit den Prozeß der Faschisierung einerseits und der Ohnmacht der Arbeiterbewegung andererseits antizipiert und vergeblich davor gewarnt hatten. Gerade in einer gesellschaftlichen Situation der tiefen Orientierungslosigkeit und politischen Verwirrung ist es gut, so kann man vielleicht bilanzierend zusammenfassen, wenn eine Bewegung wie die Sozialdemokratie über eine Gruppe theoretisch gebildeter und unopportunistischer Aktivisten verfügt, die durch ihr Denken und Handeln allen Widrigkeiten zum Trotz die humane und demokratische Moral des Sozialismus glaubwürdig zu verkörpern in der Lage sind. Von den meisten »Tinzern« wird man das vorbehaltlos sagen können: Denn viele von ihnen standen im Widerstand gegen den braunen Terror, und nicht wenige haben dabei ihr Leben gelassen.

Diskussionsschwerpunkt

Michael Lucas

Die Verantwortlichkeit der Vereinigten Staaten in der gegenwärtigen Krise der Dritten und Ersten Welt

In der Dominikanischen Republik gab es Ostern dieses Jahres sechs Tote bei Plünderungen von Supermärkten, nachdem auf Verlangen des IWF Subventionen gestrichen und Lebensmittel 50 Prozent teurer geworden waren. 60 Todesopfer forderten zuvor in Marokko die Proteste gegen Preissteigerungen nach dem 1983 mit dem IWF ausgehandelten Sanierungsprogramm. ... In Bolivien gab es im März 1982 Tote, in Ecuador im März 1983, als gegen die Teuerungswelle im Gefolge der vom IWF verlangten Subventionsstreichungen protestiert wurde. Sierra Leone 1981, Sri Lanka 1980, Sudan 1979 und 1982, Jamaika 1978 und 1980, Peru seit 1977, Ägypten ebenfalls 1977 ... Die Liste reicht um den ganzen Erdball.

Frankfurter Rundschau vom 22.9.1984

Die gesamte Außenverschuldung der Länder der Dritten Welt beträgt 1984 über 830 Mrd. Dollar. Mit der Vertiefung der Weltwirtschaftskrise und der Verschlechterung der Wirtschaftsbedingungen in der Ersten und Dritten Welt mußten die Entwicklungsländer sowie auch die leistungsfähigeren, aber ebenfalls hochverschuldeten Schwellenländer immer neue Kredite aufnehmen, um ihre Schuldendienste zu leisten. Ein klassischer Teufelskreis ist entstanden, in dem immer mehr Schulden aufgenommen werden mußten, um immer mehr Schulden zu bezahlen. Langfristige Kredite werden unter gesamtwirtschaftlich sich verschlechternden Bedingungen durch kurzfristige Kredite finanziert.

Daß Strukturänderungen der Institutionen des Weltfinanzsystems unumgänglich sind, steht nicht mehr in Frage. Aber welche Formen solche Änderungen annehmen und zu wessen Lasten sie gehen sollen, sind umstrittene und zündstoffreiche Fragen für alle Seiten. Die Bildung eines Konsenses in bezug auf eine erfolversprechende bzw. haltbare Mischung von wirtschaftlichen und politischen Mitteln, um die kranke Weltwirtschaft zu reorganisieren, ist 1984/85 nicht in Sicht. Statt dessen zeichnen sich auch unter den führenden Gläubigerstaaten wachsende Meinungs- und Interessendivergenzen ab. Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung, die in wesentlichen Hinsichten ohne Beispiel in der Nachkriegszeit ist, stehen unter anderem die Hochdollar- und Hochzinspolitik sowie die Militärpolitik der Reagan-Regierung. Denn es ist nicht mehr zu leugnen, daß diese beiden Faktoren in bezug auf die Gesamtkrise der Ersten und Dritten Welt bestimmend geworden sind, die die gemeinsame friedliche Suche nach einem Ausweg aus der Krise erheblich erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Dafür sind die Verhältnisse in Lateinamerika insofern besonders beispielhaft, als sich dort der Zusammenhang zwischen den politi-

schen, wirtschaftlichen und militärischen Momenten der internationalen Finanzkrise auf brisante Weise verdeutlichen läßt.

In den frühen 70er Jahren wurden die meisten Schulden der lateinamerikanischen Länder bei öffentlichen Finanzinstituten oder bei den Regierungen der Industrieländer aufgenommen. 1970 kamen nur 45% der Staatsschulden Lateinamerikas aus privaten Quellen; 1980 war diese Zahl auf 70% angestiegen.¹ Diese Entwicklung geht auf die erhebliche Expansion und die Internationalisierung der privaten Geschäftsbanken zurück, die sich infolge der »Ölschocks« (1973/74 und 1979/80) und der daraus resultierenden Flut von Petrodollars vollzog, für die dann Anlagemöglichkeiten gefunden werden mußten. Damit begann der Boom der Darlehensgeschäfte für Länder in der Dritten Welt, die infolge der »Ölschocks« auch höhere Importpreise bezahlen mußten. Angesichts der Verschärfung der Weltwirtschafts- und Verschuldungskrise war es allein eine Frage der Zeit, bis die am stärksten betroffenen Länder sich für zahlungsunfähig erklären mußten. Vor einem »erzwungenen Bankrott« ihrer Länder warnten die Regierungen von Argentinien, Mexiko, Kolumbien und Brasilien. Sie forderten eine gemeinsame Schuldenkonferenz und eine Gesamtregelung im Sinne eines neuen Verhältnisses in allen Bereichen zwischen Nord und Süd. Dies wäre aber das letzte, was die USA und der IWF bereit sind zuzulassen: Von ihnen wird statt dessen eine Strategie gegenüber den Schuldnerländern verfolgt, die darauf abzielt, mit jedem einzelnen Staat separat zu verhandeln und also — solange es noch geht — die herkömmlichen Strukturen und Praktiken des internationalen Finanzsystems aufrecht zu halten, koste es die Dritte Welt, was es wolle. Diese Vorgehensweise sollte unter anderem die Entwicklung einer einheitlichen Strategie der Schuldnerländer blockieren.

Die jüngste Vereinbarung zwischen dem IWF und Mexiko über die Umschichtung von 50 Milliarden Dollar der mexikanischen Außenschulden ist in diesem Zusammenhang beispielhaft.² Nach dieser Vereinbarung werden die Zinsleistungen und die Tilgung eines Teils der Außenschulden Mexikos bis auf die 90er Jahre hinausgezögert, ohne daß jedoch das zentrale Problem einer Teilstreichung dieser Schulden angegangen wird — ganz so schweigen von einer Reform des IWF. Noch wichtiger bei dieser Vereinbarung ist, daß in Zukunft die US-Regierung und andere Gläubigerstaaten eine größere Rolle als Aufsichtsinstanz und Garant der Kreditgeschäfte mit Dritte-Welt-Ländern einnehmen werden. Dies bedeutet, daß der Steuerzahler der Industrieländer, falls seine Regierung in einer Bankkrise interveniert, dementsprechend mehr für die internationalen Darlehen der in die Krise geratenen privaten Geldinstitute aufbringen müßte, als es heute der Fall ist.

Hintergründe der Verschuldungskrise am Beispiel Mittel- und Südamerikas

Heute gilt Mittelamerika als ein Hauptschauplatz des neuen Kalten Krieges und als Prüfstein für die Außenpolitik der Reagan-Administration. Dies hängt mit dem in den letzten Jahren immer deutlicher gewordenen Versagen und dem daher drohenden Zusammenbruch der mit den USA eng verbündeten diktatorischen Regime in Lateinamerika und in anderen Teilen der Dritten Welt zusammen. Diese Regierungen sind nicht mehr in der Lage, die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen für die weitere Akkumulation der multinationalen Kapitale abzusichern, ohne zugleich das gesellschaftliche Fundament bzw. die bestehende Klassenstruktur gewaltig zu erschüttern. Die massive Verschuldung in den letzten fünfzehn Jahren und die Weltwirtschaftskrise haben diesen Krisenprozeß beträchtlich beschleunigt.

Die politische Folge der gesellschaftlichen Einbrüche in diesen Ländern ist die Entstehung von teilweise klassenübergreifenden Oppositionsbewegungen, die von Bauern, Ar-

beitern, Teilen des Kleinbürgertums bzw. der Mittelschichten getragen werden. Diese Bewegungen stellen heute die bestehenden Regierungen bzw. die herrschenden Machtkonstellationen in einigen lateinamerikanischen Ländern radikal in Frage. Die erfolgreiche Machtübernahme und die soziale Umwälzung in Nicaragua durch die Bewegung der Sandinistas waren Ergebnis wachsender neokolonialistischer Ausbeutung und Unterdrückung, die während etwa der letzten zwanzig Jahre durch das Eindringen und die rasche Entwicklung der US-multinationalen Kapitale neue Formen angenommen und die Krise in diesen Ländern auf eine historisch einmalige Weise zugespitzt haben.

Seit den frühen 40er Jahren haben die US-Investitionen in Lateinamerika um das Zehnfache zugenommen. Von der Mitte der 60er bis zur Mitte der 70er Jahre haben sie sich verdoppelt.³ Im Jahre 1976 erfolgten 17 Prozent aller US-Investitionen im Ausland in Lateinamerika, was damals wiederum 81 Prozent der US-Investitionen in der Dritten Welt ausmachte. Obwohl die wirtschaftliche Bedeutung El Salvadors und Nicaraguas für die USA im Vergleich zu der zum Beispiel Mexikos, Brasiliens und Venezuelas gering ist, hat sich während der letzten 25 Jahre generell in den mittelamerikanischen Staaten — und so auch in Nicaragua — eine rasche kapitalistische Entwicklung vollzogen. Dies führte zu einem ausgeprägten Mißverhältnis in der Einkommensverteilung, zur Verelendung der arbeitenden Massen und zu einer zunehmenden Marginalisierung von Kleinproduzenten und Kleinkapitalisten. Von den 50er bis zu den 70er Jahren gab es in Nicaragua ein beachtliches Wirtschaftswachstum, insbesondere im Agrarsektor und in den Bereichen Dienstleistung, Finanzwesen und Industrie. Dieses schnelle Wachstum ging auf die Hilfe des Pentagons und anderer Organisationen des US-Imperialismus, die den Somoza-Klan gezielt förderten, zurück. Dieser setzte auf eine extrem repressive Politik, die eine große Reservearmee von Arbeitern in Schach halten und durch ein Verbot von Streiks und anderer Protestaktivitäten zur Disziplin in den Betrieben führen sollte. In ihren Grundzügen war die Kapitalentwicklung in Nicaragua und die Herausbildung eines »neofaschistischen« Regimes, das auf polizeilicher Gewalt und Folter sowie auf der Aussetzung der Grundrechte beruhte, nicht von den Entwicklungen in den anderen Militärdiktaturen Südamerikas bzw. in anderen Teilen der Dritten Welt zu unterscheiden. Derartige Regime wie etwa in Uruguay, in Chile, in Guatemala, im Iran unter dem Schah, auf die Philippinen, in Argentinien unter den Generälen, beruhen oder beruhten auf einem gemeinsamen Typus von Herrschafts- und Machtstruktur, die aus einem Bündnis von Regierungsbeamten, Technokraten und multinationalen Konzernen besteht oder bestand.⁴

Das Ergebnis der Innen- und Wirtschaftspolitik dieser Regime in Lateinamerika — wie ebenfalls in anderen Ländern der Dritten Welt — war einerseits die Zerstörung wichtiger vorhandener Produktionssektoren, das Vorantreiben eines spezifischen, auf Großtechnologien und Export basierenden Entwicklungsmodells und eine damit verbundene massive Kreditexpansion und Außenverschuldung, die in den letzten Jahren zunehmend auch auf Käufe von militärischen Gütern und Dienstleistungen zurückgeht. Andererseits hat das rasche Vorantreiben des kapitalistischen Akkumulationsprozesses politische und soziale Veränderungen in Gang gesetzt, die ganzen Schichten der einheimischen Bevölkerung die Existenzgrundlage entzog, wie etwa den Bauern, die in die Städte ziehen mußten, um sich dort in die industrielle Reservearmee einzureihen.

Obwohl dieses Entwicklungsmodell mit Hilfe polizeilicher Gewaltausübung und Repression aller Art für eine gewisse Zeit profitträchtig und politisch »kontrollierbar« funktionierte, war es eine Frage der Zeit, bis die eingesetzten Mittel der Klassenherrschaft und der Ausbeutung die gesellschaftlichen Grundlagen des Staates zerstörten. Damit sahen sich

die Regierenden häufig immer weiter in die Isolation gedrängt und zu einem immer größeren und für sie letztlich verhängnisvollen Einsatz von Gewalt gezwungen, um ihr Regime überhaupt noch am Leben zu erhalten. Vor diesem Hintergrund wird begreiflich, warum El Salvador und Nicaragua zu Testfällen der Reagan-Politik in der ganzen Welt geworden sind: In Nicaragua hat sich der Zusammenbruch von nicht mehr tragfähigen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Strukturen und Politiken vollzogen, die gegenwärtig noch in zahlreichen anderen Ländern und Regionen der Dritten Welt fortbestehen. Dadurch wurde in einem Land, noch viel kleiner als Vietnam, der historische Bankrott des gegenwärtigen Systems des US-amerikanischen Imperialismus mitsamt seiner schon längst brüchig gewordenen Ideologie (die USA als Führer und Garant der »freien Welt«) demonstriert. Die bisherigen Erfolge der nicaraguanischen Revolution setzen ein Beispiel für die Befreiungsbewegungen und die anti-imperialistischen Friedensbewegungen in der ganzen Welt und liefern einen eindeutigen Beweis dafür, daß es möglich ist, die vom US-Imperialismus bestimmten gesellschaftlichen Strukturen radikal zu verändern.

Die Weigerung der US-Regierung und des IWF, das internationale Finanzsystem dringend notwendigen Reformen zu unterziehen, ist im Grunde von der gesamten Außen- und Militärpolitik der USA gegenüber der Dritten Welt nicht zu trennen. Das Tragische daran ist, daß die entschlossene Politik eines neuen Kalten Kriegs⁵ und eine historisch einmalige Aufrüstung, die auf Jahrzehnte geplant ist, die realen Ursachen der gegenwärtigen Krisenentwicklung nicht beseitigen, sondern die Welt in einen sich beschleunigenden Teufelskreis von wachsender Militarisierung einerseits und Verschlechterung der Wirtschaftslage aller Länder einschließlich der Vereinigten Staaten andererseits treiben. Mit der Wiederwahl Reagans fühlt sich die gegenwärtige US-Regierung in ihrer gefährlichen, von der Realität immer mehr entfernten Politik bestätigt. Sie sieht sich mehr als zuvor in der Lage, ihre Kriegsmaschinerie in Zentralamerika und überall in der Welt weiter auszubauen und diese auch zur Geltung zu bringen — und zwar in Form von politisch-militärischen Drohungen und tatsächlichen militärischen Eingriffen, welchen Ausmaßes auch immer. Die Unfähigkeit der US-Politik, die Widersprüche und Komplexitäten der politischen Lage in einzelnen Ländern und Regionen zu berücksichtigen, ließe sich allzu deutlich an dem von den USA ermutigten und größtenteils finanzierten Krieg Israels im Libanon verdeutlichen. Nicht nur wurden die wichtigsten Kriegsziele Israels nicht erreicht; der Krieg hat die Wirtschaftskrise in Israel erheblich verschärft. Der Libanon-Krieg ist im Grunde ein Beispiel für die US-Militärpolitik und ihre in Zukunft sehr wahrscheinlich zu erwartenden wirtschaftlichen Folgen. Denn die rein militärischen Erfolge der israelischen Streitkräfte haben im Grunde nichts wesentliches an der Gesamtlage Libanons zugunsten der Interessen Israels oder der USA geändert. Der Testfall des Libanon-Krieges legt daher nahe, daß die gegenwärtige Politik der USA die Krisenentwicklung in Ländern wie Chile, Südafrika oder auf den Philippinen nicht bewältigen kann, sondern eine langfristige Lösung nur hinauszögern und weiter erschweren wird.

Ein »großer Krach« oder eine weltweite Ausbreitung der Krise mit einem unberechenbaren Tempo?

Gegenwärtig stecken etwa fünfzig Länder der Welt wegen ihrer Schulden in Schwierigkeiten. Es ist daher nicht von ungefähr, daß sich zur Zeit die Cassandra-Warnungen seitens der Direktoren der größten Banken der Welt vermehren. Nicht untypisch ist in diesem Zusammenhang die Rede des Generalsekretärs der Schweizerischen Nationalbank, *Markus Lusser*, auf einer internationalen Tagung in Belgrad. Die Probleme, die der Schuldenkrise

zugrunde lägen, seien nach wie vor ungelöst, und wenn eine geordnete Sanierung der Verhältnisse in den nächsten Jahren nicht gelänge, seien »Katastrophenszenarien aller Schattierungen von grau bis schwarz«⁶ denkbar. Lusser plädierte für eine Erleichterung der Schuldenlast der Dritten Welt durch bessere Umschuldungs- und Anpassungsbedingungen für die Schuldnerländer, zum Beispiel für eine größere Öffnung der Märkte der Industrieländer für Exporte aus der Dritten Welt.

Während die meisten Wirtschaftswissenschaftler und Finanzpolitiker die Wahrscheinlichkeit eines Bankenzusammenbruchs, wie er 1929 erfolgte, aufgrund der Intervention des Staates als sehr gering erachten, ist das Thema in der Öffentlichkeit wieder aktuell geworden. Bankiers räumen gegenwärtig durchaus die theoretische Möglichkeit eines solchen Kettenzusammenbruchs von Banken ein und halten Vorbeugungsmaßnahmen und rasches Handeln in dieser Hinsicht für unbedingt erforderlich. In diesem Zusammenhang können die Bemerkungen von *Fritz Leutweiler*, Präsident der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, in einem Interview mit der »Zeit« als Beispiel genommen werden. Nach der Möglichkeit einer Kettenreaktion von Bankzusammenbrüchen gefragt, antwortete Leutweiler:

»Es gibt keinen großen Krach, wenn wir rasch und richtig reagieren, aber die Gefahr wäre groß, wenn wir nicht richtig reagieren. *Die Zeit*: Was heißt 'richtig reagieren'? *Leutweiler*: Der große Krach — wie kann er anfangen? Ein Land anerkennt seine Schulden nicht mehr. Das ist der schlimmste Fall der Verweigerung, schlimmer als ein Moratorium. Angenommen, ein Schuldnerland sagt, die Schulden gehen uns nichts mehr an, wir zahlen nicht zurück. Es gäbe keine Aussicht mehr, diese Beträge jemals einzutreiben. Dann würden Mißtrauen und Unruhe bei Anlegern der exponierten Banken rasch zunehmen. Es könnte zu Geldabziehungen kommen, und weil die Banken international über den Interbankenmarkt eng miteinander verflochten sind, könnte das eine Kettenreaktion auslösen. Durch die moderne Nachrichtentechnik weiß jeder zum gleichen Zeitpunkt praktisch alles. Die Unruhe der Einleger führt sofort zu einer starken Nachfrage nach Liquidität. Wenn die Nachfrage nicht gedeckt wird, steigen die Zinsen drastisch und sehr rasch, was wiederum zu entsprechender Unruhe an den Märkten führt. Dann werden kurzfristig Kredite nicht erneuert, der »roll-over« funktioniert nicht mehr. Wenn die Notenbank nicht schnell zusätzliche Liquidität bereitstellt, kann es ins Auge gehen.«⁷

Leutweiler sieht die Abwendung eines großen Zusammenbruchs in erster Linie auf der Ebene eines schnellen Reagierens der Notenbank, wenn exponierte Banken in Schwierigkeiten geraten. Andererseits weist er aber auch auf das Problem des Vertrauens der Anleger hin, deren Reaktion mit der weiteren Entwicklung der finanzpolitischen Krise der US-Banken zunehmend unberechenbarer und destabilisierend werden könnte. Dazu gehören mehrere andere Faktoren, die über das bloß Finanzpolitische als das Spezialgebiet der Bankiers und Anleger hinausgehen:

a) Inwieweit wird die Mehrheit der Steuerzahler dazu bereit sein, für eine Krise des amerikanischen und internationalen Bankensystems aufzukommen, die sie selbst überhaupt nicht zu verantworten haben? Inwieweit werden die westeuropäischen Banken, die sich gegenüber den lateinamerikanischen Ländern weniger als die US-amerikanischen Banken exponiert haben, bereit sein, für die in Schwierigkeiten geratenen US-Banken aufzukommen? Dabei geht es nicht nur um Kredite, sondern auch um die Bereitschaft der westeuropäischen Banken und Regierungen, mittels einer Vielfalt von finanzpolitischen und monetären Instrumenten finanziellen Druck auf die Bevölkerung des eigenen Landes auszuüben, um die betroffenen amerikanischen Großbanken zu retten. Es geht also hier dann auch um Differenzen zwischen den USA und Westeuropa über ihre jeweilige Finanzpolitik gegenüber der Dritten Welt, über die Rolle des Staates als Retter der bankrotten Ban-

ken (bzw. darüber, welche Banken gerettet werden sollen), über die Rolle der Regierung als Garantieinstanz des eigenen nationalen Kapitals. Kurz gesagt: In der internationalen Finanzkrise spitzt sich allmählich die interimperialistische Konkurrenz zwischen den USA und Westeuropa weiter zu. Dabei müssen die westeuropäischen Zentralbanken und Regierungen eine Gratwanderung vollführen zwischen dem Schutz der eigenen nationalen und internationalen Interessen angesichts der Forderungen einer finanzpolitisch und monetär aggressiven USA einerseits und dem kollektiven, notwendigerweise mit den USA gemeinsam zu organisierenden Schutz des internationalen Bankensystems in seiner Gesamtheit vor einem Zusammenbruch andererseits. Das Hochzinsniveau und die Hochdollarpolitik geben ein erstes Beispiel dafür ab, womit die Europäer in diesem Spiel in Zukunft noch fertig werden müssen. Abgesehen von den schon erläuterten Folgen des US-Hochzinsniveaus gehört hierher auch, daß das Hochzinsniveau die USA in die Lage versetzt, amerikanischen Banken auch mit der indirekten Hilfe des europäischen Kapitals zu retten. Zur Zeit sind die USA in vielen Hinsichten immer noch in der Lage, Verluste, die aufgrund der Schuldenkrise gegenwärtig und in Zukunft im kapitalistischen Weltssystem hingenommen werden müssen, zu ihren eigenen Gunsten auf die europäischen Volkswirtschaften umzuverteilen.

b) Die politisch-psychologische Dimension als Krisenfaktor, die Leutweiler im Interview anspricht, ist nicht zu unterschätzen. »Individuelle Freiheit« heißt im heutigen Kapitalismus in dieser Hinsicht unter anderem die Freiheit jedes Groß- und Kleinanlegers, in einer Finanzkrise sein Geld aus den Banken abzuziehen und dadurch eventuell Bankenzusammenbrüche in Gang zu bringen. Der springende Punkt dabei ist, daß es heute eine Vielzahl unterschiedlicher Faktoren wirtschaftlicher und politischer Natur gibt, die das Verhalten der Investoren bzw. damit die Bewegungen riesiger Kapitalmengen auf den internationalen Finanzmärkten weniger berechenbar machen. Einige Faktoren in dieser Hinsicht sind die folgenden: die enorme Zunahme der spekulativen Aktivitäten unterschiedlicher Art, die damit verbundene kurzfristige Profitgier der großen und kleinen Anleger, der aufgrund der Krise verstärkte Zwang für alle Anleger, ihr Geld aus einer Geldform in eine andere zu transferieren, um sich gegen Wertverluste zu schützen, die in einer Situation der allgemeinen finanziellen Nervosität und der langsam um sich greifenden Rückzahlungsunfähigkeit zunehmen. Wegen dieses Zwangs und der damit verbundenen Schwankungen der Werte nimmt die langfristige produktive Investition ihrerseits drastisch ab, was wiederum insgesamt die Wirtschaftskrise vertieft und damit die Spekulation und ihre wirtschaftlich zerstörerische Wirkung weiter beschleunigt. Der Rückgang der Berechenbarkeit der Finanzmärkte und der gesamten Weltwirtschaft geht allerdings nicht nur auf solche Faktoren zurück, sondern schließt auch äußere Umstände mit ein, zum Beispiel die Furcht vor der steigenden Kriegsgefahr oder den innenpolitischen Folgen des steigenden US-Haushaltsdefizits in den USA selbst.

Vor dem Hintergrund dieser ungelösten Widersprüche ist es verständlich, daß es in Westeuropa und in den USA unter Bankiers in bezug auf die gegenwärtige Außenpolitik Reagans eine relativ verbreitete Unsicherheit gibt. Diese Unsicherheit entspringt dem unter diesen Eliten herrschenden Konsensmangel in bezug auf die US-Militärpolitik und allem, was damit verbunden ist.

c) Die wirtschaftliche und politische Belastbarkeit der Volkswirtschaften bzw. der Bevölkerung der Dritten Welt ist ein weiterer, entscheidender Faktor — das heißt, inwieweit sie überhaupt in der Lage (oder dazu bereit) sein werden, sich den Forderungen des IWF und der US-Banken (sowie auch der europäischen Banken) zu beugen. Die Tatsache, daß

schon in zahlreichen Ländern der Dritten Welt die Bevölkerung auf Preissteigerungen für Güter des Grundbedarfs mit politischen Aufständen geantwortet hat, spricht nicht für die Durchsetzbarkeit der bisher aufgestellten Forderungen der westlichen Banken bzw. des IWF an die Dritte Welt. Die Verallgemeinerung der Krisentendenzen auf alle hochverschuldeten Länder der Dritten Welt und die Betroffenheit des westlichen Bankensystems in seiner Gesamtheit haben es schon eindeutig klargemacht, daß die Bewältigung der Krise allein durch riesige Liquiditätsspritzen für diese oder jene Großbank nicht mehr möglich ist. Diese Liquiditätsprobleme sind nur ein Ausdruck der Pleite des gegenwärtig sowohl in der Ersten als auch in der Dritten Welt herrschenden Entwicklungs- und Akkumulationsmodells, was an den verschiedenen großtechnologischen Industrien sich verdeutlichen läßt, die in den letzten Jahren in der Dritten Welt aufgebaut worden sind. Da wiederholen sich die schon aus der Ersten Welt bekannten Folgen: weltweite Überkapazitäten, eine gefährliche Verschärfung der weltweiten Umweltkrise, gesellschaftliche Verelendung und eine in jeder Hinsicht untragbare militärische Aufrüstung.⁸ Die internationale Schuldenkrise kündigt derzeit den wirtschaftlichen Bankrott des Wachstumsmodells an, dessen stofflicher Ausdruck und Folge diese Krisenmomente sind. Zudem ist dieser Bankrott zugleich ein politischer: Es geht dabei auch um die spezifischen politischen Strukturen bzw. die klassenmäßig herausgebildeten Eliten und funktionellen Schichten von Comprador-Kapitalisten, Militärs und Politikern, die dieses bestimmte Wachstums- und Entwicklungsmodell tragen und dafür verantwortlich sind, es in das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben der Gesellschaften der Dritten Welt umzusetzen, und zwar mit einem wegen der Krise immer größeren und wirtschaftlich kostspieligen Aufwand an Gewalt.

Die Krise des amerikanischen Bankensystems

Ein Entgegenkommen der US-Banken gegenüber den hochverschuldeten lateinamerikanischen Ländern in Form einer Erleichterung ihrer Schuldendienste könnte zwar die Spannung in den internationalen Bankkreisen vermindern, aber nicht ohne zugleich die Lage der US-Banken noch stärker zu gefährden.⁹ Die ausstehenden Kredite an die vier größten Schuldnerländer Mexiko, Brasilien, Argentinien und Venezuela betragen zum Beispiel bei der Manufacturers Hannover Trust 6,5 Milliarden Dollar oder 284 Prozent des Eigenkapitals und bei Chase Manhattan 6,1 Milliarden Dollar oder 201 Prozent des Eigenkapitals. Im Jahr 1983 mußten die US-Banken insgesamt Kreditverluste von 8,4 Milliarden Dollar (ein Anstieg um 27,5 Prozent gegenüber 1983) hinnehmen.¹⁰

Wenn wir diese Entwicklungen insgesamt unter die Lupe nehmen, wird das Beharren der Reagan-Administration bzw. der US-Notenbank auf ihrer Hochzinspolitik verständlicher: Falls die USA ihr Hochzinsniveau bedeutsam senkten, würde die Gefahr entstehen, daß eine signifikante Anzahl von Anlegern in den USA und im Ausland ihre Fonds aus US-Banken abzieht und dadurch einen Kettenzusammenbruch der Banken auslöst. Angesichts der wachsenden politischen, finanzpolitischen und wirtschaftlichen Krisentendenzen ist daher das Hochzinsniveau in den USA einer der wichtigsten Gründe dafür, daß amerikanische und ausländische Kapitalanleger ihre Fonds in US-Banken einlegen bzw. nicht abziehen. Andererseits blockiert das Hochzinsniveau die Anstrengungen, einen Ausweg für die Dritte Welt aus der Weltwirtschaftskrise zu finden. Statt die Exportindustrien in der Dritten Welt anzukurbeln und dadurch die Länder der Dritten Welt in die Lage zu versetzen, ihre Schulden abzubauen, führt das US-Hochzinsniveau zur Schrumpfung der Exportsektoren dieser Länder und bringt damit deren Gesamtwirtschaft zum Erliegen. Das

Hochzinsniveau in den USA belastet auch die US-Banken selbst, die zunehmend nicht mehr in der Lage sind, ihre Obligationen zu decken. In diesem Zusammenhang spielen auch die Zahlungsschwierigkeiten der US-Firmen — insbesondere auf den Gebieten (Atom-)Energie, Immobilien, Schiffstransport, Bergbau, Agrar- und Verfertigungsindustrien — eine wichtige Rolle. Diese Industrien können trotz des Aufschwungs die Hochzinsen nicht mehr leisten, und sie sind also in signifikant vielen Fällen von Konkurs bedroht. Ihre Zahlungsprobleme verschärfen wiederum die Krise der Banken. Trotz des Bankenversicherungssystems in den USA stieg jährlich die Anzahl der konkursanmeldenden Banken von sechs Banken im Jahr 1977 über zehn im Jahr 1981 und 42 im Jahre 1982 auf 48 Fälle in 1983. Zwischen Januar und Oktober 1984 sind 63 Banken in Konkurs gegangen. Von den 14700 US-Banken stehen derzeit über 750 auf der »Problemliste« gefährdeter Institute.¹¹ Hier zu erwähnen ist auch der 1984 stattgefundenene »Fast-Zusammenbruch« der achtgrößten US-Bank »Continental Illinois National Bank and Trust Company«. Allein durch eine immense Liquiditätsspritze in Höhe von 4,5 Milliarden Dollar an diese Bank und an andere mit ihr verbundene Geldinstitute konnten die US-Geldbehörden eine Kettenreaktion vermeiden, die wegen der Verflechtung des internationalen Bankwesens auf das ganze internationale Finanzsystem durchgeschlagen wäre.

Das Haushaltsdefizit und US-Verschuldung

Im Jahr 1980 betrug das Haushaltsdefizit 59,6 Milliarden Dollar, relativ gering im Vergleich zu den steigenden Defiziten seit Reagans Machtantritt und dem Übergang seiner Administration zu einer aggressiven Politik der defizitären Ausgaben. 1982 lag es bei 110,6 Milliarden, 1983 stieg es auf 195,4 Milliarden.¹² Von zahlreichen amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlern wird erwartet, daß in den nächsten Jahren (falls die gegenwärtige US-Haushaltspolitik unverändert fortgesetzt wird) Haushaltsdefizite im Umfang von 200 und 300 Milliarden Dollar jährlich auftreten werden.¹³ Ein großer Teil dieser Ausgaben wird getätigt, um den Verteidigungshaushalt zu finanzieren. Bis 1988 bzw. bis 1989 hat die Reagan-Regierung vor, 1,9 Billionen Dollar für die Verteidigung auszugeben. In dieser Hinsicht warnen auch Sprecher der »Wall Street« vor der Gefahr, die es für die amerikanische Volkswirtschaft und die Weltwirtschaft bedeutet, wenn die Reagan-Regierung in den nächsten Jahren ihren Verteidigungshaushalt durch größere Haushaltsdefizite finanziert. Befürchtet werden unter anderem eine wachsende Instabilität an den internationalen Währungs- und Finanzmärkten, eine Beschleunigung der Inflation sowie eine Verschärfung der Welthandelskrise und der Schuldenkrise der Dritten Welt.

Die Staatsverschuldung der USA beträgt heute 1,5 Billionen Dollar. Mit Haushaltsdefiziten von 200 Milliarden Dollar jährlich würden die US-Staatsschulden Ende der 80er Jahre bis auf 2,5 Billionen Dollar steigen.¹⁴ Unter Zugrundlegung der heutigen Zinsraten würden die Zinsen für einen solchen Schuldenberg 250 Milliarden Dollar jährlich betragen. Diese Summe entspricht einem Betrag von mehr als 50 Prozent aller privaten Einkommen in den USA, der also nicht mehr für Investitionszwecke verwendet werden könnte, sondern als Schuldendienst fungieren müßte. Bis 1986 würde die Schuldenlast der USA nach Auffassung des Washingtoner »Institute for International Economics« mit der Mexikos und Brasiliens vergleichbar sein.

Vor diesem Hintergrund steht die Reagan-Regierung unter innenpolitischem Druck, das Haushaltsdefizit zu verringern, und zwar durch ein neues Steuergesetz bzw. eine Steuererhöhung, durch weitere Kürzungen von Sozialausgaben und durch eine Reduzierung des Verteidigungshaushaltes. Kürzungen des bereits beträchtlich gekürzten Sozialhaushalts

werden voraussichtlich ein Mittel der wiedergewählten Reagan-Regierung zur Verringerung des Haushaltsdefizites sein, um das Aufrüstungsprogramm in dem von Reagan vorgeschlagenen Umfang durchzubringen. Nach den Prinzipien der »angebotsorientierten« Wirtschaftskonzeption Reagans bilden Steuerkürzungen zusammen mit Sozialdemontage ein besseres Linderungsmittel für die Wirtschaftskrise als eine Steuererhöhung. Die Wiederwahl Reagans hat aber seine Regierung in die Lage versetzt, dem Druck von Kongreß und »Wall Street«, unbedingt das Haushaltsdefizit erheblich zu verringern, besser standzuhalten und den Grundprinzipien seiner Wirtschaftsideologie treu zu bleiben.

Eine eventuelle Verringerung des Wachstums des Verteidigungshaushalts und ein neues Steuergesetz werden voraussichtlich nicht den Umfang erreichen, der erforderlich wäre, um das Haushaltsdefizit signifikant zu reduzieren. Andererseits sind auch die innenpolitischen Grenzen der Kürzungen der Sozialausgaben im voraus schwer zu bestimmen. Der gegenwärtige Aufschwung der US-Wirtschaft, die mit einer Wachstumsrate von 9 Prozent im dritten Quartal 1984 bereits heißzulaufen beginnt, könnte 1985 eine neue Inflationswelle auslösen. In dem dann erforderlichen Versuch, diese Inflation zu bremsen, würde die US-Notenbank noch einmal eine Politik des knappen Geldes einleiten, dadurch jedoch eine neue Rezession auslösen. Trotz des Wirtschaftsaufschwungs und der Schaffung von über 5 Millionen Arbeitsplätzen seit Reagans Machtantritt gibt es in den USA immer noch über 8 Millionen Arbeitslose, von denen die Mehrheit kaum eine Chance hat, in den kommenden Jahren Arbeit zu finden.

Die historische Dimension der gegenwärtigen US-Politik

In der Außen- und Militärpolitik der USA konkretisiert sich der Prozeß des sich beschleunigenden Niedergangs der Vereinigten Staaten als der hegemonialen Macht der Nachkriegszeit, die am besten in der Lage war, das Gesamtinteresse der Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Weltsystems bei Fortbestehen partikularer Interessen zu wahren. Die regionalen und internationalen Interessen der USA und der anderen entwickelten kapitalistischen Länder gehen heute stärker auseinander. Dieser Prozeß schlägt sich gegenwärtig in konflikträchtiger Zunahme protektionistischer Politiken und anderen Formen von autarkistischen und »begger thy neighbor«-Maßnahmen nieder. Das wichtigste Antriebsmoment dieses Prozesses ist die gegenwärtige Globalstrategie der USA. Diese läuft in erster Linie auf den Anspruch der Vereinigten Staaten hinaus, ihre hegemoniale Position innerhalb der westlichen Allianz zu bewahren. Dies soll erreicht werden zunächst durch eine Politik der »gezielten Gleichgültigkeit« bzw. des Nicht-Handelns angesichts einiger der gravierendsten Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise insbesondere auf die Länder der Dritten Welt. Dazu gehört auch der gezielte teilweise Rückzug aus der Rolle des »verantwortlichen« Hegemons im Weltsystem. Die Folge dieses Sich-Zurückziehens (der Boykott von UNO-Ausschüssen ist nur einer von vielen Beispielen) ist bisher eindeutig eine weitere Verschärfung der Krise. Gleichzeitig betreiben die USA ein einseitig aggressives Krisenmanagement, in erster Linie in denjenigen Bereichen (wie zum Beispiel auf den Gebieten der Aufrüstung und Finanzpolitik), in denen sie die ihr zur Verfügung stehenden Instrumente am effektivsten zur Behauptung ihrer partikularen Interessen einsetzen können. Die beschleunigte Schwächung anderer Länder durch die Gesamtwirkung dieser zwei zunächst komplementären Handlungsweisen sollen die USA ihrerseits dazu in die Lage versetzen, mit Hilfe neuer ziviler und militärischer Spitzentechnologien — insbesondere auf den Gebieten Elektronik, Kommunikationswesen und Raumfahrt — gegenüber allen anderen Ländern der Welt erneut eine neu strukturierte Vorherrschaftsrolle einzunehmen.

Die Unfähigkeit der westeuropäischen Regierungen, der gegenwärtigen Politik der USA praktisch wirksame und entscheidende, tiefgreifende Maßnahmen entgegenzusetzen, legt es nahe, daß gerade die Oppositionsbewegungen in der ganzen Welt die potentiell ausschlaggebende, kritische Variable für die Abwendung eines Weltkriegs und den damit untrennbar verbundenen Prozeß der gesellschaftlichen Erneuerung sein werden. Diese Bewegungen, die sich in den letzten fünfzehn Jahren in allen Lebensbereichen in der Ersten Welt und vor allem als anti-imperialistische Bewegungen in der Dritten Welt entwickelt haben, stehen heute in einem historisch bestimmten »Krisenzusammenhang«, der in der Entwicklung des Kalten-Kriegs-Systems seit dem Zweiten Weltkrieg einmalig ist. Diese neue Krisenverflechtung ist auf das gleichzeitige Eintreten der folgenden Entwicklungen zurückzuführen: 1. eine Weltwirtschaftskrise, die nicht ohne weitreichende politische und wirtschaftliche Strukturveränderungen im internationalen System zu überwinden ist; 2. die internationale Vorbereitung auf alle Arten von militärischen Auseinandersetzungen, von lokalen Kriegen und Bürgerkriegen bis hin zu einem konventionell und atomar geführten Weltkrieg. Diese Vorbereitungen laufen in Gestalt eines im Weltmaßstab beispiellosen Rüstungswettlaufes, der gegenwärtig praktisch alle Länder der Ersten und Dritten Welt sowie der Sowjetunion aktiv oder passiv einbezogen hat. In diesem Zusammenhang hat der Golfkrieg, in dem schon Hunderttausende von Menschen gestorben sind, den Charakter einer Art von Auftakt einer ganzen Reihe von kommenden Militärkonflikten angenommen. 3. Eine tiefgreifende Verunsicherung und Uneinigkeit innerhalb der herrschenden Eliten in den USA und auch in Westeuropa hinsichtlich der Frage, welche Politik am besten geeignet ist, das kapitalistische Weltsystem aus der Krise zu führen.

Es ist noch zu früh, eine Einschätzung der langfristigen Erfolgchancen des Projektes der US-Regierung zur Wiedergewinnung der Hegemonie im Weltsystem durch die Vereinigten Staaten zu geben oder zu beurteilen, inwieweit dieses Projekt einen Dritten Weltkrieg einschließen muß. Daß eine solche Einschätzung gegenwärtig sehr schwierig bzw. unmöglich ist, geht unter anderem darauf zurück, daß das historische Ergebnis der gegenwärtigen imperialistischen Anstrengungen der Reagan-Regierung in erster Linie von dem Grad der politischen Mobilisierung bzw. der Reifung der Opposition gegen die US-Politik in allen Weltteilen seitens anderer Staaten und — noch entscheidender — seitens sämtlicher außerstaatlicher Oppositionsbewegungen selbst bestimmt wird.

Anmerkungen

- 1 Westphalen, Jürgen: Origin and Consequences of the Debt Crisis and Ways of Solving it, in: Intereconomics (März/April 1984); CEPAL: Balance Preliminar de las Economías Latinamericanas en 1982. Notas sobre la Economía y el Desarrollo de América Latina, No. 373 (Jan. 1983).
- 2 Witscher, Karene: Loans to Third World to be More Politicized by Mexican Debt Pact, in: Wall Street Journal (10.10.84).
- 3 Petras, James, and Morris Morley: Class, State and Power in the Third World with Case Studies on Class Conflict in Latin America, New Jersey 1981, S.72ff.
- 4 Ebenda.
- 5 Vgl. Lucas, Michael: Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Krise des Kalten-Kriegs-Systems, in: ProKla 48, Berlin/West 1982; ders.: Hintergründe und Formen der neuen US-Militärpolitik, in: Dollars & Träume 4, Berlin/West 1981.
- 6 Tagesspiegel v. 5.6.84.
- 7 »... überaus unklug von den Banken«, Gespräch mit BIZ-Präsident Fritz Leutweiler über die internationale Schuldenkrise, in: Die Zeit v. 1.6.84.
- 8 Vgl. Deutscher Bundestag, Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion Die Grünen: Währungs-, finanz- und entwicklungspolitische Konsequenzen der internationalen Verschuldungskrise... Drucksache 10/1601, 14.09.84; Lucas, Michael, und Frieder Wolf: Ökologie und Klassenkampf. Politische Perspektiven in der Krise des militärkeynesianischen Akkumulationsmodells, in: Moderne Zeiten 5/1983.
- 9 Vgl. Julien, Claude: Le tiers-monde face aux banques, in: Le Monde Diplomatique, Mai 1984.
- 10 Tagesspiegel v. 11.6.84.
- 11 Business Week v. 29.10.84.
- 12 Council of Economic Advisors, Economic Report of the President. February 1984. Washington D.C. 1984.
- 13 »That Monster Deficit«, in: Times v. 5.3.84; vgl. Peterson, Peter: Ohne Beseitigung des Ungleichgewichts droht ein »Krieg an allen wirtschaftlichen Fronten«, in: Handelsblatt v. 12./13.10.84.
- 14 Bergsten, Fred: The United States Trade Deficit: Causes, Consequences and Policy Responses. Statement before the Subcommittee on Trade, U.S. Congress, 5.4.84.

Stephan Krüger

Die internationale Finanzkrise — Ausdruck der strukturellen Überakkumulation von Kapital in den kapitalistischen Metropolen

Entkopplung von Realkapital- und Geldkapitalakkumulation?

Wenn von einer eskalierenden internationalen Finanz- und Verschuldungskrise die Rede ist, denken viele an den in den letzten Jahren dramatisch wachsenden Kreditbedarf von Ländern der Dritten Welt (insbesondere einiger Schwellenländer in Lateinamerika) sowie des sozialistischen Lagers (Polen, Rumänien); periodisch notwendig werdende Verlagerungen von Altkrediten und Umschuldungsverhandlungen unter zuletzt verstärkter Einbeziehung und Einflußnahme des Internationalen Währungsfonds (IWF) machen auch dem Tageszeitungsleser klar, daß hier eine Zeitbombe tickt, die jeweils nur vorübergehend entschärft werden kann. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich indes, daß die über private Bankkredite gespeiste Verschuldung dieser Staaten nur einen Bruchteil der gesamten aufgelaufenen und über die Xeno-Finanzmärkte [internationale Finanzmärkte wie z.B. der Eurodollarmarkt; d.Red.] bedienten Verschuldung der Weltwirtschaft ausmacht: Am Ende des 1. Halbjahres 1983 betrug die Verschuldung (Umfang der Xeno-Kredite) der sozialistischen und Nichtölstaaten der Dritten Welt rund 300 Milliarden US-Dollar; der Gesamtumfang der über die Xeno-Finanzmärkte vermittelten Kreditvergabe machte jedoch 1,6 Billionen US-Dollar aus, wovon allein knapp 1 Billion (= 1000 Mrd.) US-Dollar auf die westlichen Industrieländer entfiel. (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich 1983)

Naheliegender erscheint es daher, in der gewaltigen Expansion der Xeno-Finanzmärkte seit Anfang der 70er Jahre — dieser »größten banktechnischen Innovation der neueren Finanzgeschichte« — die wesentliche Ursache für die schwelende internationale Finanzkrise und ihrer destruktiven Rückwirkung auf die nationale Kapitalakkumulation und Beschäftigung, ablesbar an Zinseskalation und spekulativ bedingten Wechselkursbewegungen, zu suchen. Hankel charakterisiert diese Xeno-Finanzmärkte treffend als internationale monetäre Märkte, die zum einen durch die »Ausnutzung eines weltweit bestehenden Legalitäts- oder Ordnungsgefälles in den Bankaufsichts- und Abgabenregionen der einen Weltwirtschaft«, zum zweiten durch die »daraus resultierende Erweiterung und Veränderung des Kreditschöpfungspotentials der auf diesen Märkten operierenden Xeno-Banken«, zum dritten schließlich durch die »Übernahme (um nicht zu sagen: Usurpation) der im geordneten Weltwährungssystem auf Weltreserveländer beschränkten (und insoweit politisch begründeten) Weltbankiersfunktion durch eine Gruppe landloser privater Weltbankiers, deren unpolitischer Auftrag darin besteht, Geschäfte zu machen« (Hankel 1984, 50), gekennzeichnet sind. Die Expansion dieser gänzlich unkontrollierten und mit erheblich größeren Refinanzierungsspielräumen ausgestatteten Xeno-Finanzmärkte habe lange Zeit eine scheinbar reibungslose Finanzierung von Leistungsbilanzdefiziten ermöglicht, die in Wirklichkeit eine Überfinanzierung, eine Kreditschöpfung aus dem Nichts (Finanzwechselreiterei) darstellte und zur Überschuldung von Länderkunden geführt hat:

»Lange bevor die Schuldnerländer aus Zahlungs(bilanz)gründen ihre Importe protektionistisch sperren und damit den Gläubigernationen die Geschäftsgrundlage ihrer Exportkonjunktoren entziehen, greifen eskalierende externe Finanzrisiken (weil immer mehr private Xeno-Finanzforderungen einfrieren [d.h. in der gegenwärtigen Phase nicht mehr einzutreiben sind; d.Red.] in die Prozesse nationaler Zins- und Wechselkursbildung ein und über. Es ist also das transnationale Finanzierungsklima, das das nationale bestimmt, das unkontrollierte das kontrollier-

te — nicht umgekehrt. Deswegen stehen die Xeno-Finanzmärkte für eine doppelte Herausforderung: Sie erhöhen die realen Krisengefahren in den nationalstaatlichen Systemen, blockieren aber gleichzeitig deren tradierte und in der Vergangenheit bewährte Antikriseninstrumente.« (Hankel 1984, 48)

Im Kern vertritt Hankel also die These einer sich über die Xeno-Finanzmärkte international entkoppelnden Geldkapitalakkumulation von ihrer realwirtschaftlich-reproduktiven Grundlage.¹ Die mit dieser Entkoppelung der Geldkapitalakkumulation ab einem gewissen Punkt einhergehenden Kreditrestriktionen führen zu der beobachtbaren Verfestigung und Starrheit der nationalen Zinsniveaus und bilden ihrerseits die Vorläufer für kommende realwirtschaftliche Restriktionen.

Im krisenanalytischen Teil des diesjährigen Memorandums der Arbeitsgruppe »Alternative Wirtschaftspolitik« wird der Teil der Hankelschen Argumentation, der sich um das Bedingungsverhältnis zwischen transnationalem und nationalem »Finanzierungsklima« dreht, bestritten: schon allein vom Ausleihvolumen her machen die Xeno-Finanzmärkte jeweils nur Bruchteile vom nationalen Kreditvolumen in den kapitalistischen Metropolen aus, etwa ein Fünftel des US-Finanzmarktes (in US-Dollar) bzw. ein Siebtel des bundesdeutschen Finanzmarktes (in DM) (vgl. Memorandum 1984, 312; ebenso Roth 1983, 29). Obwohl auch das Memorandum nominalzinssteigernde Effekte der Verschuldung auf Xeno-Finanzmärkten einräumt, kommt es zum Schluß,

»daß die seit Ende der 70er Jahre steigenden Geld- und Kreditzinsen und die seit 1982 trotz sinkender Geldbeschaffungskosten relativ hoch bleibenden Kreditzinsen (real liegen die Kreditzinsen in der BRD 1983 über jenen von 1981) ihre Begründung nicht vorrangig in den übernationalen Xeno-Finanzmärkten, sondern in Entwicklungen auf den nationalen Geld- und Kreditmärkten finden.« (Memorandum 1984, 313)

Aber auch im »Memorandum« wird die These einer »Entkoppelung« der Geldkapitalakkumulation von ihrer realwirtschaftlich-reproduktiven Grundlage vertreten: Neben einer nur partiellen Weitergabe von sinkenden Geldbeschaffungskosten auf die Kreditzinssätze von seiten der Geschäftsbanken wegen der (vorsorglichen) Bildung von Reserven zum Zwecke der Abschreibung uneinbringbarer Forderungen wird vor allem die Geldpolitik der US-amerikanischen Zentralbank für die strukturelle Zinssteigerung verantwortlich gemacht. Letztere ist somit »Folge einer bewußten geldpolitischen Entscheidung« (ebd.), die sich nicht — wie von konservativer Seite und, in zweiter Linie, auch von Hankel (vgl. Hankel 1984, 97ff.) behauptet wird — der wachsenden Kreditnachfrage der öffentlichen Haushalte, sondern der bewußten geldpolitischen Verknappung des Angebots am Finanzmarkt zur Bevorteilung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit des Kapitals, des nationalen Bankkapitals sowie der kapitalexportierenden (Direktinvestitionen) Unternehmen (Monopole) verdanke. »Entkoppelung« der (nationalen) Geldkapitalakkumulation von der Realkapitalbildung heißt daher nunmehr, daß wiederum — wie schon bei Hankel im internationalen Rahmen — nicht marktbestimmte, sondern genuin *politische* Gründe als bestimmend für den langfristigen Anstieg des Zinsniveaus, der im übrigen nicht erst ab 1980, sondern bereits in den 70er Jahren in allen kapitalistischen Metropolen ausmachbar ist, angesehen werden.

Wir wollen demgegenüber im folgenden eine Gegenposition zu den skizzierten Erklärungsansätzen formulieren: Nicht eine mehr oder weniger offen politisch begründete »Entkoppelung« der monetären von der reproduktiven Sphäre begründet die sich in zunehmend schärferen Formen äußernde Disproportion zwischen Realkapital- und Geldkapitalakkumulation, sondern diese ist wesentlich das Ergebnis der langfristigen Entwick-

lungstendenzen der Realkapitalakkumulation in den kapitalistischen Metropolen. Die von Hankel und der Arbeitsgruppe »Alternativen der Wirtschaftspolitik« als ursächlich dargestellten Begründungen für das anhaltend hohe Zinsniveau besitzen demgegenüber nur den Status von zusätzlichen oder verstärkenden Momenten.

Ausdrucksformen der Überakkumulation von Kapital im Kreditsystem

Anders als die zyklischen Überakkumulationen von Kapital, die in letzter Instanz durch jeweils kurzfristig sich verändernde Verteilungsrelationen zwischen Bruttogeldlöhnen und entstandenen Bruttoprofiten bedingt sind² und durch den zyklischen Mechanismus stets wieder beseitigt — zugleich jedoch auf neuer Grundlage reproduziert — werden, bildet die *strukturelle Überakkumulation* von Kapital den allgemeinen und notwendigen Endpunkt einer mehrere Konjunkturzyklen übergreifenden langfristigen beschleunigten industriellen Kapitalakkumulation: Die überzyklisch sinkende Rate der Akkumulation, ihrerseits bloß weiterentwickelter Ausdruck einer tendenziell sinkenden Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, führt bei fortgesetzter Erhöhung der organischen Kapitalzusammensetzung zu einer abnehmenden Beschäftigung produktiver Arbeitskräfte und einer trotz steigender Mehrwertrate tendenziell sinkenden gesamtwirtschaftlichen Mehrwert- oder Profitmasse. Trotz jeweils zyklisch durchgesetzter Verbesserung der Verteilungsposition (brutto) des Kapitals gegenüber den (produktiven) Lohnabhängigen erlahmt damit die Dynamik der Kapitalakkumulation. Der gestiegenen Kapitalzusammensetzung sowie der langfristig erhöhten Akkumulationsquote entspricht in den gesamtwirtschaftlichen Distributions-Verhältnissen ein zunehmendes Gewicht der Produktionsmittel-Produktion gegenüber der Konsumtionsmittel-Produktion; der absoluten Reduktion der produktiven Beschäftigung korrespondiert eine stagnierende bis kontrahierende konsumtive Endnachfrage der Gesellschaft, die einen weiteren gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozeß der laufenden Produktion nicht mehr zu tragen imstande ist. Überakkumulation von Kapital in dieser langfristig-strukturellen Perspektive bedeutet daher nicht nur, daß das Gesamtkapital bei dem erreichten Entwicklungsstand der Produktivkräfte der Arbeit keine absolut wachsende gesamtwirtschaftliche Profitmasse mehr produzieren kann, sondern zugleich auch einen wachsenden Umfang der Gesamtproduktion nicht mehr realisieren kann. Neues Kapital ist vor diesem gesamtwirtschaftlichen Hintergrund nur profitabel anzulegen, wenn es gleichzeitig bereits fungierendes Kapital außer Kurs setzt. (Vgl. Krüger 1982, 54ff., Bischoff/Krüger 1983, 133ff.)

Anders als innerhalb des der zyklischen Krise folgenden Abschwungs werden die naturwüchsig-immanenten Stabilisatoren der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bei einer anhaltenden Überakkumulation von Kapital rasch ausgezehrt: die anhaltende Massenarbeitslosigkeit führt zu Senkungen zuerst der Reallöhne, dann auch der Geldlöhne, die sozialen Transfers kompensieren immer weniger durch Arbeitslosigkeit bedingte Nachfrageausfälle, weil Einnahmen- und Ausgabenentwicklung der sozialstaatlichen Institutionen längerfristig sich gegenläufig zueinander entwickeln. Der abnehmenden (konsumtiven) Nachfrage entsprechen gedrückte Absatzpreise der Industrie, die die Gewinnspannen schmälern; Rationalisierungstendenzen zur Begegnung dieses relativen Kostendrucks verschärfen die Absatzschwäche weiter, weil die Verbrauchsnachfrage zusätzlich unterhöhlt wird. Anders als in zyklischer Frist, in der eine konzentrierte Ersatzbewegung von fixem Originalkapital den wesentlichen Initialimpuls für den erneuten konjunkturellen Aufschwung abgibt, verstärkt eine anhaltende Rationalisierung unter Bedingungen struktureller Überakkumulation von Kapital, da sie *nicht nach, sondern während oder innerhalb* eines Abschwungs

prozesses vorgeht, die gesamtwirtschaftlichen Depressionstendenzen, die einen Wettlauf zwischen kontrahierender Nachfrage und »Anpassungen« des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials auf stets niedrigeren Niveaus (kontraktiver Multiplikator-Prozeß) beinhalten.

Wie zu Beginn einer jeden zyklischen Krise führt auch bei anhaltender Überakkumulation von Kapital die Verlangsamung des durchschnittlichen Kapitalumschlags im reproduktiven Zirkel zu charakteristischen Verschiebungen bei Angebot und Nachfrage an den Finanzmärkten. Der stockenden Zirkulation des Kapitals entspricht eine vermehrte Kapitalbindung namentlich in Warenform (Anwachsen der Läger) und — spiegelbildlich — ein relativ verringertes Angebot von Geldkapital, welches aus den individuellen Kapitalumschlagsprozessen freigesetzt wird. Zudem steigt die Vorsichtskassenhaltung bei den Unternehmen: Größere freigesetzte Geldkapitale werden jeweils nur kurzfristig angelegt, um Illiquiditätsrisiken zu vermindern. Der für die strukturelle Überakkumulation von Kapital typische Verdrängungsprozeß bildet die Grundlage für einen anhaltenden Bedarf der Unternehmen nach Bankkrediten. Diese Bankkredite werden jedoch nicht, wie zu Zeiten der Prosperität, zu Investitionszwecken nachgefragt, sondern werden benötigt, um die Zahlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Einem tendenziell verminderten Angebot von Geldkapital mit zusätzlich geringer Fristigkeit steht daher ein unverminderter und sogar steigender Kreditbedarf für Zahlungszwecke entgegen. Analog zur Periode der zyklischen Krise wird daher auch bei Eintritt der strukturellen Überakkumulation von Kapital der gesamtwirtschaftliche Finanzmarkt von seinem »kurzen Ende« aufgerollt: Die Geldmarktzinsen steigen und ziehen ab einem gewissen Punkt den langfristigen Kapitalmarktzins ebenfalls in die Höhe. Analog zur zyklischen Krise, die im reproduktiven Sektor ihre Ursache besitzt und ihren Ausgangspunkt nimmt, bildet der Anstieg der Zinssätze auch nur die Ausdrucksform der strukturellen kapitalistischen Überakkumulation; allerdings bildet dieser Zinsanstieg, wie in der zyklischen Krise, ein krisenverschärfendes Element.

Der qualitative Unterschied mit bezug auf die Rolle des Zinssatzes zwischen zyklischer Perspektive und der überzyklisch-langfristigen Überakkumulationskrise besteht im Hinblick auf die Überwindung des Abschwungs zugunsten eines erneuten Aufschwungs. Im zyklischen Kontext ist die nach der akuten Krisenphase einsetzende Entspannung am Finanzmarkt und das Sinken sowohl der kurzfristigen als auch der langfristigen Zinssätze eine notwendige Bedingung für das Durchlaufen des unteren Wendepunktes der Konjunktur. Die Zinssätze sinken, wenn einerseits die in der Krise angeschwollenen Läger durch eine gegenüber der Nachfrageentwicklung überproportionale Zurücknahme der laufenden Produktion sukzessive abgebaut werden und somit wieder vermehrt Geldkapital freigesetzt wird, das das Angebot an Leihkapital am Finanzmarkt erhöht. Zum zweiten geht die Nachfrage nach Zahlungsmittelkrediten der Unternehmen zurück: die in der akuten Krisenphase gerissenen kommerziellen Zahlungsketten sind bereits wieder »geheilt«, sei es durch den Kredit, sei es durch Bankrotte und Zentralisationsprozesse. Zusätzlich setzt der gedrückte Stand der Marktpreise Zirkulationsmittel frei. Im Resultat dieser naturwüchsigen »Bereinigung« der durch die zyklische Krise ausgelösten Liquiditätsklemme beginnen die Zinssätze wieder zu sinken. Dieses im weiteren Verlauf des zyklischen Abschwungs fortgesetzte Sinken der Zinssätze bildet nun eine (weitere) notwendige Bedingung dafür, daß die Konjunktur ihren unteren Wendepunkt durchläuft: der durch den Nachfragerückgang ausgelöste Anpassungs- oder Entwertungsprozeß namentlich des fixen Kapitals wird hierdurch langsam gestoppt, da das fixe Kapital bei fallenden Zinssätzen wieder einen höheren »Wert« gewinnt. Dieser »Kapitalwert« oder die kapitalistische Bewertung des

fixen Kapitals durch Kapitalisierung des Ertragnisses zum laufenden Zinssatz — ablesbar auch an der Bewegung der Aktienkurse in dieser zyklischen Periode — setzt neben den reproduktiven Reproportionierungsprozessen von Produktionskapazitäten und laufender Nachfrage ein unteres Niveau des zyklischen Abschwungprozesses fest, von dem aus dann, vermittelt über eine konzentrierte Ersatzbewegung moralisch verschlissener Fixkapital-Elemente, eine erneute konjunkturelle Belebung ins Werk gesetzt wird.

Gerade diese Flexibilität der Zinssätze nach unten ist aber unter Bedingungen einer strukturellen Überakkumulation von Kapital nicht gegeben. Anders als im konjunkturzyklischen Kontext bei langfristig beschleunigter Akkumulation des Kapitals wirken die Ursachen, die für das vorhergehende Ansteigen der Zinssätze verantwortlich waren, strukturell fort: ein zyklischer Eklat und der ihm folgende Abschwung besitzen aus sich heraus nicht die »bereinigende Wirkung« im Sinne einer erneuten kurzfristigen Zusammenführung der gegeneinander verselbständigten Elemente des gesamtwirtschaftlichen Zusammenhangs. Aus ganz anderen Gründen als denen, die zur zyklischen Krise führen, ist die Akkumulationsdynamik des Gesamtkapitals gebrochen, nicht Verschiebungen in den Verteilungsrelationen von Geldlohn und Profit, sondern langfristig herausgebildete Veränderungen in den Produktionsverhältnissen selbst haben die strukturelle Überakkumulationskrise herbeigeführt. Die Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals ist strukturell verlangsamt, das aus dem reproduktiven Sektor herstammende Geldkapitalangebot nach wie vor relativ verknappt, der Zahlungsmittelbedarf des gesamten Unternehmenssektors nach wie vor hoch, die öffentlichen Budgetdefizite strukturell gewachsen, die private Nachfrage weiterhin gedrückt: die Zinssätze sinken zwar im Gefolge einer akuten (zyklischen) Krise leicht ab, verharren jedoch auf einem Niveau, welches eine »Wiederaufwertung« des vorhandenen Produktionspotentials nicht oder nicht im notwendigen Umfang zuläßt. Umgekehrt verstärken Rationalisierungsprozesse nunmehr die latente Kontraktions- und Depressionstendenz der kapitalistischen Akkumulation.

Innerhalb des Bankensystems reproduzieren sich diese Verhältnisse: Bei einer erhöhten Liquiditätspräferenz und dementsprechend kürzeren Anlagefristen disponibler Geldmittel erhöhen sich die Anforderungen der Banken bezüglich der Fristentransformation. Die gerade innerhalb der Prosperität langfristig zugunsten der Fremdmittel verschobene Eigenkapitalquote des gesamten Unternehmenssektors — bloßes Resultat der forcierten und durch den Kredit beschleunigten Kapitalakkumulation — hat eine strukturell-langfristig gewachsene Anspannung der Liquiditätssituation hervorgebracht: »notleidende« Kreditaußenstände der Banken müssen aktuell refinanziert werden, die Risikozuschläge auf Interbankenkrediten werden erhöht — ein weiterer Grund für die Starrheit des gesamten Zinsniveaus nach unten.

Die Geldpolitik der Zentralbank ist mit dieser marktbestimmten Konstellation konfrontiert. Schon in Zeiten der langfristig beschleunigten Kapitalakkumulation konnte die Zentralbank das in der zyklischen Krise ansteigende Zinsniveau nicht verhindern, mußte vielmehr ihrerseits die Notenbankzinssätze (Diskont- und Lombardsatz) dem steigenden Niveau der Geldmarkt- und später Kapitalzinsen anpassen, um die zyklischen Steigerungen der Marktpreise nicht noch ihrerseits monetär zu verstärken und damit den Krach in der folgenden Periode zu verschärfen. Ihre Interventionsmöglichkeit war wesentlich darauf beschränkt, den *nach* der akuten zyklischen Krise naturwüchsig einsetzenden Zinssenkungsprozeß zu beschleunigen (vorwegnehmende Senkung der Notenbankzinssätze). Jetzt — das heißt unter strukturellen Überakkumulationsbedingungen — ist der Geldpolitik der Zentralbank auch dieser Interventionspielraum weitgehend genommen bzw. einge-

schränkt: Eine stark expansive Geldmengenpolitik und großzügige Zinspolitik würde entweder massenhafte Kapitalexporte induzieren oder — wenn sie, theoretischer Idealfall, im Gleichschritt in allen kapitalistischen Metropolen durchgeführt würde — vornehmlich einen gigantischen und sich beschleunigenden Inflationierungsprozeß alimentieren.

Letzteres wäre deshalb so, weil die »Veranlassung zur Realinvestition« bei den Unternehmen nur sehr gering ist: Zum einen hat der langfristig durchgesetzte Fall der Durchschnittsprofitrate, der zunächst bloß ein anderer Ausdruck der beschleunigten Kapitalakkumulation war (vgl. MEW 25, 251), zuletzt das Niveau der (erweiterungs-)investitionsbestimmenden Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals (im Keyneschen Sinne; vgl. Keynes 1936, Kapitel 11 und 12)³ dem Stand der Geldzinssätze (i.e. langfristiger Kapitalzins) weitgehend angenähert, so daß das individuelle Investitionskalkül des Unternehmers die »sichere« zinstragende Anlage von Geldkapital seiner »risikohaften« realen Investierung vorzieht. Unter sonst gleichbleibenden Bedingungen, das heißt bei Abwesenheit eines ganzen, differenziert angelegten Pakets durchgesetzter Alternativen der Wirtschaftspolitik⁴ würde eine bloße expansive Geldpolitik der Zentralbank kaum Erweiterungsinvestitionen, damit auch zusätzliche Beschäftigung, sondern nur preisliche Anpassungsvorgänge von seiten der Unternehmen provozieren. Nicht einmal eine bloße Steigerung des Auslastungsgrads vorhandener Kapazitäten und dadurch induzierte Vermehrungen der Beschäftigung wären ein sicheres Ergebnis, wenn fortgesetzter relativer Kostendruck die Unternehmen zu Rationalisierungsanstrengungen zwänge und dadurch die gesamtwirtschaftliche Verbrauchsnachfrage unterhöhlte. Dieser Kostendruck — und dies ist der zweite wichtige Punkt — ergibt sich vor allem aus der ebenfalls langfristig-überzyklisch gewachsenen Belastung der gesamtwirtschaftlichen Profitmasse durch abzuführende Zinsen: das Teilungsverhältnis des Profits in Zinsen und Unternehmergewinn ist schon im Gefolge des vorgängigen prosperierenden Wachstums- und Akkumulationsprozesses des Kapitals zugunsten der Zinsen verschoben worden. Solange trotz einer steigenden Zinsquote das Wachstum der Profitmasse dem fungierenden Kapital auch einen wachsenden Unternehmergewinn einbrachte, wirkte der Verschuldungshebel positiv-wachstums- und akkumulationsstimulierend. Sobald jedoch die angespannte Liquiditätssituation der Unternehmen mit einer tendenziell stagnierenden oder gar sinkenden Profitmasse zusammentrifft — wobei das erstere nur Ausdruck des letzteren — wirkt die fortgesetzte, nun jedoch gänzlich anderen Gründen als vordem geschuldete Fremdkapitalaufnahme strangulierend für reproduktive Aktivitäten.

Der Belastungsgrad der entstandenen Bruttoprofite der Produktionsunternehmen (Zinsquote) hat in der BRD 1982 ein Niveau von 36,5 Prozent erreicht; nimmt man die geleisteten Ausschüttungen der Kapitalgesellschaften hinzu, wird sogar ein Anteil von 41,4 Prozent abzuführender Vermögenseinkommen vom Bruttoprofit (vor Steuern) erzielt. Diese Zinsquote ist dabei von Zyklus zu Zyklus angewachsen; sie lag Anfang der 60er Jahre noch bei durchschnittlich 11-12 bzw. 15-16 Prozent. Gleichzeitig hat sich der Anteil der empfangenen Zinsen und Vermögenseinkommen der Produktionsunternehmen erhöht: im Jahre 1982 beziehen die Produktionsunternehmen in der BRD 6,7 bzw. (inkl. empfangene Ausschüttungen auf gehaltene Aktien) rund 9 Prozent an Vermögenseinkommen, anteilig am entstandenen Bruttoprofit. Der sprunghaft gestiegenen Profitbelastung durch Zinsen etc. entspricht also gleichzeitig eine gesteigerte individuelle Kapitalverwertung durch finanzielle Anlagen disponibler Mittel. Hinter diesen gesamtwirtschaftlichen Durchschnittszahlen geleisteter und empfangener Zinsen (Vermögenseinkommen) verbergen sich jedoch differenzierte Verhältnisse für jeweils bestimmte Kapitalgruppen: Die Kapitalgesellschaften, im Realfall die größeren Unternehmen, sind trotz eventuell unterdurch-

schnittlicher realisierter Renditen⁵ aufgrund ihres Größenumfanges in der Lage, die niedrigere Rate des Profits durch die Masse der akkumulierbaren Mittel zu kompensieren, da größeres Kapital mit geringer Profitrate rascher akkumuliert als kleines Kapital mit höherer Profitrate. Jenseits traditioneller monopoltheoretischer Erklärungsmuster ergeben sich unter den Bedingungen einer strukturellen Überakkumulation von Kapital aus Größendifferenzierungen und Liquiditätspositionen — letzteres schließt die erweiterten Möglichkeiten der Akquisition von Eigenkapital über die Börse bei Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften) wesentlich ein — ganz unterschiedliche komparative Vorteile zwischen verschiedenen Kapitalgruppen innerhalb der gesamtwirtschaftlichen Verdrängungskonkurrenz zwischen den Kapitalen.

Diese aus dem Geschäft entnommenen Mittel bilden den Kern des gesamtwirtschaftlich überakkumulierten Kapitals, das mit Begeisterung in die Finanzanlagen strömt und der Spekulation als »Schmiermittel« dient: ein wachsender Anteil des gesamtwirtschaftlichen Geldkapitals schlägt sich als »Spekulationskasse« nieder und strömt in Anlageformen, die zum Teil auch nicht mehr mittelbar etwas mit reproduktiven Vorgängen zu tun haben. Wenn die Redeweise einer »Entkoppelung« der Geldkapitalakkumulation von der Realkapitalakkumulation überhaupt reelle Sachverhalte beschreibt, dann für diesen Teil des Spekulationskapitals. Jedoch erblüht die Spekulation in dieser Form nur auf der Grundlage der Schwäche der Realkapitalakkumulation; sie ist ihre äußerlichste und zugleich schlagendste Ausdrucksform. Nicht jedoch ist eine »Entkoppelung« der monetären von der reproduktiven Sphäre ursächlich verantwortlich für die vorgehend systematisierten Tatbestände. Richtig ist hingegen wiederum, daß eine entfesselte Spekulation die Labilität des gesamten Kreditüberbaus verschärft und das Ihre dazu beiträgt, daß die fundamentalen Disproportionen der Gesamtökonomie perpetuiert und verstärkt werden.

Entwicklung der internationalen Finanzmärkte:

Verstärkung der Labilität des Kreditystems

Die vorstehend kurz skizzierten Momente sind allgemeine Ausdrucksformen der anhaltenden Überakkumulationskrise, die alle kapitalistischen Metropolen — wenngleich bislang noch in unterschiedlichen Ausmaßen — spätestens mit dem Ende des 6. Nachkriegszyklus auf dem kapitalistischen Weltmarkt (seit 1974/75) ergriffen hat. Sie bilden zugleich den tatsächlichen Hintergrund, vor dem die Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten (neu) zu konturieren ist.

Unsere bisher entwickelte Gegenposition zu den eingangs skizzierten Thesen von Hankel läßt sich jetzt dahingehend zusammenfassen, daß das »nationale Finanzierungsklima« das »transnationale« bestimmt und daß es die realwirtschaftlich-reproduktive Schwäche der Kapitalakkumulation in den Metropolen ist, welche überhaupt das nationale Finanzierungsklima erzeugt. Demgegenüber vereinseitigt Hankels Analyse bestimmte Erscheinungsformen der aktuellen Finanzkrise und gibt sie als Grund für dieselbe aus: Es sei die sich selbst verstärkende Überfinanzierung, das »Nachschieben« von stets neuen Krediten zur Bezahlung von Altschulden »notleidender« Länderkunden der Xeno-Banken, die aus einer abnehmenden Summe realer Einlagen geschöpft würden, wodurch das internationale Kreditssystem über seine immanenten Grenzen hinausgetrieben würde, Hinter der Summe der Xeno-Kredite in Höhe von 415 Milliarden US-Dollar 1975 und 1610 Milliarden US-Dollar im ersten Halbjahr 1983 stünden als reale Einlagen nur 37,5 bzw. 40,8 Milliarden US-Dollar des seit 1973 neuen Weltgläubigers, der OPEC-Länder. Aus dieser Relation von real verdienten Einlagen der OPEC-Länder und der geschöpften Kredite ergibt

sich ein Kreditschöpfungsfaktor, der von 1:11 im Jahre 1975 auf 1:39 im ersten Halbjahr 1983 angewachsen sei:

»Von den bis 1982 aufgelaufenen Xeno-Kredit-Außenständen von 1,6 Billionen US-Dollar wurden ganze 56 Mrd. (= 3,5%!) durch echte OPEC-Einlagen gedeckt, 96,5% der Xeno-Kreditfinanzierungsleistung (rund 1,5 Billionen US-Dollar) wären somit rein kreditinflationärer Natur gewesen: *Kreditfinanzierung ohne vorangegangenen oder gleichzeitigen (realen) Sparprozeß.*« (Hankel 1984, 72; Hervorh. S.K.)

Selbst wenn man — hierin Hankel folgend — eine überdurchschnittliche Ausleihquote vom Einlagevolumen für die Xeno-Banken aufgrund fehlender Reservevorschriften etc. unterstellt, ist diese These einer Überfinanzierung im angegebenen Ausmaß uneinsichtig. Zum einen ist es falsch, aus der Gegenüberstellung von (negativen) Leistungsbilanzsalden und (geringen) OPEC-Überschüssen umstandslos auf eine Kreditfinanzierung der Differenz *ohne* realen Sparprozeß zurückzuschließen: Einem (negativen) Saldo einer Leistungsbilanz eines Landes steht ein (umgekehrter) Saldo seiner Kapitalbilanz gegenüber — daß zum Beispiel die USA ein langanhaltendes Leistungsbilanzdefizit durch Kapitalimporte finanzieren, heißt noch lange nicht, daß sie zur gleichen Zeit auch keinen Kapitalexport, also Kreditvergabe aus *inländischer verdienter* Ersparnis, betreiben würden; im übrigen sind die USA erst 1983 zum Nettokapitalimporteure geworden. Hinter den vergebenen Krediten an Länder der Dritten Welt, die zu einem großen Teil über die Xeno-Finanzmärkte vermittelt werden, steht daher nicht nur die Einlage der OPEC-Länder, sondern gleichermaßen das Gesamtvolumen der Kapitalexporte der kapitalistischen Metropolen, also »reale« Sparprozesse, die nur in den jeweiligen Leistungsbilanzsalden nicht mehr auftauchen. Zweitens, die Überschuldung eines Großteils der nichterdölexportierenden Entwicklungsländer, die aus den laufenden Exporterlösen dieser Staaten nicht mehr bedient werden kann, beruht ihrerseits wesentlich darauf, daß im Zuge der strukturellen Überakkumulationskrise in den Metropolen deren Rohstoffimporte deutlich zurückgegangen sind: Der mittlerweile zu beobachtende Preisverfall für einige Rohstoffe auf dem Weltmarkt besitzt seine wesentliche Ursache in diesen zurückgegangenen Importen, er wird verstärkt durch ein gleichzeitiges Überangebot von seiten der Rohstoffexporteure der Dritten Welt, die unter dem Zwang stehen, Devisen für den Schuldendienst zu erzielen. Das heißt: Die internationale Überschuldung ist nicht primär die immanente Folge einer ohne Rücksicht auf reale Sparprozesse betriebenen Überfinanzierung über die Xeno-Finanzmärkte, die in institutionellen Bedingungen dieser Märkte wurzelt; umgekehrt: Sinkende Akkumulationsraten des Kapitals in den Metropolen, bedingt durch die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Akkumulation, finden unter Bedingungen einer strukturellen Überakkumulation von Kapital ihr Pendant in einer »Überersparnis«, die dann nicht mehr zur Finanzierung von Erweiterungsinvestitionen dient und somit zu Beschäftigungseffekten und realer Mehrproduktion führt, sondern — ganz im Sinne gerade von Keynes' Befürchtungen — Depressionsstendenzen durch Nachfragerückgänge auslöst und verstärkt (vgl. Keynes 1936, 176).

Hankels Vermittlung der hier nicht bezweifelte Existenz reiner Finanztransaktionen im internationalen Maßstab mit dem zugrundeliegenden reproduktiven Prozeß ist also mangelhaft; wie im nationalen Rahmen auch, bildet die »Entkoppelung« der Geldkapitalakkumulation von der Realkapitalbildung nur den äußersten Gipfel oder das oberste Stockwerk innerhalb der Entwicklungen eines vielstufigen Kreditsystems selbst, dessen »untere Bereiche« mit den sie bedingenden realwirtschaftlich-reproduktiven Gegebenheiten eng verbunden sind.

Wie eben schon erwähnt, weisen die (statistischen) Leistungsbilanzsalden aller Ländergruppen zusammengenommen laut den Ausweisen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich seit Mitte der 70er Jahre ein Welt-Nettoleistungsbilanzdefizit auf, das bis zum Jahr 1982 auf 93 Milliarden Sonderziehungsrechte (SZR)-einheiten angestiegen ist (vgl. IWF und BIZ versch. Jahrgänge). Diese »Weltüberschußlücke« interpretiert Hankel als Ausdruck eines wachsenden »time lag [= zeitliche Verzögerung; d.Red.] zwischen kreditfinanziertem Weltimport und schuldentilgendem Weltexport« (ebd., 68):

»Insofern stellt die wachsende weltwirtschaftliche Überschußlücke ein immer unübersehbares Indiz für den permanent vertagten (aber vorfinanzierten) Anspruch der Finanzgläubiger auf die späteren realen Exportleistungen ihrer Schuldner dar. Eine aufgeschobene Exportlawine der Schuldenstaatenwelt!« (Ebd., 68f.)

Auch dieser Interpretation ist nicht zu folgen: Da der Sache nach ein solches Welt-Leistungsbilanzdefizit nicht möglich ist, sondern nur dem Umstand geschuldet sein kann, daß offenbar die Importströme genauer erfaßt werden können als die Exportströme, daß also Zahlungsausgänge der Leistungsbilanzen erfaßt werden, die nirgendwo als entsprechende Eingänge deklariert sind, ist es viel naheliegender, diese Differenz bei anderen Posten der Zahlungsbilanzen zu suchen. Eine neuere Studie zeigt, daß der Hauptposten dieser Differenz darin besteht, daß Nebeneinnahmen aus dem Handel (Fracht, Versicherung), Dividenden aus Direktinvestitionen und vor allem »übrige Dividenden und Zinsen« in den Dienstleistungsbilanzen der Industrienationen nicht erfaßt sind (vgl. NZZ Nr. 141 vom 21.7.1984). Bei den USA machen die »übrigen Zinsen und Dividenden« zwei Drittel des Fehlbetrages aus. Die Berücksichtigung dieses Postens stellt das klassische Bild der Metropole wieder her, die ein Defizit in der Handelsbilanz haben muß, damit die anderen Länder ihren Zinsverpflichtungen auf den Kapitalexport der Metropole nachkommen können. Dem Mehr an Zahlungsausgängen gegenüber den -eingängen in der Welt-Leistungsbilanz steht ein ähnlich großer Überschuß an Eingängen ohne entsprechende Ausgänge in der Kapitalverkehrsbilanz gegenüber; diese nicht erfaßten Kapitalströme konzentrieren sich dabei auf Länder wie die USA, die Schweiz sowie Liechtenstein, das heißt Länder, von denen bekannt ist, daß in sie Kapital illegal verschoben wird (Kapitalflucht).

Damit relativiert sich auch das Bild bezüglich der überschuldeten Entwicklungs- und Schwellenländer der Dritten Welt, die unter dem »Diktat ihrer Zahlungsbilanz« bzw. den Auflagen des IWF zum Ausverkauf inländischer Ressourcen und zur Verarmung der Bevölkerung getrieben werden. Denn soviel muß festgehalten werden: Auch in diesen Ländern verdient noch ein Teil der herrschenden Klasse an der ökonomischen und sozialen Misere. Allein für die Periode von 1978-1983 geht nach Angaben der BIZ in den hoch verschuldeten Ländern Lateinamerikas ein Betrag von 55 Milliarden US-Dollar — Differenz zwischen dem Anstieg der Auslandsschulden und der in derselben Periode kumulierten Leistungsbilanzdefizite, Kapitalzuflüsse und Veränderungen in den Währungsreserven — auf das Konto der Kapitalflucht (vgl. NZZ Nr. 140 v. 20.7.1984). Allein die Rückführung der Zinsen um diesen Betrag hätte die Situation der lateinamerikanischen Länder schon deutlich verbessert.

Damit zeigt sich auch hier, daß keineswegs — wie Hankel unterstellt — der Selbstlauf des Kredits aus Überfinanzierung Überschuldung produziert — die jeweilige Verwendung der Kredite, ob zu investiven Zwecken (Kapitalkredit) oder zu bloßen Zahlungszwecken (Zahlungsmittelkredit sowohl im Kapitalkreislauf der Metropolen als auch in bezug auf die internationalen Konstellationen), die ihrerseits durch realwirtschaftlich-reproduktive Entwicklungen bestimmt wird, ist entscheidend.

Verzicht auf die Ausmalung eines Szenarios

So wie die Situation zum heutigen Zeitpunkt steht, liegt die Wahrscheinlichkeit bedrückend hoch, daß die sich immer mehr aus sich selbst heraus verstärkende internationale Finanz- und Verschuldungskrise kaum mehr lange vor sich hinschwelen wird; die theoretisch-analytisch sekundären Selbstverstärkungseffekte dieser Krise gewinnen an Gewicht, ohne daß von seiten der Kapitalakkumulation in den Metropolen die Herstellung von Bedingungen zu erwarten ist, die auf kapitalistischem Wege eine »ruhige Ausglei- chung« — sprich: kontrollierte Abschreibung der kumulierten, aber uneinbringbaren Schulden — zustande bringen könnten. Da die primären Ursachen dieser Krise im Verlauf der reproduktiven Kapitalakkumulation in den kapitalistischen Zentren liegen, kann auch nur die Durchsetzung eines Pakets alternativer wirtschaftspolitischer Maßnahmen in diesen Zentren einen Eklat der angehäuften Widersprüche (samt den daraus folgenden, hier nicht auszumalenden politischen Konsequenzen) in einem schrittweisen Prozeß verhindern.

Anmerkungen

- 1 Zur terminologischen Klarstellung mit dem von Marx geprägten Begriff des »reproduktiven Kapitals« umschreiben wir das industrielle (und kommerzielle) Gesamtkapital einer Nation; die »reproduktive Grundlage« der Ökonomie beinhaltet dessen Gesamtproduktionsprozeß. Wenn wir von »realwirtschaftlicher« oder Realsphäre sprechen, meinen wir den identischen Sachverhalt — hierbei ist stets zu merken, daß »Realsphäre« keine stofflichen oder Mengenverhältnisse bezeichnet, sondern genuine Wertverhältnisse.
- 2 Zur eingehenden Analyse der konjunkturnurzyklischen Prozesse sowie der weiteren hier kurz skizzierten ökonomischen Verhältnisse vgl. meine im nächsten Jahr erscheinende Dissertation (Krüger 1981ff.).
- 3 Vgl. hierzu unsere ausführlichere Interpretation in Krüger u.a. 1984, 145ff.
- 4 Zur Skizzierung eines Paketes von Alternativen der Wirtschaftspolitik angesichts der aktuellen Entwicklung der kapitalistischen Überakkumulationskrise vgl. Sozialistische Studiengruppen 1984.
- 5 Bekanntlich hat ja schon Marx darauf hingewiesen, daß Kapitalgesellschaften, da bei ihnen der Gesamtprofit die Form von Zinsen annimmt, auch mit unterdurchschnittlicher Rentabilität längerfristig existieren können. Empirisch-statistische Validitätsprüfungen dieser These sind schwierig und liegen erst ansatzweise vor (vgl. Dummler 1983).

Literaturverzeichnis

- Bischoff, J., und S. Krüger 1983: Überakkumulation und industrieller Zyklus, in: J. Hoffmann (Hrsg.), Überproduktion, Unterkonsumtion, Depression. Analysen und Kontroversen zur Krisentheorie, Hamburg
- BIZ, versch. Jahrgänge: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Jahresberichte. Basel
- Dummler, G.R., 1983: Die Kapitalrentabilität der deutschen Wirtschaft 1965-1980. Eine wirtschaftszweig- und rechtsformdifferenzierte Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung von Gewinn- und Kapitalstruktur. Marburg
- Hankel, W., 1984: Gegenkurs. Von der Schuldenkrise zur Vollbeschäftigung. Berlin/W.
- IWF, versch. Jahrgänge: Internationaler Währungsfonds. Balance of Payment Yearbooks
- Keynes, J.M., 1936: General Theory of Employment, Interest and Money. Deutsch: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin
- Krüger, S., 1982: Disproportion zwischen Realkapital- und Geldkapitalakkumulation — Bedingungen einer alternativen Geld- und Währungspolitik, in: Staatsgrenzen, Alternative Wirtschaftspolitik 4, Argument-Sonderband 89, Berlin/W.
- Krüger, S., u.a. 1984: Marx contra Keynes? Darstellung und Kritik der »General Theory«, Hamburg
- Krüger, S., 1981ff: Theorie der Kapitalakkumulation, Konjunkturnurzyklus und langfristige Entwicklungstendenzen, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin/W. 1981ff. (erscheint 1985)
- Memorandum 1984: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Memorandum 1984: Gegen soziale Zerstörung durch Unternehmerherrschaft — Qualitatives Wachstum, 35-Stunden-Woche, Vergesellschaftung. Köln
- MEW 25: K. Marx, Das Kapital, Bd.II, in: Marx-Engels-Werke, Bd.25, Berlin/DDR 1970
- NZZ: Neue Zürcher Zeitung, Jahrgang 1984
- Roth, B., 1983: Xenofinanzmärkte, Zinsentwicklung und internationale Finanzkrise, in: Memo-Forum, Zirkular der »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik«, Nr.1, Bremen
- Sozialistische Studiengruppen 1984: Antikrisenpolitik. Bausteine eines politökonomischen Minimalkonsenses der Linken, Hamburg

Dieter Muth-Kerth

Probleme der Agrarrevolution in Nicaragua

Beobachtungen eines Arbeitsbrigadisten

»Allerdings haben sich in Mittelamerika inzwischen die Voraussetzungen für die Durchsetzung der Vormachtstellung der USA geändert, die Stützpunkte des Widerstands gegen Neokolonialismus und Imperialismus sind seit den Erfolgen der sozialistisch orientierten Befreiungsbewegungen in Nicaragua und Grenada gestärkt.« (Frank Heidenreich, Nicaragua und Vietnam, in *spw* 19, 138f.)

In diesem optimistischen Satz findet sich der Hinweis auf den grundlegenden Konflikt: Kann und wird es dem Volk Nicaraguas und allen anderen Völkern gelingen, ihre berechtigten Lebensinteressen gegen ihre imperialistischen Ausbeuter durchzusetzen? Die zwischenzeitlich stattgefundene US-Invasion auf Grenada dürfte deutlich gemacht haben, daß für Blümenträume zur Zeit keine Konjunktur ist. Fallende Profitraten und die Gefahr von Rohstoff- und Schuldnerkartellen lassen es den Monopolen und den mit ihnen verbundenen Regierungen angeraten erscheinen, die Verhältnisse in ihrem Sinne wieder zu rechtzurücken. Rückschläge wie Vietnam, Angola/Mozambique etc. gilt es wettzumachen. Die Kreditschraube wird angezogen. Die Rüstungsproduktion läuft auf Hochtouren. Schnelle Eingreiftruppen zur Sicherung der Rohstoffzufuhr werden gebildet. War-time-host-nation-support-Verträge geschlossen. Und zur Absicherung des ganzen Unternehmens werden Pershing II und Cruise missiles in der BRD stationiert, um ein Eingreifen der Sowjetunion zwecks Unterstützung der bedrohten Völker zu verhindern. Der Imperialismus handelt nach der Devise: »Sieg ist möglich.« Unversehens sind wir auf diese Weise in eine neue Art von Schicksalsgemeinschaft mit den Völkern der Welt gebracht worden, die wir bislang so gern die 3. Welt genannt haben. So als gäbe es mehrere davon. Unserem wie auch allen anderen Völkern bleibt angesichts der Entwicklungen nichts, als gemeinsam sowie jedes in seinem Land unter spezifischen Kampfbedingungen, dem Kriegskurs des Imperialismus entgegenzutreten oder unterzugehen.

Wohl wissend um den zentralen Stellenwert eines freien Nicaragua für die antikolonialistischen Befreiungsbewegungen in aller Welt und insbesondere um die Ausstrahlung, die von Nicaragua auf den ganzen lateinamerikanischen Kontinent ausgeht, haben sich im Dezember '83 mehrere tausend Internationalisten aus aller Herren Länder auf den Weg nach Nicaragua gemacht, um durch ihre Anwesenheit zu demonstrieren, daß die Völker der Welt an der Seite Nicaraguas stehen, wenn es den US-Militärs einfallen sollte, nach Grenada auch noch Nicaragua zu überfallen. Sicher: eine Geste nur. Und der Ertrag des von den Inter-Brigaden im Ernteeinsatz gesammelten Kaffees mag die Kosten nicht gedeckt haben, die für Reise, Unterbringung und Verpflegung aufzubringen waren. Aber der immaterielle Wert, den sie in Nicaragua hinterlassen haben, ist unbezahlbar. Es bleibt der Eindruck: Wir stehen nicht allein. Wir können und wir werden siegen.

Dazu wollten die Hamburger Jusos einen Beitrag leisten. Deshalb führte die Landesorganisation einen »sozialistischen« Wettbewerb unter den Juso-Gruppen durch, der zum Ziel hatte,

- in der Bevölkerung Bewußtsein über das aggressive Vorgehen und die Ziele des US-Imperialismus in Nicaragua zu schaffen,
- Werkzeug- und Geldspenden zu sammeln, um, damit ausgestattet, Genossen als Brigadisten nach Nicaragua schicken zu können.

Das Ziel wurde erreicht und der Genosse Sönke Witt und ich nahmen an der folgenden Arbeitsbrigade teil, die vom Informationsbüro Nicaragua e.V. entsandt wurde.

Elf Wochen, von Ende Februar bis Mitte Mai dieses Jahres, hielten wir uns in Nicaragua auf. Zu kurz, um das Land in seiner ganzen Vielfältigkeit kennenzulernen — lange genug, um dem Schicksal eines Polittouristen, erste Eindrücke nicht überprüfen zu können, nicht zu erliegen. Insgesamt etwa 150 Arbeitsbrigadisten aus der BRD und Berlin (West) nahmen an dieser 2. Arbeitsbrigade des Informationsbüros teil. Ihre Aufgabe bestand in dem Auf- und Ausbau verschiedener sozialer Projekte wie z.B. dem Bau von Schulräumen in Massaya, dem Ausbau eines Bürgerzentrums in Managua oder der Errichtung von Wohnhäusern für Flüchtlingsfamilien aus den umkämpften Gebieten an der Grenze zu Costa Rica. Zu diesem Zweck wurden die Brigadisten nach regionaler Herkunft auf die einzelnen Projekte aufgeteilt. Uns Hamburgern fiel die Errichtung von Häusern für Flüchtlinge in Talolinga in der Region Zelay-Central zu. Die Arbeiten sollten mit Werkzeugen ausgeführt werden, die wir selbst mitgebracht hatten. Die bundesdeutschen und West-Berliner Unterstützergruppen hatten der Brigade aber so viel gespendetes Werkzeug mitgegeben, daß gar nicht alles von dem Flieger, der uns nach Nicaragua gebracht hatte, mitgenommen werden konnte. Diese an sich erfreuliche Tatsache hatte unter anderem für uns Hamburger Brigadisten den Schönheitsfehler, daß ausgerechnet die von uns am meisten benötigten Werkzeuge in Europa zurückgeblieben waren. Auf diese Weise bekamen wir gleich zu Anfang unseres Aufenthalts in Nicaragua ein Lehrstück nicaraguanischer Flexibilität vorgeführt. Innerhalb zweier Tage wurde ein neues Projekt für ca. 80 Brigadisten gefunden. Aus den Bau-Brigadisten wurden Landbau-Brigadisten. Statt im Süden wurden wir in Jalapa, vier Kilometer vor der Grenze zu Honduras, im Tabakanbau eingesetzt. Gelegenheit für uns, das harte Leben eines nicaraguanischen Landarbeiters am eigenen Leib kennenzulernen. Fast alles muß in Handarbeit erledigt werden. Die Arbeitszeit auf dem Staatsgut, auf dem wir arbeiteten, beträgt 48 Stunden pro Woche. Selbst die Kinder müssen aus ökonomischen Gründen mitarbeiten. Seit der Revolution sind sie allerdings halbtags zum Schulbesuch freizustellen. Der Tageslohn für diese Plackerei beträgt für Erwachsene 42 Cordobas und für Kinder 36 Cordobas (10 Cordoba = 1 DM). Dieser Lohn kann durch Funktions-, Leistungs- und/oder Gefahrezulage aufge bessert werden.

Trotz der immer noch harten Arbeitsbedingungen hat sich doch schon etliches in dieser Region verbessert. Nicht nur die Schule ist eine Neuerung. Auch das im Bau befindliche Krankenhaus und viele neue Häuser für die Landarbeiter zeigen, daß seit der Revolution der gesellschaftliche Ertrag der Arbeit denjenigen zufließt, die ihn erarbeitet haben. Doch bei allem Fortschritt können die Menschen in diesem direkten Grenzgebiet nicht recht glücklich werden. Das anhaltende Bellen von Maschinenpistolen, das Geknatter von Maschinengewehren und gelegentlich einschlagende Mörsergranaten lassen sie nie vergessen, daß sie in der direkten Nachbarschaft zu Honduras leben. Und dort stehen die Contras. Vom US-Militär und CIA angeleitet und finanziert, führen diese konterrevolutionären Söldnergruppen von dort aus Überfallaktionen durch, schicken Mordkommandos in die Städte und Dörfer, um Gewerkschafter, politische Funktionsträger und für die Aufrechterhaltung der Produktion wichtige Fachleute umzubringen. Von dort aus nehmen sie Felder unter Feuer, um das Einholen der Ernte in den grenznahen Bereichen zu verhindern. Von dort aus führen sie stellvertretend für die US-Regierung einen unerklärten Krieg gegen das Volk von Nicaragua und seine gesellschaftlichen Errungenschaften. Ein Krieg, der Nicaragua zwingt, große militärische Anstrengungen, die den Staatshaushalt enorm belasten, zu unternehmen und Ressourcen, die zur Entwicklung des Landes gebraucht wer-

den, zum großen Teil aufzehrt. Aber nicht nur an den Grenzen zu Honduras und Costa Rica wird dieser US-amerikanische Feldzug gegen die Lebensinteressen des nicaraguanschen Volkes geführt. Die Verminung der Häfen Nicaraguas gehört als völkerrechtswidriges Kampfmittel der Wirtschaftsblockade genauso zur Palette der US-Kampfformen gegen das Drei-Millionen-Volk in Zentralamerika wie das Anziehen der Kreditschraube, Exportrestriktionen, die kurzfristige Auflösung von Kaufverträgen sowie der Druck auf befreundete Staaten, wie z.B. der BRD, ihre Entwicklungshilfe für Nicaragua einzustellen.

Als wir Jalapa verließen, um nach dem Eintreffen der restlichen Werkzeugkisten in Managua nun doch unsere Bauarbeiten in Talolinga im Süden des Landes aufzunehmen, hatten wir dennoch nicht das Gefühl, eine Gegend zu verlassen, die auf Grund des Außendruckes keine Zukunft hat. Vielmehr waren wir alle angesteckt von der optimistischen Zuversicht und der kämpferischen Entschlossenheit, die fast jeder Nicaraguaner an den Tag legt und die hilft, viele Probleme des täglichen Lebens leichter zu ertragen. No pasarán! Nach fast einer Woche Fahrt per Bussen und Lkws quer durch's Land (die Verkehrsinfrastruktur ist, sowohl was Straßen als auch Verkehrsmittel anbelangt, eines der größten binnenwirtschaftlichen Probleme Nicaraguas) waren wir in Talolinga angekommen. Der Ort liegt in einer Urwaldregion, die erst von zehn Jahren im Rahmen eines somozistischen Zwangsumsiedlungsprojektes urbar gemacht worden war. Es ist eine wenig entwickelte Region, in der kleine Bauern überwiegend auf privatem Land Grundnahrungsmittel wie Bohnen, Mais und Yucca hauptsächlich zum Eigenbedarf anbauen. Ein Unterfangen, das trotz größter Anstrengungen nur wenig Früchte tragen kann, weil die Bodenbeschaffenheit den Anbau solcher Feldfrüchte kaum erlaubt. Der Somoza-Regierung war das seinerzeit egal. Ihr ging es darum, ein sich an der Pazifikküste abzeichnendes Unruhepotential, nämlich durch Wirtschaftskonzentration arbeitslos gewordene Landarbeiter und landlos gewordene kleine Pächter, im wahrsten Sinne des Wortes in den Wald zu schicken. Sie wurden für die Zwangsumsiedlung mit einem kleinen Stück Land, einem Haus und Saatgut entschädigt und blieben von da an auf sich gestellt. In dem neuen Bewußtsein des landbesitzenden Bauern versuchen die Menschen seitdem, ihren kargen Lebensunterhalt zu sichern. Nur allmählich setzt sich die Erkenntnis durch, daß dies ein aussichtsloses Unterfangen ist. Die Regierung versucht, diesen Erkenntnisprozeß zu unterstützen, indem sie großzügige Hilfen zum Aufbau von Genossenschaften gibt. Diese Hilfen bestehen in Krediten, finanziellen Zuschüssen, Landzuteilungen etc. und natürlich fachlicher Beratung. Land, das zur Verteilung kommt, gehörte Somoza (ihm und seiner Familie gehörten seinerzeit mehr als 30% der landwirtschaftlichen Nutzfläche) oder ist Großgrundbesitzern enteignet worden. Landenteignungen sind in Nicaragua für den Fall möglich, daß ein Großgrundbesitzer Felder nicht bestellen läßt und damit den Versuch unternimmt, die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung zu untergraben. Die Regierung setzt mit zunehmendem Erfolg darauf, daß die wirtschaftlichen Erfolge der Genossenschaften auch derzeit noch skeptische Kleinbauern von den Vorteilen der Zusammenarbeit in Kooperativen überzeugen. So ist der Anteil des Bodens, der von Kooperativen bewirtschaftet wird, im Verhältnis zur gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche von 14,7 Prozent im Jahre 1983 auf 18,7 Prozent im Jahre 1984 angewachsen. Neben einem rückläufigen Anteil der Staatsgüter von 19,3 Prozent der Landwirtschaftsfläche, gibt es aber in Nicaragua nach wie vor die private landwirtschaftliche Produktion als vorherrschende Form. Großbauern halten 11,3 Prozent der Nutzfläche, mittlere Bauern 12,5, Kleinbauern 29,6 und Kleinstbauern 8,6 Prozent. Gedrängt wird niemand in die Kooperative. Aber klug gewonnen für den neuen Weg des Wirtschaftens werden viele. So gibt es z.B. die Möglichkeit, sich zu ei-

ner Kreditkooperative (CCS) zusammenzuschließen, in der zwar gemeinsam gewirtschaftet, aber je nach Einlage, getrennt und unterschiedlich viel verdient wird, wenn das Bewußtsein nicht so weit ist, eine sandinistische Kooperative (CAS) zu gründen, in der gemeinsam gearbeitet und gemeinsam entschieden wird, wozu der Ertrag verwendet wird. Regierung ist, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung aus eigenen Kräften zu sichern. Danach erst kommt Exportproduktion. Zum Zwecke der Nahrungsmittelgrundversorgung hat die Regierung eine Organisation geschaffen, die z.B. die gesamte Bohnenproduktion, die nicht dem privaten Verbrauch dient, zu Garantiepreisen aufkauft. Eine Organisation, die dazu berechtigt, aber auch verpflichtet ist. Das schafft Sicherheit — für den Verbraucher wie für den Erzeuger. Es garantiert die Verhinderung von Preisspekulationen mit Nahrungsmitteln genauso wie ein sicheres Einkommen für Kleinbauern.

Auch in Talolinga gibt es zwei Kooperativen. Eine CCS, die sich auf Viehwirtschaft konzentriert, und eine CAS, die auf enteignetem Land Kakao anpflanzen will. Die Mitglieder der Kooperative sind in der Diskussion, Land, das ihnen teilweise noch privat gehört und auf dem sie Bohnen anbauen, in die CAS zu überführen. Realsozialistische Entwicklungen. Schwierige Diskussionen und Bewußtwerdungsprozesse in einer Region, die ideologisch außer durch die oben skizzierten Grundlagen auch stark beeinflusst ist von einer evangelischen Kirche, die in Nicaragua einen weitgehend reaktionären Kurs verfolgt. Nun sollte man vielleicht annehmen, daß die Contra-Gruppen Eden Pastoras, die in diesem Gebiet — von Costa Rica kommend — operieren, einen guten Rückhalt in der Bevölkerung finden. Doch weit gefehlt. Bei aller Skepsis, die viele Bauern dieser Region der Regierung noch entgegenbringen, woran auch die sozialen Verbesserungen, wie Errichtung einer Schule und Elektrifizierung, noch nicht viel haben ändern können, die Terrorüberfälle und Mordaktionen der Contras lehnen die Bauern offensiv ab. So konnten (besser: mußten) wir während unseres Einsatzes in Talolinga selbst Zeugen einer Entwicklung werden, die sich ähnlich schon häufig in den Grenzregionen Nicaraguas ereignet hat: Waren in diesem kleinen Ort — noch zum Zeitpunkt unseres Eintreffens dort — nur wenige Menschen in einer der Massenorganisationen, Gewerkschaft, Frauenorganisation (AMN-LAE) und vor allem dem CDS (Zivilverteidigungskomitee) organisiert, so stieg der Organisationsgrad mit jeder Aktion der Contras an. Nach einem Überfall im Nachbardorf, bei dem sie mehrere Menschen ermordeten, stieg die Zahl der CDS-Mitglieder gar um das Dreifache. Die Menschen, deren ursprünglicher Wunsch darin bestand, nicht in politische Konflikte zu geraten, fragten nun bei der Regierung an, ob man sie nicht bewaffnen könne, damit sie sich selbst gegen die Contra-Übergriffe verteidigen könnten. Solchen Wünschen kommt die Regierung nach ihrem Motto »Alle Waffen dem Volke« regelmäßig nach. Sie kann sich, anders als die meisten anderen Regierungen Lateinamerikas, sicher sein, daß die Waffen nicht irgendwann auf sie selbst gerichtet sein werden, sondern dazu verwandt werden, den selbsternannten »Befreier« von US-Gnaden einen gebührenden Empfang zu bereiten.

Trotz dieser Überfälle, die uns natürlich genauso beunruhigten, wie die nicaraguanische Bevölkerung, waren unsere Aktivitäten in dem Aufbau-Programm dadurch nicht beeinträchtigt. Als wir Talolinga verließen, um den Rest der uns in Nicaragua verbleibenden Zeit zu politischen Gesprächen und Exkursionen zu nutzen, waren allen Widernissen zum Trotz doch etliche Häuser fertiggestellt, so daß die ersten Flüchtlingsfamilien einziehen konnten. Eine Nachfolgebrigade vollendete die Arbeiten, die zur Erfüllung des Gesamtprojekts noch anstanden.

Roman Röhrig

Reagans »Hinterhof«-Politik und das Streben nach Übermacht

Nachdem sich bereits in der Endphase der Carter-Administration die aggressive Politik der USA gegenüber den Staaten in Lateinamerika und insbesondere in Mittelamerika abzeichnete, wurde diese Politik unter Reagan nicht nur fortgesetzt, sondern gegenüber den mittelamerikanischen Staaten ausdrücklich verschärft. Dahinter steht eine insgesamt stärkere Akzentuierung amerikanischer Außenpolitik seit der Wahl Reagans, die sich zum Ziel gesetzt hat:

- Durchsetzung einer Politik der Eindämmung des Kommunismus, speziell gegenüber der UdSSR,
- Wiederherstellung der eindeutigen militärischen Überlegenheit der USA.

Allerdings ist die Reagansche Politik nichts grundsätzlich Neues. Sie steht vielmehr in der Nachkriegstradition amerikanischen außenpolitischen Denkens, das die Eindämmungspolitik gegenüber dem Kommunismus der 50er und frühen 60er Jahre tief verinnerlicht hat. Diese Politik ist heute der großangelegte Versuch der Reagan-Administration, den USA ihre unangefochtene Stellung als Führungsmacht zurückzugewinnen, sowohl im kapitalistischen Lager, und zwar auf Kosten der Europäer, als auch weltweit, und dort insbesondere auf Kosten der Entwicklungsländer. Vorrangig in diesen Staaten der Dritten Welt wird mit einer Politik wirtschaftlicher und militärischer Sanktionen versucht, die Konfrontation mit der UdSSR zu suchen.

Die »kommunistische Einkreisung« der USA

In der US-amerikanischen »Hinterhof«-Region Latein- und Mittelamerika trifft diese Politik die vermuteten sowjetischen Stellvertreter Kuba und insbesondere Nicaragua, die als Stützpunkte des Weltkommunismus eine Bedrohung der USA darstellen.

»Die Sowjets wollten die USA aus Europa und — weitestgehend — auch aus Asien drängen und in Mittelamerika derart viel Aufruhr und Konflikte schüren, daß die USA gezwungen wären, sich auf ihre Region und speziell ihr eigenes Land, sozusagen als Festung zurückzuziehen«.

Diese »strategische« Analyse entspringt — allen Ernstes — dem Hirn des amerikanischen Verteidigungsministers, Caspar Weinberger. Auffällig dabei die mangelnde Originalität des Verdachtes: Er stellt lediglich das genaue Gegenteil der sowjetischen Einkreisungsängste dar, die zumindest seit Stalinscher Zeit die Gedanken, die Politik und Strategie der Sowjets beherrschten. Die Einkreisungsängste des amerikanischen Verteidigungsministers und seines Präsidenten verdichten sich dann angesichts der geostrategischen Weltlage zu Horrorvisionen bei dem Gedanken, was denn wohl passiere, wenn sich die Guerilla-Bewegung in El Salvador durchsetze. Zusammen mit Kuba und Nicaragua werde El Salvador dann die Basis für die Ausweitung der Gewalt und des Mordens auf Guatemala, Honduras und Costa Rica — die beiden ersten Staaten nicht gerade ausgewiesen durch eine besonders demokratisch verfaßte Gesellschaft. Des weiteren werde Panama und der Kanal gefährdet und schließlich auch Mexiko. Dabei seien, so Reagans Vision, die Seewege vom Kanal in die Karibik und den Golf von Mexiko gefährdet, worüber die Hälfte der amerikanischen Importe und ein großer Teil des Erdöls in die Vereinigten Staaten gelangen. Und so fügte sich der neue Begriff einer »vierten Grenze«, und die Erfindung der neuen strategischen Bedeutung — auch für den Nachschub Westeuropas im Falle eines Ost-West-Konfliktes — war vollbracht. Originalton Reagan:

Ein Konzept der Sowjets, in dem die amerikanischen Streitkräfte »an unsere eigene südliche Grenze« gefesselt werden sollten, um damit »unsere Fähigkeit einzuschränken, an entfernteren Plätzen, wie etwa in Europa, am Persischen Golf, im Indischen Ozean und im Japanischen Meer zu operieren.«

Wie passend, daß der amerikanische Verteidigungsminister über die Option der »horizontalen Eskalation« in Europa für den Fall eines Aufeinandertreffens der Supermächte oder ihrer Stellvertreter in einer anderen Region — vorzugsweise der Golfregion — sinnierte.

Die »Verteidigung der nationalen Sicherheit«

Aber der »sowjetischen Bedrohung« der nationalen Sicherheit der USA wird nicht tatenlos zugesehen. Zur Sicherung der eigenen Existenz wurde im Herbst 1983 die Operation Grenada vorgenommen. Die Contras, jene verbrecherischen Nationalgardisten aus dem Nicaragua Somozas, werden massiv materiell und finanziell unterstützt. Auch die Gruppe um den abtrünnigen Commandante Zero wird via CIA militärisch ausgerüstet. In Honduras und Costa Rica werden gewaltige Aufmarschgebiete gegen Nicaragua gebaut und amerikanische Hubschrauber und andere Militäreinheiten dort stationiert. Schließlich wird eine erhebliche Militär- und Ausbildungshilfe an El Salvador geleistet, wobei die Existenz der antikommunistischen Mörderbanden, der Todesschwadronen, von der amerikanischen Administration, aber auch vom Kongreß wohlwollend in Kauf genommen wird. In diesem Zusammenhang muß auch eine Institution näher beleuchtet werden, die ganz erheblich Grundlagen für das Zustandekommen und den Bestand der latein- und mittelamerikanischen Diktaturen geliefert hat. Wenngleich diese Institution nun aufgrund eines Vertrages zwischen Panama und den USA geschlossen wird, so ist bei der Lateinamerikapolitik der USA zu erwarten, daß sie andernorts neu eröffnet wird. Gemeint ist die Militärakademie »Schule Amerikas« (Escuela de las Americas). Diese Militärakademie stellt ein ganz besonderes Kapitel in den Beziehungen zwischen den USA und den latein- und mittelamerikanischen Staaten dar. Die seit nunmehr 38 Jahren bestehende Schule auf dem US-Stützpunkt Gulick in der Kanalzone Panamas wurde von insgesamt 44000 Soldaten lateinamerikanischer Länder besucht. Aus dieser Schule hervorgegangen sind so berühmte Männer wie Leopold Galtiere aus Argentinien und Gustavo Alvarez aus Honduras sowie 4700 Angehörige der nicaraguanischen Nationalgarde des Diktators Anastasio Somoza. Nicht zu Unrecht wurde die Akademie schon lange als die Schule der Diktatoren bezeichnet, die in ihren Mauern die Putschisten Südamerikas herangezogen habe. Mit dem vordergründigen Argument, die gegenseitige Verständigung zu fördern, qualifizierte Militärs auszubilden und die militärpolitischen Beziehungen in der Region zu stärken, gewann die »Escuela de las Americas« gerade in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung für die amerikanischen Supermachtinteressen: nämlich Militärs auszubilden bzw. heranzuziehen, die in ihren Heimatstaaten zuverlässig die US-Interessen nicht nur berücksichtigen, sondern massiv vertreten — wenn notwendig, durch den Einsatz von Mordkommandos. Wie wichtig für die US-Administration diese Schule gerade in den letzten Jahren des verstärkten Aufkommens der Befreiungsbewegungen in Mittelamerika und dem bewaffneten Kampf gegen Diktaturen und Unterdrückung, wirtschaftliche Ausbeutung und soziale Verelendung wurde, ergibt sich nicht zuletzt aus dem Umstand, daß in der Zeit von 1980 bis 1983 die Zahl der Akademieabsolventen sprunghaft von 704 auf 2250 angestiegen ist. Bemerkenswert für die weitere Politik im Falle El Salvador ist, daß gut die Hälfte dieser 2250 Militärs aus El Salvador stammen.

Weit gefehlt jedoch, würde man davon ausgehen, daß es bei dieser Ausbildungshilfe allein bleiben würde, geht es doch um den entscheidenden Schlag gegen das »Reich des Bösen« in der Auseinandersetzung um die globale Vorherrschaft »des Guten«, der USA. Es steht daher schon längst nicht mehr außerhalb des Möglichen, daß die USA über kurz oder lang nicht nur Ausbildungs- und Militärhilfe an die mittelamerikanischen Regierungen leistet und namentlich an El Salvador, sondern auch mit dem Gedanken der Entsendung von Kampftruppen spielt, wenn man nicht bereits jetzt die amerikanischen Ausbilder in El Salvador als regelrechte Armeeeingehörige mit der entsprechenden Einsatzfunktion verstehen will. Keine Frage dabei, daß die USA die politischen und insbesondere die außenpolitischen Entscheidungen der mittelamerikanischen Staaten, mit Ausnahme Nicaraguas, bestimmen. Eine Abhängigkeit, die einmal mehr durch die Einflußnahme Washingtons auf die Antworten der Mittelamerikaner gegenüber den Vorschlägen der Contadora-Gruppe für die Schaffung der Entspannung und eines dauerhaften Friedens in Zentralamerika in ein grelles Licht getaucht wurde. Nicht völlig zu Unrecht bestehen in diesem Zusammenhang wohl auch die mexikanischen Ängste, Reagans und Weinbergers Schlußfolgerungen aus dem ominösen sowjetischen Konzept der Fesselung der USA auf das eigene Gebiet seien letztlich nichts anderes als die rhetorischen Vorbereitungen auf eine amerikanische Intervention und legten die Vermutung nahe, die Gefahr gehe eher von den USA aus denn von Nicaragua oder einem El Salvador der FDR und FLMN. Wie weitgehend die amerikanische Neigung zum Eingreifen in El Salvador ist, wird einmal mehr deutlich, wenn Reagans UN-Botschafterin Kirkpatrick feststellt, die 22000 Mann starken Regierungstruppen seien nicht in der Lage, die 6000 Kämpfer der FLN im Griff zu halten oder gar wirksam zu bekämpfen. Prompt kam das Weiße Haus zu dem Ergebnis, es müsse zunächst einmal durch besseres Training und bessere Bewaffnung der salvadorianischen Regierungstruppen und eine erhöhten Entsendung amerikanischer Militärberater ein Unglück verhindert werden. Dazu kamen dann noch sogenannte »flankierende Maßnahmen«, die Wirtschaftshilfe an El Salvador sowie Wirtschafts- und Militärhilfe an Panama, Honduras, Costa Rica und Belize. »Hilfsleistungen«, die der notleidenden und allenthalben im sozialen Elend lebenden Bevölkerung dieser Staaten in keiner Weise zugute kamen.

Das »Papier von Santa Fé«

Den theoretischen Hintergrund für die deutliche Zunahme amerikanischer Interventionsbereitschaft bildet das sogenannte »Santa Fé-Papier«, das unter der Überschrift »Eine neue interamerikanische Politik für die achtziger Jahre« vom Komitee von Santa Fé für den Interamerikanischen Sicherheitsrat ausgearbeitet wurde. Demnach muß in allen Fällen von den USA die Initiative auf der Basis der Überlegung ausgehen, daß die Entspannung tot sei und die Eindämmung der UdSSR-Politik allein nicht ausreicht. Die Gruppe erkennt die Außenpolitik als ein Instrument an, das das Überleben in einer feindlichen Umwelt, in der der Krieg und nicht der Frieden die Norm ist, sichern soll. Dementsprechend wird der globale Machtvorsprung zum zentralen Faktor, den es zu sichern gilt, insbesondere durch die Sicherung der Kooperationsbereitschaft seitens der lateinamerikanischen Staaten. Wenn, wie in dem Papier festgestellt, Lateinamerika ebenso wie Westeuropa und Japan Machtbasis der USA ist und diese Herrschaftsbasis der Vereinigten Staaten in keinem Falle abbröckeln darf, so erübrigt sich auch die Frage nach den Methoden und Mitteln der Aufrechterhaltung und des Ausbaus der Herrschaftsbasis. Probleme der Menschenrechte, der wirtschaftlichen Versorgung in der Dritten Welt, der Beseitigung des sozialen Elends spielen bei diesem Verständnis von Außenpolitik und Machtsicherung über-

haupt keine Rolle mehr. Wichtig ist nur noch die Reaktivierung der traditionellen Militärbindungen der USA in ihrer Hemisphäre, ohne Unterschied, für welches System die Militärs stehen. Eine Rolle spielt nicht die Frage, in welcher Weise die Grundbedürfnisse der notleidenden Bevölkerung befriedigt, wie demokratisch verfaßte Gesellschaften geschaffen und unterstützt werden sollen, sondern vielmehr, daß eine US-Politik Erfolg hat, die »dem privaten Kapitalismus, dem freien Handel und den direkten einheimischen und ausländischen Investitionen in produktive Unternehmen in Lateinamerika zuträglich ist«. Kein Wunder dann, wenn sich die Empfehlung findet, die Befreiungstheologie in Lateinamerika nachhaltig und erfolgreich zu bekämpfen, da diese Theologie in Anlehnung an marxistisch-leninistische Kräfte sich gegen die Priorität des privaten Eigentums und der kapitalistischen Produktionsweise wende. Kein Zufall auch, wenn ein an den Menschenrechten orientiertes Konzept als politisch und kulturell relativ bezeichnet wird, das sich in der Hemisphäre nachteilig auf den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit ausgewirkt habe, ein Konzept also, das aufgegeben werden müsse zugunsten einer Politik des ethischen und politischen Realismus.

Diese theoretische »Grundlage« der Reaganschen Konzeption gipfelt in einer an Zynismus kaum mehr zu überbietenden Forderung, die Nahrung in einer Welt des Krieges auch als eine Waffe einzusetzen. Der Verbund der vier agrarischen Überschußproduzenten USA, Kanada, Brasilien und Argentinien mit den Produzenten im Pazifik, mit Neuseeland und Australien könnte gewaltigen Druck auf mögliche gegnerische Staaten (oder deren unliebsame eigenständige Politik) ausüben, indem man deren Nahrungsimporte als Pfand einbehalten solle.

Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

Ralph Schock
(Hrsg.)



**HALTET
DIE SAAR,
GENOSSEN!**

Antifaschistische
Schriftsteller
im Abstimmungs-
kampf
1935

360 Seiten mit 8 Fotomontagen
von John Heartfield · 29,80 DM

Gegen die Eingliederung des Saargebietes in Nazi-Deutschland schrieben 1934/35 u.a.: Bertolt Brecht, Ilya Ehrenburg, Hans Habe, Alfred Kantorowicz, Arthur Koestler, Golo, Heinrich, Klaus und Thomas Mann, Ludwig Marcuse, Walter Mehring, Ernst Ottwalt, Theodor Plivier, Gustav Regler, Manès Sperber, Kurt Tucholsky und Erich Weinert.

Bettina Gransow

Ist die chinesische Revolution am Ende?

Sozialistische Kooperation und Privatinitiative in der chinesischen Landwirtschaft

Das Ende Oktober 1984 vom Zentralkomitee der KP Chinas verabschiedete Reformprogramm für die chinesische Industrie zielt auf den Ausbau und die Verallgemeinerung der in den letzten Jahren in der Landwirtschaft und in mehreren Modellbetrieben praktizierten Reformen ab, deren Kernstücke materielle Stimulierung, Anreize zu Privatinitiativen und die Nutzung von Marktmechanismen waren. Im Mittelpunkt der aktuellen Reformen steht die Forderung nach einer größeren Eigenständigkeit der Betriebe, nach Veränderungen im Bereich der Preise und Löhne und nach einer verstärkten Zusammenarbeit mit dem Ausland. Die Unternehmen sollen nun nicht mehr ihre Gewinne abführen, sondern Abgaben nur noch in Form von Steuern leisten; sie sollen weitgehende Freiheit in der Preisgestaltung haben und individuelle Arbeitsverträge mit von ihnen ausgesuchten Mitarbeitern abschließen (und lösen!) können. Insgesamt wird dem Markt und der Rolle des Wertgesetzes eine größere Bedeutung beigemessen und das Planungssystem nurmehr auf die wichtigsten Güter begrenzt.

Mit diesen Reformen wird zwar nicht unmittelbar die sozialistische Eigentumsgrundlage der chinesischen Gesellschaft in ihrer Substanz angegriffen, aber sie gehen doch erheblich über die Wirtschaftsreformen in anderen sozialistischen Staaten hinaus; am ehesten wären sie noch den Reformen in Ungarn oder eventuell auch Jugoslawien vergleichbar. Sollte die chinesische Regierung mit ihrem jetzigen Reformprogramm in der Industrie ebenso erfolgreich sein wie bisher in der Landwirtschaft, so könnte dies eine massive Herausforderung für andere sozialistische Staaten bedeuten.

In der chinesischen Landwirtschaft konnten in den letzten Jahren erhebliche Effektivitätssteigerungen durch das sogenannte Produktionsverantwortlichkeitssystem erzielt werden. Bei diesem System ist der einzelne Haushalt die hauptsächliche Produktionseinheit. Er schließt in der Regel mit der Produktionsgruppe einen Vertrag über bestimmte an die Kooperative und den Staat abzuführende Quoten ab, der hierüber hinaus produzierte Überschuß kann in eigener Verantwortung auf freien Märkten verkauft werden. Dieses an dem Streben der chinesischen Bauernfamilien nach materiellem Wohlstand ausgerichtete Prinzip hat im Ausland zu Spekulationen darüber geführt, ob solche Formen von Konsumorientiertheit, Privatinitiative und Konkurrenz, um nur einige Schlagworte zu nennen, nicht Ausdruck einer mehr oder weniger kapitalistischen Entwicklung in China seien.

Um diese Frage beurteilen zu können, genügt nicht allein ein Blick auf die aktuellen Reformen. Diese müssen vielmehr im Zusammenhang gesehen werden mit ihrer Entwicklungsgeschichte, die vor allem durch das Umschlagen aus einer revolutionären (Bauern-)Bewegung in eine nationalstaatliche Organisationsform mit sozialistischen Zielsetzungen geprägt ist, wie auch mit den perspektivischen Entwicklungsmöglichkeiten, die gegenwärtig für die chinesische Volkswirtschaft und Gesellschaft insgesamt bestehen. Dieser Zusammenhang soll im folgenden am Beispiel der wechselhaften Geschichte der sozialistischen Kooperation in der chinesischen Landwirtschaft näher beleuchtet werden¹: Nicht nur der spezifisch bäuerliche Charakter der chinesischen Revolution, sondern auch die inzwischen mehrjährigen Erfahrungen mit dem Produktionsverantwortlichkeitssystem legen eine solche Einschränkung nahe.

1. Ergebnisse der Bodenreform: Regionales Gefälle und private Einzelwirtschaft

Mit Gründung der Volksrepublik China wurde 1949 als erster Schritt zur Herstellung neuer gesellschaftlicher Verhältnisse gefordert, alle Vorrechte der imperialistischen Länder zu beseitigen, das bürokratische Kapital zu beschlagnahmen und in den Besitz des Staates zu überführen. Gleichzeitig sollten das System des feudalen und halbfeudalen Landbesitzes in ein System bäuerlichen Landbesitzes transformiert werden. Die Aufgabe der Volksrepublik wurde darin gesehen, den öffentlichen Besitz des Staates und der Kooperativen zu schützen ebenso wie die wirtschaftlichen Interessen und den Privatbesitz der Arbeiter und Bauern, der Kleinbourgeoisie und der nationalen Bourgeoisie. Die Volkswirtschaft der Neuen Demokratie sollte auf diese Weise aus einer agrarisch strukturierten in eine industrielle verwandelt werden.

Für den Agrarsektor wurden Regelungen formuliert, nach denen in Gebieten, in denen die Landreform bereits durchgeführt worden war, das von den Bauern erworbene Eigentum an Land geschützt werden sollte; in Gebieten, in denen die Landreform noch nicht durchgeführt worden war, sollten zunächst durch die Bildung von Bauernorganisationen und das Unschädlichmachen von Banditen und Despoten die Voraussetzungen für die Landverteilung geschaffen werden. Die Bauern sollten schrittweise an die Organisierung verschiedener Formen der gegenseitigen Hilfe bei der Arbeit und Kooperation in der Produktion entsprechend dem Prinzip der Freiwilligkeit und des gegenseitigen Nutzens herangeführt werden.²

Zur Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse auf dem Lande über die in den befreiten Gebieten bereits vor 1949 vorgenommenen Maßnahmen hinaus wurde im Juni 1950 ein neues Bodenreformgesetz verabschiedet³, dessen Umsetzung in vier Schritten stattfand:

1. Brechung der Macht der Grundbesitzer,
2. Festlegung des Klassen-Status der Bauern,
3. Konfiskation und Umverteilung des Grundbesitzes,
4. Vernichtung von alten Besitztiteln und Schuldverschreibungen und Vergabe von neuen Besitztiteln.⁴

Das Kernstück der Bodenreform bestand in der Klassifikation der Bauernhaushalte nach ihrem Klassenstatus. Zwar gab es eine Vielzahl von Statureinteilungen, entscheidend waren jedoch die grundlegenden fünf:

- Grundbesitzer
- reiche Bauern
- Mittelbauern
- arme Bauern
- Landarbeiter.

Die Anwendung der drei wichtigsten Kriterien zur Einteilung der Klassen: Besitz an Land und Produktionsmitteln, Grad der Ausbeutung und Teilnahme an der Arbeit war nicht ohne Schwierigkeiten. Ebenso wichtig wie problematisch war vor allem die Unterscheidung zwischen Grundherren und reichen Bauern, da die ersteren am unteren Ende der Einkommensskala aus der Bodenreform hervorgingen, die letzteren jedoch überwiegend am oberen Ende.

Zur Differenzierung des Klassenstatus gab es zwar Richtlinien mit Entscheidungshilfen⁵, aber es mußten auch immer die jeweiligen lokalen Bedingungen und Maßstäbe berücksichtigt werden. Da die Unterscheidung zwischen Grundbesitzern und reichen Bauern sich nicht auf absolute Differenzen stützen konnte, sondern eine Frage des *Grades* der

Ausbeutung oder der Teilnahme an der Arbeit war, kam es zum Teil zu falschen Klassifizierungen.

Hatten die Kader entsprechend den Leitlinien Informationsmaterial über die betroffenen Haushalte gesammelt, so fertigten sie eine Klassenstatus-Liste für den *xiang*⁶ an, die auf Massenmeetings eingehend diskutiert und anschließend in eine endgültige Form gebracht wurde.

Den letzten Schritt stellte die Konfiskation und Umverteilung des Landes dar. Maßstab hierfür war der errechnete pro-Kopf-Durchschnitt an Land innerhalb des jeweiligen Großdorfes. Den Abschluß der Kampagne bildete die Kontrolle durch Inspektionsteams, die sich vor allem auf die richtige Klassifikation von Grundbesitzern und reichen Bauern konzentrierte.⁷ Der Hauptteil des umverteilten Bodens war Pachtland und anderes Land der Grundbesitzer. Das Land reicher Bauern blieb verschont, sofern nicht der Teil ihres Bodens, den sie verpachteten, größer war als der Teil, den sie zusammen mit gedungenen Landarbeitern bestellten. War der verpachtete Teil größer, so wurde er ebenfalls enteignet und umverteilt. Die Umverteilung des Bodens innerhalb eines *xiang* geschah mit der Tendenz einer Egalisierung des Bodenbesitzes pro Kopf.⁸

Die Durchführung der Bodenreform nur auf Ebene der *xiang* hatte eine wesentliche Konsequenz: Die Feststellung des Klassenstatus war nicht nach für das ganze Land gültigen Maßstäben durchgeführt worden, sondern hat sich relativ nach dem Lebensstandard der jeweiligen Gegend gerichtet. Die Egalisierung des Bodenbesitzes und der Einkommensverhältnisse innerhalb der *xiang* ließ daher die regionalen Disparitäten zwischen den verschiedenen Gegenden noch sehr viel stärker hervortreten.

Berechnungen über die Einkommensdifferenzen zwischen verschiedenen ertragreichen Gegenden nach der Bodenreform zeigen ein Einkommensgefälle von 6 : 1. Es war damit erheblich höher als die Einkommensdifferenzen zwischen Haushalten mit unterschiedlichem Klassenstatus innerhalb eines *xiang*, die nur knapp über 1 : 2 lagen.⁹ Vergleiche mit den dreißiger Jahren zeigen, daß die Einkommensdifferenzen auf dem Lande durch die Bodenreform um rund ein Drittel gesenkt werden konnten, daß jedoch die regionalen Disparitäten erhalten blieben.¹⁰

Im Jahre 1951 hatte die Landreform 80 Prozent der ländlichen Bevölkerung ergriffen, das waren 320 Millionen Menschen.¹¹ Die durchschnittlichen Betriebsgrößen schwankten nach der Bodenreform zwischen 1,4 Hektar im Süden und 5 Hektar im Norden des Landes.¹²

Nach Beendigung der Bodenreform war 1952 ein weitverzweigtes System der Einzelwirtschaft geschaffen worden. Die hierdurch begrenzten Möglichkeiten zur Steigerung der Arbeitsproduktivität sollten durch die schrittweise Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft erweitert werden. Ihre elementarste Form stellten die Gruppen der Gegenseitigen Hilfe dar. Die Bildung solcher Gruppen durch Austausch von Arbeitskräften war eine traditionelle Praxis der chinesischen Bauern, die jedoch früher in erster Linie als Mittel der verarmten Bauern zum Schutz gegen die Ausbeutung durch die Feudalherren gedient hatte. 1952 gehörten bereits 39,9 Prozent der Bauernhaushalte den Gruppen für Gegenseitige Hilfe an.¹³ Wesentliches Charakteristikum der Hilfgemeinschaften war, daß sie auf Grundlage individueller Wirtschaftsführung kollektiv arbeiteten. Diese kollektive Arbeitsweise war dadurch gekennzeichnet, daß ein Mitglied die Arbeitskräfte und Produktionsmittel (landwirtschaftliche Geräte und Zugtiere) anderer Mitglieder auf seinem Land einsetzen konnte, während seine eigenen Produktionsmittel und Arbeitskräfte in gleicher Weise von den anderen Mitgliedern in Anspruch genommen werden konnten. Ungleich-

heiten im wechselseitigen Gebrauch der Produktionsmittel und Arbeitskräfte konnten gegebenenfalls mit Geld ausgeglichen werden.¹⁴

Eine Besonderheit der Bodenreform in China gegenüber anderen sozialistischen Ländern bestand darin, daß der Boden nicht nationalisiert, sondern als Privateigentum an die Bauern verteilt wurde. So kam es, daß mit Beendigung der Bodenreform dem staatlichen Sektor mit knapp 20 Prozent Anteil am Nationaleinkommen der kleine Privatsektor mit über 70 Prozent und der kapitalistische Sektor mit 7 Prozent gegenüberstanden, während der genossenschaftliche und der gemischt staatlich-private Sektor nur etwas über 2 Prozent ausmachten.

Zu diesem Zeitpunkt waren also einerseits die grundlegenden Ausbeutungsverhältnisse der alten Gesellschaft bereits beseitigt, andererseits war die überwiegende Eigentumsform nicht sozialistisch, sondern setzte sich aus dem kleinen Privatbesitz zusammen.

Die Aufgabe, von dieser Ausgangsbasis her den staatlichen und den genossenschaftlichen Sektor als den beiden Grundformen sozialistischen Eigentums zu entwickeln und zu stärken, wurde in den darauffolgenden Jahren 1952-55 zunächst schrittweise angegangen und dann mit der Kraftanstrengung des Jahres 1956 zu einem überstürzten Abschluß geführt.

2. Die LPGs: Forcierte Kollektivierung

Nach Beendigung der Bodenreform wurde seit Ende 1952 in der Bewegung für Gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit der Bildung von Landwirtschaftlichen Genossenschaften (LPG) niederen Typs verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt. Der entscheidende Vorzug der LPGs niederen Typs gegenüber den Gruppen der Gegenseitigen Hilfe wurde darin gesehen, daß die gesellschaftliche Arbeit in ihnen nach einem einheitlichen Produktionsplan geleistet werden konnte. Dies wurde vor allem durch die einheitliche Verwendung des Landes, des Ackergerätes und der Zugtiere der Genossenschaftsmitglieder ermöglicht.¹⁵ Das Land der Bauern, das bei ihrem Eintritt in die Genossenschaft als Bodenanteil eingebracht wurde, blieb ihr Privateigentum. Indem die Bauern auf Basis des Privateigentums zur kollektiven Produktion organisiert wurden, entwickelten sich durch die Einbringung der Bodenanteile und den entstehenden Akkumulationsfond der Genossenschaft wesentliche Elemente des Kollektiveigentums. Zugtiere und Geräte konnten durch Verkauf an die Genossenschaft in Kollektiveigentum verwandelt werden.¹⁶

In den Jahren 1954/55 bildeten die LPGs niederen Typs neben den Gruppen der Gegenseitigen Hilfe die Hauptform der Kollektivwirtschaften. 1955 zählten sie 630 000, das waren 14,2 Prozent aller Bauernhaushalte.¹⁷ Obwohl in der Struktur der LPGs niederen Typs erheblich mehr sozialistische Elemente enthalten waren als in den Gruppen der Gegenseitigen Hilfe, blieb doch der Widerspruch von kollektiver Arbeit bei gleichzeitiger Existenz von Privateigentum an Land und einigen Produktionsmitteln erhalten.

Im Winter des Jahres 1955 und im darauffolgenden Jahr gingen die LPGs niederen Typs und die Gruppen der Gegenseitigen Hilfe in großer Zahl in LPGs höheren Typs über. Diese Entwicklung war im wesentlichen das Ergebnis der Überlegungen, die in den »Beschlüsse(n) über die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft«¹⁸ dargelegt worden waren. Diese Beschlüsse, die im Oktober 1955 angenommen wurden, beruhten insbesondere auf einem Referat Mao Zedongs zu Fragen der Kooperierung in der Landwirtschaft¹⁹ vom Juli des gleichen Jahres. Darin wurde die Forderung nach einem forcierten Tempo der Kollektivierung erhoben, um durch diese Maßnahme die Herstellung eines proportionalen Verhältnisses in der Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft zu er-

reichen.²⁰ — Die wesentlichen Unterschiede der vollsozialistischen LPGs gegenüber den halbsozialistischen LPGs waren:

1. Während in den LPGs niederen Typs Haushalte innerhalb eines Dorfes zusammengeschlossen waren, umfaßten die LPGs höheren Typs ganze Dörfer oder Gruppen von Dörfern. Im Verlaufe dieses Übergangs wurden die LPGs niederen Typs normalerweise zu Produktionsbrigaden innerhalb der LPGs höheren Typs.
2. Da die Bauern in den LPGs niederen Typs juristische Eigentümer des Bodens waren, hatten sie auch die landwirtschaftlichen Steuern individuell zu tragen. In den weiterentwickelten LPGs wurde die Begleichung dieser Steuern zu einer Aufgabe der Genossenschaft.
3. Die Rate von 5 Prozent des Nettoeinkommens der Genossenschaft für die kollektive Akkumulation wurde in den LPGs höheren Typs auf 8 Prozent erhöht.
4. Der Anteil des Nettoeinkommens der Genossenschaften, der für die individuelle Konsumtion an die Mitgliederhaushalte verteilt wurde, war in den LPGs niederen Typs verhältnismäßig groß. Die LPGs höheren Typ verteilten einen kleinen Anteil des Nettoeinkommens, diesen jedoch nur nach der Arbeitsleistung.²¹

Mit der Herstellung des vollsozialistischen Kollektiveigentums in den LPGs höheren Typs befanden sich die Produktionsmittel wie Land, Zugtiere und Ackergeräte nicht länger mehr im Privateigentum der Genossenschaftsmitglieder. Nicht in gemeinschaftliches Eigentum überführt wurden jedoch alle zum Haushalt gehörigen Dinge, kleine Gärten, vereinzelt stehende Bäume, Geflügel, Haustiere, kleine landwirtschaftliche oder für die Heimarbeit notwendige Geräte.²²

Entsprechend konnte nunmehr bei der Verteilung der Produkte der Genossenschaft auf die Auszahlung auf Bodenanteile und die Bezahlung für Zugtiere und landwirtschaftliche Geräte verzichtet werden. Bis zum Ende des Jahres 1956 war die Kollektivierung der Landwirtschaft praktisch durchgeführt: 96 Prozent aller Bauernhaushalte waren in Genossenschaften organisiert, 88 Prozent davon waren LPGs höheren Typs.²³

Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung 1950-1957 (in Prozent)

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957
Anteil der den Organisationen für Gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit angehörenden Bauernhöfe an der Gesamtzahl der Bauernhöfe	10,7	19,2	40,0	39,5	60,3	64,9	96,3	97,5
Darunter:								
LPGs	—	—	0,1	0,2	2,0	14,2	96,3	97,5
LPG des höheren Typs	—	—	—	—	—	—	87,8	96,2
LPG des niederen Typs	—	—	0,1	0,2	2,0	14,2	8,5	1,3
Gruppen der Gegenseitigen Hilfe in der landwirtschaftlichen Produktion	10,7	19,2	39,9	39,3	58,3	50,7	—	—

Quelle: Hsüa Mutjiao, Su Hsing, Lin Dsi-li, Die sozialistische Umgestaltung der chinesischen Volkswirtschaft, Beijing 1964, Anhang ohne Seitenangabe

Die Tabelle zeigt noch einmal deutlich, wie in einem Hauruckverfahren fast alle bis 1955 *privaten* Bauernhaushalte 1956 den LPGs höheren Typs angehörten, d.h. abgesehen von der kleinen Nebenproduktion waren Land und Produktionsmittel fast aller Bauern im Laufe weniger Monate in Kollektiveigentum überführt worden. Nur 14,2 Prozent der Bauernhaushalte hatten sich bis dahin freiwillig zu LPGs niederen Typs zusammenge-

schlossen, 50,7 Prozent hatten in Form der Gruppen zur Gegenseitigen Hilfe kooperiert, während die übrigen 35,1 Prozent der Bauernhaushalte bis dahin noch gänzlich privaten Charakter getragen hatten.

Waren bis 1955 die Haushalte die Grundeinheiten der Produktion gewesen, so wurden nach der beschleunigten Kollektivierung von 1955/56 die LPGs höheren Typs zur grundlegenden Planungs- und Rechnungseinheit. Sie entsprachen der Ebene nach den Großdörfern.

Untersuchungen über die soziale Zusammensetzung der Bauernschaft und ihre Veränderungen wurden nach Beendigung der Bodenreform vor allem im Hinblick auf die Haltung der verschiedenen Bauernschichten zum Eintritt in die Genossenschaften angestellt.²⁴ Die alten Klassifikationen waren nicht mehr ausreichend, um den Differenzierungsprozeß abzubilden, der innerhalb der Bauernschaft stattfand. Auch die quantitativen Verhältnisse änderten sich, so daß die Frage aufkam, ob die armen Bauern überhaupt noch als Hauptkraft der Kollektivierungsbewegung angesehen werden konnten, auch wenn sie nicht mehr die Mehrzahl der ländlichen Bevölkerung ausmachten. Mit der Veränderung der materiellen Bedingungen einzelner Haushalte änderte sich teilweise auch ihre Einstellung gegenüber der Kollektivierung. Während für die oberen Mittelbauern die LPGs niederen Typs attraktiver als die LPGs höheren Typs waren, weil hier zu einem Teil nach eingebrachten Bodenanteilen, Zugvieh und Produktionsmitteln vergütet wurde, bot diese Form für die armen Bauern, die kaum etwas einzubringen hatten, wenig Vorteile. Zugleich waren die Kooperativen aus Effektivitätsgesichtspunkten darauf angewiesen, die oberen Mittelbauern und die reichen Bauern in den Kollektivierungsprozeß einzubeziehen. Dieser von vielfältigen Interessen bestimmten, äußerst komplizierten Situation wurde durch die auf Maos Betreiben hin beschleunigte Kollektivierung von 1955/56 zu entgehen versucht.

Auch nach der Vollkollektivierung blieben die durch die Bodenreform vorgegebenen Disparitäten, nämlich ein starkes Einkommensgefälle zwischen den *xiang*, vergleichsweise kleine Differenzen in ihrem Innern, erhalten. Für das Einkommensgefälle innerhalb der Kooperativen begannen jedoch neue Kriterien ausschlaggebend zu werden: das Einkommen war nun wesentlich von den Arbeitskräften der einzelnen Haushalte abhängig²⁵, ihrer Anzahl, Körperkraft, Partizipationsrate bei der Arbeit und Qualifikation.

Das Jahr 1956 brachte einen Einschnitt in der Entwicklung der Eigentumsverhältnisse seit Gründung der VR China. Das Privateigentum an Produktionsmitteln war in Stadt und Land so gut wie beseitigt und sozialistische Eigentumsverhältnisse hergestellt worden. Aber die übereilte Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse war in gewisser Weise auf Sand gebaut, da im Jahre 1956 weder die objektiven Produktionsbedingungen noch das subjektive Bewußtsein und die Interessen der unmittelbaren Produzenten dieser Form der Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse entsprachen. Diese Politik, die wesentlich auf Betreiben Mao Zedongs zustande gekommen war, wurde später als ein Erster (*Großer Sprung*) bezeichnet.²⁶

Die Politik der beschleunigten Kollektivierung, die seit 1955 durchgeführt wurde und bei der das Hauptgewicht nicht auf der Verbesserung der materiell-technischen Basis der Landwirtschaft lag, sondern auf der isolierten Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse im Kollektivsektor, fand in den folgenden Jahren ihre Fortsetzung in der Entwicklung der Volkskommunenbewegung.

3. Großer Sprung und Kulturrevolution: Permanente Egalisierung

Die Entwicklung der Volkskommunenbewegung war Bestandteil der Politik des *Großen Sprungs Nach Vorne*. Die offizielle Formulierung dieser Politik im Mai 1958²⁷ bedeutete die Abkehr von der auf dem 8. Parteitag der KPCH im September 1956 angenommenen gemäßigten wirtschaftspolitischen Konzeption. War in dem damaligen Rechenschaftsbericht das Gewicht besonders auf die Herstellung eines proportionalen Verhältnisses der verschiedenen Bereiche bei der sozialistischen Industrialisierung des Landes gelegt worden²⁸ und für die genossenschaftliche Bewegung insbesondere die Forderung nach Konsolidierung erhoben worden²⁹, so sollte jetzt vor allem die neue Generallinie der Partei, d.h. »den Sozialismus unter Anspannung aller Kräfte aufzubauen und konsequent vorwärts zu stürmen, um größere, schnellere und wirtschaftlichere Ergebnisse zu erzielen«³⁰, in Anwendung gebracht werden.

Die Zielvorstellung, die sich mit der Gründung von Volkskommunen verband, war die Schaffung einer gesellschaftlichen Einheit, die gleichzeitig eine vollständige Wirtschaftseinheit und eine Grundeinheit der politischen Gewalt bildete, nämlich eine »Grundeinheit der sozialistischen Sozialstruktur, welche Industrie, Landwirtschaft, Handel, Erziehung und militärische Angelegenheiten miteinander verbindet und in der Staats- und Kommuneverwaltung zusammengefaßt sind.«³¹

Schon einen Monat nach dem offiziellen Aufruf zu ihrer Gründung gehörten 80 Prozent der Landbevölkerung den Volkskommunen an. Die wichtigste Änderung in der Eigentumsordnung, die sich mit dem Zusammenschluß der früheren LPGs zu Volkskommunen ergab, bestand in einer Konzentration des Kollektiveigentums auf der Ebene der Kommune bei gleichzeitig starker Reduzierung des kleinen Privatbesitzes. Erscheinungen wie ein überhöhter Anteil der Gratisverteilung, aber auch auf die Dauer zu hohe Arbeitsleistungen und das Erzwingen einer kollektiven Lebensweise, waren Ausdruck einer Überschätzung der eigenen Kräfte³², welche nicht zuletzt aus der utopischen Vorstellung des unmittelbar bevorstehenden Übergangs zum Kommunismus resultierte.

Waren die bestehenden 752000 LPGs in 23630 Volkskommunen mit durchschnittlich je 5443 Bauernhaushalten zusammengefaßt worden, so wurde bis September 1959 die Durchschnittsgröße der zusammengefaßten Haushalte noch vergrößert und die Gesamtzahl der Volkskommunen weiter verringert.³³ Da die diesen Größenordnungen angemessene Zahl an Verwaltungspersonal, Technikern etc. fehlte, fand zu Beginn der sechziger Jahre eine Dezentralisierung und Vermehrung auf 74000 Volkskommunen statt.³⁴ Ebenso wurde die Eigentumsebene innerhalb der Volkskommune auf die Produktionsbrigade bzw. Produktionsgruppe verlagert und die kleine Privatwirtschaft der Bauern wieder angeregt.³⁵ Diese Lockerungsmaßnahmen waren Bestandteil der Einleitung einer neuen Wirtschaftspolitik, die im Zeichen der »Wiederanpassung, Konsolidierung, Ausfüllung und Hebung des Standards«³⁶ stand, d.h. Wiederanpassung des Tempos beim sozialistischen Aufbau, Konsolidierung der bestehenden landwirtschaftlichen und industriellen Unternehmen, Ausfüllung von Lücken im Produktionsprozeß und die Hebung des Qualitätsstandards.

Nach 1962 blieb die Struktur des Eigentums in den Volkskommunen im wesentlichen unverändert: Die Nutzfläche gehörte zumeist der Produktionsgruppe, seltener der Produktionsbrigade; die Werkstätten in einzelnen Fällen der Kommune, sonst der Brigade oder Produktionsgruppe. Schwere und mittlere Maschinen waren Eigentum der Brigade; Großvieh, leichte Maschinen und Ackergerät Eigentum der Produktionsgruppe. In priva-

tem Eigentum befanden sich Kleingerät, Häuser und Gärten, Nutzbäume und -sträucher, Kleinvieh, Kleidung und Hausgerät.³⁷

Mit Beginn der Kulturrevolution wurde seit 1966 in der Landwirtschaftspolitik im großen und ganzen wieder auf die Maxime des *Großen Sprungs* zurückgegriffen.

Ein Charakteristikum des *Großen Sprungs* und der kulturrevolutionären Politik waren neben der Volkskommunenbewegung die massenhafte Gründung klein(st)er Industriebetriebe auf dem Lande. 1958 wurden 300000 errichtet, 90000 davon wurden von den Kreisen geführt, 210000 von Dörfern und Brigaden.³⁸ Im Zuge der Politik des *Großen Sprungs* wurde 1958 eine große Zahl der handwerkshaftlichen Genossenschaften in Volkseigentum überführt. Später wurden viele dieser staatseigenen Betriebe in kollektive Betriebe rückverwandelt.³⁹ Der Aufbau ländlicher Kleinindustrie stand in erster Linie im Rahmen eines Autarkie-Konzeptes der Kommunen bzw. später der Brigaden und zielte *nicht* auf ein langfristiges landwirtschaftliches Industrialisierungskonzept. Die Absorptionsfähigkeit der ländlichen Kleinindustrie für die überschüssige ländliche Arbeitskraft war entsprechend gering. Nur etwa 4 Prozent der Kommunebeschäftigten arbeiteten in der Kleinindustrie. Die Betriebe waren von vornherein auf Effizienz angelegt und nicht auf die Bereitstellung einer möglichst großen Zahl an Arbeitsplätzen. Da sie nur für begrenzte Märkte produzierten, waren keine Expansionschancen für diese Betriebe abzusehen.⁴⁰

Kennzeichen der Entwicklung der Eigentumsverhältnisse in der Phase der Kulturrevolution waren die Bildung von kleinen Kollektivbetrieben und die Einschränkung des privaten Besitzes sowie die Intention, möglichst rasch zu jeweils höheren, »sozialistischeren« Formen des Eigentums voranzuschreiten. Ausgehend von der Vorstellung, daß eine schrittweise »Vergesellschaftung« der Eigentums- und Produktionsverhältnisse *unabhängig* vom Stand der Produktivkräfte und der Arbeitsorganisation möglich sei, wurde mit der Verlagerung des Eigentums auf die Kommuneebene das Problem des Jahres 1956 nicht gelöst, sondern sowohl im *Großen Sprung* als auch während der Kulturrevolution noch verschärft. Das Scheitern des Versuchs, das Eigentum auf der Ebene der Kommune anzusiedeln und diese zu allumfassenden Grundeinheiten der chinesischen Gesellschaft zu entwickeln, hat gezeigt, daß die Eigentumsverhältnisse einer sozialistischen Gesellschaft nicht beliebig verändert werden können, sondern nur auf der Grundlage eines ihnen entsprechenden Arbeitsprozesses existieren können. Für die Landwirtschaft ist dies mit der Rücknahme des Eigentums auf die Ebene der Produktionsbrigade bzw. Produktionsgruppe bestätigt worden. Die Maßnahmen der Modernisierungspolitik, die Wiederzulassung der kleinen Einzelwirtschaft, die Aufwertung des Kollektivsektors in den Städten und die Schwergewichtsverlagerung auf die Bauernhaushalte auf dem Lande sind in diesem Sinne als Anpassungsleistungen an die materiellen Bedingungen zu verstehen. Zugleich bergen diese Maßnahmen die Gefahr in sich, eine ohnehin in der chinesischen Gesellschaft vorhandene Kleinproduzentenmentalität zu verstärken.

4. Modernisierung der chinesischen Landwirtschaft: Kapitalistische Tendenzen?

Die Veränderungen, die sich mit der Politik der Vier Modernisierungen ergeben haben, sind vielfältig und weisen im Unterschied zu der vorhergehenden Entwicklung alle in die Richtung eines breiteren Spektrums von Eigentumsverhältnissen. Das Bestreben war nun nicht länger darauf gerichtet, in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Wirtschaftseinheiten in Staatseigentum oder großes Kollektiveigentum zu überführen, sondern auf die Aktivierung von verschiedenen Formen des Kollektiveigentums, die Reaktivierung kleiner Privat-

produktion und kleinen Privathandels sowie auf die Nutzung in- und ausländischen Privatkapitals. Hauptmotor der bisher realisierten Maßnahmen war erstens die Steigerung der Produktivität der Volkswirtschaft und zweitens die Schaffung von neuen Beschäftigungsmöglichkeiten.

Eine Ausweitung des privaten Spielraumes innerhalb der Eigentumsverhältnisse der VR China ist vor allem mit der Einführung des Produktionsverantwortlichkeitssystems in der chinesischen Landwirtschaft erfolgt.

Mit der neuen Landwirtschaftspolitik, die im Rahmen des Modernisierungskurses seit dem 3. Plenum des XI. Parteitages im Dezember 1978 propagiert wird, wird auf die Produktionsverantwortlichkeitssysteme aus der ersten Hälfte der sechziger Jahre zurückgegriffen. Unter Voraussetzung der Produktionsgruppe als Ebene der Rechnungsführung werden Arbeitsaufgaben an Arbeitsgruppen bzw. Haushalte oder Einzelpersonen vergeben, die in Übereinstimmung mit dem Produktionsausstoß vergütet werden, wobei bei Übererfüllung der Normen Prämien gezahlt werden, bei Nichterfüllung der Verlust von den Haushalten zu tragen ist.⁴¹ Die Haushalte schließen einen Vertrag mit der Produktionsgruppe, in dem die Rechte und Pflichten der Vertragspartner genau festgelegt sind. Die Bauern haben das Recht, die Felder, Produktionsinstrumente und Anlagen der Produktionsgruppe zu nutzen, aber nicht, sie zu verkaufen. Von der Produktionsgruppe werden weiterhin Gelder für den Akkumulations- und Wohlfahrtsfond eingezogen.⁴² Die Produktionsverantwortlichkeitssysteme können unterschiedlich konkrete Formen annehmen; seit Anfang der achtziger Jahre wird insbesondere das Prinzip »bao chan dao hu«, bei dem die Ertragsquoten für die einzelnen Haushalte festgelegt werden, für arme und rückständige Gebiete propagiert.

Zwar hat keine formale Veränderung der Eigentumsverhältnisse stattgefunden, aber durch die eigenverantwortliche Arbeit einzelner Haushalte, die nur vertraglich zur Erfüllung einer bestimmten Ertragsquote gegenüber der Produktionsgruppe verpflichtet sind, ist die Bedeutung des privaten Bauernhaushaltes als grundlegender Produktionseinheit erheblich erhöht worden. Aus diesem Grunde sind unter den chinesischen Wirtschaftstheoretikern die Auffassungen darüber geteilt, ob durch das Produktionsverantwortlichkeitssystem der Charakter des sozialistischen Kollektiveigentums unangetastet geblieben ist oder ob sich bereits eine Einzelwirtschaft herausgebildet hat, die nurmehr ihrem Wesen nach sozialistisches Kollektiveigentum ist.⁴³

Die Vorteile des Produktionsverantwortlichkeitssystems werden darin gesehen, daß durch den ökonomischen Anreiz nicht nur die Erhöhung der Quantität, sondern auch der Qualität des Produktionsergebnisses stimuliert wird, die Interessen der Produktionsgruppen, der Arbeitsgruppen und der Bauern miteinander verbunden werden, das Organisationsniveau erhöht wird und auf diese Weise dem Prinzip »jedem nach seiner Leistung« am ehesten Rechnung getragen werden kann.⁴⁴

Andererseits gibt es gegen das Prinzip, die Ertragsquoten bei den Bauernhaushalten zu fixieren, zahlreiche Einwände. So wird gefragt, ob die Betonung des Einzelhaushaltes nicht eine Aufweichung des Kollektiveigentums, einen Rückschritt zum Privateigentum hin darstelle. Ein weiterer Kritikpunkt besteht darin, daß die sozialen Unterschiede innerhalb der Produktionsgruppen auf diese Weise vergrößert würden; zudem berge die Betonung des Einzelhaushaltes die Gefahr der Verfestigung der Kleinproduktion in sich.⁴⁵ Ein weiteres Problem stellt die Tatsache dar, daß die Einführung der Produktionsverantwortlichkeitssysteme mit dem Einzelhaushalt als Kern zu einem neuerlichen Anstieg der Geburtenziffern auf dem Lande geführt hat⁴⁶, da die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Bau-

ernhaushaltes nun noch verstärkt von der Zahl ihrer Arbeitskräfte abhängig sind. Weibliche Nachkommenschaft ist im allgemeinen unerwünscht, da die Mädchen nach ihrer Heirat zum Haushalt des Mannes gehören und ihrem eigenen als Arbeitskraft verloren gehen.

Insgesamt kann man sagen, daß die an Privatinitiative und Leistung orientierte Politik der Produktionsverantwortlichkeitssysteme gleichermaßen zu einer Effektivitätssteigerung der landwirtschaftlichen Produktion und zu einer Vergrößerung der bestehenden Einkommensdifferenzen geführt hat.

Die Ursachen dieser Einkommensdifferenzen lassen sich im großen und ganzen unter drei Gesichtspunkten zusammenfassen:

1. Unterschiedliche geographische und demographische Bedingungen wie Bevölkerungsdichte, Bodenbeschaffenheit, Lage, Klima und andere Naturbedingungen,
2. der Prozeß der Kollektivierung und die mit ihm einhergehenden Strategien zur Mechanisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft; dazu gehört auch die unterschiedliche Qualifikation der Kommunemitglieder, die Fähigkeit leitender Kader, die Bauern zu mobilisieren und die Höhe des Nutzungsgrades der Arbeitskräfte⁴⁷,
3. die Vergütungssysteme innerhalb der Produktionsgruppen bzw. gegenüber den einzelnen Haushalten, aus denen sich Einkommensdifferenzen zwischen den Bauernhaushalten ergeben.

Alles in allem hat die Entwicklungsgeschichte der Eigentumsverhältnisse in der VR China gezeigt, daß nach der Überführung der entscheidenden Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum Umgestaltungen in den Eigentumsformen nicht beliebig zur Umgestaltung von gesellschaftlichen Strukturen benutzt werden können, ohne erhebliche volkswirtschaftliche Verluste zu riskieren. Die chinesische Entwicklung macht deutlich, daß unter sozialistischen Verhältnissen prinzipiell die Möglichkeit einer Abweichung von ökonomischer und Eigentumsstruktur besteht; sie kann durch bewußten Eingriff hergestellt oder vermieden werden.

Alle in den letzten Jahren getroffenen Maßnahmen zur Aktivierung privater Initiativen sowie die Zulassung kleiner Privatunternehmen haben im großen und ganzen dazu gedient, die Eigentumsverhältnisse ihren materiellen Bedingungen anzugleichen, um von daher zu Produktivitätssteigerungen zu gelangen und Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Betrachtet man diese Maßnahmen vor dem Hintergrund des besonderen Charakters der chinesischen Revolution und der Bodenreform, deren Ziel und Ergebnis *zunächst* eine von feudaler Ausbeutung befreite, private Einzelwirtschaft der Bauern war, die aber in den vergangenen dreißig Jahren in überschnellen Kollektivierungsprozessen zu ungemessenen Eigentumsformen zusammengeführt worden war, so wird — zumindest für den landwirtschaftlichen Bereich — deutlich, daß es sich bei den gegenwärtigen Veränderungen nicht um eine Rückkehr zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen handelt, wie sie vor 1949 in China existierten, sondern um das Nachholen einer Phase innerhalb des landwirtschaftlichen Kollektivierungsprozesses mit sozialistischer Perspektive.

Anmerkungen

- 1 Die folgende Darstellung stützt sich auf Ausführungen in: B. Gransow, Soziale Klassen und Schichten in der Volksrepublik China. Theoretische Transformationskonzepte und reale Entwicklungsformen von 1949-1979 unter besonderer Berücksichtigung der städtischen Arbeiterklasse, München 1982.
- 2 »The Common Program of the Chinese People's Consultative Conference« (1949), in: A.P. Blaustein (ed), Fundamental Legal Documents of Communist China, South Hackensack 1962, 44, 46.
- 3 »The Agrarian Reform Law of the People's Republic of China«, in: ebd., 276ff.
- 4 Chen Hang-seng: »Land Reform Uproots Feudalism«, in: China in Transition. Selected Articles 1952-56 by Writers for China Reconstructs, Beijing 1957, 80ff.
- 5 Entscheidungen über die Einteilung des Klassenstatus auf dem Lande vom 4.8.1950 (Guanyu huafen nongcun jieji chengfen de jue ding), Hrsg. vom Staatsrat der Zentralen Volksregierung (Zhongyang renmin zhengfu zhengwuyuan), Beijing 1950.

- 6 Ein *xiang* entspricht der Verwaltungsebene von Großdörfern, die rund 300 Haushalte umfaßt. 1950 gab es in China 284266 *xiang*.
- 7 J. Wong, Land Reform in the People's Republic of China. Institutional Transformation in Agriculture, New York 1973, 108ff.
- 8 C.R. Roll, Incentives and Motivation in China: The »Reality« of Rural Inequality, Santa Monica 1976, 8, 9.
- 9 Ebd., 19.
- 10 Ebd., 34.
- 11 Chen Hang-seng: »Land Reform ...«, a.a.O., 84.
- 12 U. Weiß, Die Wirtschaft der VR China. Entwicklungslinien und Strukturen, Hannover 1975, 33.
- 13 P. Schran, The Development of Chinese Agriculture 1950-59, Urbana 1969, 28.
- 14 Hsüa Mutjiao, Su Hsing, Lin Dsi-li, Die sozialistische Umgestaltung der chinesischen Volkswirtschaft, Beijing 1964, 113.
- 15 Th.H.E. Chen (ed), The Chinese Communist Regime. Documents and Commentary, New York / Washington / London 1967, 188.
- 16 Hsüa Mutjiao, Su Hsing, Lin Dsi-li, Die sozialistische ..., a.a.O., 119.
- 17 P. Schran, The Development ..., a.a.O., 28.
- 18 »Decisions on Agriculture Cooperation«, in: R.R. Bowie, J.K. Fairbank (ed), Communist China 1955-59. Policy Documents with Analysis, Cambridge (Mass.) 1965, 106.
- 19 Mao Tse-tung, Fragen der Kooperierung n der Landwirtschaft, Beijing 1956.
- 20 Ebd., 26ff.
- 21 P. Schran, The Development ..., a.a.O., 29/30.
- 22 Hsüa Mutjiao, Su Hsing, Lin Dsi-li, Die sozialistische ..., a.a.O., 130.
- 23 Ebd., 136.
- 24 Hua Guofeng: »Die Tendenzen der einzelnen Schichten auf dem Lande müssen gründlich erforscht werden« (Chongfen yanjiu nongcun ge jiecheng de dongtai), in: Studium (Xuexi) Nr. 11, 1955, 30/31.
- 25 M. Blecher: »Income Distribution in Small Rural Chinese Communities«, in: China Quarterly No. 68, 1976, 813.
- 26 R. MacFarquhar, The Origins of the Cultural Revolution, Vol.1., Contradictions Among the People 1956/57, London 1974, 27.
- 27 »The Present Situation, the Party's General Line for Socialist Construction and Its Future Tasks« by Liu Shaoqi, May 5, 1958, in: R.R. Bowie / J.K. Fairbank (ed), Communist China ..., a.a.O., 416ff.
- 28 »Diskussionsbeitrag des Genossen Bo Ibo« in: Der VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, Bd.2 (Diskussionsbeiträge), Beijing 1956, 50ff.
- 29 »Politischer Bericht des ZK der KP Chinas« (Liu Shaoqi) in: Der VIII. Parteitag ..., Bd.1 (Dokumente), a.a.O., 13ff.
- 30 »The Present Situation ...«, a.a.O., 424ff.
- 31 Liao Lu-yän, Bo Ibo, Industrialisierung und Kollektivierung im neuen China, Beijing 1964, 7.
- 32 M. Biehl, Die chinesische Volkskommune im »Großen Sprung« und danach, Hamburg 1965, 42/43.
- 33 U. Weiß, Die Wirtschaft ..., a.a.O., 49/50; Wirtschaftsjahrbuch Chinas 1981 (Zhongguo jingji nianjian), Beijing 1981, VI-9.
- 34 U. Weiß, Die Wirtschaft ..., a.a.O., 50.
- 35 M. Biehl, Die chinesische Volkskommune ..., a.a.O., 52ff.
- 36 J.S. Prybyla, The Political Economy of Communist China, Scranton 1970, 343.
- 37 J. Domes, Sozialismus in Chinas Dörfern. Ländliche Gesellschaftspolitik in der VR China 1949-77, Hannover 1977, 136/37.
- 38 U. Weiß, Die Wirtschaft ..., a.a.O., 36.
- 39 »Soll die Kollektivwirtschaft in den Städten abgeschafft oder weiterentwickelt werden?«, in: Beijing Rundschau Nr.35, 1979, 11.
- 40 Perkins u.a., Rural Small-Scale Industry in the People's Republic of China. The American Rural Small-Scale Industry Delegation (ed), Berkeley / Los Angeles / London 1977, 216.
- 41 Liu Xijun, Huang Meiyong: »Zum Problem der Formen landwirtschaftlicher Arbeitsvergütung — Eine Untersuchung von vier Brigaden im Bezirk Jinjiang der Provinz Fujian« (Guanyu nongye laodong jichou xingshi wenti-cong Fujian sheng Jinjiang diqu si ge dadui de diaocha tanqi), in: Wirtschaftsprobleme Chinas (Zhongguo jingji wenti) Nr.4, 1980, 23; Wirtschaftliche Rechnungsführung der Produktionsgruppe in den ländlichen Volkskommunen (Nongcun renmin gongshe shengchendanui kuaiji), Shanghai 1979, 144.
- 42 »Berichte aus Zhongnanhai: Die Landwirtschaftspolitik auf die Tagesordnung gesetzt«, in: Beijing Rundschau Nr.34, 1981, 20.
- 43 »Diskussionsstand und Problemstellungen einer Tagung zu Fragen der Struktur des Eigentums an Produktionsmitteln während des gegenwärtigen Zeitabschnitts in unserem Lande« (Wo guo xian jieduan shengchan ziliao suoyouzhi jiegou wenti taolunhui taolun de qingkuang he tichu de wenti), in: Wirtschaftsforschung (Jingji yanjiu) Nr.6, 1981, 37.
- 44 Liu Xijun, Huang Meiyong: »Zum Problem ...«, a.a.O., 25/26.
- 45 Wang Guichen, Wei Daonan: »Über die Produktionsverantwortung durch die Bauernhaushalte« (Lun bao chan dao hu), in: Wirtschaftsforschung (Jingji yanjiu) Nr.1, 1981, 67; O. Weggel: »Eine Zeitbombe im Sozialismusgebäude der VR China: Das Einzelwirtschafts- und Haushaltsquotensystem«, in: China aktuell, Juliheft 1981, 434f.
- 46 Zhao Ziyang: »Die gegenwärtige Wirtschaftslage und die Richtlinien für den künftigen Wirtschaftsaufbau«. Bericht über die Tätigkeit der Regierung, erstattet auf der 4. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses am 30.11. und 1.12.81, in: Beijing Rundschau Nr.51, 1981, 31.
- 47 Ng Gek-boo: »The Commune System and Income Inequality in Rural China«, in: Bulletin of Concerned Asian Scholars No.3, 1979, 52.

Berichte

Adalbert Krims

UNIDO IV: »Freie Marktwirtschaft« als Problemlösung?

Industrialisierung der Dritten Welt und Weltwirtschaftsordnung, Wien, August 1984

Vom 2. bis 18. August 1984 war nach Wien die 4. Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO IV) einberufen worden. Die UNIDO ist 1966 mit der Aufgabenstellung gegründet worden, »die Industrialisierung in den Entwicklungsländern zu fördern und zu beschleunigen und die Tätigkeit aller Organisationen der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet zu koordinieren« (Resolution der UN-Generalversammlung vom 17.11.1966). Die 2. Generalkonferenz der UNIDO 1975 in Lima setzte das Ziel, daß der Anteil der Entwicklungsländer an der gesamten Weltindustrieproduktion bis zum Jahr 2000 auf mindestens 25 Prozent gesteigert werden soll. Zum damaligen Zeitpunkt lag dieser Anteil bei 10 Prozent und er hat sich bis Ende 1983 nur auf knapp 12 Prozent erhöht. Bei Beibehaltung der gegenwärtigen Trends würde die Dritte Welt im Jahr 2000 lediglich 15 Prozent der Industrieprodukte erzeugen.

Die UNIDO IV in Wien fand daher vor dem Hintergrund eines drastischen Auseinanderklaffens zwischen den Zielsetzungen der Organisation und den faktischen Ergebnissen des Industrialisierungsprozesses in der Dritten Welt statt. Auf diese Situation ging auch der Exekutivdirektor der UNIDO, der Algerier *Dr. Abdelrahman Khane*, in seiner Eröffnungsansprache ein:

»Es sollte heute allgemein anerkannt sein, daß die internationale wirtschaftliche Umwelt in den letzten paar Jahren als ein Haupthindernis für die Industrialisierungsbemühungen der Entwicklungsländer gewirkt hat. Die Industrialisierung der Entwicklungsländer war ein Hauptgeschädigter in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Daher stellen in meinen Augen die protektionistischen Strategien, die Schuldenprobleme und die Finanzierung der Industrialisierung der Entwicklungsländer die Hauptelemente der globalen Situation dar, die von der internationalen Gemeinschaft in Angriff genommen werden müssen.«

Khane vertrat also — ebenso wie die »Gruppe der 77« (der Zusammenschluß der Entwicklungsländer in den Wirtschafts- und Sozialgremien der Vereinten Nationen) — die Meinung, daß eine isolierte Diskussion über Industrialisierung der Dritten Welt ohne Berücksichtigung ihrer weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Hindernisse wenig sinnvoll ist. Gerade darauf zielte jedoch ursprünglich die Verhandlungsstrategie der »Gruppe B« (westliche Industrieländer) ab. Der westdeutsche Delegationsleiter, Bundesminister *Jürgen Warnke*, stellte gleich zu Beginn der Konferenz klar: »Unser System der Marktwirtschaft steht hier nicht zur Disposition.« Und er warnte die Entwicklungsländer davor, bei der UNIDO IV »ideologische Fragen« aufzuwerfen oder Themen zu behandeln, die »nicht unter das Mandat der UNIDO fallen«. Natürlich war es nicht »ideologisch« gemeint, wenn Warnke in einer »offenen und stabilen Politik« gegenüber dem in- und ausländischen Privatkapital das erfolgversprechendste Rezept für die Industrialisierung der Entwicklungsländer sah.

Ähnliche Töne schlug auch der US-Delegationsleiter, der Botschafter seines Landes bei den internationalen Organisationen in Wien, *Richard Williamson*, an: »Die Kreativität des Systems des freien Unternehmertums war zentral für die am meisten positive Indu-

rialisierung und das wirtschaftliche Wachstum.« Als beispielgebend für die Dritte Welt nannte er Südkorea, Thailand und Singapur. Der US-Vertreter meinte sogar, die Dritte Welt hätte ihre Schuldenprobleme dadurch vermeiden können, wenn sie eine »offenere und vernünftiger« Haltung gegenüber ausländischen Privatinvestitionen eingenommen hätte. Ausdrücklich wurde von der USA-Delegation der Begriff »Wirtschaftskrise« zurückgewiesen. Die »sogenannte« Krise sei nur eine Folge falscher wirtschaftspolitischer Strategien gewesen — wie z.B. der Planwirtschaft, staatlicher Eingriffe in die »freie Marktwirtschaft« etc. Der Beweis dafür sei der Wirtschaftsaufschwung in den Vereinigten Staaten sowie die steigenden Wachstumsraten in jenen Entwicklungsländern, die den amerikanischen Rezepten folgen. Natürlich nutzten die USA das internationale Forum auch für dickaufgetragenes Selbstlob. Botschafter Williamson: »Heute führt die USA die Welt aus der weltweiten Rezession heraus.« — »Die USA waren und bleiben die freigiebigste Nation auf dieser Erde in der Vergabe wirtschaftlicher und humanitärer Hilfe.«

Die Strategie der USA war also klar: die UNIDO IV sollte jegliche Kritik an der bestehenden Wirtschafts- und Währungsordnung sowie Vorschläge zu deren Reform vermeiden und statt dessen als Propagandaveranstaltung für die »freie Marktwirtschaft« als einzige Chance für einen weltweiten Wirtschaftsaufschwung und als Allheilmittel für die Probleme der Entwicklungsländer dienen. Allerdings bekamen die USA mit dieser Position sogar Probleme mit ihren engsten Verbündeten. Nicht einmal *Jürgen Warnke* konnte sich in seiner Rede einen Hinweis auf den hohen Dollarkurs und die Hochzinspolitik als erschwerende Faktoren für die Verschuldung der Dritten Welt verkneifen.

Im Laufe der UNIDO-Konferenz brach aber die anfangs notdürftig zusammengeflückte Solidarität der westlichen Industrieländer noch weiter auseinander. Ursprünglich wurde ein von der »Gruppe der 77« eingebrachtes Grundsatzdokument von der »Gruppe B« in Bausch und Bogen abgelehnt. Nach tage- und nächtelangen Verhandlungen, einem Dutzend Revisionen sowie einer Verlängerung der Konferenz um eineinhalb Tage wurde schließlich ein Kompromiß erarbeitet, der auch den meisten westlichen Industrieländern konsensfähig erschien. Ja, es gab sogar bereits die Hoffnung auf eine Einigung ohne formelle Abstimmung (evtl. mit nachträglichen verbalen Reservationen einiger Staaten). In dieser Situation erhielt die US-Delegation aus Washington die Weisung, den Kompromiß insgesamt abzulehnen, da er eine Tendenz widerspiegeln würde, die die USA nicht billigen könnten. Zu diesem Zeitpunkt war es allerdings nicht einmal den engsten Verbündeten der USA möglich, eine Kehrtwendung zu vollziehen. Das Grundsatzdokument (im Konferenzjargon »Château« genannt) wurde dann mit den Stimmen der »Gruppe der 77«, der »Gruppe D« (sozialistische Länder Osteuropas) sowie der Hälfte der »Gruppe B« (darunter Frankreich, Niederlande, Spanien, Griechenland, Österreich und Schweden) angenommen. Die andere Hälfte der »Gruppe B« (darunter die BRD, Großbritannien, Kanada, Schweiz, Japan und Australien) enthielt sich der Stimme, während die USA als einzige dagegenstimmten.

Der »Château« geht von einer Beschreibung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Industrialisierung der Dritten Welt aus:

»Die Periode seit der Dritten Generalkonferenz der UNIDO war von weitverbreiteter wirtschaftlicher Stagnation und Krise gekennzeichnet. Diese hatte besonders ernste Auswirkungen auf die Entwicklungsländer, vor allem die am wenigsten entwickelten unter ihnen. Ein Aufschwung hat begonnen und setzt sich in einigen großen Industrieländern fort, während die Entwicklungsländer weiterhin kritischen Situationen ausgesetzt sind, die ihre Industrialisierungs- und Entwicklungsaussichten negativ beeinflussen. Eine Kombination der folgenden Faktoren

hat zu den ernsthaften Schwierigkeiten beigetragen, denen viele Entwicklungsländer ausgesetzt sind: Inflation; abnehmende Investitionen; starke Zunahmen in den Preisen wesentlicher Importe; Schwankungen und starker Verfall der Weltmarktpreise ihrer Rohstoffe; sich verschlechternde terms of trade; gesunkene Niveau der äußeren Nachfrage; hohe und steigende reale Zinssätze; Verringerung des Flusses finanzieller Mittel; stagnierende öffentliche Entwicklungshilfe; akute Knappheit an ausländischen Zahlungsmitteln; Rückgang des Realeinkommens und gestiegene Last der Bedienung der Auslandsverschuldung. Die internationalen Handels-, Währungs- und Finanzsysteme standen unter schwerem Druck. Schwierigkeiten sind aufgetreten in bezug auf die Finanzierung von Industrialisierung und Entwicklung der Entwicklungsländer.«

Nach dieser Zustandsbeschreibung wird auf die Notwendigkeit verstärkter internationaler Zusammenarbeit sowie der Reform des internationalen Wirtschaftssystems — darunter auch des Finanz- und Währungssystems — hingewiesen. Ausdrücklich werden »erhöhte Flüsse von begünstigter wie auch nicht-begünstigter Industriefinanzierung« gefordert. Weiter spricht sich das Dokument für die Bekämpfung des Protektionismus und die Senkung des Zinsniveaus aus. Es wird die wichtige Rolle der Industrialisierung für »die Förderung der sozialen und ökonomischen Entwicklung der Entwicklungsländer und für die Verbesserung des Lebensstandards ihrer Menschen« hervorgehoben, wobei die Industrialisierungsstrategien

»die wirksame Mobilisierung und den optimalen Gebrauch der menschlichen und materiellen Ressourcen ermutigen, interne Strukturänderungen fördern und positive Anpassungsmaßnahmen annehmen, die Verbindung mit anderen Sektoren der Wirtschaft, vor allem mit der Landwirtschaft, stärken, und die Verbindungen zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor sowie zwischen kleinen, mittleren und großen Industrien ausweiten«

sollten. Einen besonders wichtigen Stellenwert räumt der »Château« der verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern ein. Die UNIDO-Konferenz verabschiedete außerdem neun Resolutionen zu wichtigen Tätigkeitsbereichen der Organisation einstimmig; die Resolutionen über technische Hilfe an das palästinensische Volk (2 Gegenstimmen und 21 Enthaltungen) sowie an die von der OAU anerkannten Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika (6 Gegenstimmen und 21 Enthaltungen) wurden jeweils mit großer Mehrheit angenommen (die USA stimmten in beiden Fällen dagegen, die BRD enthielt sich einmal der Stimme und stimmte einmal dagegen).

Dennoch kann man UNIDO IV nicht einfach als Durchbruch im Nord-Süd-Dialog werten. In den entscheidenden Fragen der Industriefinanzierung sowie der Umstrukturierung und Verlagerung von Industrien auf Weltebene konnte nämlich keine Einigung erzielt werden. In bezug auf die Finanzierung vertrat z.B. die US-Delegation den Standpunkt, daß diese in erster Linie durch einheimische Ersparnisse in den Entwicklungsländern selbst erfolgen sollte. Als internationale Finanzierungsinstrumente seien die Weltbank und der Internationale Währungsfonds ausreichend. Darüber hinaus wurden die Entwicklungsländer auf die kommerziellen Banken und ausländische Direktinvestitionen verwiesen. Die Rolle der UNIDO im Bereich der Industriefinanzierung sollte nach Meinung der USA vor allem in einer Stärkung ihrer Investitionsförderungsdienste bestehen. Zwar vertraten nicht alle westlichen Industrieländer dieselbe Position wie die USA, doch waren sie insgesamt der Meinung, daß einerseits aufgrund von Budgetproblemen keine zusätzlichen öffentlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden können und daß andererseits der Bereich Finanzierung in erster Linie von den bestehenden internationalen Finanzinstitutionen behandelt werden sollte.

In der Frage der Umstrukturierung und Verlagerung von Industrien zog sich die »Grup-

pe B« hauptsächlich auf die »Marktkräfte« zurück, die der wesentliche Motor für notwendige Anpassungsprozesse seien. Botschafter Williamson: »Die Vereinigten Staaten betrachten Umstrukturierung und strukturelle Anpassung im industriellen Sektor als ein globales Phänomen, das kontinuierlich in einem massiven Ausmaß in erster Linie als ein Resultat der Marktkräfte entsteht.« Minister Warnke:

»Die Idee, die Regierungen der industrialisierten Länder zu zwingen, über Marktanteile und den Transfer von Produktionsschienen in die Entwicklungsländer zu verhandeln, ist ein rein theoretischer Ansatz ... Das heißt nicht, daß wir nicht den Prozeß der Anpassung an den internationalen komparativen Vorteil als im Interesse unserer eigenen Wirtschaft befindlich ansehen.«

Die Themen Industriefinanzierung und industrielle Umstrukturierung sollen nun sowohl im Rahmen der UNIDO wie auch der UN-Generalversammlung weiterbehandelt werden. Entscheidende Schritte vorwärts sind dabei allerdings in absehbarer Zeit kaum zu erwarten.

Ob man UNIDO IV als Erfolg oder Mißerfolg betrachtet, hängt wohl in erster Linie von den Erwartungen ab, die man von der Konferenz hatte. Daß ein Großteil der westlichen Industrieländer trotz der Haltung der USA bereit war, zu einem konstruktiven Dialog mit der Dritten Welt zurückzukehren, kann man sicher als einen Ansatz für eine internationale Klimaverbesserung werten. Dem steht allerdings gegenüber, daß die USA nicht nur das ökonomisch mächtigste Land sind, sondern auch für ein Viertel des UNIDO-Budgets aufkommen. In diesem Zusammenhang ist es wohl auch zu verstehen, daß der Exekutivdirektor der UNIDO in seiner Eröffnungsrede den Vorschlag unterbreitete, daß es besser wäre, wenn kein Land mehr als zehn Prozent zum Budget der Vereinten Nationen oder ihrer Spezialorganisationen beitrüge.

Im nächsten Jahr wird die UNIDO in eine selbständige Sonderorganisation im Rahmen des UN-Systems umgewandelt werden. Ob diese Aufwertung der UNIDO auch tatsächlich zu einer Verbesserung der Situation der Entwicklungsländer im industriellen Bereich beitragen wird, hängt weniger von der Organisation selbst als von den Mitgliedsstaaten — und hier vor allem von den ökonomisch stärkeren — ab. Wenn jedoch anstelle einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit wieder das reine Dschungelgesetz der »freien Marktkräfte« treten sollte, dann wäre es besser und ehrlicher, nicht mehr von »Entwicklungsländern« zu sprechen, sondern die Dritte Welt zum freien Jagdrevier für Extraprofite transnationaler Konzerne zu erklären.

Rolf Winkler

»Konservatismus in der Strukturkrise« — oder hilfloser Antikonservatismus?

Kongreß der Frankfurter Juso-Hochschulgruppe vom 29.5. bis 2.6.1984, Frankfurt/M.

Bewußt aus den ausgetretenen Pfaden eines »linken Traditionalismus« ausscheren wollte die Frankfurter Juso-Hochschulgruppe, als sie zu einem Kongreß einlud, dem sie den von André Gorz Scene-Bestseller inspirierten Untertitel »Neue und alte Wege ins Paradies«

beigab. Podien zu Themen wie »Konservatismus« zwischen Technokratie und alten Werten«, »Ausstieg aus der Lohnarbeit?« und »Zwischen Demokratie und Technokratie — vom Sozialstaat zur Selbsthilfe« sowie etliche Prominente haben nach Schätzungen rund 2000 Besucher in die Uni geführt. Allein die Namen der Angefragten und Teilnehmer der Podiumsdiskussionen zeigen, daß hier »dogmatische« Schranken gewohnter linker Diskussionsbesetzung durchbrochen werden sollten: Von sogenannten »konservativen Revolutionären« wie Armin Mohler, Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Klaus Hornung über Günter Rohmoser und Heiner Geißlers Referenten, Warnfried Dettling, und dem »Nestor« der katholischen Soziallehre, Oswald v. Nell-Breuning, hin zu Ökolibertären wie Th. Schmid und Dieter Marcello und zu guter Letzt Th. Meyer (Friedrich-Ebert-Stiftung), Siegmur Moosdorf (Landesgeschäftsführer der SPD Baden-Württemberg), Iring Fetscher, neben Erich Standfest (DGB) und Horst Hinz (IGM). Für marxistisch orientierte Kritiker des Konservatismus (wie z.B. Leo Kofler, Klaus Fritzsche oder Arnhelm Neusüß) oder gewerkschaftliche Technologiekenner wie Ulrich Briefs war auf diesem Kongreß offensichtlich von vornherein kein Platz vorgesehen.

Zum inhaltlichen Konzept der Frankfurter Juso-Hochschulgruppe

Doch bevor näher auf die personelle Besetzung eingegangen wird, seien einige von der Juso-HSG dem Kongreß in großer Auflage vorangeschickte Thesen erläutert, die Aufschluß über seine Themenstellung wie die Einladungspraxis geben können. Hierauf soll sich dieser Bericht beschränken; eine Gesamteinschätzung aller Referate und AG-Diskussionen muß der Besprechung des Kongreßbandes überlassen werden, den Suhrkamp im nächsten Frühjahr folgen lassen will.

Unter »Strukturkrise« begreift die Frankfurter Juso-HSG, daß im »System der industriellen Produktion« »technologische Innovationen (...) den sozialen Status breiterer Schichten einer Gesellschaft (bedrohen), die sich bis heute in weiten Teilen über fremdbestimmte, lohnabhängige Arbeit definiert«. Diese neue Strukturkrise der »großindustriellen Vergesellschaftung der Produktion« lasse »'linke' und 'rechte' Weisheiten ... fraglich« werden, umgekehrt zeige sie den »Konservatismus als eine politische Grundströmung, die derzeit alle gesellschaftlichen Gruppen und politischen Lager beeinflusst.« Mit dem Werturteil »konservativ« belegt werden zuvorderst die »an arbeitsintensiven und extrem umweltschädlichen Produktionsprozessen festhaltenden, mehrheitlich »strukturkonservativen« Gewerkschaften, die wie überhaupt die »Arbeiterbewegung in die paradoxe Lage (geraten), das Fabrikssystem und seine Grundlage, die Lohnarbeit, gegen eine Entwicklung zu verteidigen, die offenbar Chancen eröffnet, die Qualität und Komplexität von Arbeit zu erhöhen, ihre Gesamtmenge jedoch zu reduzieren«. Solche Wendungen unterschlagen zum einen den Doppelcharakter der Arbeiterbewegung, innerhalb des Lohnsystems kämpfen zu müssen und zugleich für seine Aufhebung einzutreten. Ist die Arbeiterbewegung aber schon deshalb »strukturkonservativ«, weil sie in einem System kapitalistischer Fremdbestimmungen realistische »Abwehrkämpfe« — und das sind eben Arbeitsplatz- und Reallohnsicherung — führen muß, um ihre Schutzfunktion zu erfüllen? Im ideologischen Vexierspiel der Juso-HSG werden unter der Hand die »technologischen Innovationen« als gleichsam »progressiv« und »emanzipatorisch« gewertet, während jene, die den technischen Fortschritt nicht ohne den sozialen wollen, als »konservativ« denunziert werden. Mitten im Streit um die 35-Stunden-Woche als härtestem gewerkschaftlichem Kampf seit 1945 entsprachen solche Kongreß-Thesen der allgemeinen Stimmungsmache gegen die Streikenden.

Nicht zufällig stand André Gorz Pate bei der Kreation des Kongreß-Untertitels. Entlehnt wird von ihm der »Abschied vom Proletariat« ebenso wie die Suche nach der Utopie: »Befreit von der Illusion, die 'kapitalistische' Arbeiterklasse könne selbst als Träger der neuen Gesellschaft und damit als revolutionäres Subjekt fungieren, müssen wir konkrete Utopien der neuen Gesellschaft selber entwickeln, schon heute im Kapitalismus.« Wie sehr sich die Wortführer der Juso-HSG, Thomas Kreuder und Hanno Loewy, in diesen Thesen wie der Anlage und Moderation des Kongresses bereits jeglicher politökonomischer Reflexion enthalten und den Interessengegensatz von Kapital und Arbeit systematisch ausgeblendet haben, zeigt die heillose Vermengung im modischen Ragout geisteswissenschaftlicher und politökonomischer Begriffe in ihrer romantischen Emanzipationsutopie: »In einer neuen Akkumulationsperiode (nicht zu verwechseln mit 'traditionellem Wachstum') müßte die Produktion und die Befriedigung 'ökologischer'/'neuer sozialer' Bedürfnisse, und ein weitreichender gesellschaftlicher Strukturwandel ('Kulturrevolution') ermöglicht werden. Dies wäre der einzige Weg des Kapitals, den tendenziellen Fall der Profitrate (mal bei Marx nachlesen) für eine neue 'lange Welle' der Entwicklung der Produktivkräfte aufzuhalten.« Es verblüfft schon, wie hier plötzlich die Sicht von Technologierevolution als zwangsläufiger Prozeß hinübergleitet und umschlägt in die Vision der politischen Machbarkeit einer langfristig unentfremdeten Gesellschaft der Postmoderne, in der das Kapital Ökonomie, Ökologie und Humanität friedlich aussöhnt und allenfalls »auf der Schattenseite der Mikro-Chips(!) Spaltung der Gesellschaft und eine sich selbst ihre Konsumenten produzierende Freizeitindustrie« entdeckt werden. Aber selbst in dieser nachgeschobenen Einschränkung wird deutlich, daß die gegenwärtige Krise nicht so sehr als sozialökonomische Verwertungs-, sondern als Wertekrise, als Zivilisations- und Kulturkrise wahrgenommen wird.

Als primär verändernde Kraft für diese Utopie erscheint Kreuder/Loewy das sogenannte »grüne Potential« des »neuen Mittelstandes« (Pädagogen, Intellektuelle, Randgruppen ...), worin man unschwer die nur schwach variierte Neuauflage eines antiautoritären Theorems vom Ende der 60er Jahre entdecken kann. Zu Gorz' Theorem stößt 1984 freilich Glotz' Hoffnung auf »nachdenkliche« Kapitalfraktionen, wenn es bei Kreuder/Loewy heißt: »Um als gesellschaftliches Bündnis tragfähig zu werden, müssen sowohl Grüne als auch Sozialdemokraten langfristig auch relevante Fraktionen des Kapitals an sich binden, deren Produktion und deren Profite zunehmend von der stagnierenden Konsumtion in Frage gestellt werden und die nach neuen Absatzmärkten, neuen Verwendungen für neue Produkte zu suchen gezwungen sind. Diese gibt es bereits. Wichtig ist aber vor allem, daß die neuen Zukunftsindustrien nicht der »Rechten« vorbehalten bleiben. Der Gruppe der »modernen Techniker« fällt hier die entscheidende Rolle zu.

Die Kongreß-Praxis

Für dieses Bündnis die geistige Vorfelddarbeit zu leisten und ins unmittelbare Gespräch zu kommen, war so erklärtes Ziel der Juso-HSG für diesen Kongreß. Entsprechend darf die ansehnliche Zahl der eingeladenen Konservativen nicht verwundern, ebenso nicht wie die anfangs benannte Aussparung marxistisch orientierter Konservatismuskritiker und klassenautonomer Strömungen in den Gewerkschaften. Mehrere »Einsichten« und Begriffe konnten als gemeinsame Plattform des Dialogs von »konservativen Revolutionären«, »offiziellen« Konservativen, Ökolibertären, Sozialliberalen und Gewerkschaftern von seiten der Juso-HSG angeboten werden: zum einen die Ausblendung eines sozialökonomischen Interessenbegriffs und die entsprechend unkritische Sicht der technologischen Inno-

vationen, zweitens ein nahezu stromlinienförmiger »high technology«-Optimismus, drittens die Diagnose der Krise als »Zivilisationskrise« »der molochartigen Großtechnik«, viertens der erklärte Ausstieg aus dem »antagonistischen Weltbild« (wodurch die Konservateure der Eigentums- und Produktionsverhältnisse vom Konservatismusvorwurf entlastet waren, der aber ihren Gegnern um so nachhaltiger auferlegt wurde), fünftens im Entwurf eines Wegs »vom Sozialstaat zur Selbsthilfe« und sechstens als Realisierung der »bürgerlichen Utopie« der marktmäßigen »Dezentralisierung der Produktionsmittel in unsere Köpfe und in die Elektronengehirne hinein«, um eben besagter »Rationalität der molochartigen Großtechnik« zu entgehen in der Flucht nach vorne, als seien frühbürgerliche Sozialbeziehungen im hochgradig vergesellschafteten »Späth«-Kapitalismus rekonstituierbar und realisierbar.

Es ist — ohne, wie gesagt, eine Gesamteinschätzung vorwegnehmen zu wollen — aufgrund dieser Kongreßplanung nicht verwunderlich, wenn die Juso-HSG anlässlich des Kongreßverlaufs eine »zuweilen verdächtige Einmütigkeit« auf den von ihr arrangierten Podien konstatierte, und auch Richard Meng kam nicht umhin, neben der »Vertrautheit der alten Kontroversen« »einen ungewohnten Konsens (auf Basis allgemeiner, ungeklärter Begriffe) beispielsweise in der Befürwortung von mehr sozialpolitischer 'Selbsthilfe'« festzustellen (FR, 5.6.84).

Man mag die eben referierten Thesen abrangieren als ebenso schicke wie süffige Formeln eines wendigen Krisenbewußtseins, käme in der Art, wie hier Begriffe geöffnet und umgestülpt werden, nicht ein zentrales Bemühen zum Tragen, das die Krisenverarbeitungsstrategie einer Strömung der Intelligenz anzeigt, die einerseits gleichsam kontrafaktisch die drohende Arbeitslosigkeit in die Theorie des garantierten Mindesteinkommens (im Kapitalismus) wenden möchte, andererseits die dominante Frontstellung der bürgerlichen Öffentlichkeit gegen die Arbeiterbewegung mit Abschwächungen übernimmt und sich den »Neo«konservativen als Gesprächspartner und Moderator vor großem studentischen Forum anbietet, um konservative Krisendiagnosen und Krisentheoreme für »linke« Utopien fruchtbar zu machen.

Wegen seiner denunziatorischen Funktion gegen die Gewerkschaften in der Zeit der 35-Stunden-Auseinandersetzung ist der Kongreß von »rechten« wie »linken« Gewerkschaftern und Jusos auch kritisiert worden. Anlaß dieser Kritik war zum einen die Tatsache, daß die Juso-HSG in ihrer Kongreß-Zeitung z.B. den Beitrag Günter Rohrmosers aus dem »Bayernkurier« ebenso abgedruckt hatte wie eine Werbeanzeige für Caspar von Schrenck-Notzings in der »Braunzone« von Rechtskonservatismus und Neofaschismus angesiedelte Zeitschrift »Criticon«.

Zum »Hintergrund« einiger Referenten

Der eigentliche Skandal bestand darin, daß neben dem intellektuellen Spektrum der regierenden Konservativen Personen eingeladen worden sind, die als Wortführer »nationalrevolutionärer« bzw. »konservativ revolutionärer« Ideologie gelten müssen: Gerd-Klaus Kaltenbrunner und Armin Mohler. Kaltenbrunner, der von konservativen Kreisen gern als »führender neo-konservativer Philosoph« deutscher Zungen und österreichischer Abkunft empfohlen wird, ist Herausgeber der Reihe »Initiative« im Herder-Verlag, in der neben konservativen auch »nationalrevolutionäre« und »nationaldemokratische« Autoren Raum erhalten. Seit Juli 1984 schreibt er regelmäßig in dem neofaschistischen Magazin *Mut* (Auflage 32.000), außerdem ist er zu Beginn des Jahres mit A. Glucksmann u.a. zum ständigen Kolumnisten in der Burda-Zeitschrift »Bunte« avanciert. Armin Mohler, einst-

mals Privatsekretär Ernst Jüngers und jetzt Geschäftsführer der Siemens-Stiftung, bemüht sich in diversen Schriften, so auch in »Criticon«, die Barbarei des Faschismus anzuzweifeln. Sein Hauptanliegen gilt der ideologischen Kooperation zwischen den westdeutschen »Nationalrevolutionären« im Umfeld des »Thule-Seminars« (ab 1.1.84 modernisiert benannt als »Kulturkreis 2000«), der »Criticon« und der französischen »Neuen Rechten«, die mit seiner Unterstützung im sogenannten *Grece* ein Zentrum schuf, und mit Allain de Benoist einen von ihm protegierten und inspirierten Chefideologen hat, der »für die Wiedervereinigung Deutschlands« und »für die Wiedervereinigung Europas — vom Atlantik bis zum Ural« (Criticon 60/61, 1980, 199) und für die »volkkliche Identität« ebenso eintritt wie Mohler. Sowohl Kaltenbrunner wie Mohler sind nach anfänglicher Zusage nicht erschienen, jedoch hat die Juso-HSG erklärt, sie würde diese Nationalrevolutionäre auch künftig einladen. Statt dessen gastierte als Vertreter »neokonservativer« Theorie ein gewisser Klaus Hornung, Politologieprofessor in Reutlingen, der bekannt geworden ist als Feind der Entspannungspolitik und Chefpropagandist der »Konservativen Aktion«, die das Thema der »deutschen Identität« und »Wiedervereinigung« in den Vordergrund schieben möchte und der ebenfalls in *Mut* publiziert. Dort forderte er unlängst: »Die Zeit der Tabus ist vorbei« und »die erneute Selbstanerkennung« der BRD als »des Kern- und Treuhänderstaats Gesamtdeutschlands in Frieden und Freiheit« (*Mut* 8/84, 36).

Noch wesentlich klarer als bei Hornung fallen bei Kaltenbrunner und Mohler die Bezüge auf die Tradition der »konservativen Revolution«, der sogenannten »Jungkonservativen« der Weimarer Republik aus, die seinerzeit als geistige Wegbereiter und Schrittmacher des Faschismus gewirkt haben. Hoch in Ehren stehen bei Mohler und Kaltenbrunner z.B. Arthur Moeller van den Bruck, der den Nazis das Stichwort des »III. Reiches« lieferte, Oswald Spengler, der den welthistorischen Prozeß als organische Abfolge von Geburt, Jugend, Alter und Tod der Kulturkreise darbot, oder der unlängst von Wallmann prämierte Ernst Jünger, der im »Arbeiter« eine emphatische Vision des Soldaten und des faschistischen Kriegsstaates entwarf.

Nach der Novemberrevolution haben diese und andere Intellektuelle sich von dem vergleichsweise hausbackenen Honoratioren-Konservatismus des Kaiserreiches distanziert und den Deutschnationalen wie den Faschisten Stichworte geliefert, Ideen gespendet und Begriffe um- und zugearbeitet, die jene für die autoritäre Aushöhlung der Republik als geistige Waffe benutzen konnten, um die vorgefertigte »Blut- und Boden«-Ideologie, Lebensraumtheorien etc. schließlich in ihre terroristische Konsequenz umzusetzen. Wie Mohler in seinem programmatischen Artikel »Deutscher Konservatismus seit 1945« (in: G.K. Kaltenbrunner [Hrsg.], Die Herausforderung der Konservativen, München 1974) schreibt, reichte der positive, d.h. bloß »konservative« Rückbezug auf die Weimarer »Jungkonservativen« nicht aus, den Konservatismus in der BRD zu einer scharfen politischen Waffe und Strömung zu schmieden, entscheidend sei das Hinzukommen der »Verhaltensforscher«, deren »Erkenntnisse sich in den letzten Jahren als der wirksamste Motor der Umwandlung des Konservatismus erwiesen haben.« (Ebd., 51 und 53).

Was heißt dies nun konkret für die politische und Theoriearbeit dieser konzeptiven Ideologen in der jetzigen »geistig-moralischen Erneuerung«? Ein Beispiel: Zusammen mit anderen Nationalrevolutionären (W. Venohr, Th. Schweißfurth, W. Strauss u.a.) läßt Kaltenbrunner in der »Frankfurter Rundschau« — »bewußt nicht im heißen Herbst 1983 ..., sondern erst im kühleren Februar 1984« (so der Mitunterzeichner S. Frank in der »grün«-nationalrevolutionären Zeitschrift *Wir selbst*, 3/84, 19) eine Anzeige »Den Frieden retten — Deutschland vereinen«, worin ein angestrebter »Stufenplan deutsch-deutscher

Konföderation« damit begründet wird, »daß hinter der Raketenfrage unbarmherzig das nationale Problem unseres Landes zum Vorschein kommt ... Die nationale Frage ist zugleich eine wahrhaft revolutionäre Aufgabe aller Europäer. Wenn die Spaltung des Kontinents nicht überwunden und die Freiheit aller seiner Völker nicht errungen wird, enden wir alle irgendwann im atomaren Inferno. Politische Emanzipation heißt das Gebot der Stunde.« (FR, 3.2.84) So ist man von der Raketenfrage auf die »nationale Frage« als »revolutionärer« und »emanzipatorischer« für Deutschland und Europa übergeglitten. Verschwiegen wird in diesem Aufruf seine ideologische Fundierung: ein biologisches Menschenbild, dem aus Schriften solcher Verhaltensforscher wie Irenäus Eibl-Eiblsfeld (z.B. Der vorprogrammierte Mensch, München 1982) oder Konrad Lorenz (Die 8 Todsünden der zivilisierten Menschheit, München 1982) seine »wissenschaftliche« Absicherung zuteil wird, daraus abgeleitet die Behauptung eines Dominanztriebes (direkt gegen die Gleichheitsforderung gerichtet) und Territorialtriebes (eigner Raum, Heimat) sowie die Forderung nach »Ethno-Pluralismus« (jedem Volk seinen Kulturraum) oder »Befreiungsnationalismus« (z.B. Wiedervereinigung gegen »Fremdherrschaft«). Einerseits fungieren so Mohler und Kaltenbrunner als Stichwortgeber für offene Neofaschisten wie Kühnen, andererseits orientiert ihre Ideologearbeit darauf, begriffliche Umschaltstellen und Begegnungsfelder für die Beeinflussung und Integration der »neuen sozialen Bewegungen« zu entdecken: »rechte« Inhalte sollen in »linke« Begriffskapseln eingegossen und dadurch »umfunktioniert« werden. Sind im »Krieg um die Wörter« erst die »Begriffe besetzt«, und »geistig-moralisch erneuert und gewendet«, bestehen gute Chancen, daß nicht nur die Worte, sondern auch die mittelständischen Protestbewegungen »umgekehrt« sind.

Das mag sich nach Sandkastenspielen und Übungen für die Retorte anhören. Aber wer die letzten Jahrgänge der drei zentralen nationalrevolutionären Zeitschriften *Neue Zeit*, *Wir selbst* und *Der Aufbruch* durchsieht, wird überrascht sein, wie »grün«, »natürlich«, »kapitalismuskritisch« und um »kulturelle Identität« bemüht diese Organe sind. Im Mittelpunkt steht eine lebensphilosophisch eingefärbte Kritik an der »zerstörerischen« Industriegesellschaft und ihren Entfremdungstendenzen, sei's bei Nationen, Regionen oder ihren Kulturen. Um die Begriffe »Identität«, »Alternative«, »Dezentralisierung« entsteht eine vage Konzeption, die auch vor der Eingemeindung der »Kulturrevolution« nicht Halt macht, um schließlich in der bekannten Forderung nach einer »nationalen Identität« ins rechte Fahrwasser abzugleiten.

Fazit

Diese Hinweise sollen nicht in die Suggestion münden, die Juso-HSG sei »nationalrevolutionär« orientiert oder würde nicht versuchen, von links her Paroli zu bieten. Aber die Frage, wieso Jusos bereit sind, ausgewiesenen Grenzgängern aus der »Braunzone« des Konservatismus ein großes studentisches Auditorium anzubieten, muß hinführen und verbunden werden mit der Frage, wo es in der heutigen politisch-intellektuellen Szene der BRD ideologische Erosions- und Übergangsfelder und Enttabuisierungszonen gibt, in denen auch Positionen sozialistischen Anspruchs sich als partiell kritikunfähig gegenüber konservativen Auflösungsversuchen erweisen, weil sie deren Denkmuster einer lebensphilosophischen Zivilisationskritik in Teilen nachvollziehen, ohne jedoch deren reaktionäre Konsequenzen in irgendeiner Weise zu teilen.

Selbstverständlich muß man die Debatte mit den Konservativen nicht meiden, wie der Teufel das Weihwasser scheut. Nachdenkenswert ist z.B. die Hoffnung Fetschers auf die Kooperation *linker Reformer* mit *Wertkonservativen*, »wenn traditionelle humanistische

Werte erhalten und generell realisierbar gemacht werden sollen.« (ders., Neokonservative und »Neue Rechte«, München 1983, 33). Jedoch hat das Begriffspaar *Strukturkonservative* und *Wertkonservative*, von Eppler in der »Zeit« vom 16.10.81 ins Feld gebracht, reichlich Verwirrung und Unschärfe gestiftet: Sind tatsächlich alle Werte erhaltenswert? Und was sind konkret »traditionelle humanistische Werte«? Argumentieren nicht beispielsweise Mohler und Kaltenbrunner (wie weiland Ernst Niekisch im »Hofgeismarer Kreis« der Jungsozialisten 1925 gegen das *unnationale Weimarer System* und seine *Strukturen*) heute gegen das *Bonner System* und für die *wahren Werte*? Und muß nicht letztlich der Klassenbezug bei jeder *Struktur* und jedem *Wert* entscheiden, ob sie konservierungswert sind oder verändert werden müssen? Politisch gewendet: die Kooperation mit solchen christlichen *Wertkonservativen* wie Franz Alt und D. Gohl war in der Friedensbewegung möglich, weil der Wert der Bewahrung und Stabilisierung des Friedens in der Friedensbewegung gefüllt war durch den konkreten Kampf gegen die US-Raketenstationierung und die damit verbundenen Vorherrschaftspläne. Hier war das Bündnis mit bestimmten Konservativen nützlich und notwendig, weil die Inhalte und die Zielrichtung prägnant waren. Hingegen waren beim Konservatismuskongreß weder die theoretischen Positionen der Jusos gegenüber konservativen Eingemeindungen abgeklärt, noch war der Kongreß in den Kampf einer fortschrittlichen Bewegung eingebettet, ja, er widersprach ihm sogar direkt. Und er bot Ultrakonservativen die Chance, vor einem Auditorium von Intellektuellen ihre Theorien als »salonfähig« darzustellen. Als wäre nicht seit Weimar bekannt, wie anfällig gerade die Intelligenz auf Krisensymptome reagiert und wie schnell sie seinerzeit ins faschistische Lager einschwenkte — die »Jungkonservativen« waren nur die Spitze des Eisbergs. Und schließlich muß es dem antifaschistischen Selbstverständnis von Jungsozialisten zuwiderlaufen und uns unglauwbüdig machen, wenn wir unterschiedenen Präfaschisten als geladenen Podiumsteilnehmern in unseren Veranstaltungen das Auditorium zur Verfügung stellen. Zweifelsohne sind die Genossinnen und Genossen der Juso-Hochschulgruppe Frankfurt Antifaschisten, aber haben sie antifaschistisch gehandelt?

Günter Beling / Kai Fieguth

Hamburg eröffnet breite Programmarbeit

Konferenz »Strategien der SPD-Linken« am 26./27.10.84 in Hamburg

Der Landesverband der Hamburger Jungsozialisten führte am 26./27.10.84 eine Konferenz zur »Strategie der SPD-Linken« durch. Diese hatte ihren Ursprung in einem Grundsatzantrag zur Juso-Landeskonferenz '84, der sich mit den »Problemen und Aufgaben der Sozialdemokratie in den nächsten Jahren« befaßte. Der Antrag verarbeitete die neue Situation nach dem 6. März und gelangte zu der Feststellung, daß zur Oppositionsfähigkeit der SPD ihre umfassende Neuorientierung in Politik und Programmatik vonnöten sei. Zu den Aufgaben der Parteilinken wurden weiterhin die Verstärkung ihrer Aktivitäten in den gesellschaftlichen Bewegungen und in der Theoriearbeit gezählt.

Die Aufgaben der Konferenz lassen sich wie folgt zusammenfassen: 1. Die Momente der gesellschaftlichen Analyse sollten vertieft werden. 2. Die Aufgabenstellung eines Pro-

grammentwurfes aus marxistischer Sicht war voranzutreiben. 3. Die Aufgaben der Hamburger Parteilinken waren konkreter zu bestimmen. 4. Die gesamte Konferenz sollte auch der Schulung und verstärkten Theoriearbeit im Verband dienen. An der Konferenz beteiligten sich etwa 100 Genossinnen und Genossen. Neben drei Hauptreferaten von Kurt Neumann, Detlev Albers und Kurt Wand gab es Diskussionen in Plenum und Arbeitskreisen. Die Konferenz wurde auch von Teilen der Parteilinken sowie Theodor Schuon von der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus mit Diskussionsbeiträgen bestritten.

Neumann: Sich ändernde Realität auf den Begriff bringen

Aufgabe und Anspruch Kurt Neumanns (Berlin) war es, das analytische Fundament für die beginnende Programmarbeit zu legen. Seine Eingangsfeststellung: »Wir fangen erst an, Marxisten zu sein.« Es gehe darum, die sich ändernde Realität auf den Begriff zu bringen. Dazu dürfe man nicht im Denken stehenbleiben, sondern müsse die Erkenntnismöglichkeiten des Marxismus nutzen.

Ausgangspunkt seiner Betrachtungen bildete eine Analyse der bestehenden Wirtschaftsordnung und ihrer politischen Auswirkungen. Die reale Entwicklung habe die Theorie vom Staatsmonopolistischen Kapitalismus bestätigt. Das kapitalistische Profitprinzip, die Ausbeutung der Lohnarbeiter, die dominierende Rolle der Monopole, die wachsende ökonomische Intervention des Staates — all dies seien zentrale Feststellungen, die in der innerparteilichen Programmdebatte ausgeblendet blieben, wenn nicht Marxisten sie treffen würden. Ebenso müßten Fragen der ökologischen Zerstörung und der Ausbeutung der Dritten Welt von Marxisten beantwortet werden.

Zu der ökonomischen Krise habe sich die ökologische Krise als wachsender Faktor gestellt. Hier werde die Destruktivkraft der Produktivkräfte deutlich. Dem müsse durch zunehmende Naturbeherrschung begegnet werden. Von einer Produktivkraftentwicklung, in der dieser »Naturschutz« nicht gesichert sei, müsse man »die Finger lassen«. Die Wachstumsentscheidungen seien stets an dem Kriterium der gesellschaftlichen Bedürfnisse zu messen. Neu erkannte Probleme und ihre neuen qualitativen Dimensionen seien auf der Basis marxistischer Analyse zu lösen. Zentral bliebe dabei die Abwendung von Markt- und Profitgesetzen, die Hinwendung zu demokratischen Planungsabläufen. In der Einschätzung der krisenverschärfenden Politik der Bundesregierung forderte Neumann von der Linken eine stärkere Beachtung der ideologischen Herrschaftsmechanismen der Rechtskräfte. Mit dem Prinzip der Parzellierung und Zusammenfassung von gesellschaftlichen Gruppen bemühe sich die Bourgeoisie, ideologische Gemeinsamkeiten entgegen den Klasseninteressen in der Bevölkerung zu konstruieren.

Für die innerparteiliche Arbeit verlangte Neumann eine gründliche Aufarbeitung des Scheiterns des Godesberger Weges. Die Programmdebatte müsse eine Positionsverbesserung von Marxisten in der SPD erbringen. Er setzte sich ausführlich mit dem Doppelcharakter des Reformismus auseinander: Dieser beinhalte sowohl den Faktor der Interessenvertretung der Arbeiterklasse als auch die Beschränkung auf das kapitalistische System. In der Krise könne die Interessenvertretung sich auch zu Widerstand gegen das kapitalistische System entwickeln. Es sei daher nicht sinnvoll, »Leute in Kisten zu packen«. Entscheidend sei die reale Politik, das Wesen der Veränderung.

In diesem Sinne würden sich Marxisten gegen ein Programm der ökologischen Modernisierung im Rahmen des kapitalistischen Systems wenden. Vielmehr müßten innerparteiliche Klärungsprozesse vorangetrieben und die Herausbildung eines marxistischen Parteilügels gefördert werden. Als zentrale Aufgaben benannte Neumann die Artikulation ge-

sellschaftlicher Widersprüche als Klassenprobleme und die Entwicklung von Bündnisperspektiven jenseits der Arbeiterklasse, auch an ökologischen Fragen. Nur so seien in einem defensiven Stadium die Vorbedingungen für eine neue Offensive der Linkskräfte zu schaffen.

Albers: Sozialistische Erneuerung der SPD als Ziel der neuen Programmdiskussion

Detlev Albers (Bremen) — der die Durchführung dieser Tagung beispielhaft für das Herangehen von marxistischen Sozialdemokrat/inn/en an die geführten Fragen nannte — stellte seinen Beitrag zu dieser Konferenz unter das Motto: »Sozialistische Erneuerung der SPD als Ziel der neuen Programmdiskussion.« Durch diesen Titel etwa entstandenen Mißverständnissen trat er insofern entgegen, als »am Ende der jetzt beginnenden Grundsatzdiskussion (...) bestimmt kein konsequent sozialistisches Parteiprogramm stehen [werde]. Wohl aber muß versucht werden, die SPD in ihrem Verlauf weiter nach links zu öffnen und dabei endlich wieder zur Herausbildung einer marxistischen Strömung zu gelangen, die nicht von vornherein auf Außenseiterpositionen beschränkt ist.« (Siehe auch: *spw* 24, 267)

Zu Beginn benannte Albers fünf methodische Aufgaben der Programmdiskussion. Dabei müsse es sich zuerst um die Bilanz der gesamten bisherigen Parteigeschichte handeln, die beginnend beim Kommunistischen Manifest und über das Erfurter sowie Heidelberger Programm zum Godesberger Programm gelangend die Notwendigkeit der Weiterentwicklung der Parteiprogrammatik deutlich mache. Zweitens gehe es um die Standortbestimmung der Lage der Partei heute, auf der Grundlage des »Godesberger Weges«. Eine dritte Aufgabe wäre dann die Klärung der Zielvorstellungen der Partei. Im vierten Punkt gelte es zu verdeutlichen, daß die Programmdebatte die Aufgabe der Handlungsanleitung für die politische Praxis der Partei in allen Lebensbereichen habe. Und schließlich fünftens stelle sich die Aufgabe, den Selbstverständigungsprozeß auf breitester Ebene in der Partei zu fördern. Allen fünf Punkten hätten sich die Marxisten in der SPD, als der »entschiedenste, immer weiter treibende Teil«, der allerdings auch keine endgültigen Wahrheiten besitze, sondern nur die »Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung« zu stellen.

Den weiteren Teil des Referats bildeten die folgenden drei Hauptsätze zu den Kernaussagen des künftigen Programms aus marxistischer Sicht, die Albers thesenhaft darstellte.

1. Um die Stärke marxistischer Positionen deutlich zu machen, komme es darauf an, daß die marxistischen Sozialdemokrat/inn/en die Analyse der Realität am gründlichsten und überzeugendsten leisteten. Dabei gehe es darum, die Beschreibung der Realität zu verbinden mit dem entscheidenden Hinweis auf die »alten Konstruktionsfehler« des Kapitalismus, die immer wieder zu diesen Ergebnissen führen. Diese Verbindung könne dann auch überleiten zur Verknüpfung der »alten« mit den »neuen Konstruktionsfehlern«. Diese »neuen Konstruktionsfehler« (in den Bereichen Frieden, Ökologie, Frauen und Dritte Welt) seien sicherlich auch immer auf die »alten« zurückzuführen, hätten aber neue Dimensionen angenommen, die wir Marxisten auch erst zu verarbeiten lernen müßten.

2. »Die Krisenhaftigkeit der gesellschaftlichen Wirklichkeit ist derart zugespitzt, ineinander verflochten in dieser alten Logik menschlichen Produzierens unter kapitalistischen Vorzeichen, daß ihr nur durch einen radikalen Bruch, die Entgegenstellung eines umfassenden, letztlich ebenfalls weltweiten sozialistischen Projekts zu begegnen ist.« Dieses »Projekt Sozialismus« als Menschheitsaufgabe — als sehr weitgesteckte Aufgabenbestimmung — ließe sich aber konkretisieren. Konkretisieren in sieben Teilzielen, von denen Ot-

to Bauer schon 1936 fünf genannt habe, als er sagte: »Das Gesamtziel des Sozialismus ist es, die Menschheit von Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Krisen, Faschismus und Krieg zu befreien.« Albers fügte dem noch hinzu: die Überwindung aller geschlechtsspezifischen Formen der Ausbeutung und den Frieden mit der Natur als Lösung der ökologischen Probleme. Albers wies dann auf die Gefahr hin, die reformistische Modernisierungsvorschläge für die BRD (allein) gerade unter der obigen Sichtweise enthielten. Marxisten müßten eben auch immer untersuchen und in ihrer Politik und Programmatik berücksichtigen, welche Auswirkungen ihre Vorschläge auf andere Länder hätten.

Als letzten Hauptsatz stellte Albers zur Diskussion: »Alle strategischen Vorstellungen haben sich einzufügen in den Horizont der weltweiten sozialistischen Systemveränderung.« In der praktischen Politik käme es demgemäß darauf an, daß die Zusammenhänge von »Reform und Weltrevolution« aufgezeigt und berücksichtigt werden müßten.

Als Schlußbemerkung hob Albers hervor, daß er — bei all diesen doch sehr weit gesteckten Zielvorstellungen — durchaus Ansätze für die Erneuerung der SPD sehe, an denen wir als Marxisten anknüpfen müßten. Diese Ansätze seien in der »Methode Lafontaine« (Glötz) als der Verknüpfung von Kommunalpolitik und ökologischen Problemen — und er wolle zu Glötz hinzufügen — auch in der »Methode Hensche« als beispielhaften Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse zu sehen. Auch die regionalen Wirtschaftsprogramme böten Ansatzpunkte und müßten weiter ausgebaut werden.

Wand: Aufgaben der Parteilinken in Hamburg

Das Referat von Kurt Wand (Hamburg) bildete den dritten und damit Schlußteil der Konferenz. Von der Vorgeschichte der SPD Hamburg (»CSU« in der Bundespartei, enge Lierung von Mehrheitssozialdemokratie und Kaufmannskapital; der dann stattfindenden Neuorientierung unter Klose — die Ausdruck gesellschaftlicher Krise und sich verändernder Kräfteverhältnisse innerhalb und außerhalb der Partei war — und der Sturz Klose durch die Parteirechte) über die Wahlniederlage der SPD 1982 führte Wand dann auf die Analyse der Senatspolitik seit 1982 zu. Im wesentlichen zwei Phasen seien hier zu unterscheiden. Die 1. — auch zeitlich am Beginn stehend —, in der die SPD unter dem Druck der parlamentarischen »Hamburger Verhältnisse« Gespräche mit der GAL führen und Diskussionen neu aufnehmen mußte. Dies führte durchaus in Einzelbereichen (Investitions- und Arbeitsmarktpolitik) zu Praxisveränderungen. Diese wurden aber Ende 1983 wieder abrupt abgebrochen. Markierungspunkt ist dafür dann auch Dohnanys »Überseeclubrede«, in der mehr der politische Gehalt als die konkreten Äußerungen wichtig sind und die sich unter dem Begriff der »neuen Standortpolitik« zusammenfassen läßt. Die Vorhaben der verstärkten Hinwendung des Hamburger Senats zu Praktiken, die objektiv auf neue Varianten des staatsmonopolistischen Kapitalismus hinauslaufen, stehe heute erst am Anfang.

Die Ursachen für diese Entwicklung seien in der Rechtswende in Bonn als wichtigstem Punkt, den mangelnden Wirkungen beschäftigungspolitischer Initiativen Hamburg vor 1983, der Verschiebung der innerparteilichen Kräfteverhältnisse sowie der Schwäche der gesellschaftlichen Gegenkräfte (auch gerade der DGB-Gewerkschaften) zu sehen!

Im Bereich HDW werden im Betrieb konkrete Alternativvorstellungen über die Produzenten entwickelt. Die »Bewegung von den Ausgebeuteten zu den Produzenten« finde so statt. Eine Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie werde beispielhaft geleistet. Die Eigentumsfrage werde mehr oder weniger offensiv angegangen, wie sich Fragen nach der Rolle (sozialdemokratischer) staatlicher Wirtschaftspolitik und ihrer Aufgaben stellen.

Solche Realitäten müßte die Parteilinke in viel stärkerem Maße in ihre Arbeit aufnehmen und vorantreiben. Zumal gerade am Beispiel HDW die gesellschaftliche Bündnisbreite und Übereinstimmung solcher Vorhaben deutlich ins Auge springe.

Wand schloß sein Referat mit dem Hinweis darauf, daß seiner Meinung nach das Bedürfnis nach Programmdiskussion in der Partei sehr groß sei, gerade bei den aktiveren Genoss/inn/en, die in der jetzigen Situation nach Antworten suchten.

Die Hamburger Tagung brachte folgende zentralen Erkenntnisse und Ergebnisse für die marxistische Programmarbeit:

1. Chance der Programmdebatte nutzen!

Die innerparteiliche Programmdebatte birgt den Vorteil einer breit geführten ideologischen Auseinandersetzung in der SPD um Analyse und Strategie der Arbeiterbewegung. Marxisten müssen diese Chance für Bewußtseinsprozesse nutzen — ohne Illusionen über die aktuellen innerparteilichen Kräfteverhältnisse. Unser Beitrag soll im neuen Parteiprogramm Anknüpfungspunkte für marxistische Positionen — stärker als im Godesberger Programm — durchsetzen. Die Programmdiskussion führen, heißt auch, für eine veränderte politische Praxis einzutreten. Programmarbeit darf nicht allein den Sitzungssälen des Ollenhauerhauses und der Universitäten überlassen bleiben. Die gesamte Partei muß von der Programmarbeit als Prozeß kollektiven Abarbeitens an der Realität ergriffen werden. Erst in diesem Prozeß mühseliger Auseinandersetzung können sich Programme mit Perspektiven und Handlungsanleitung entwickeln. Deshalb ist die Gründung von Programm-Arbeitskreisen auf Ortsvereins- und Unterbezirksebene sinnvoll. Regionale politische Projekte programmbegleitender Praxis korrespondieren mit dieser Arbeit.

2. Programmarbeit in der Tradition der Partei!

Die programmatische Arbeit der Partei hat nicht erst 1959 begonnen. Marxisten erinnern an das theoretische Erbe der Sozialdemokratie seit ihrem Entstehen. Sie erinnern an das »Kommunistische Manifest« als Geburtsurkunde des modernen Sozialismus, als Ausgangspunkt sozialdemokratischer Programmarbeit. Damit stellen sie sich in die Tradition des entschiedensten, immer weiter treibendsten Teils der Arbeiterparteien«. Gleichzeitig sind marxistische Sozialdemokraten bemüht, die innerparteilichen Gräben in der Programmdiskussion nicht zu vertiefen. Sie sind vielmehr interessiert, gleichberechtigt an den Debatten anderer Strömungen in der Partei teilzunehmen, wie sie diesen Strömungen Platz für eigene Positionsdarstellungen einräumen. Nur im solidarischen Meinungsstreit können sich Positionen und Praxis weiterentwickeln. Die Programmarbeit muß daher auch als Versuch eines innerparteilichen Brückenschlages verstanden werden. Nur so kann die Arbeiterbewegung oppositions- und handlungsfähig werden.

3. Die Systemfrage stellen!

Die tiefe und dauerhafte Krise mit Massenarbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Kriegsgefahr und Armut zwingt zu radikalen Veränderungen. Die SPD muß der entscheidende Träger gesellschaftlicher Umwälzung sein. »Sozialistische Erneuerung« ist die Alternative zur »Godesberger Erneuerung«. Kernbestandteil dieser Alternative bleibt die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft und gesamtgesellschaftlicher Planung. Das Scheitern des Godesberger Wegs bedeutet keineswegs das Ende des Reformismus in der SPD. Die reformistische Grundstruktur der Partei muß in der Programmdiskussion von marxistischen Alternativen durchdrungen werden. Modernisierungsstrategien im Rahmen des

bestehenden kapitalistischen Systems, eine öko-reformistische Erneuerung der Partei greifen zu kurz und sind keine Antwort auf die Krise. Die Systemfrage ist gestellt.

4. Neue Fragen beantworten!

Neue Probleme und neue Dimensionen alter Probleme zwingen zu verstärkter analytischer und strategischer Anstrengung. Die Gefahr einer ökologischen Katastrophe, die Realität des Welthungers und Elends in der »Dritten Welt«, die tägliche Unterdrückung der Frau durch den Mann, die rasante Entwicklung von Technologien und Produktivkräften müssen in ihren Dimensionen, in ihren konkreten Folgen und Betroffenheiten, in ihrem weltweiten Zusammenhang überhaupt erstmal zur Kenntnis genommen werden. Im Sinne marxistischer Methode sind aus den neuen Erkenntnissen dann neue Antworten zu entwickeln, die Lösungswege aufzeigen.

Marxisten in der SPD schlagen einen eigenständigen demokratischen Weg der westeuropäischen Bevölkerung zum Sozialismus vor. Dieser Weg baut auf stets vorhandene gesellschaftliche Mehrheiten für eine Überwindung des kapitalistischen Systems. Voraussetzung ist eine Garantie aller demokratischen Grundrechte, sowohl in der Phase des Übergangs als auch im Sozialismus selbst. Diese eigenständige politische Strategie dokumentiert zugleich, daß die Entwicklung der realexistierenden sozialistischen Länder kein Vorbild für Westeuropa sein kann.

5. Neue gesellschaftliche Mehrheiten schaffen!

Aktiver Gewerkschafter und engagierter Ökologe, Feministin und Sozialistin, Bürgerinitiativer und Friedensbewegter — alle sind eingeladen, mit uns zu diskutieren. In allen gesellschaftlichen Bewegungen müssen Marxisten bemüht sein, das Gespräch zwischen den verschiedenen fortschrittlichen Kräften zustandzubringen. Unser Versuch, ein »sozialistisches Projekt« für die Bundesrepublik zu formulieren, soll zugleich ein Vorschlag für die gesamte Linke sein. Die Programmarbeit kann damit bündnisstiftende Wirkung haben. Unser Ziel ist die Entwicklung einer schlagkräftigen gesellschaftlichen Opposition als Voraussetzung für eine neue gesellschaftliche Mehrheit des Fortschritts.

Die Grünen sind ein wachsender politischer Faktor in der Bundesrepublik. Nicht nur von der SPD, auch von den Grünen hängt es in Zukunft ab, ob ein gesellschaftliches Bündnis zustandekommt, das den langen Atem, die Kraft und die Attraktivität für gesellschaftliche Veränderung hat. Wir müssen daher die Diskussion mit den Grünen mit dem Ziel suchen, das Reservoir an Gemeinsamkeiten zu erweitern. Voraussetzung ist ein Klima der kritischen Solidarität, die Respektierung des Existenzrechtes der anderen und der Wille zur konstruktiven Bezugnahme und Zusammenarbeit.

6. Für einen marxistischen Programmentwurf!

Die Programmarbeit ist kein Selbstzweck. Sie soll Klarheit über Theorie und Praxis der bundesdeutschen Sozialdemokratie bringen. Die Bewußtwerdung in der Gesamtpartei voranzutreiben und die sozialistische Erneuerung in Programm und praktischer Politik zu fördern, muß das Ziel sein. Wie auf allen sozialdemokratischen Parteitagungen der langen Parteigeschichte reklamieren auch heute Marxisten ein Programm der Überwindung des Kapitalismus und der Er kämpfung des Sozialismus. Dieses umfassende Programm als Vorschlag an die gesamte sozialdemokratische Partei muß jetzt in Angriff genommen werden, um erfolgreich in der Programmdiskussion damit arbeiten zu können. Erarbeiten wir gemeinsam einen Programmentwurf der Marxisten in der SPD!

Andreas Ludwig und Michael Wildt

Öffnung der Geschichtswissenschaft?

35. Historikertag vom 3. bis 7.10.1984 in Berlin/West

Die Berichterstatter sind gespalten zwischen der Anerkennung, daß der 35. Historikertag neueren Tendenzen in der Geschichtswissenschaft breiten Raum gegeben hat, daß aber eine Öffnung weitgehend auf die universitäre Diskussion beschränkt blieb. Sie schwanken zwischen Befriedigung und Enttäuschung: der Historikertag hielt mehr, als sie befürchten mußten, aber auch weniger, als sie hoffen wollten. Sie hoffen, diese widersprüchliche Haltung dem Leser vermitteln zu können.

Schon im Vorfeld des Kongresses schwirrten die Gerüchte. Eine Anzahl der »großen Historiker« würde demonstrativ nicht nach Berlin kommen, um ihre Abneigung gegen das Thema des diesjährigen Historikertages auszudrücken.

In der Tat fehlten auf der Teilnehmerliste Namen wie Karl Dietrich Bracher, Andreas Hillgruber, Hans-Peter Schwarz oder Karl Dietrich Erdmann; und tatsächlich hatten sich die bundesdeutschen Historiker ein Thema gesetzt, das zumindest ungewöhnlich für die Zunft ist: Lebensverhältnisse, Mentalitäten, Handlungen — Anthropologische Dimensionen der Geschichte.

Professor Christian Meier (München) begründete diesen Schwerpunkt in seiner Eröffnungsrede vor rund 2000 versammelten Historikern aus Universitäten und Schulen damit, daß die Bundesrepublik auf diesem Gebiet einen großen Nachholbedarf habe. Gerade die jüngere Generation habe ein starkes Interesse an Fragen des Alltagslebens und die Historiker sollten alles tun, damit diese Themen nicht in einer Subkultur verblieben oder dorthin abgedrängt würden.

Um die Öffnung der Fachwissenschaft für neue Fragen deutlich zu machen, setzte man bereits für den ersten Abend eine Podiumsdiskussion zum Thema »Darstellbarkeit von Geschichte in historischen Museen« an. Daß für alle Eingeweihten die Debatte um die Konzeption eines Deutschen Historischen *Museums* sowie der Gegenvorschlag eines *Forums* für Geschichte und Gegenwart deutlich war, wurde in einigen spitzen Nebenbemerkungen thematisiert. Das Podium einigte sich allerdings darauf, konkrete kulturpolitische Fragen im Rahmen dieses Fachkongresses nicht aufzugreifen. So kreiste die Diskussion wiederum vornehmlich um die Frage, ob in historischen Museen vorwiegend Originale zu stehen hätten oder ob man sich auch mit Imitationen zufrieden geben könne. Boockmann (Göttingen) sprach als Mediävist in diesem Zusammenhang von »Urkundenfälschung« und »Bühnenbildnern«. Dem Direktor des Römisch-Germanischen Museums in Köln ist es zu danken, daß die Funktion von Museen noch einmal verdeutlicht wurde: sie könnten nur Denkanstöße geben. Bei einigen Fachhistorikern hatte man eher den Eindruck, sie stellten sich visualisierte Quellensammlungen vor.

Auf M. Stürmers (Erlangen) Forderung nach *Identitätsstiftung* und J. Kockas (Bielefeld) heftiger Erwidern, in der er *kritische Rationalität* als Ziel propagierte, kam in der abschließenden Diskussion vor allem aus Publikumsbeiträgen der Realitätsbezug zum Tragen, als Lehrerinnen über ihre Erfahrungen mit historischen Museen berichteten.

Die thematische Bandbreite der 29 Sektionen, in denen neuere Forschungsergebnisse vorgestellt und diskutiert werden sollten, versprach interessant zu werden: von der Diskussion über den »Nutzen naturwissenschaftlicher Erkenntnisse für die Historie«, »Volksfrömmigkeit in sozialgeschichtlicher Perspektive«, »Feste und Politik in Deutschland«,

»Unterwegssein im Spätmittelalter«, »Arbeit und Arbeiterfahrung in der neueren Geschicht«, »Protoindustrialisierung« bis hin zu Themen wie »Frauenräume«, »Region und Geschichte«, »Hungern und Essen«. Entsprechend waren unter den Referenten eine bemerkenswerte Zahl Volkskundler, vor allem aus Tübingen, vertreten.

Über »*Verzeitlichung* des Menschen — Natur- und Kulturgeschichte« sprach Werner Conze (Heidelberg) in seinem Einleitungsreferat zur Sektion »Geschichte, menschliche Natur und Ordnung«. Droysen, der die Kategorie *Zeit* der Geschichtswissenschaft und die des *Raums* den Naturwissenschaften zugewiesen habe, habe damit über lange Zeit eine Trennung festgelegt, die es nun wieder zu überbrücken gelte. Die Entwicklung des Menschen, unsere Entwicklungsmodelle von Kultur und Zivilisation seien von denen der Natur nicht zu trennen, sondern erneut zu verklammern.

Um die Kategorie des *Raums* ging es auch in der Sektion 4 »Frauenräume«, der einzigen, die explizit Frauengeschichte thematisierte. Karin Hausen (Berlin) plädierte für den Begriff *Raum*, weil er es ermögliche, jene Begrifflichkeit des 19. Jahrhunderts grundsätzlich in Zweifel zu ziehen, die Männern alles Öffentliche, nach außen Gerichtete, Machtvolle zu- und Frauen ins Private, Innere, Ohnmächtige zurückweise. In vier Referaten setzten sich G. Bock (Berlin), H. Wunder (Kassel), R. Schulte (München) und M. Richarz (Berlin) mit Räumen im 16. bis 19. Jahrhundert auseinander, in denen Frauen Einfluß gewinnen konnten, in denen sie »mächtig« waren, ohne daß diesen Räumen ein öffentlicher Stellenwert zugemessen wurde. So konnte zum Beispiel Regina Schulte in ihrem Referat über »Das dörfliche Gerede im späten 19. Jahrhundert« deutlich machen, daß hier eine Frauenöffentlichkeit zu finden war, die auf Meinungen, Entscheidungen im Dorf Einfluß hatte, und dennoch »das Gerede« nicht als politisch wirksame Ebene anerkannt worden war. Die Kategorie *Raum* impliziert deshalb auch, so Karin Hausen, den gleichberechtigten Zugang für Männer und Frauen.

Regionale Untersuchungen bildeten gleichfalls den Grundstock für die 11. Sektion, die eine Zwischenbilanz des Konzepts der Protoindustrialisierung leisten sollte. Pierre Jannin (Paris) stellte die Vorzüge dieses Modells vor, das durch spezifische regionale und demographische Untersuchungen vorindustrieller Entwicklungen zu einer komplexen Analyse von Industrialisierungsprozessen beiträgt. Die Kurzreferate von P. Kriedte (Göttingen) über das Krefelder Samtbandgewerbe bis zum Ausgang der französischen *Zeit*, von Jürgen Schlumbohn (Göttingen) über den Osnabrücker Leinenmarkt im frühen 19. Jahrhundert und von Dieter Ebeling (Bielefeld) über die Ravensburger Flachsspinner bestätigten die Notwendigkeit und gleichfalls Erkenntnismöglichkeit regionaler Analysen.

J. Mooser (Bielefeld) behandelte in seinem Beitrag die Bewegung der *Maschinenstürmer* in der Krise des protoindustriellen Textilgewerbes 1830-1863 und akzentuierte die Ambivalenz dieser Bewegung. Maschinenstürmer waren weder hoffnungslos reaktionäre Kämpfer gegen industrielle Modernisierung noch proletarische Helden, die ihre Lebenswelten gegen kapitalistische Zumutungen verteidigten. Mooser bezeichnete dagegen die Motivation der Textilarbeiter, sich gegen industrielle Produktionsweisen zu wehren, als »reflektierten Traditionalismus«.

Auch Hans Medick (Göttingen) wandte sich in der Sektion »Hungern und Essen. Krisen, Alltäglichkeit, Politik« gegen Versuche, vorschnell Kausalbeziehungen herzustellen. »Die aus einseitiger Auslegung und Übertragung der Forschungen Rude's, Hobsbawn's und E.P. Thompson's entstandene, weit verbreitete Annahme, daß Teuerung und Hunger stets auch Aufruhr und Gegenwehr zur Folge haben müßten, wird durch das (von Medick vorgetragene) württembergische Beispiel 1816/17 in Frage gestellt.« (H. Medick) Die Re-

ferate von Markus Mattmüller (Basel) über »Hunger in der Alten Eidgenossenschaft« und von Rainer Wirtz (Konstanz) über die chronisch Hunger leidende Bevölkerung des Odenwalds im 18./19. Jahrhundert belegten Medicks Kritik an empirischen Beispielen.

In der Diskussion über Ulrich Kluges (Freiburg) Vortrag über das NS-Kriegsernährungssystem und Günter J. Trittel (Göttingen) Beitrag über »Hunger und Politik in den Westzonen 1945-1948« wurde dennoch danach gefragt, ob nicht zwischen Revolte und Anpassung eine Vielzahl von Verhaltensdispositionen zu erkennen seien, deren Bandbreite, Relevanz und Interdependenz erst noch erforscht werden müßten.

Gerade diese Sektion ließ das Neuartige und Ungewöhnliche dieses Historikertages erkennen. »Der Hunger ist noch immer ein Tabu in der Geschichtswissenschaft«, erklärte Mattmüller, »wir wollen es brechen.« Neue Fragen zu thematisieren, neue Zugänge zu geschichtlicher Wirklichkeit zu eröffnen, sogar Tabus zu durchbrechen — all das zog sich wie ein roter Faden durch die Vorträge und Referate des Historikertages. Das bedeutete auch, daß jene Paradigmen in Frage gestellt wurden, die bislang innerhalb der Zunft als konsensfähig galten.

Gerade die Sektion »Geschichte und Region« jedoch, von der man sich die meisten Impulse für eine neue Geschichtsschreibung versprochen hatte, enttäuschte in bezug auf andersartige Zugriffe. S. Pollard (Bielefeld), R. Fremdling (Münster) und H. Kiesewetter (Berlin) stellten noch einmal ihr Konzept eines im regionalen Zusammenhang stehenden Industrialisierungsprozesses vor, das sie bereits Mitte der 70er Jahre entwickelt hatten. Daß auch innerhalb der Historischen Sozialwissenschaft neue Tendenzen festzustellen sind, machte G. Plumpe (Bielefeld) deutlich, als er anhand des Begriffs der *Region* ein lokales »Milieu« feststellte, das mit den herkömmlichen quantitativen Methoden nicht erfassbar sei. Damit ging er einen entscheidenden Schritt über die noch von Kiesewetter vertretene Definition hinaus, die die *Region* eher unter forschungspraktisch-operationalen Gesichtspunkten (Statistik) begrenzt sehen möchte.

Einen sehr viel differenzierteren Ansatz vertraten K. Megerle (Berlin) und vor allem G. Zang (Konstanz). Zang erklärte die Entwicklung des Bodenseeraums zu einer peripheren Region durch ein Bündel von wirtschafts- und sozialhistorischen, politischen und kulturellen Entwicklungen und dem Prozeß der Herausbildung gegensätzlicher Interessenlagen lokaler und staatlicher Handlungsträger. Die Tragfähigkeit lokaler Sozialgeschichte wurde auch bei E. Hanischs (Salzburg) Referat deutlich, in dem er den Tourismus als »Industrialisierung« der ländlichen Region um Salzburg kennzeichnete und dabei explizit auf den Akkulturationsprozeß und die damit für die Bevölkerung verbundenen Identitätsprobleme hinwies.

Die Kritik am Konzept der Historischen Sozialwissenschaft und die Debatte um einen möglichen Paradigmenwechsel in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft bildeten die Schwerpunkte der Diskussion »Geschichte von unten — Geschichte von innen. Kontroversen über Alltagsgeschichte«, dem Höhepunkt des Historikertages und mit weit über 400 Menschen die bestbesuchteste Sektion.

Das mit Groh, Martin, Mommsen, Niethammer, Sabein und Wehler hochkarätig besetzte Podium sorgte, wie Diskussionsleiter Jürgen Kocka es ausdrückte, für eine »gute Dramaturgie«. Faßte Lutz Niethammer (Hagen) in einem außerordentlich theoretischen Beitrag das Anliegen alltagsgeschichtlichen Forschens zusammen, Menschen als handelnde Subjekte zu betrachten, die ihre Geschichte zwar nicht aus freien Stücken, aber selbst machen (R. Luxemburg), deren Lebenswirklichkeit nur mit anderen Begriffen und Methoden als die der herrschenden Geschichtswissenschaft zu entziffern sei, ging Hans-

Ulrich Wehler gleich in die Vollen. Wenn von Alltagsgeschichte die Rede sei, könne er nur »grünlich schimmernde Seifenblasen« entdecken. Die »Eigenbautheorie der historischen Subjekte« könne nicht den »Obskurantismus einer schlechten Hermeneutik« verdecken, die im Trüben einer »Totalität der keinen Einheiten« fische. Wer gegen Begriffe wie Modernisierung und Fortschritt aufträte, leugne die Entwicklung von Lebensqualität, die auch der Arbeiterklasse zugute gekommen wäre und müsse erklären, ob er seinerseits wieder unter feudalen Verhältnissen leben wolle. David Sabeau (Los Angeles) griff diesen Theoriebegriff der Bielefelder Sozialhistoriker an. Kockas und Wehlers Theorie sei taxonomisch, an Dingen statt an Beziehungen, an Strukturen und übergreifenden Prozessen statt an Handlungen orientiert. Die historischen Sozialwissenschaftler segmentierten historische Wirklichkeit mit vorgefertigten Begriffen und präjudizierten in ihrer Theorie den passiven, gegenüber strukturellen Prozessen ohnmächtigen Menschen. Geschichte könne nur als Geflecht von Beziehungen handelnder Menschen gesehen werden, die abzuleitende Begrifflichkeit nicht von außen herangetragen, sondern aus der Historie selbst entwickelt werden. Die dichotomisierende Sichtweise der »Bielefelder Schule« wurde auch von Hans Medick angegriffen, der in der Diskussion sein Konzept eines sozialanthropologischen Zugangs zur Geschichte verteidigte. Die Historische Sozialwissenschaft, in den 60er Jahren selbst noch vehement von der »alten Historikergarde« bekämpft, sei nun in eine Sackgasse geraten, weil das ihr zugrunde liegende theoretische Modell einer Modernisierungsentwicklung »zum Besseren« nicht mehr die Brüche, Widersprüche und Fragwürdigkeiten der Moderne, der Fortschritte erklären könne. Die Habermas'sche Kritik der fortschreitenden Rationalität in seiner »Theorie des kommunikativen Handelns« wurde häufig zitiert; das Wort von der »Selbstaufklärung der Sozialgeschichte« machte die Runde. Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß sich das Podium vehement weigerte, die politische Dimension einer »Geschichte von unten« öffentlich zur Kenntnis zu nehmen, geschweige denn ernsthaft zu diskutieren.

Der Diskurs über unterschiedliche Forschungsansätze ist mit dem Historikertag nicht beendet; vielleicht, so vermutete Dieter Groh (Konstanz) werden in den kommenden Jahren verschiedene Paradigmen nebeneinander bestehen. Die Unbefangenheit bis hin zur gelegentlichen Burschikosität der Diskussion dieses Historikertages darf jedoch nicht über die Universitätswirklichkeit hinwegtäuschen. So bemühte man sich, den Kongreß trotz der Öffnung im Thematischen auf den innerwissenschaftlichen, universitären Austausch festzulegen. Gelegentliche Hinweise auf außeruniversitäre Einflüsse auf die Geschichtswissenschaft wurden außerhalb der ihnen zugebilligten Veranstaltungen als nicht der Intention der Versammlung entsprechend kritisiert.

Das Bemühen der Universität um Kenntnisnahme der Berufsaussichten für junge Historiker wurde auf einer Podiumsdiskussion deutlich, in der reformierte Studiengänge in Kassel (Referat J. Huhn) und Gießen (Referat S. Quandt) vorgestellt wurden. Man plant dort ein berufsfeldorientiertes Studium, nimmt also Abschied von der bisher obligatorischen allein fachorientierten Ausbildung. Ergebnisse liegen bisher noch nicht vor, doch wurde durch ein Beispiel aus Rotterdam deutlich, daß auch so nur wenige Absolventen »untergebracht« werden können. Huhn jedenfalls brachte die Kluft zwischen Ausbildung und Eignung für nichtwissenschaftliche Karrieren auf den Punkt: Man werde eingestellt nicht weil, sondern obwohl man Historiker sei.

Das Interesse am Historikertag seitens der Medien galt der zunehmenden öffentlichen Resonanz der Geschichte in den letzten Jahren. Daß man darunter neben der fachwissenschaftlichen Forschung vor allem auch die sogenannte neue Geschichtsbewegung (Der

Spiegel) verstand, zeigte eine im III. Fernsehprogramm (SFB) ausgestrahlte Fernsehdiskussion mit J. Kocka (Bielefeld), Ernst Nolte (Berlin) und Th. Lindenberger (Berlin) als Vertreter der Geschichtswerkstätten. Lindenberger machte deutlich, daß man die historische Forschung in den Geschichtswerkstätten als Teil einer aktuellen politischen Kultur auffasse und deshalb bewußt mit den Trägern dieser Kultur, d.h. in der Regel Nichthistorikern, oft auch Nichtakademikern, zusammenarbeite. Während Kocka die Berechtigung dieser Arbeit anerkannte, ihr aber für den wissenschaftlichen Bereich nur eine Zuträgerfunktion zubilligte, herrschte bei Prof. Nolte, dem Vertreter der konventionellen Politikgeschichte, blankes Unverständnis vor. Er versuchte, über die Begriffe »Alltag«, »unten« und »oben« zu diskutieren und stellte anschließend die Frage nach den politischen Interessen der Geschichtswerkstätten.

Diejenigen, die diesmal fehlten oder sich nicht zu Wort meldeten, haben weiterhin den dominierenden Einfluß auf die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft. Die in Berlin arg kritisierte Historische Sozialwissenschaft hat innerhalb der Zunft beileibe noch nicht die hegemoniale Kraft entwickelt, die ihr implizit unterstellt wurde. Die von den Sozialhistorikern thematisierten Fragen nach sozioökonomischen Strukturen, Klassenlagen werden auch für sozialanthropologisch arbeitende Historiker/innen unverzichtbar sein. »The proof of the pudding is the eating.« (F. Engels)

Grün-rote Bündnispolitik - eine Chance!

Dazu empfehlen wir: Projektgruppe
Ein alternatives Sozialismuskonzept:
Perspektiven des Ökosozialismus

herausgegeben von

Klaus-Jürgen Scherer und Fritz Vilmor.

Grundsätze des Ökosozialismus auf der
Grundlage des Demokratischen Sozialismus/

Wege und Chancen des Ökosozialismus/

langfristige Ziele u.a. der Friedens- und
Wirtschaftspolitik/exemplarische praktische

Versuche: Beschreibung und Analyse der
Vollgenossenschaft des Kibbuz und

anderer alternativer Lebensformen/

Literaturverzeichnis

666 Seiten ISBN 3-922778-05-4 18 DM

STATTBUCH Der
Verlag
für sachdienliche Hinweise.

Gneisenaustr. 2 1000 Berlin 61 ☎ (030) 691 30 94/5

Zeigen sich hier also durchaus noch Relikte alter Formen der Auseinandersetzung, so bleiben eine Reihe anderer Fragen offen. Indem ich diese hier aufgreife, möchte ich damit zugleich Anregungen dafür geben, wie eine fruchtbare Debatte über den Nutzen Bauers und des Austromarxismus für marxistische Politik heute fortgeführt werden kann.

1. Butterwege betont anhand des Beispiels des »Roten Wien« zunächst zu Recht die Notwendigkeit, »die Grenzen einer fortschrittlichen Kommunalpolitik zu bestimmen«. Da der Schluß aus dieser Gefahr nicht der Verzicht auf Kommunalpolitik sein kann, gälte es näher zu bestimmen, ob nicht doch aus dem Beispiel des »Roten Wien« und der gesamten Kulturpolitik des Austromarxismus für das Verhältnis von Reform und Revolution mehr zu lernen ist. Der oftmals nebulös verwandte Begriff der »kulturellen Hegemonie« ließe sich hier praktisch nachvollziehbar bearbeiten und in eine Politikkonzeption für hier und heute übersetzen.

2. Für Butterwege bleibt der gerade auch für die *Herforder Thesen* konstitutive Begriff des demokratischen Weges zum Sozialismus, der wesentlich bei Bauer entwickelt wird, fragwürdig. Er begründet dies mit den Hinweisen Max Adlers, daß Demokratie nicht Gewaltfreiheit bedeute, nicht jede Gewalt undemokratisch sei. Auch wenn das zutreffend ist, zeigt doch auch die längere Diskussion um diese Fragen auf dem Braker Seminar über die *Herforder Thesen*, daß hier weiterer Klärungsbedarf besteht. Dies aus einem weiteren Grund: Butterwege betont ferner die Notwendigkeit, sich auch über den möglichen undemokratischen Rückweg zum Kapitalismus Gedanken zu machen. Aber Antworten auf seine eigenen Fragen (281) gibt er selber nicht. Hier wäre es spannend, zu erfahren, welche Vorschläge er als Kritiker des »demokratischen Weges« hinsichtlich der »Sicherungen gegen bewaffnete Übergriffe« hat, welche Möglichkeiten die Arbeiterbewegung unter den gegebenen Kräfteverhältnissen jenseits des demokratischen Weges hat.

3. Trotz seiner begrifflichen Unterscheidung zwischen Pluralismus und Pluralität bleibt an Butterweges Position die Frage offen, ob seine Ablehnung des Pluralismusverständnisses in der Erstfassung der *Herforder Thesen* auch jenem in der Neufassung gilt.

4. Butterweges Leitsatz »Otto Bauer — ja bitte! Aber welcher?« wirft erneut die Frage auf, ob möglicherweise (wie er früher vorschlug) nur an bestimmten Phasen des Bauerschen Werkes anzuknüpfen sei. Auszublenden scheint Butterwege dabei die ganze Mittelphase, die des Linzer Programms von 1926 und der Entwicklung seiner geschlossenen Konzeption des demokratischen Wegs zum Sozialismus. Sicher können Entwicklungsphasen, Positionsverschiebungen bei Bauer nicht gelegnet werden. Aber dennoch hielte ich es für verfehlt, den alten Bauer gegen den jüngeren auszuspielen (so wie manche es mit dem jungen und dem alten Marx machen). Meines Erachtens wären zwei Fragestellungen zu beantworten: Gibt es nicht doch — trotz aller Veränderungen — eine innere Konsistenz im Werk Bauers, die aus den neuen Bedingungen unter dem Faschismus auch seinen Positionswandel erklärbar werden läßt? Und: Welche Schwierigkeiten der »Übersetzbarkeit« ergäben sich daraus, nur auf den Bauer zurückzugreifen, der unter faschistischer Herrschaft zur Forderung nach der Diktatur des Proletariats zurückkehrt?

5. Als wesentlich an einer Bauer-Rezeption erachtet Butterwege die Chance, antisowjetische Ressentiments zu überwinden und der Bedrohungslüge mit Bauer-Zitaten entgegenzutreten (282). So richtig dies ist, erscheint es mir doch zu wenig. Hieße dies nicht darüber hinaus auch, anhand Bauers kritisch-solidarischer Haltung zur Sowjetunion etwas für unsere Beurteilung der sozialistischen Länder zu lernen sowie Bauers daraus abgeleiteten eigenen Transformationsvorstellungen für die Länder Mittel- und Westeuropas uns kritisch anzueignen?

Gerwin Möller (Bremen)

Briefe an Redaktion und Autoren

Betrifft: Austromarxismus-Debatte

Die nur zäh in Gang gekommene und vielfach ungeliebte Debatte in *spw* um Otto Bauer hat eine positive Wende erfahren. Mit Butterwegges Eingeständnis, Vorurteile revidiert zu haben, mit der Feststellung, daß er heute den Wert einer kritischen Austromarxismus-Rezeption durchaus zu würdigen weiß, sind eine ganze Reihe früherer Reizpunkte aus mittlerweile »überholten Arbeiten« (*spw* 24, 277) vom Tisch. Mit Recht verweist auch die Redaktion auf den Fortschritt, der darin liegt, daß die Frage, *ob man sich mit Bauer beschäftigen sollte, der nach dem Wie* der kritischen Aneignung gewichen ist. Aber es ist durch diesen Diskussionsprozeß in einer ganzen Reihe von Einzelfragen eine inhaltliche Klärung bzw. Annäherung erreicht worden, von denen es mir wichtig erscheint, sie hier kurz aufzulisten:

— Es besteht nunmehr Einigkeit einerseits, daß Bauers Konzeption eines demokratischen Weges zum Sozialismus »die brillianteste Positionsbestimmung innerhalb der SDAP« darstellt, aber zugleich mit den abweichenden Vorstellungen Max Adlers diskutiert werden sollte (Butterwegge, *spw* 24, 383). — Die Wichtigkeit der Bauerschen Konzeption eines »integralen Sozialismus« ist nicht mehr umstritten (278). — Die Kommunalpolitik des »Roten Wien« wird als beispielhaftes Praxisfeld des Austromarxismus gesehen (279). — Bauers Haltung zur Sowjetunion dürfte nicht nur von Butterwegge (282), sondern auch von Schöler positiv beurteilt werden, der diesen Teil Bauerschen Denkens kürzlich auf einem FES-Seminar gegen rechtssozialdemokratische Kritik verteidigte (vgl. *spw* 24, 368). — Einigkeit herrscht nach Butterwegges korrigierenden Bemerkungen auch hinsichtlich der — nicht unwesentlich von Bauer entwickelten — Position, daß eine solche solidarische Haltung nicht die Vorstellung über einen etwaigen Modellcharakter der russischen Oktoberrevolution einschließen muß (280). — Wesentlich ist ferner das gemeinsame Anerkennen »unterschiedlicher Richtungen« (Denkschulen) im Marxismus (276). — Butterwegges Klarstellung, er habe seiner historischen Bezugnahme auf Lenin und dessen Propagierung »Notwendigkeit des Bruchs mit der Sozialdemokratie« keine aktuelle Bedeutung beimessen wollen, räumt eine weitere Unklarheit aus (283).

Man sieht, es handelt sich um eine ganze Reihe von Klärungen, die der Fortentwicklung einer solidarischen Diskussion nicht mehr im Wege stehen. Leider wird dieser positive Prozeß auch weiterhin durch polemische Unterstellungen gestört:

— Was soll der gegenüber Schöler und anderen erhobene und nirgends bewiesene Vorwurf »handfester Fraktionspolitik« (276)? — Was sollen die nachweislich falschen Vorwürfe, Schöler behandle Max Adler als »toten Hund«, zitiere ihn »kein einziges Mal« (275) und schweige dessen Kritik an Bauer in der Staatsfrage tot (276)? Wer möchte, kann sich in Schölers Broschüre auf den Seiten 48, 50 sowie im Anmerkungsteil vom Gegenteil überzeugen. — Was soll die Floskel, Schöler den Begriff »dritter Weg« als »einen seiner Lieblingsbegriffe« (275) zu unterschieben, wenn dieser seine eigenen Probleme mit der Mehrdeutigkeit dieses Begriffs durchaus offenlegt (*spw* 23, 161)? — Was soll es bewirken, Schöler zu unterstellen, er reduziere den Marxismus auf eine Methode (276)? Hat dieser nicht selbst auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Marxismus »sowohl einem Verständnis von unparteiischer Beliebigkeit als bloßer Methode als auch einer Dogmatisierung als einer *der historischen Betrachtung entzogenen* Weltanschauung zu entreißen« (*spw* 23, 159, Hervorh.d. Verf.)?

Betrifft: Neue Technik — alte Politik? Replik zum Schwerpunkt in spw 24

spw greift — endlich — das Thema »Neue Technologien« auf in der Perspektive, der herrschenden »Modernisierungspolitik« des SPD-Parteivorstandes und der konservativen Regierungskoalition alternative Strategien marxistischer Sozialdemokraten entgegenzusetzen.

Als »entscheidende Differenz« zu der Linie, wie sie im Leitantrag des Parteivorstandes auf dem Essener SPD-Parteitag zum Ausdruck kommt, arbeitet Paul Oehlke folgende Momente heraus: Die Linke unterwerfe sich nicht den »Sachzwängen« einer exportorientierten Wachstumsstrategie, sie weise auf die negativen Auswirkungen der Neuen Technologien für die Arbeitenden hin, wolle eine vorausschauende Struktur- und Technologiepolitik in eine umfassende Mitbestimmungskonzeption integrieren. So richtig viele einzelne Forderungen der SPD-Linken (Mitbestimmung, Arbeitszeitverkürzung, staatliche Planung usw.) sind — sie machen noch keine *Politik*. Die *Forderung* nach »Mobilisierung, die auf eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zielt« (308) — wie ist sie realisierbar? Hier scheint mir ein entscheidendes ungelöstes Problem der strategischen Überlegungen der SPD-Linken zu liegen: Wie kann die Spaltung, wie sie in den Umfragen zum Ausdruck kommt, überwunden werden, wo doch die Arbeitenden in den Betrieben auch gespalten sind durch Automation? Automation ist Möglichkeit für viele — Abschaffung inhumaner Routinearbeiten, Aufhebung alter Trennungen (Kopf-/Handarbeit, Männer-/Frauenarbeit), Anforderung und Herausforderung. Die Unternehmer können für integrative Strategien bauen auf das Interesse der Arbeitenden an der neuen Arbeit. Und wie setzen die Arbeitenden selber sich auseinander mit den Umbrüchen in den Produktivkräften, der Arbeitsorganisation, in den Qualifikations- und Arbeitsteilungsstrukturen?

Wie kommt es, fragten wir uns (wir meinen hier das PAQ — Projekt Automation und Qualifikation), daß so viele die Stützpunkte, die Möglichkeiten erweiterter Selbstbestimmung bei Automation nicht nutzen, daß — um ein Beispiel zu bringen — die Informatisierung der Arbeit in Büro und Produktion, die die »Männlichkeit« (gelernt, schwer, gefährlich ...) aus der Arbeit herausbricht, nicht dazu führt, daß Frauen aus subalternen Stellungen als Gleichberechtigte aufrücken, sondern sie aus dem Arbeitsprozeß hinausgedrängt werden? So stießen wir auf die Frage der *Politik* in der Produktion. Wir untersuchten die neuen Handlungsbedingungen und wie sie bereits jetzt von den Arbeitenden ergriffen werden (»Selbsttätigkeitsdiskurs«), die potentiellen und die real vorhandenen Ansätze für alternative Automationspolitiken. Ohne die einzelnen Arbeiter/innen als wirkliche Träger von alternativer Automationspolitik, ohne das Aufarbeiten ihrer betrieblichen »Alltagspolitiken« wird es nicht möglich sein, die Spaltungen und Trennungen zwischen den Arbeitenden zu überwinden. Ein sozialistischer Automatisierungsprozeß, der die Möglichkeiten von Automation zum Abbau von vertikaler Arbeitsteilung und Geschlechtertrennungen realisieren, die Produktion in Arbeiterhände nehmen will, verlangt eine kulturelle Umwälzung aller Lebensbereiche, Umbrüche in Arbeiteridentitäten. Die linken Sozialdemokraten sollten diese Überlegungen aufnehmen und ihren Nutzen überprüfen für eine »neue Politik«.

Helga Karl

Literatur dazu u.a.:

- Haug, Frigga, 1982: Frauenfrage und Gewerkschaftspolitik — Das Beispiel: Setzen. In: Das Argument 135, Berlin/W.
- Karl, Helga, und Christof Ohm, 1983: Textautomation: Männersache? Frauensache? In: Das Argument 135, Berlin/W.
- PAQ 1983: Zerreißproben. Automation im Arbeiterleben. Argument-Sonderband AS 79, Berlin/W.

Besprechungen

»Angriff als Verteidigung« — **Air Land Battle, Air Land Battle 2000, Rogers Plan.** Hrsg. von den Grünen im Bundestag, Juni 1984 (96 Seiten Analyse, 66 Seiten Dokumentation, 10,- DM)

»Angriff als Verteidigung« — so lautet der Titel einer Bröschüre, die von vier Hamburger Friedensforschern im Auftrag der Grünen im Bundestag erarbeitet worden ist. Der erste Teil der Broschüre handelt von den neuen amerikanischen Kriegsführungskonzepten wie *Air Land Battle* und *Rogers Plan*. Auf die letzten beiden Kapitel des analytischen Teils der Broschüre paßt der Titel allerdings auch. Hier gilt der Angriff der SPD, verteidigt wird die Jungfräulichkeit der grünen Politik, unberührt von sozialdemokratischem Friedensbewegungs-Opportunismus und Realpolitik-Verhalten.

Nicht zuletzt diese politische Schlußfolgerung aus der Analyse der gegenwärtigen internationalen Gefahren macht es für eine weitere Auseinandersetzung mit grünen Positionen wichtig, diese Broschüre zu lesen und zu diskutieren.

Zum Inhalt: »Vorkriegszeiten« und »Kriegsführungsdoktrin« sind in der gegenwärtigen friedenspolitischen Diskussion in aller Munde. Nur zu oft deuten sie eine resignative Haltung zu den Gefahren, die international lauern, an. Zugleich geben sie jedoch auch Hinweise auf real existierende Entwicklungen. Dies gilt sicherlich vor allem für den Begriff der Kriegsführungsdoktrin. So wenig die von amerikanischen Militärs entworfenen und durchgesetzten Konzepte als Absichten, wenn möglich gleich morgen loszuschlagen, verstanden werden sollten, so eindeutig streben sie doch die Fähigkeit an, einen Krieg auf allen technologischen Ebenen und in den verschiedensten Regionen führen und gewinnen zu können. Eindeutig wird dieses Bestreben bei der *Air Land Battle* Doktrin und ihren damit zusammenhängenden bzw. an ihr anknüpfenden Konzepten wie der *Air Land Battle 2000* und dem *Rogers Plan*.

Einen Beitrag zur Information und Qualifizierung der Diskussion in der Friedensbewegung zu leisten, ist das Anliegen der Broschüre. Die Kenntnis dessen, was von seiten der USA geplant, durchgeführt und auch im Rahmen der NATO als neue Grundlage für eine gemeinsame Militärdoktrin durchgesetzt werden soll, ist Voraussetzung für Widerstand und Gegenstrategie.

In diesem Sinne legt die Broschüre auf den ersten etwa 50 Seiten das Schwergewicht auf die Darstellung dessen, was unter *Air Land Battle* Doktrin und *Rogers Plan* eigentlich zu verstehen ist, wie sich die Doktrinen zueinander verhalten, wie sie entstanden, verändert und »verkauft« worden sind und inwieweit sie in die bestehenden Formeln der gemeinsamen NATO-Strategie einzupassen sind.

Zugrunde gelegt wurde in der Studie bisher allgemein schwer zugängliches Material, vor allem Quellen amerikanischer Militärstrategen, auf deren Arbeiten die *Air Land Battle* Doktrin und ihre Fortschreibung beruhen. Der Dokumentenanhang gibt hier eine gute und für die Qualifizierung der friedenspolitischen Debatte hilfreiche Auswahl derartiger Quellen.

Allgemein skizziert *Air Land Battle* ein Konzept für militärische Operationen, bei denen das gesamte Potential der US-Streitkräfte eingesetzt werden soll. Dabei — und dies wird in der Studie betont — handelt es sich bei *Air Land Battle* nicht um eine Strategie, sondern um einen Einsatzplan, nach dem auf einem regional beschränkten Kriegsschauplatz — zum Beispiel von der Größe Europas — »operiert« werden soll (A5). Durch so erungene »Siege auf dem Schlachtfeld« sollen die globalstrategischen Interessen der USA

durchgesetzt werden. So heißt es in der Heeresdienstvorschrift Field Manual 100-5, nach der amerikanische Streitkräfte bereits ausgebildet werden, auf Seite 2-3: »Militärische Strategie wenden die bewaffneten Kräfte einer Nation an, um die Ziele nationaler Politik durch den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Streitkräften zu sichern.« (A9)

Nach den Grundelementen der in der Air Land Battle Doktrin niedergelegten Kriegsführung werden seit August 1982 bereits US-Soldaten ausgebildet. Im FM 100-5 sind dabei folgende Kernelemente der Air Land Battle Doktrin eingeflossen: der integrierte frühzeitige Einsatz nuklearer und chemischer Waffen (integrated battlefield); die Erweiterung des Schlachtfeldes um das gegnerische Hinterland (extended battlefield); die Betonung der Offensive (offensive, initiative); die Nutzung moderner konventioneller Waffentechnologien (A8). Die für die Entwicklung der Air Land Battle Doktrin zuständige amerikanische Dienststelle TRADOC (Training and Doctrine Command) geht davon aus, daß Air Land Battle ungefähr 1995 von einer Nachfolgedoktrin, die den aktuellen technologischen und gegebenenfalls auch strategischen Bedingungen angepaßt würde, abgelöst wird. Der Arbeitstitel lautet: Air Land Battle 2000.

In der Studie beschreiben und erklären die Hamburger Friedensforscher im Detail und in einer übersichtlichen und gut aufbereiteten Form die Einsatzplanung und die der Doktrin zugrundeliegenden militärisch-strategischen Vorstellungen. Kein Zweifel bleibt nach der Lektüre dieser Abschnitte am offensiven, aggressiven Charakter der Air Land Battle. Ebenso wenig bleibt Zweifel an der Schwierigkeit, die Air-Land-Battle-Doktrin als verbindliche Grundlage für die NATO-Militärstrategie zu erklären. Zu offensichtlich sind die Interessendifferenzen zu den europäischen Verbündeten. Deren Interesse liegt an der Abschreckungswirkung, insbesondere der Nuklearwaffen (»politische Waffen«), die wesentlich durch die Einbeziehung amerikanischer strategischer Nuklearwaffen und damit der »Ankopplung« der USA an das Krisisrisiko in Europa erreicht werden soll.

Der Bonbon, der den europäischen NATO-Mitgliedern, insbesondere den Deutschen, gereicht werden soll — und den bis dato hierzulande auch viele bereits brav lutschen — lautet Konventionalisierung nach dem sogenannten Rogers Plan. Die Ansicht, beim Rogers Plan handele es sich um ein Konzept, das mit Air Land Battle nichts zu tun habe, weil es Nuklearwaffeneinsätze nicht diskutiere, dafür aber die nukleare Schwelle hebe, stellt sich bei näherer Betrachtung als Illusion heraus. Die grüne Broschüre weist nach, daß sich Rogers gut in die Air-Land-Battle-Doktrin einpaßt, auch wenn es im Detail Unterschiede gibt, wie zum Beispiel die Frage der Reichweite der »Schläge in die Tiefe« (Rogers) respektive der »Gefechtsfeldabriegelung in der Tiefe« (Air Land Battle). Deutlich wird vielmehr, daß mit Hilfe des verharmlosenden Stichwortes »Konventionalisierung« auf der Basis der Grundgedanken einer Kriegsführungsfähigkeit, wie sie im Air-Land-Battle-Konzept ausformuliert und bereits in der Ausbildung zugrunde gelegt wird, eine neue NATO-Doktrin durchgesetzt werden soll.

Bei der Analyse der US-Weltmachtspolitik und ihrer Auswirkungen auf die Länder der Dritten Welt lassen die Autoren keinen Zweifel daran, daß die Zunahme internationaler Spannungen, die Wiederbelebung des Kalten Krieges und die Militarisierung der internationalen Politik ihre Ursache in dem Bestreben der USA haben, den Verlust ihrer ökonomischen Hegemonie durch Rüstung zu kompensieren (A65f.) Damit richtet sich die amerikanische Konfrontationspolitik nicht nur gegen die UdSSR, sondern auch gegen den Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt, die westeuropäischen Verbündeten. Statt einer sogenannten Supermachtstheorie, wie man sie bei den Grünen von Zeit zu Zeit antrifft, findet sich hier eine Analyse des US-Imperialismus in seinen Auswirkungen auf die inter-

nationale Politik insgesamt und die Kriegsgefahr für die westeuropäischen Länder, insbesondere die Bundesrepublik. Die Differenzierung der Interessenlage der kapitalistischen Länder und die Konflikte, die sich aus der gegenwärtigen amerikanischen Konfrontationspolitik für die atlantische Allianz ergeben, sind wichtig für die Entwicklung einer politischen Strategie innerhalb der Bundesrepublik, die Widerstand gegen die gefährliche Globalstrategie der USA und ihre militärische Instrumentierung mobilisieren soll.

Statt jetzt aber in dem Abschnitt, der eben diese politischen Schlußfolgerungen ziehen will, bündnisstrategische Überlegungen anzustellen, wird innenpolitisch polarisiert. Unvermittelt wird die These aufgestellt, daß die Friedensbewegung die Widersprüche innerhalb der NATO verschärfen und zu diesem Zweck sich von den USA lösen müsse. Der Weg dahin sei, »Druck« auf die Regierung und die SPD auszuüben (A83). Die Friedensbewegung wird zum Subjekt von Politik auf der innenpolitischen Ebene erklärt, für die offensichtlich weder die internationalen Kräfteverhältnisse gelten noch die Tatsache berücksichtigt wird, daß die Friedensbewegung selbst einen Teil des gesellschaftlichen Spektrums der BRD widerspiegelt. Für das Anliegen, wie es in der Einleitung formuliert wurde, nämlich Ansatzpunkte für die Durchsetzung von Alternativen zur bisherigen Sicherheitspolitik zu suchen, ist auch die pauschale Gleichsetzung der SPD-Politik mit der Position der Parteispitze kontraproduktiv (A92 Anm. 4). Der mittlerweile immerhin eine relevante Minderheit abgebende Flügel innerhalb der SPD, der gegen die sicherheitspolitische Prämisse der Parteiführung und ihre Politik opponiert, sich als Teil der Friedensbewegung begreift und in ihr aktiv mitarbeitet, fällt unter den Tisch. Eine Haltung, wie sie in der grünen Broschüre zum Ausdruck kommt, verhindert, daß dieser Flügel für den innerparteilichen Kampf um Mehrheiten durch die außerparteiliche Unterstützung in der Friedensbewegung gestärkt würde. Auf eine fundierte Bestimmung der gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik sowie der Faktoren, von denen die Veränderung von Mehrheitsverhältnissen in der SPD abhängen, kann sich die Friedensbewegung jedenfalls nach Lektüre der entsprechenden Abschnitte in der grünen Broschüre nicht stützen.

Alles in allem ist die Broschüre meines Erachtens von großer Bedeutung für die gegenwärtige friedenspolitische Debatte — und zwar aus folgenden Gründen: Sie liefert wichtige und gut aufbereitete Informationen über die neuen Kriegsführungsstrategien der USA und die Versuche, diese als neue NATO-Doktrin durchzusetzen. Der Dokumentenanhang gibt Material dazu an die Hand. Sie liefert eine zwar verkürzte, aber dennoch durchdachte und differenziert wirkende Analyse des ökonomischen und globalstrategischen Interessenumfeldes, in das Air Land Battle »hineingeboren« wurde. Der argumentative Bruch zwischen den oben genannten Gesichtspunkten und der (innen-)politischen Bewertung und Schlußfolgerung scheint symptomatisch zu sein für eine bestimmte emotionalisierte Abwehrhaltung gegenüber der Sozialdemokratie. Diese Abwehrhaltung trifft man in derselben, häufig irrational und dogmatisch auftretenden Weise bei Sozialdemokraten wieder, wenn diese sich über die Grünen auslassen. Derartige Haltungen blockieren die Diskussion über Alternativen zur bestehenden Sicherheitspolitik und die Entwicklung von Perspektiven und Strategien der Veränderung (auch der SPD!). Statt das Gemeinsame zu diskutieren und weiterzuentwickeln, wird polemisiert und werden bestimmte, für die Friedensbewegung wichtige politische Kräfte für kooperationsunfähig oder zumindest -unwillig erklärt. Die Frage stellt sich, wie man Vorurteile und offensichtlich vorhandene Integrationsängste abbauen kann. Dies gilt für Grüne und für Sozialdemokraten in der Sache, in diesem Fall die Kenntnis der Air-Land-Battle-Doktrin und ihres militär-strategischen und ökonomischen Rahmens, könnte zur Weiterentwicklung und Sicherung der eigenen Posi-

tionen führen, auf deren Grundlage gemeinsame Strategien zur Verhinderung der Umsetzung dieser Doktrin in der NATO und der Mobilisierung von Widerstand breiter Teile der Bevölkerung gegen eine auf solchen Konzepten aufbauende »Sicherheits«politik entwickelt werden könnten. Die Broschüre könnte in ihrem analytischen Teil dazu einen Beitrag leisten.

Christiane Rix (Berlin/West)

Peter Pringle, William Arkin: SIOP, Nuclear War from the Inside, London 1983 (225 Seiten, br.)

Die Abkürzung SIOP heißt »Single Integrated Operational Plan« und wird durch die Autoren folgendermaßen erklärt: »... single because it is the only contingency plan that accounts for the nuclear weapons of all branches of the United States' military, und integrated, because it embraces all the nuclear contingency plans of the United States' regional commands in the Pacific, the Atlantic and Europe, plus the lesser forces of America's closest and only real nuclear ally, Britain ... The SIOP is the central and most secret part of the West's nuclear deterrent.« So beginnt »SIOP ...«, eine populär geschriebene, relativ leicht zu lesende Geschichte der Entwicklung der US-Militärstrategie und der amerikanischen atomaren Kriegsmaschinerie in der Zeit von der Zerstörung Hiroshimas bis zum Aufrüstungsprogramm der gegenwärtigen US-Regierung. Der Vorteil dieses Buches liegt darin, daß es sich in erster Linie auf die militärisch-technischen und militärpolitischen Dimensionen der Entwicklung der amerikanischen Rüstungs- und Außenpolitik konzentriert. Der Leser bekommt dabei einen tiefen Einblick in die Welt des militärstrategischen Denkens und die militärischen Infrastrukturen sowie in die Arbeitswelt und die Rolle der Militärs innerhalb der US-Regierung. Pringle und Arkin zeigen, daß das Pentagon angesichts des immensen Einflusses und der Privilegien der Militärs und deren Verfügung über militärische bzw. wirtschaftliche Ressourcen eine Art geheime Regierung innerhalb der Regierung ausmacht.

Die zwei Autoren (Pringle ist Washingtoner Journalist für eine britische Zeitung; Arkin ist Friedensforscher, der früher als Nachrichtenspezialist in den US-Streitkräften in West-Berlin tätig war) ist es gelungen, viele von den bis vor kurzem geheimgehaltenen militärischen Akten aus den Pentagon- und Regierungsarchiven einschließlich zahlreicher und ernstzunehmender Kriegspläne der USA gegen die Sowjetunion auszuwerten und in die Gesamtgeschichte der Entwicklung des US-Atomarsenals einzuordnen. Am Ende des Zweiten Weltkrieges hatten die USA nur wenige — nach heutigen Maßstäben eher primitive — Atombomben. Daraus hat sich ein die gesamte Erde umspannendes US-Arsenal von atomaren Spengköpfen und entsprechenden Trägersystemen entwickelt, die heute in der Lage sind, 40000 Objekte in der Sowjetunion innerhalb weniger Stunden zu zerstören.

Pringle und Arkin führen den Leser durch die riesige »SIOP«-Infrastruktur von Überwachungs-, Kommando-, Schutz- und Kommunikationsbunkern der USA und zeigen ihm die Befehlshaber, Techniker und »Knopfdrücker« des strategischen Arsenal der USA. So werden wir in gewisser Weise zu Touristen in Militäreinrichtungen, die teilweise tatsächlich zugänglich sind, deren Zugänglichkeit andererseits aber die systematische Geheimhaltung der wichtigsten Funktionen dieser Einrichtungen verschleiern soll. Das Buch »SIOP« schildert dabei nicht »den Tag danach«, sondern gewissermaßen »den Tag davor« — aber auf eine beträchtlich fundiertere Weise als der inzwischen weltberühmte Film dieses Titels. Ein wesentlicher Bestandteil der »SIOP« sind die sogenannten »C³I«-Systeme, die das Nervensystem der »SIOP« ausmachen und alles betreffen, was mit der Befehlsstruktur,

Kontrolle und Kommunikation der gesamten US-Streitkräfte zu tun hat. »C³I« schließt auch den riesigen Apparat zur Sammlung und Verarbeitung von Informationen ein, der dem Pentagon für seine vielseitige, weltweite Tätigkeit auf dem Gebiet des Nachrichtendienstes zur Verfügung steht.

Das amerikanische Aufrüstungsprogramm, das mit der Carter-Regierung anfang, und durch die Reagan-Administration weiter vorangetrieben wird, hängt in zentraler Weise mit dem Ausbau der »C³-I«-Systeme zusammen. Im Jahre 1983 hat die Reagan-Regierung für die weitere Entwicklung von »C³-I«-Systemen einen Haushalt in Höhe von 31 Mrd. Dollar vorgeschlagen. Diese Summe soll die USA in die Lage versetzen, die US-Streitkräfte derart zu koordinieren und vom Pentagon befehlen zu können, daß die Vereinigten Staaten einen nuklearen Krieg gegen die Sowjetunion führen bzw. überleben können. Ob die Modernisierung und der Ausbau der »C³-I«-Systeme die Reagan-Regierung in die Lage versetzt, ihr militärisches Ziel zu erreichen, bleibt sowohl innerhalb als auch außerhalb der US-Regierung höchst umstritten, und zwar aus militärtechnischen und wirtschaftlichen Gründen. US-General David Jones warnte, als er aus dem aktiven Dienst als Vorsitzender des Vereinten Generalstabs verabschiedet wurde, es sei unmöglich, die USA zu befähigen — egal wieviel Geld dafür ausgegeben werde —, einen andauernden Nuklearkrieg mit der Sowjetunion zu führen. Er fügte hinzu, »I don't see much chance of nuclear war being limited or protracted.«

Die Entwicklung der »C³-I«-Systeme ist ein wichtiges Indiz der wachsenden Schwierigkeiten des Pentagon, die riesigen, vom Meeresboden bis ins Weltall reichenden US-Streitkräfte zu koordinieren bzw. einsatzfähig zu halten. Denn die »C³-I«-Systeme sind nicht »a single war machine, like a missile, an airplane or a submarine; it's a vast heterogeneous system of early warning satellites, radars and computers, communications relays and underground and airborne control rooms«. Der Zweck des ganzen bleibt jedoch letztendlich, einen nuklearen Krieg zu führen, d.h. »to execute and also to create the SIOP. Military intelligence tells war planners what targets should be selected, shows them where they are and what would happen to the Soviet war machine if they were destroyed.« (S.16)

Die »C³-I«-Systeme sind vielleicht die wichtigsten Beispiele dafür, was die britische Friedensforscherin Mary Kaldor »Rüstungsbarok« nennt: Die Entwicklung von immer teureren und komplexeren Waffensystemen, die aufgrund ihrer Komplexität immer weniger zuverlässig bzw. weniger geeignet für ihre vorgesehenen Zwecke werden. Während Kaldor über einzelne Waffensysteme schreibt, geht es bei den »C³-I«-Systemen um die US-Streitkräfte als ganze und um den Versuch, diesen Sicherheitsapparat, der schon durch eine Unmenge von logistischen, militärtechnischen sowie wirtschaftlichen Problemen geplagt ist, in den Griff zu bekommen. Die weitere Entwicklung der »C³-I«-Systeme könnte darüber hinaus der Vorstellung einzelner Generäle und Mitglieder der Reagan-Administration Glaubwürdigkeit verleihen, daß ein begrenzter nuklearer Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion möglich ist. Pringle und Arkin fügen im letzten Kapitel des Buches hinzu, daß »SIOP« weniger ein integriertes System im Sinne der Kontrolle der Befehlsgewalt in den Händen des Präsidenten ist, als vielmehr die Vermehrung der Systeme zur Kriegsführung gegen die Sowjetunion, die in bestimmten Krisensituationen durch Generäle eingesetzt werden könnten, falls diese den Kontakt zum US-Präsidenten verlieren.

Wenn Pringle und Arkin in ihrer Analyse der Widersprüche der »SIOP« und »C³-I«-Systeme recht haben, ist es höchst wahrscheinlich, daß die Fortsetzung der gegenwärtigen Rüstungspolitik der Reagan-Regierung nicht nur die Gefahr eines Nuklearkrieges weiter erhöhen, sondern zugleich die militärisch-technischen sowie wirtschaftlichen Krisen der

US-Rüstungspolitik erheblich vertiefen wird. Durch eine solche Entwicklung könnten aber auch die kritischen Stimmen in den USA und anderen Ländern zugunsten echter Alternativen zum gegenwärtigen Rüstungswahnsinn der USA lauter werden. Schon heute gibt es Ansätze einer solchen Entwicklung sogar in Reagans eigener Republikanischen Partei, die sich in wachsenden Forderungen nach Kürzungen des US-Rüstungsetats niederschlagen.

Michael Lucas (Berlin/West)

**„Wir beginnen in
5 Minuten mit der
Bombardierung...“**



AIB
AIB
NIKARAGUA
5 Jahre Revolution

Noch „scherzt“ der US-Präsident, doch seine Witze könnten bald bitterer Ernst werden.

Grenada ist bereits genommen. Rund um Nikaragua gehen die Marines in Stellung. Und in der Bundesrepublik stehen die Pershings bereit, um das „Reich des Bösen“ auszulöschen. Den Leitfaden dazu bietet die US-Militärdoktrin AirLand Battle.

Daß mit Ronald Reagan nicht zu scherzen ist, belegen zwei Sonderhefte des AIB.

AIB-Sonderheft 2/1984

AirLand Battle und die Rolle der BRD

Inhalt: Sämtliche Dokumente zu AirLand Battle (ALB) ● Analysen zur Rolle der BRD und der 3. Welt in der neuen US-Kriegsführungsstrategie ● WHNS-Abkommen und Leitliniendokument des Pentagon. (60 S., 4 DM)

AIB-Sonderheft 4/1984

Nikaragua 5 Jahre Revolution

Inhalt: Bilanz der Innenentwicklung ● US-Intervention und Konterrevolution ● Wahlen und Volksmacht ● Die Bonner Nikaragua-Politik ● Interview mit T. Borge. (36 S., 2 DM)

Einzelheft 2,50 DM. Jahresabo 25,- DM. 33 % Rabatt ab 10 Expl. Vorauszahlung in Briefmarken bei Bestellungen unter 10 DM. Porto 0,60 DM je Heft.

Coupon/Bitte einschicken!

Ich bestelle:

- Ex. AIB-Sonderheft 2/84 ALB
 Ex. AIB-Sonderh. 4/84 Nikaragua
 ein kostenloses Probeheft des AIB
 ein Abonnement ab Nr.

Name: _____

Adresse: _____

Unterschrift: _____

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

Über die Autorinnen und Autoren

Beling, Günter, geb. 1957; Studium der Politischen Wissenschaft und der Soziologie an der Universität Hamburg. Mitglied der SPD, ÖTV, SJD-Die Falken und der AWO; Mitglied des Landesvorstandes der Hamburger Jungsozialisten 1975 bis 1983 und des SPD-Ortsvereinsvorstands Hamburg-Eimsbüttel-Süd.

Blume, Jürgen, geb. 1960; Studium der Germanistik und Geschichte an der FU Berlin. Mitglied in HBV und SPD sowie im Juso-Kreisvorstand Berlin-Charlottenburg. Mitglied der *spw*-Redaktion.

Egert, Jürgen; Westberliner SPD-Bundestagsabgeordneter, Arbeitsschwerpunkt: Gesundheitspolitik.

Fieguth, Kai, geb. 1962; Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Hamburg. Mitglied in SPD und DPG, seit 1981 Mitglied des Landesvorstandes der Hamburger Jungsozialisten.

Gransow, Bettina, geb. 1949; Lehrbeauftragte am Ostasiatischen Seminar der FU Berlin. Wichtigste Veröffentlichung: *Soziale Klassen und Schichten in der VR China* (1983). Mitglied der ÖTV.

Horstmann, Axel, geb. 1954; Dipl.-Volkswirt; Mitglied des Bezirksvorstands der SPD Ostwestfalen-Lippe, Mitglied im Rat der Stadt Enger.

Jansen, Mechthild, geb. 1952; Studium der Soz. Wiss. an der Uni Bremen; Vorsitzende des SHB von 1975-1978; 1978 Ausschluß aus der SPD; Mitglied der GEW und des Büros des »Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit«, Veröffentlichungen zu Fragen des demokratischen Kampfes in der BRD.

Krims, Adalbert, geb. 1948; Mitarbeiter am Wiener Institut für Entwicklungsfragen.

Krüger, Stefan, geb. 1953; Dipl.-Volkswirt, Dipl.-Betriebswirt, Dipl.-Soziologe. Wichtigste Veröffentlichung: *Keynes contra Marx?* (1984). Mitglied der ÖTV.

Lucas, Michael, geb. 1944; Politikwissenschaftler, Arbeitsschwerpunkt: Internationale Beziehungen. Bürger der Vereinigten Staaten, lebt z.Zt. in Berlin/West.

Ludwig, Andreas, geb. 1954; Studienreferendar. Wichtigste Veröffentlichung: *Projekt Spurensicherung. Alltag und Widerstand im Berlin der 30er Jahre* (Mitautor, 1983). Mitglied der Berliner Geschichtswerkstatt und der GEW.

Muth-Kerth, Dieter, geb. 1954; Dipl.-Pädagoge. Mitglied der SPD und RFFU.

Rix, Christiane, geb. 1953; Dipl.-Politologin. Mitglied in SPD, GEW und BdWi. Mitglied der *spw*-Redaktion.

Röhrig, Roman, geb. 1946; nach Arbeit in der Erwachsenenbildung freiberuflich tätig, ehem. stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten (Friedens- und Sicherheitspolitik, internationale Beziehungen), Mitglied im sicherheitspolitischen Ausschuß der SPD Hessen-Süd.

Schmidt, Christian, geb. 1943; Lehrer. Nachrücker für die *Grünen* im Bundestag. 1965-81 Mitglied der SPD, verschiedene Funktionen bei den Jungsozialisten, Mitglied im Vorstand der SPD-Landesorganisation Hamburg. Arbeitsschwerpunkte bei den Grünen: Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Schöler, Ulrich, geb. 1953; Jurist, Doktorand. Mitglied in SPD und ÖTV.

Scholz, Olaf, geb. 1958; Jurist, stellv. Bundesvors. der Jusos, Mitglied der ÖTV.

Walter, Franz, geb. 1956; Doktorand an der Uni Bielefeld; Honorarprofessor bei der FES. Veröffentlichung: *Jungsozialisten in der Weimarer Republik* (1983). Mitglied in SPD und GEW.

Wehr, Andreas, geb. 1954; Jurist. 1976-1984 Mitglied im Landesvorstand der Berliner Jungsozialisten, Mitglied der HBV, AWO sowie der *spw*-Redaktion.

Westphal, Andreas, geb. 1958; Dipl.-Volkswirt und wiss. Mitarbeiter am Institut für Konzentrationsforschung und Arbeitsökonomie der FU Berlin. Veröffentlichung u. a.: *Die Wirtschaftspolitik der französischen Regierung vom Mai 1981 bis Mai 1984* (erscheint Jan. 85). Arbeitsgebiete: Wirtschaftspolitik in Frankreich, Technologieentwicklung. Mitglied in SPD, ÖTV und der *spw*-Redaktion.

Wildt, Michael, geb. 1954; gelernter Buchhändler, Studium der Geschichtswissenschaften. Arbeitsgebiet: Hamburger Nachkriegsgeschichte. Mitglied in der Hamburger Geschichtswerkstatt e.V.

Zellner, Wolfgang, geb. 1953; Dipl.-Soziologe, ehem. Bundesvorsitzender des SHB, Mitglied der SPD und GEW.

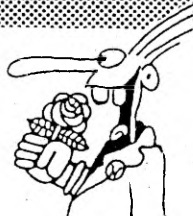
Uli Schäfer



Austromarxismusdiskussion und
historische Bezüge für eine
Standortbestimmung
marxistischer Sozialdemokraten



Bestellungen an:
Bremer Juso-Hochschulgruppen
Steffensweg 37c
2800 Bremen 1



spw-Leser/innen Sonderpreis: DM 8,- (incl. Versand)

ISBN 3-88107-043-5 · DM 9,80



Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Inhaltsverzeichnis

7. Jahrgang 1984

spw 22 bis 25

***spw*-Verlag Berlin/West 1984**

Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Erhard Eichert (Herford), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Werner Loe-we (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin-West)

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Frankfurt), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Alfred G. Frei (Darmstadt), Herbert Grimberg (Bremen), Joachim Günther (Berlin-West), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Emden), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Redaktion: Jürgen Blume, Frank Heidenreich, Knut Krusewitz, Hans Raßmes, Christiane Rix, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Andreas B. Westphal

Redaktionssekretariat: Christiane Rix

Sekretäre: Dieter Klumpp und Joachim Pieczkowski

Redaktion und Auslieferung: Motzstraße 65, Postfach 1101, D-1000 Berlin 30

Tel.: (030) 2134057

Anzeigen (ohne Tausch): Andreas Runze, Jungfernstieg 20, D-1000 Berlin (West) 45,

Tel.: 030/7722443

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38

Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Dieter Scholz

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1984.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Foto: Rolf Braun (Bonn). Auflage: 1.-3. Tausend Dezember 1984

Die spw erscheint 1984 in 4 Heften mit einem Jahresumfang von 500 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Der Buchhandelspreis beträgt 9,80 DM, in der Republik Österreich 75,— ÖS, in der Schweiz 9,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,— DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 7,— DM (50,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 5028300 (BLZ 100 101 11)

Postscheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Editorials und Verlagsmitteilungen

Editorial/Verlagsmitteilungen	22/ 3
Editorial	23/131
Editorial	24/259
Verlagsmitteilungen	24/260
Editorial	25/387
Verlagsmitteilung	25/388

Aufsätze

<i>Albers, Detlev, und Arno Brandt: Vom wirtschaftspolitischen Programm der Herforder Thesen zu den Hannoveraner Leitsätzen</i>	23/141
<i>Blume, Jürgen, und Andreas Westphal: Die Beweglichkeit des Tankwarts. Zu Peter Glotz' »Arbeit der Zuspitzung«</i>	25/396
<i>Bobke, Manfred, und Bruno Zwingmann: Rechtsweg ausgeschlossen? Zum Bildschirmurteil des Bundesarbeitsgerichts</i>	24/339
<i>Brandt, Arno: s.u. Albers, Detlev</i>	
<i>Brosch, Oliver: Der Wende eine Zukunft. Zur Hochschul- und Bildungspolitik der Rechtsregierung</i>	25/419
<i>Butterwegge, Christoph: Entwicklungsperspektiven und Probleme der Friedensbewegung</i>	22/ 48
<i>Butterwegge, Christoph: Otto Bauer — ja bitte! Aber welcher?</i>	24/275
<i>Dehm, Diether: Volkslied und demokratische Bewegung</i>	22/ 56
<i>Egert, Jürgen: Gesundheitspolitik contra Anbieterinteressen. Fortschrittliche Sozialpolitik am Beispiel des Gesundheitswesens</i>	23/211
<i>Exner, Burkhardt, und Michael Kortz: Für die Entwicklung eines wohnungspolitischen Gesamtkonzepts</i>	23/174
<i>Göbel, Eberhard, und Beate Guthke: »Ein Tag ohne BILD ist für mich kein Tag ...«</i>	23/167
<i>Gransow, Bettina: Ist die chinesische Revolution am Ende?</i>	25/463
<i>Guthke, Beate: s.u. Göbel, Eberhard</i>	
<i>Hindels, Josef: Austrofaschismus und Klassenkämpfe in Österreich. Der Weg zum 12.2.1934</i>	22/ 30
<i>Hofschen, Hans-Gerd, und Michael Jung: Wirtschaftspolitische Alternativen vor Ort. Methodische Hinweise für die Erarbeitung regionaler und kommunaler Wirtschaftsprogramme</i>	22/ 39
<i>Kisker, Klaus Peter: Neokonservativer Aufguß — Eine Kritik am »Ehrenberg-Papier«</i>	22/ 59
<i>Klotz, Ulrich: Perspektiven arbeitnehmerorientierter Innovations- und Technologieberatung</i>	24/329
<i>Kortz, Michael: s.u. Exner, Burkhard</i>	
<i>Krätke, Stefan: Zur Reform städtischer Wohnungsbaugesellschaften</i>	23/181
<i>Liedman, Sven-Eric: Sozialdemokratie und Staat in Schweden. Korporative Reform als Krisenlösung</i>	22/ 77
<i>Lucas, Michael: Die Verantwortlichkeit der Vereinigten Staaten in der gegenwärtigen Krise der Dritten und Ersten Welt</i>	25/435

<i>Lüth, Hans-Jörg, und Siegfried Ziegert: Blockade der Carl Schurz Kaserne Bremerhaven/Weddewarden. Eine Auswertung aus der Sicht der Jungsozialisten</i>	22/ 52
<i>Mattfeld, Harald: Reglementierung von Frauenerwerbstätigkeit am Beispiel des Nationalsozialismus</i>	24/289
<i>Muth-Kerth, Dieter: Probleme der Agrarrevolution in Nicaragua</i>	25/455
<i>Neumann, Kurt, und Andreas Wehr: Reformismus in der Krise — Krise des Reformismus?</i>	22/ 64
<i>Oehlke, Paul: Zur technologiepolitischen Diskussion der SPD auf dem Parteitag 1984 in Essen</i>	24/299
<i>Opielka, Michael: Ökologisch und sozial — das gehört zusammen. Anmerkungen zu einem grünen Sozialstaatsverständnis</i>	23/206
<i>Ott, Erich: Aspekte neuerer staatlicher Technologiepolitik</i>	24/319
<i>Petersen-Buggisch, Ingrid: Frauenarbeit bei den Jungsozialisten</i>	24/285
<i>Reidegeld, Eckart: Umriss (wirtschafts-)liberaler Sozialstaatskritik</i>	23/195
<i>Rix, Christiane: Der Fortschritt liegt im Widerspruch. Zur sicherheitspolitischen Debatte auf dem Essener Parteitag der SPD</i>	24/269
<i>Röhrig, Roman: Reagans »Hinterhof«-Politik und das Streben nach Übermacht</i>	25/459
<i>Saß, Fiete: Integrationismus und Reformismus</i>	23/149
<i>Sauer, Bertram, und Olaf Scholz: Aspekte sozialistischer Friedensarbeit</i>	22/ 85
<i>Schmidt, Christian: Rot-grünes »Chaos« und staatsmonopolistische Regulierung</i>	25/413
<i>Schneider, Roland: Weg vom Sozialstat — hin zum innovatorischen Imperativ</i>	24/309
<i>Schöler, Ulrich: »Otto Bauer — nein danke«? Historische Bezüge für eine Standortbestimmung marxistischer Sozialdemokraten</i>	23/153
<i>Schöler, Ulrich: 60 Jahre Hannoveraner Kreis der Jungsozialisten (I)</i>	25/423
<i>Scholz, Dieter, und Bruno Zwingmann: Sozialabbau in der Bundesrepublik</i>	23/189
<i>Scholz, Olaf, und Wolfgang Zellner: Die Friedensbewegung braucht eine langfristige Strategie</i>	25/406
<i>Scholz, Olaf: s.u. Sauer, Bertram</i>	
<i>Walter, Franz: Sozialismus oder Absturz in die Geschichtslosigkeit? Fritz Sternberg und die sozialdemokratische Linke in der Weimarer Republik</i>	22/ 19
<i>Walter, Franz: Schloß Tinz: Eine Schule der Jungsozialisten</i>	25/430
<i>Weinzen, Hans Willi: Kommunisten und Sozialdemokraten oder Was tun mit der Arbeiteraristokratie?</i>	22/ 11
<i>Westphal, Andreas: s.u. Blume, Jürgen</i>	
<i>Ziegert, Siegfried: s.u. Lüth, Hans-Jög</i>	
<i>Zwingmann, Bruno: Neuorientierung sozialdemokratischer Sozialpolitik? Anmerkungen zum Zwischenbericht für ein neues sozialpolitisches Programm der SPD</i>	23/221
<i>Zwingmann, Bruno: s.u. Bobke, Manfred</i>	
<i>Zwingmann, Bruno: s.u. Scholz, Dieter</i>	

Kommentare und Berichte

<i>Albers, Detlev, und Kurt Neumann: Die Programmdebatte nutzen!</i>	24/265
<i>Bach, Andreas, und Andreas Wehr: Wirtschaftspolitische Tagung des Jungsozialisten-Unterbezirks Dortmund und der Zeitschrift Sozialistische Politik und Wirtschaft vom 10.-12.2.84 in Dortmund</i>	22/103
<i>Beling, Günter, und Kai Fieguth: Hamburg eröffnet breite Programmarbeit. Konferenz »Strategien der SPD-Linken«, Oktober 1984</i>	25/483
<i>Blume, Jürgen, und Frank Heidenreich: »Marxismus ist halt schöner als Reformismus«. Otto-Bauer-Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung</i>	24/367
<i>Brosch, Oliver: Nach Statinierungsbeginn: Friedensbewegung nicht gespalten. Bericht über die 5. bundesweite Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 11./12.2.84 in Köln</i>	22/101
<i>Antonio Gramsci — Rosa Luxemburg — Gesellschaft, Kultur und Politik im Vergleich zweier Theorien. Internationales wissenschaftliches Symposium an der Universität Hamburg 1985</i>	24/373
<i>Heidenreich, Frank: »Ära Hartung« zu Ende. Der Bundeskongreß der Jungsozialisten vom 13. bis 15.4.1984</i>	23/237
<i>Heidenreich, Frank: s.u. Blume, Jürgen</i>	
<i>Kremer, Uwe, und Carsten Sieling: Kein Grund zum Jubel, kein Grund zur Resignation. Zum Kampf um die 35-Stunden-Woche</i>	24/261
<i>Krims, Adalbert: Industrialisierung der Dritten Welt und Weltwirtschaftsordnung. UNIDO IV in Wien</i>	25/474
<i>Kroll, Angela: Stockholmer Konferenz: Vertrauensbildung durch Abrüstung anstreben</i>	22/ 8
<i>Krüger, Peter: Beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik und Vergesellschaftung. Bericht über die Bundeskonferenz der AfA vom 27.-29.1.84</i>	22/107
<i>Ludwig, Andreas, und Michael Wildt: Öffnung der Geschichtswissenschaft? 35. Historikertag</i>	25/489
<i>Neumann, Kurt: s.u. Albers, Detlev</i>	
<i>Ott, Erich: 35-Stunden-Woche: Die Gegenkampagne läuft</i>	22/ 7
<i>Schröder-Jahn, Jürgen: Glotz! und Wende! Kategorische Imperative zur Medienpolitik?</i>	23/133
<i>Sieling, Carsten: s.u. Kremer, Uwe</i>	
<i>Wehr, Andreas: Erste Sommerschule der Zeitschrift spw</i>	24/372
<i>Wehr, Andreas: Chancen rot-grüner Zusammenarbeit</i>	24/263
<i>Wehr, Andreas: s.u. Bach, Andreas</i>	
<i>Westphal, Andreas B.: Frankreich auf der Suche nach der verlorenen Zukunft</i>	23/137
<i>Wildt, Michael: s.u. Ludwig, Andreas</i>	
<i>Winkler, Rolf: Konservatismus in der Strukturkrise. Kongreß der Frankfurter Juso-Hochschulgruppe</i>	25/479
<i>Zellner, Wolfgang: Die Organisation einer regierungsfähigen SPD für die große Koalition</i>	23/135
<i>Zipser, Matthias: Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema »Selbsthilfe — ein Weg zurück oder ein Modell für die Zukunft?«</i>	23/241

Archiv und Dokumentation

Die neue Armut. Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung	23/231
»Maschinen wollen sie — uns Menschen nicht«. Rationalisierung in der Metallwirtschaft	24/346
Jetzt erst recht! Berliner Jungsozialist/inn/en zur Frauenarbeit	24/351
<i>Siemens, Anna</i> : Georg Ledebour	24/360

Interviews

<i>mit Dr. Günther Bühring, Leiter der DDR-Delegation auf der Stockholmer Abrüstungskonferenz</i>	24/356
<i>mit Günter Gaus</i> : »... die Blöcke reformieren, nicht auflösen!«	22/ 90

Briefe an Redaktion und Autoren

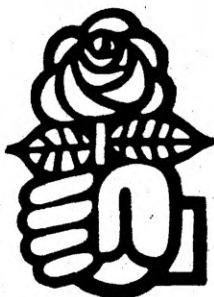
Betrifft: Schwerpunkt von <i>spw 21 (Alfred G. Frei)</i>	22/114
Betrifft: Karin Westermann »Zur Einschätzung sozialdemokratischer Kulturpolitik« in <i>spw 21 (Rainer Frank)</i>	22/113
Betrifft: Reformismus-Diskussion. Replik auf Fiete Saß in <i>spw 23 (Neumann/Weber)</i>	24/375
Betrifft: Austromarxismus-Diskussion (<i>Gerwin Möller</i>)	25/494
Betrifft: »Neue Technik — alte Politik«? Replik zu <i>spw 24 (Helga Karl)</i>	25/496

Besprechungen

<i>Albers, Detlev</i> : Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci (<i>A.G. Frei</i>) »Angriff als Verteidigung« — Air Land Battle, Air Land Battle 2000, Rogers Plan, hrsg. von den Grünen im Bundestag (<i>Chr. Rix</i>)	23/247
<i>Berdahl, Lüdtke u. a.</i> : Klassen und Kultur. Sozialanthropologische Perspektiven in der Geschichtsschreibung (<i>T. Lindenberger</i>)	25/497
<i>Butterwegge, Christoph, u. a. (Hrsg.)</i> : Friedensbewegung — Was nun? Nach der Raketenstationierung (<i>D. Tinnei</i>)	22/118
<i>Deppe, Frank</i> : Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse. Überlegungen zu einer politischen Geschichte der Arbeiterbewegung (<i>U. Schöler</i>)	22/127
<i>Gransow, Volker</i> : Mikroelektronik und Freizeit (<i>H. Glaser</i>)	22/123
<i>Grebing, Helga (Hrsg.)</i> : Fritz Sternberg (1895-1963). Für die Zukunft des Sozialismus (<i>H.W. Weizen</i>)	23/249
<i>Frei, Alfred Georg</i> : Rotes Wien — Austromarxismus und Arbeiterkultur (<i>R. Stöber</i>)	22/116
<i>Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.)</i> : Kritisches Wörterbuch des Marxismus (<i>J. Zimmer</i>)	24/380
<i>Heidenreich, Frank</i> : Arbeiterbildung und Kulturpolitik (<i>J. Wollenberg</i>)	22/125
	24/378

<i>Heseler, Heiner, und Hans Jürgen Kröger (Hrsg.): »Stell dir vor, die Werften gehören uns« (H.-G. Hofschien)</i>	23/250
<i>Köpfer, Ernst Dieter: Gewerkschaften und Außenpolitik (J.M. Becker)</i>	23/253
<i>Klönne, Arno: Die deutsche Arbeiterbewegung (J. Wollenberg)</i>	23/254
<i>Mielke, Siegfried (Hrsg.): Internationales Gewerkschaftshandbuch (D. Scholz)</i>	24/377
<i>Pfabigan, Alfred: Max Adler (Chr. Butterwegge)</i>	24/382
<i>Pringle, Peter/William Arkin: SIOP, Nuclear War from the Inside (M. Lucas)</i>	25/500
<i>Thompson, Edward P.: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse (T. Lindenberger)</i>	22/118

spw



WIRTSCHAFTSKRISE und regionale Gegenwehr

Sozialdemokratische Konzepte
für Vollbeschäftigung
und Lebensqualität

Mit einer Dokumentation
regionaler Wirtschafts- und
Beschäftigungsprogramme

SONDERHEFT 4

Herausgeber: Vera Konieczka · Norbert Kunz
Klaus-Jürgen Scherer

Sozialismus zwischen Ökonomie und Ökologie



Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus

220 Seiten, 19,80 DM

Herausgeber: Sven Papcke · Theodor Schuon

25 Jahre nach Godesberg

Braucht die SPD ein neues Grundsatzprogramm?

Mit Beiträgen von
Detlev Albers
Helga Grebing
Hans-Hermann Hartwich
Richard Löwenthal
Thomas Meyer
u. a.

Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus

224 Seiten, 19,80 DM

Neue Bücher zur aktuellen Diskussion in der SPD.

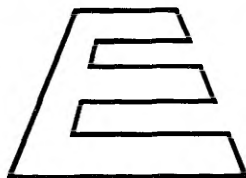
Weimarer Linkssozialismus und Austromarxismus

Historische
Vorbilder
für einen
„Dritten Weg“
zum
Sozialismus?



Gerd Storm
Franz Walter

136 Seiten, 12,80 DM



VERLAG
EUROPAISCHE
PERSPEKTIVEN
Goltzstraße 13b
1000 Berlin 30

Neue Argumente Neue Argumente



Immanuel Wallerstein:
Der historische Kapitalismus

Die Verwandlung aller Dinge in Waren:
Die Produktion von Kapital. Die Politik
der Akkumulation: Der Kampf um die
Vorteile. Wahrheit als Opium: Rationali-
tät und Rationalisierung.

110 Seiten, Franz. Broschur, 18,- DM

ALTERNATIVEN DER ÖKONOMIE – ÖKONOMIE DER ALTERNATIVEN

Ökonomie der Alternativen — Alternativen der Ökonomie

Diskussion um eine rot-grüne Wirtschaftspolitik. Mit Beiträgen von Bahro, Beckenbach, Berger, Priewe, Voy
Argument-Sonderband AS 104, 1984
17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)



Gerhard Wegner Bauern, Kapital und Staat in Kenia

Eine Einführung in die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen
Argument-Studienheft SH 59, 1984
94 Seiten, 9,80 DM

DAS ARGUMENT 145

Die Krise des Kapitalismus im 20. Jahrhundert	99
Die Krise des Kapitalismus im 21. Jahrhundert	100
Die Krise des Kapitalismus im 22. Jahrhundert	101
Die Krise des Kapitalismus im 23. Jahrhundert	102
Die Krise des Kapitalismus im 24. Jahrhundert	103
Die Krise des Kapitalismus im 25. Jahrhundert	104
Die Krise des Kapitalismus im 26. Jahrhundert	105
Die Krise des Kapitalismus im 27. Jahrhundert	106
Die Krise des Kapitalismus im 28. Jahrhundert	107
Die Krise des Kapitalismus im 29. Jahrhundert	108
Die Krise des Kapitalismus im 30. Jahrhundert	109
Die Krise des Kapitalismus im 31. Jahrhundert	110
Die Krise des Kapitalismus im 32. Jahrhundert	111
Die Krise des Kapitalismus im 33. Jahrhundert	112
Die Krise des Kapitalismus im 34. Jahrhundert	113
Die Krise des Kapitalismus im 35. Jahrhundert	114
Die Krise des Kapitalismus im 36. Jahrhundert	115
Die Krise des Kapitalismus im 37. Jahrhundert	116
Die Krise des Kapitalismus im 38. Jahrhundert	117
Die Krise des Kapitalismus im 39. Jahrhundert	118
Die Krise des Kapitalismus im 40. Jahrhundert	119
Die Krise des Kapitalismus im 41. Jahrhundert	120
Die Krise des Kapitalismus im 42. Jahrhundert	121
Die Krise des Kapitalismus im 43. Jahrhundert	122
Die Krise des Kapitalismus im 44. Jahrhundert	123
Die Krise des Kapitalismus im 45. Jahrhundert	124
Die Krise des Kapitalismus im 46. Jahrhundert	125
Die Krise des Kapitalismus im 47. Jahrhundert	126
Die Krise des Kapitalismus im 48. Jahrhundert	127
Die Krise des Kapitalismus im 49. Jahrhundert	128
Die Krise des Kapitalismus im 50. Jahrhundert	129

Krise und Keynesianismus

Lyrik von Erich Fried.
F. Fröbel, J. Heinrichs, O. Kreye: Die
Krise des kapitalistischen Weltsystems;
Diskussion: Keynesianismus,
Monetarismus und Wirtschafts-
programm der SPD: M. Ernst-Poerkens,
L. Kühne, H. Mattfeld, B. Sweezy.
12,80/f.Stud. 9,80 DM (Abo: 10,60/8,30)

ARGUMENT Argument-Vertrieb
Tegeler Straße 6
1000 Berlin 65